Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. Juni 1978
Jg. 6 Nr. 25

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Sie wollen sich bis ins Unendliche bereichern!

Schmidt bestellt Wirtschaftsgutachten / Taktik für weitere Lohnsenkung wird ausgekocht

Im ersten Quartal 1977 ergab die Statistik einen „Lohnzuwachs" von 6,9% gegenüber dem Vorjahr. Das war bereits Ausdruck von Lohnsenkung. In diesem ersten Quartal 1978 beträgt der „Lohnzuwachs" gegenüber dem Vorjahr noch 5,5%. Das Absinken der Lohnstückkosten von 1975 bis zum Ende des letzten Jahres zeugt von gnadenloser Intensivierung der Lohnarbeit. Und die Ergebnisse sind auch in der Kasse. Die Commerzbank vermerkt in ihren „Wirtschaftsnotizen", bei „abgeflachter Investitionstätigkeit" stünde nun im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren „reichlich Kapital zur Verfügung". Soll man jetzt erwarten, daß der ideologische, politische, ja gewaltsame Druck gegen den Lohnkampf der Arbeiter sich etwas lockern wird? Da würde man den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise verkennen.

Für Mitte Juni kündigte der Sachverständigenrat, der stets auftritt, bevor die Politiker dann die „Sachzwänge" vollstrecken, ein neues „Sondergutachten über die gesamtwirtschaftliche Lage" an. So hatte es im letzten Jahr auch angefangen. Das Sondergutachten, bis jetzt noch nicht fertig, ist diesmal als besonders starkes Stück geplant. Letzten Freitag ließ die Bundesregierung übers Fernsehen dementieren, daß dieses Gutachten von ihr bestellt wäre. Am gleichen Tage wurde gemeldet, daß der Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff sich zu einer Erörterung mit den Gutachtern begeben hätte. Das Kabinett läßt diskutieren, und der Graf gibt's zu Protokoll.

Am 7. Juni behandelte das Kabinett den Haushaltsentwurf für das Jahr 1977. Die Entscheidung wurde auf den 26. Juli vertagt. Der eingewechselte Finanzminister Matthöfer bemerkte dazu, daß die Regierung erst beschließen wolle, nachdem der Bund-Länder-Ausschuß für Steuerschätzungen seine Berechnungen über die voraussichtlichen Steuereinnahmen des Jahres 1979 abgeschlossen habe. Daraus ergebe sich dann die „erforderliche Neuverschuldung des Bundes". Nach Italien an erster und Japan an zweiter steht jetzt die BRD an dritter Stelle in der Staatsverschuldung. Ebenso wie die japanischen Imperialisten geben die westdeutschen Kapitalisten ihr Kapital beim Staat in Pension, während Italien sich wegen Zahlungsverpflichtungen ans Ausland verschuldet. In Erwartung von zunehmend profitableren Anlagemöglichkeiten lassen sich die Kapitalisten den Kapitalzins von den Volksmassen bezahlen.

Aber die Lage wird bereits etwas kritisch. Es ist bei weiterer Fortsetzung der Verschuldung nicht mehr abzusehen, ob der Arbeiterklasse die Steuern abgenommen werden können. Der Plan besteht, eine neuerliche große Lohnsteuerreform durchzuführen. Aber die Bourgeoisie fürchtet politische Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Dem Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank Schlesinger schwant es: „Ich selber bin der Meinung, daß in der Bundesrepublik ein Spielraum für eine noch expansivere Finanzpolitik, die auch auf eine noch stärkere Zunahme der Staatsverschuldung hinausliefe, so gut wie nicht mehr besteht." Und es wird auch so sein; der Steuerreformschwindel von 1975/76 wird sich als in der gleichen Form *nicht* wiederholbar herausstellen. Der Stau von Kapital in den Händen der Profitschinder, der jetzt bereits beachtlich ist, wird weiter aufschwellen. Bestimmt werden etliche reformistische Betrüger die Gelegenheit ergreifen und herumposaunen, die Kapitalisten könnten sich von dieser Last erleichtern, indem sie höhere Löhne zahlten. Aber dafür wurde dies Geld nicht aus den Arbeitern herausgeschunden.

Wenngleich die sichere Form der Kapitalvermehrung durch Anlage beim Staat und Bezahlung der Zinsen aus den Steuern nicht mehr sehr weit ausdehnbar ist und infolgedessen in Finanzkreisen eine gewisse politische Besorgnis herrscht und dringlich verlangt wird, es sollten „sichere Verhältnisse" geschaffen werden – sicher genug, um auch noch eine Steuer aufs Atmen zu erheben –, haben die Finanzhaie doch auch Perspektiven. Es sei für ein hochindustrialisiertes Land die Tendenz zur reichlichen Kapitalversorgung, die auch den langfristigen Kapitalexport anrege, „durchaus normal" – so oder ähnlich schreiben die Spezialisten alle. Das Kapital soll also wagemutig ins Ausland befördert werden, um von dort Profite hereinzuspülen. Die westdeutschen Kapitalisten sind auf diesem Wege bereits ein

Fortsetzung Seite 2

USA: Gewerkschafter gegen Kapitalexport der Banken

„Unser Kampf ist der gleiche wie der unserer Brüder im südlichen Afrika, wie der aller Ford-Arbeiter, aller Arbeiter überhaupt. Wir kämpfen für das gleiche Ziel, die Befreiung von einem unterdrückerischen System", sagt ein schwarzer Gewerkschafter eines Ford-Betriebs in New Jersey. Die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika nimmt vor allem unter den schwarzen Arbeitern in den USA einen großen Aufschwung. Der Angriff auf die Unterstützung der US-Imperialisten für die rassistischen Kolonialregime in Azania und Zimbabwe richtet sich unter der Forderung „USA raus aus Afrika!" gegen die Kredite und den Kapitalexport der großen US-Banken wie Chase Manhattan, Morgan Guarantee, Bank of America und Manufacturers Hanover Trust sowie der staatlichen Export-Import-Bank und des Internationalen Währungsfonds, den die US-Imperialisten kontrollieren.

Ohio: Erfolge im Streik der Lehrer

Die Lehrer und Angestellten im Schulwesen von Ohio haben dem Kürzungs- und Lohnsenkungsprogramm der Carter-Regierung eine klare Kampfansage entgegengesetzt. In einem vierwöchigen Streik in Toledo, in den die meisten Schulen mit insgesamt 52000 Schülern einbezogen waren, erkämpften sie gegen alle Schikanen eine Lohnerhöhung von 13,5%. Zehn Lehrer wurden verhaftet, als sie Streikbrecher, die zu doppeltem Lohn angeheuert worden waren, am Betreten der Schulen hinderten. In Aurora wurden ebenfalls sechs Lehrer festgenommen, während eines Streiks für die Wiedereinstellung von 17 entlassenen Kollegen, die im Zuge von „Sparmaßnahmen" entlassen wurden. Sie haben inzwischen die Wiedereinstellung von 12 Lehrern durchgesetzt und eine sofortige Zahlung von 500 Dollar Lohnerhöhung.

Kämpfe der mexikanischen Studenten in Kalifornien

Mexikanische Jurastudenten an der Universität in Ucla, Los Angeles, sind in den Streik getreten, nachdem die Zulassungskommission, die ausschließlich von Weißen kontrolliert wird, eine drastische Reduzierung der Zahl mexikanischer Studenten verfügt hatte. Bisher wurden nach den seit sechs Jahren geltenden Bestimmungen schon nur 45 Studenten mexikanischer Abstammung pro Jahr zugelassen und 25 weitere auf eine Warteliste gesetzt. Jetzt sollten nur noch 32 zugelassen, die Warteliste abgeschafft werden. Der Streik breitete sich über die gesamte Fakultät aus. Die Studenten organisieren politische Versammlungen und Kulturprogramme, in denen sie ihren Kampf für die Rechte der nationalen Minderheiten propagieren. Die Universitätsverwaltung hat erklärt, auf frei werdende Plätze würden weiße Studenten zugelassen, die an den Bourgeoiskaderschmieden Harvard und Berkeley durch die Prüfungen gefallen sind.

Carter schärft die Weizenwaffe

„Wenn wir nach einem Weg suchen, wie man andere dazu bringen kann ... in Abhängigkeit von uns zu geraten, dann scheint mir, daß Abhängigkeit in der Ernährung eine großartige Sache wäre", hatte 1975 der verblichene US-Politiker Humphrey gedroht. Damals beherrschten die US-Imperialisten den Weizenhandel zu 40% und hatten innerhalb von fünf Jahren die Preise verdreifacht. Dank großer Anstrengungen haben die Länder der Dritten Welt ihre Getreideimportabhängigkeit seither verringern können. Vor 14 Tagen nun kündigten die US-Imperialisten die Bildung eines Weizenexportkartells mit Kanada, Australien und Argentinien an, durch das sie 80% des Weizenhandels unter ihre Fuchtel bringen. Fast gleichzeitig erklärten sie, daß die Zeit für den Abschluß eines neuen Weltweizenabkommens reif sei. Ein solches Abkommen hatten sie seit 6 Monaten blockiert. Mit Hilfe ihres zusammengeraubten Weizenmonopols wollen sie die Preise erneut hochtreiben und die Anstrengungen der Länder der Dritten Welt zunichte machen.

Das Demokratische Kampuchea sichert seine wirtschaftliche Basis



Im Aufbau der Landwirtschaft hat das kambodschanische Volk die Priorität auf die Lösung des Bewässerungsproblems gelegt, um die Reisproduktion auf ein Maximum zu steigern, berichtet das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea. Unter Führung der Kommunistischen Partei haben die Arbeiter und Bauern im Jahre 1977 in jedem Bezirk, jeder Region und jedem Distrikt große, mittlere und kleine Staubecken mit einer Gesamtkapazität von 2800 Mio. Kubikmeter errichtet, wodurch 250000 Hektar Reisfelder das ganze Jahr über bewässert werden können. Das Bild zeigt den Bau eines Staudamms am Chinitfluß. Es ist der vom Außenministerium des Demokratischen Kampuchea herausgegebenen Zeitschrift „Pictures of Democratic Kampuchea" entnommen. Diese ist in Kürze über den Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, zu beziehen.

Ohio: Erfolge im Streik der Lehrer

Die Lehrer und Angestellten im Schulwesen von Ohio haben dem Kürzungs- und Lohnsenkungsprogramm der Carter-Regierung eine klare Kampfansage entgegengesetzt. In einem vierwöchigen Streik in Toledo, in den die meisten Schulen mit insgesamt 52000 Schülern einbezogen waren, erkämpften sie gegen alle Schikanen eine Lohnerhöhung von 13,5%. Zehn Lehrer wurden verhaftet, als sie Streikbrecher, die zu doppeltem Lohn angeheuert worden waren, am Betreten der Schulen hinderten. In Aurora wurden ebenfalls sechs Lehrer festgenommen, während eines Streiks für die Wiedereinstellung von 17 entlassenen Kollegen, die im Zuge von „Sparmaßnahmen" entlassen wurden. Sie haben inzwischen die Wiedereinstellung von 12 Lehrern durchgesetzt und eine sofortige Zahlung von 500 Dollar Lohnerhöhung.

Kämpfe der mexikanischen Studenten in Kalifornien

Mexikanische Jurastudenten an der Universität in Ucla, Los Angeles, sind in den Streik getreten, nachdem die Zulassungskommission, die ausschließlich von Weißen kontrolliert wird, eine drastische Reduzierung der Zahl mexikanischer Studenten verfügt hatte. Bisher wurden nach den seit sechs Jahren geltenden Bestimmungen schon nur 45 Studenten mexikanischer Abstammung pro Jahr zuge-

was lockern wird? Da würde man den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise verkennen.

Für Mitte Juni kündigte der Sachverständigenrat, der stets auftritt, bevor die Politiker dann die „Sachzwänge" vollstrecken, ein neues „Sondergutachten über die gesamtwirtschaftliche Lage" an. So hatte es im letzten Jahr auch angefangen. Das Sondergutachten, bis jetzt noch nicht fertig, ist diesmal als besonders starkes Stück geplant. Letzten Freitag ließ die Bundesregierung übers Fernsehen dementieren, daß dieses Gutachten von ihr bestellt wäre. Am gleichen Tage wurde gemeldet, daß der Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff sich zu einer Erörterung mit den Gutachtern begeben hätte. Das Kabinett läßt diskutieren, und der Graf gibt's zu Protokoll.

Am 7. Juni behandelte das Kabinett den Haushaltsentwurf für das Jahr 1977. Die Entscheidung wurde auf den 26. Juli vertagt. Der eingewechselte Finanzminister Matthöfer bemerkte dazu, daß die Regierung erst beschließen wolle, nachdem der Bund-Länder-Ausschuß für Steuerschätzungen seine Berechnungen über die voraussichtlichen Steuereinnahmen des Jahres 1979 abgeschlossen habe. Daraus ergebe sich dann die „erforderliche Neuverschuldung des Bundes". Nach Italien an erster und Japan an zweiter steht jetzt die BRD an dritter Stelle in der Staatsverschuldung. Ebenso wie die japanischen Imperialisten geben die westdeutschen Kapitalisten ihr Ka-

desrepublik ein Spielraum für eine beim Staat und Bezahlung der Zinsen

Fortsetzung Seite 2

Das Demokratische Kampuchea sichert seine wirtschaftliche Basis



Im Aufbau der Landwirtschaft hat das kambodschanische Volk die Priorität auf die Lösung des Bewässerungsproblems gelegt, um die Reisproduktion auf ein Maximum zu steigern, berichtet das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea. Unter Führung der Kommunistischen Partei haben die Arbeiter und Bauern im Jahre 1977 in jedem Bezirk, jeder Region und jedem Distrikt große, mittlere und kleine Staubecken mit einer Gesamtkapazität von 2800 Mio. Kubikmeter errichtet, wodurch 250000 Hektar Reisfelder das ganze Jahr über bewässert werden können. Das Bild zeigt den Bau eines Staudamms am Chinitfluß. Es ist der vom Außenministerium des Demokratischen Kampuchea herausgegebenen Zeitschrift „Pictures of Democratic Kampuchea" entnommen. Diese ist in Kürze über den Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, zu beziehen.

Die UdSSR benutzt die RGW-Länder als Kanonenfutter

Wachsende Gegenwehr der Dritten Welt gegen die „Kooperations"geschäfte

Mit dem „Virecks-Erdölgeschäft" will die UdSSR sowohl im Kampf um die Beherrschung Lateinamerikas wie Europas einen Schritt voran machen. Ihre Vorstellung: Mexiko als Vertragspartner übernimmt einen Teil des Erdöls, den die UdSSR bisher nach Kuba exportiert hat, als Direktlieferant nach Kuba. Dafür übernimmt die UdSSR die bisherigen Erdöllieferungen Mexikos an Spanien. Die spanische Regierung hat sie nicht gefragt. Mit dem Geschäft will die UdSSR an die großen Erdölvorkommen Mexikos herankommen, Mexiko über die Bindung an Kuba, RGW-Mitgliedsstaat, in das Fangnetz ihrer „internationalen Arbeitsteilung" verstricken, die selbständigen Wirtschaftsbeziehungen Mexikos mit Spanien kappen, schließlich als neuer Erdöllieferant Spanien, sowohl am Atlantik wie Mittelmeer gelegen, in Abhängigkeit bringen. Mehrere Fliegen mit einer Klappe, sagen sich die neuen Zaren. Die imperialistische Zumutung des Virecks-Erdölgeschäfts hat aber nicht geklappt, es konnte beim Besuch des mexikanischen Staatspräsidenten in Moskau nicht abgeschlossen werden.

Die RGW-Staaten sind die Stoßtrupps und das Kanonenfutter der sozialimperialistischen Supermacht, mit denen sie gegen die Nationen der Dritten Welt vorgeht. Allein im Mai trieben sich Militärdelegationen der DDR in Angola, Tunesien und in der Volksrepublik Kongo herum. Zehntausende kubanische Soldaten sind derzeit auf Befehl der Sozialimperialisten in Aggressionsfeldzügen gegen die Völker Afrikas in Angola wie am Horn von Afrika eingesetzt.

Gerade Angola, mit Hilfe kubanischer Truppen unterworfen und von den neuen Zaren als Musterbeispiel ihres „Internationalismus" gerühmt, ist die nachdrücklichste Erfahrung einer blutigen Kolonisierung durch die Supermacht und ihre RGW-Vasallen. In einer Übersicht über die Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Staaten mit Angola liest sich das so: „Die Sowjetunion hat es auf sich genommen, die angolanischen Unterrichtsinstitute zu modernisieren und neue zu bauen, den meteorologischen Dienst zu entwickeln, das Finanz- und Bankwesen zu reorganisieren, einen Perspektivplan für die Entwicklung der Landwirtschaft auszuarbeiten ... die Energetik zu entwickeln und den Schiffsbau zu modernisieren, schließlich Konsultationen in bezug auf die Diamantenerzeugung und -verwertung, auf den Abbau der Eisenerzlagerstätten und auf die Gründung einer nationalen Erdölgesellschaft zu führen." Die anderen RGW-Staaten werden arbeitsteilig eingesetzt: die DDR hat sich der Luftfahrt und Fischerei angenommen, Bulgarien der Landwirtschaft, Ungarn der Aluminium- und petrochemischen Industrie. Alle Länder schicken „Experten", alle werden durch Beteiligung an der Beute in Form von Billigfisch, Kaffee usw. ausgezahlt.

Verschafft sich die UdSSR Aufträge zum Bau von „Schlüsselindustrien", die sie sich nach Fertigstellung in Form von Tributzahlungen durch deren Produkte sowie der „traditionellen Exportgüter" bezahlen läßt, so tragen die RGW-Länder die Hauptlast beim Bau. Somit macht die Supermacht ein doppeltes Geschäft: Die Baukosten wälzt sie auf RGW-Staaten ab, vom Land der Dritten Welt kassiert sie für den Bau. Im Bestreben, Westafrika zu erobern, ergatterte die UdSSR den Bau des Hüttenkomplexes Ajaokuta in Nigeria. Versprochen hatte sie, den Hüttenkomplex während des zweiten nationalen Entwicklungsplans Nigerias 1970 – 1975 fertigzustellen. „Den Wunsch, auf Kooperationsgrundlage am Bau des nigerianischen Hüttenkomplexes teilzunehmen, haben auch andere Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bekundet. So will Bulgarien bei der Schaffung der Infrastruktur und im Zivilbauwesen und die CSSR und die DDR bei der Projektierung und Fertigung von mehreren Aggregaten für die Hauptproduktion mitwirken." Mittlerweile, im Jahr 1978, ist der Hüttenkomplex noch immer nicht fertig, die Kostenforderungen sind erheblich gestiegen. Solcher „Hilfe" erwehrt sich die Dritte Welt. Vor kurzem hat die nigerianische Regierung, der Unfähigkeit der RGW-Staaten wie offensichtlich bewußter Verschleppung überdrüssig, einen „Nationalen Stahlrat" gegründet mit dem ausdrücklichen Auftrag, das Vorankommen des Baus des Hüttenkomplexes zu überwachen und zu beschleunigen.

Ebenso stößt die Supermacht auf den Widerstand der Staaten der Dritten Welt bei ihrem Versuch, ihnen die Rohstoffe billig wegzunehmen, sie in RGW-Staaten exportieren zu lassen, damit diese sie verarbeiten und die Fertigprodukte wiederum an die UdSSR weiterliefern. So bezieht die DDR die Baumwolle aus Ägypten, verarbeitet sie zu Stoffen und Bekleidungsstücken, deren Großteil sie in die UdSSR exportiert. Als Ägypten den Baumwollexport in die UdSSR vergangenes Jahr stoppte, sorgte die sozialimperialistische Supermacht im Gegenzug dafür, daß außer ihr auch Polen die Kokslieferungen für Ägyptens Eisen- und Stahlwerke einstellte. Ägypten hat sich nicht erpressen lassen, die UdSSR und Polen mußten die Kokslieferungen wieder aufnehmen, der Exportstopp Ägyptens bleibt aufrechterhalten. Gerade die arabischen Staaten, die nacheinander die sozialimperialistische Supermacht vertrieben haben – Sudan, Agypten, Somalia –, festigen untereinander ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit und tragen zur Festigung der Front der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus bei. – (Z-Red.)

Sie wollen sich bis ins Unendliche bereichern!

Fortsetzung von Seite 1

beachtenswertes Stück weitergekommen. Der Kapitalexport wurde 1977, verglichen mit 1972, fast verdoppelt. Dezent dazu der Bundesbankmitdirektor: „Nach unserer bisherigen Statistik überstiegen die deutschen Direktinvestitionen im Ausland die Investitionen der Ausländer im Inland um knapp 3 Milliarden DM; das war nicht mehr als 6% des Betrages, den deutsche inländische Unternehmen in diesem Jahr netto im Inland investiert haben." Die Bourgeoisie läßt keine Zweifel, daß sie diese Entwicklung fortsetzen und sich eine immer wachsende Masse der Werte, die von Arbeitern in der ganzen Welt geschaffen werden, in ihre deutschen Kassen schwemmen will.

Der eben auf dem Ministersessel angewärmte Entwicklungsminister Offergeld redet bereits von einem „neuen Marshallplan". Der Marshallplan war die Methode, mit der die Westalliierten nach dem Zweiten Weltkrieg den Kriegsgewinn eingestrichen haben. Offergeld meint, daß ein derartiges Programm jetzt gegen die Länder der Dritten Welt angewendet werden muß. Der junge Minister sieht allerdings, daß „die Realisierung eines solchen Investitionsprogrammes ein koordiniertes Vorgehen der westlichen Industrieländer voraussetzt." Er übersieht geflissentlich, daß ein dermaßen freches Vorgehen, nämlich ein Verfahren, wie es zum Einstreichen eines Gewinns vom militärisch unterlegenen imperialistischen Konkurrenten entwickelt worden ist, gegen die Länder der Dritten Welt, die in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und vollständige Befreiung *siegreich* sind, anzuwenden, den Keim des elenden Scheiterns in sich birgt. Die Begleitmusik des Kapitalexportes ist noch leise und verhalten, aber deutlich Marschmusik, und wenn die westdeutschen Imperialisten auch nur die zweite Trompete blasen, wollen sie doch die Partitur mitgestalten. Die Bilanz des Kapitalexportes bietet Möglichkeiten.

Eine gewisse Besorgnis zeigen die westdeutschen Imperialisten bei der Prüfung ihres Warenexportes. Die Warenausfuhr stieg im ersten Quartal 1978 gegenüber dem Vorjahr dem Geldwert nach nur noch um 1%. Der Handelsbilanzüberschuß lag mit 8,7 Milliarden DM unter dem Vorjahresstand von 8,9 Milliarden. Der energische Widerstand, den die westdeutsche Arbeiterklasse den dauernden Lohnsenkungen entgegengesetzt hat und der nur durch enorme Anstrengungen der Sozialdemokratie vor dem Erfolg abgebremst werden konnte, hat dazu geführt, daß in den konkurrierenden imperialistischen Ländern erstmals seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges eine Lage entstand, in der die westdeutsche Arbeiterbewegung nicht zur schweren Last des Kampfes ihrer Klassengenossen wurde. Wenngleich die britische Bourgeoisie im letzten Jahr bis an die 7% Lohnsenkungen durchführen konnte, muß man nicht übersehen, daß sich in den westlichen imperialistischen Ländern überall eine Streikbewegung Bahn bricht, und es vergeht keine Woche, wo man nicht von großen oder auch kleineren Kämpfen hört. Wenn die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin den Weg des Kampfes gegen die dauernden Lohnsenkungen fortschreitet, muß sie wirklich keine Sorge haben, daß die Klassengenossen in den anderen imperialistischen Ländern das etwa nicht ausnutzen würden. Sie werden, und sie tun es schon, und nur der dreifach gesiebte imperialistische Nachrichtenfilter verdeckt den Sachverhalt ein wenig.

„Noch nicht auf Expansionskurs" kommentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den Monatsbericht des Wirtschaftsministers, wohl wissend, daß im Gezerre der imperialistischen Mächte derjenige nicht erfolgreich bleibt, der nicht die Arbeiterklasse im eigenen Lande ins größte Elend zu stürzen und ihr die übelste Schinderei aufzuhalsen vermag.

„Bei schrittweiser Annäherung an dieses Ziel müßten die Tarifparteien die durch eine Verringerung der Arbeitszeit bedingten Kostenveränderungen in der Industrie sorgfältig beachten." Dies verkündet die Deutsche Presseagentur als Antwort des Kanzlers Schmidt auf die Frage nach der 35-Stunden-Woche. Die Regierung stellt sich also einen gewissen Spielraum gegenüber der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit vor; es soll viel von der „schrittweisen" Verkürzung der Arbeitszeit geredet werden, die dann durch eine „sorgfältige Beachtung der Kostenveränderungen" vorbereitet würde. Die Wuchererlogik ist: Wenn der Lohn weiter gesenkt wird, so wird der faktischen Ausdehnung der Arbeitszeit bei gleichzeitig immer klareren Versprechungen ihrer dermaleinstigen Verkürzung nichts mehr im Wege stehen; die Arbeiter werden müssen. Dies würde dann die Handelsbilanz, die ja jetzt immer noch gewaltige Überschüsse verbucht, außer Rand und Band bringen, und die Weltgeltung Deutschlands und seines Kanzlers würden zunehmen, und für ein so patriotisches Ziel macht es dann auch nichts aus, wenn sich die Arbeiter kaputtquälen müssen und Tag und Nacht wie werktags und sonntags schanzen müssen.

Die Kapitalisten in der Elektrobranche rühmen sich, daß sie den Arbeitern „zweistellige Zuwachsraten" in der Produktivitätssteigerung abschinden konnten. Es wird jetzt Zeit, daß ihnen die Arbeiterbewegung die Zähne zeigt. Die Baukapitalisten, die rotzfrech über Arbeitskräftemangel klagen, bloß weil sie die vielen hunderttausend, die sie aufs Pflaster geworfen haben, jetzt nicht für brutal gesenkte Löhne wiederkriegen, haben schon was zu spüren bekommen, und nach dem geurteilt, was auf den Baustellen geredet wird, muß es dabei nicht bleiben. Mit ihrer immer klarer herauskommenden Charaktereigenschaft, sich bis ins Unendliche bereichern zu müssen, macht sich die Kapitalistenklasse unendlich verhaßt, und davon wird sie schlagbar.

Der „Ausgleich der Zahlungsbilanz"

Der „Ausgleich der Zahlungsbilanz" ist eines der hohen Ziele, die jedes volkswirtschaftliche Lehrbuch nennt. Das Stabilitätsgesetz von 1967 fordert ausdrücklich ein „außenwirtschaftliches Gleichgewicht". In Wahrheit handelt es sich dabei um Räuberziele.

In der Zahlungsbilanz werden alle Zahlungen mit dem Ausland registriert. Ihre wichtigsten Posten sind der auswärtige Handel und der Verkehr von Geldkapital.

Im Warenhandel haben die westdeutschen Imperialisten im vergangenen Jahr einen Überschuß von 46 Milliarden Mark erzielt. Sie haben für ihre Warenexporte 274 Mrd. DM kassiert und für ihre Importe selbst nur 228 Mrd. DM gezahlt. Eine gewaltige Ausbeutung anderer Länder spiegelt sich darin wider.

Die westdeutschen Imperialisten, die mit ihrem Export an Industrieprodukten sogar die USA übertreffen, stehen am Weltmarkt in Konkurrenz mit Ländern, die mit minderen Produktionsleichtigkeiten produzieren. Sie können daher die Waren über ihrem Wert – obgleich immer noch relativ billiger – verkaufen. Die Arbeit, die in diesen Waren steckt, verkaufen sie so als qualitativ höhere, ohne sie als solche zu bezahlen. Ein ordentlicher Extraprofit springt für sie heraus.

Die Gier, diesen Extraprofit zu ergattern, steckt hinter dem Überschuß der Handelsbilanz. Und mit diesem Überschuß wird das nächste Geschäft gemacht. Hilfreich verleihen die westdeutschen Banken und Industriemonopole Kredite, damit jene Länder, die sie mit teuren Waren überschwemmt haben, diese Waren zahlen können. Zu Wucherzins, versteht sich. Will ein Entwicklungsland eine größere Fabrik bauen, so stehen die imperialistischen Banken mit einem langfristigen Kredit bereit. Zehn Milliarden solcher Kredite haben sie bis Ende 1977 an die Entwicklungsländer (ohne OPEC) verliehen. Die Kredite an alle Länder haben sie seit 1973 auf 55 Mrd. fast vervierfacht. Und dazuhin haben die Tochterinstitute und Filialen westdeutscher Banken im Ausland (die nicht in der Zahlungsbilanz erfaßt sind) ihre Geschäfte seit Ende 1972 von 21 auf etwa 110 Mrd. DM ausgeweitet. Die Direktinvestitionen wuchsen 1977 um 6,2 Mrd. DM.

Direktinvestitionen wie Kredite werden in der Zahlungsbilanz als Zahlungs*abgang* verbucht. Jenes Geld, das aus dem Handelsüberschuß ergaunert wurde, dient jetzt der Jagd nach Wucherzins und Extraprofit aus der Ausbeutung ausländischer Arbeiter. Ein schöner „Ausgleich der Zahlungsbilanz", der hier stattfindet. Doppeltes Wuchergeschäft bringt ihn zustande.

Zahlungsbilanz 1977 (Mrd. DM)

A. Leistungsbilanz	
1. Außenhandel	
Ausfuhr (fob)	*273,5*
Einfuhr (fob)	*–227,6*
Saldo	44,5
2. Dienstleistungsbilanz	–17,8
3. Übertragungsbilanz	–17,9
Saldo Leistungsbilanz	8,4
B. Langfristiger Kapitalverkehr* (Kapitalexport: –)	
1. Direktinvestitionen	–2,7
westdt. Anlagen im Ausland	*–6,2*
ausl. Anlagen in der BRD	*3,5*
2. Portofolioinvestitionen	–3,1
ausl. Wertpapiere	*–5,4*
westdt. Wertpapiere	*2,3*
3. Kredite u. Darlehen	–3,6
gewährte Kredite	*–9,9*
aufgenommene Kredite	*6,4*
4. Staat u. sonstiges	–2,3
Saldo	–11,6
C. Grundbilanz (A plus B)	–2,9
D. Kurzfristiger Kapitalverkehr	
1. Kreditinstitute	8,5
2. Unternehmen	4,6
3. Staat	–0,5
Saldo	12,6
E. Restposten	0,8
F. Saldo aller Transaktionen	10,5

* jeweils die Veränderung 1977
Quelle: Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 1977

Auf Kur: 800 Kalorien pro Tag

Über 90 Prozent der in der „Fachklinik Bad Wildungen" der Landesversicherunganstalt (LVA) Oldenburg-Bremen geschickten Arbeiter haben ihren Kurantrag überhaupt nur genehmigt erhalten, weil sie so akut krank sind, daß sie für die Profitproduktion in ihrem Zustand kaum mehr brauchbar wären. Höchstens 10 Prozent erhalten eine sogenannte „Erholungskur", d.h. sie sind „lediglich überarbeitet".

Solche Kuren sind sehr schwer zu bekommen – hier halten die Kapitalisten über die paritätische Besetzung der Verwaltungsorgane der Rentenversicherung den Daumen drauf.

Der Kurantrag besteht daher auch aus mehreren seitenlangen Fragebögen, die auszufüllen sind sowohl vom Antragsteller als auch vom Hausarzt. Darin wird bis zur Krankheit der Großmutter die Lebensgeschichte der ganzen Familie ausgespitzelt. In den meisten Fällen folgt eine Untersuchung von einem LVA-Vertrauensarzt. Erst wenn der auch zustimmt, ist die Kur genehmigt. Er stellt die „Kurbedürftigkeit" fest. Die ganze Prozedur kann gut ein halbes Jahr dauern und in manchen Fällen noch länger. Nach dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz sind die Vertrauensärzte im letzten Jahr angewiesen worden, höchstens alle zwei Jahre eine Kur zuzulassen und „sehr strenge Maßstäbe" anzulegen.

Obwohl die meisten Arbeiter wegen schwerer Erkrankungen gekommen sind, erfahren sie gleich bei der Eingangsuntersuchung, daß das Sanatorium gar nicht auf ihre Krankheit eingerichtet ist. Vielmehr „betrachtet es die LVA als ihre Aufgabe, die immer weiter um sich greifenden ‚Zivilisationskrankheiten' einzudämmen."

Die eigentliche Erkrankung wird nur in den wenigsten Fällen behandelt. Ein 35-jähriger Arbeiter, zur Kur geschickt, weil er auf Grund fehlender Abwehrkräfte dauernd Lungenentzündung bekam, erkrankte prompt noch während des Kuraufenthaltes an einer weiteren Lungenentzündung.

Unter „Zivilisationskrankheiten" versteht die LVA Herz-, Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen, die zum großen Teil Folgen von Akkord-, Nacht-, und Schichtarbeit sind. Laut LVA-Ärzten in Bad Wildungen haben sie aber vor allem zwei Ursachen: das Rauchen und das viele Essen. Ganze Broschüren füllen sie mit dieser Verschleierung der Auswirkung der Ausbeutung in der Fabrik. Und sie ergreifen zur Bekämpfung der „Ursachen" entsprechende Maßnahmen. Wer auch nur ein Kilo „Übergewicht" hat – was Übergewicht ist, entscheidet die LVA-Tabelle – wird auf 800 Kalorien pro Tag gesetzt. Da gibt es dann einen Apfel zum Frühstück statt eines anständigen Butterbrotes, und mittags sind die Mahlzeiten auf ein Gramm rationiert. Eine Kalo-

„Ganze Wohnblocks für die bengalische Gemeinde reserviert"

Die britische Bourgeoisie plant Gettos im „Zentrum der Londoner Textilindustrie"

Die Stadtverwaltung von London hat am 25. Mai einen Plan zur „Unter-bringung von Bengalis im Bezirk To-

Mietskasernen kostet eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung knapp 30 DM pro Woche. Keine dieser Wohnungen

imperialistischen Konkurrenten entwickelt worden ist, gegen die Länder der Dritten Welt, die in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und vollständige Befreiung *siegreich* sind, anzuwenden, den Keim des elenden Scheiterns in sich birgt. Die Begleitmusik des Kapitalexportes ist noch leise und verhalten, aber deutlich Marschmusik, und wenn die westdeutschen Imperialisten auch nur die zweite Trompete blasen, wollen sie doch die Partitur mitgestalten. Die Bilanz des Kapitalexportes bietet Möglichkeiten.

Eine gewisse Besorgnis zeigen die westdeutschen Imperialisten bei der Prüfung ihres Warenexportes. Die Warenausfuhr stieg im ersten Quartal 1978 gegenüber dem Vorjahr dem Geldwert nach nur noch um 1%. Der Handelsbilanzüberschuß lag mit 8,7 Milliarden DM unter dem Vorjahresstand von 8,9 Milliarden. Der energische Widerstand, den die westdeutsche Arbeiterklasse den dauernden Lohnsenkungen entgegengesetzt hat und der nur durch enorme Anstrengungen der Sozialdemokratie vor dem Erfolg abgebremst werden konnte, hat dazu geführt, daß in den konkurrierenden

Räuberziele.

In der Zahlungsbilanz werden alle Zahlungen mit dem Ausland registriert. Ihre wichtigsten Posten sind der auswärtige Handel und der Verkehr von Geldkapital.

Im Warenhandel haben die westdeutschen Imperialisten im vergangenen Jahr einen Überschuß von 46 Milliarden Mark erzielt. Sie haben für ihre Warenexporte 274 Mrd. DM kassiert und für ihre Importe selbst nur 228 Mrd. DM gezahlt. Eine gewaltige Ausbeutung anderer Länder spiegelt sich darin wider.

Die westdeutschen Imperialisten, die mit ihrem Export an Industrieprodukten sogar die USA übertreffen, stehen am Weltmarkt in Konkurrenz mit Ländern, die mit minderen Produktionsleichtigkeiten produzieren. Sie können daher die Waren über ihrem Wert – obgleich immer noch relativ billiger – verkaufen. Die Arbeit, die in diesen Waren steckt, verkaufen sie so als qualitativ höhere, ohne sie als solche zu bezahlen. Ein ordentlicher Extraprofit springt für sie heraus.

Die Gier, diesen Extraprofit zu er-

überschwemmt haben, diese Waren zahlen können. Zu Wucherzins, versteht sich. Will ein Entwicklungsland eine größere Fabrik bauen, so stehen die imperialistischen Banken mit einem langfristigen Kredit bereit. Zehn Milliarden solcher Kredite haben sie bis Ende 1977 an die Entwicklungsländer (ohne OPEC) verliehen. Die Kredite an alle Länder haben sie seit 1973 auf 55 Mrd. fast vervierfacht. Und dazuhin haben die Tochterinstitute und Filialen westdeutscher Banken im Ausland (die nicht in der Zahlungsbilanz erfaßt sind) ihre Geschäfte seit Ende 1972 von 21 auf etwa 110 Mrd. DM ausgeweitet. Die Direktinvestitionen wuchsen 1977 um 6,2 Mrd. DM.

Direktinvestitionen wie Kredite werden in der Zahlungsbilanz als Zahlungs*abgang* verbucht. Jenes Geld, das aus dem Handelsüberschuß ergaunert wurde, dient jetzt der Jagd nach Wucherzins und Extraprofit aus der Ausbeutung ausländischer Arbeiter. Ein schöner „Ausgleich der Zahlungsbilanz", der hier stattfindet. Doppeltes Wuchergeschäft bringt ihn zustande.

2. Dienstleistungsbilanz	–17,8
3. Übertragungsbilanz	–17,9
Saldo Leistungsbilanz	8,4
B. Langfristiger Kapitalverkehr* (Kapitalexport: –)	
1. Direktinvestitionen	–2,7
westdt. Anlagen im Ausland	*–6,2*
ausl. Anlagen in der BRD	*3,5*
2. Portofolioinvestitionen	–3,1
ausl. Wertpapiere	*–5,4*
westdt. Wertpapiere	*2,3*
3. Kredite u. Darlehen	–3,6
gewährte Kredite	*–9,9*
aufgenommene Kredite	*6,4*
4. Staat u. sonstiges	–2,3
Saldo	–11,6
C. Grundbilanz (A plus B)	–2,9
D. Kurzfristiger Kapitalverkehr	
1. Kreditinstitute	8,5
2. Unternehmen	4,6
3. Staat	–0,5
Saldo	12,6
E. Restposten	0,8
F. Saldo aller Transaktionen	10,5

* jeweils die Veränderung 1977
Quelle: Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 1977

Obwohl die meisten Arbeiter wegen schwerer Erkrankungen gekommen sind, erfahren sie gleich bei der Eingangsuntersuchung, daß das Sanatorium gar nicht auf ihre Krankheit eingerichtet ist. Vielmehr „betrachtet es die LVA als ihre Aufgabe, die immer weiter um sich greifenden ‚Zivilisationskrankheiten' einzudämmen."

Die eigentliche Erkrankung wird nur in den wenigsten Fällen behandelt. Ein 35-jähriger Arbeiter, zur Kur geschickt, weil er auf Grund fehlender Abwehrkräfte dauernd Lungenentzündung bekam, erkrankte prompt noch während des Kuraufenthaltes an einer weiteren Lungenentzündung.

Unter „Zivilisationskrankheiten" versteht die LVA Herz-, Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen, die zum großen Teil Folgen von Akkord-, Nacht-, und Schichtarbeit sind. Laut LVA-Ärzten in Bad Wildungen haben sie aber vor allem zwei Ursachen: das Rauchen und das viele Essen. Ganze Broschüren füllen sie mit dieser Verschleierung der Auswirkung der Ausbeutung in der Fabrik. Und sie ergreifen zur Bekämpfung der „Ursachen" entsprechende Maßnahmen. Wer auch nur ein Kilo „Übergewicht" hat – was Übergewicht ist, entscheidet die LVA-Tabelle – wird auf 800 Kalorien pro Tag gesetzt. Da gibt es dann einen Apfel zum Frühstück statt eines anständigen Butterbrotes, und mittags sind die Mahlzeiten auf ein Gramm rationiert. Eine Kalo-

rienmenge, bei der ein Arbeiter in der Fabrik nach wenigen Tagen zusammenbricht. Gegen den knurrenden Magen müssen sich die Arbeiter dann Vorträge anhören wie „Getränke, die dick machen", womit der Alkoholverzicht gepredigt werden soll. Es geht um nichts anderes als die ideologische Absicherung der Aushöhlung der Reproduktionsbasis der Arbeiter. Und billig ist es für die Kapitalisten auch noch.

Drei Kilo Gewichtsverlust pro Woche sind keine Seltenheit. Das Gewicht wird genau verfolgt. Die „medizinische" Untersuchung besteht zu einem wesentlichen Teil aus zweitägigem Wiegen. Wenn man das Gewicht am Schluß der Kur danach nicht halten kann, ist das ein Ablehnungsgrund für den nächsten Kurantrag.

Soweit sich die Arbeiter bei dieser Sorte Kur tatsächlich ein wenig erholen, so ist das der Tatsache geschuldet, daß sie vier Wochen nicht der Ausbeutung in der Fabrik unterliegen, und einen regelmäßigen Tagesablauf und ausreichenden Schlaf haben.

„Ganze Wohnblocks für die bengalische Gemeinde reserviert"

Die britische Bourgeoisie plant Gettos im „Zentrum der Londoner Textilindustrie"

Die Stadtverwaltung von London hat am 25. Mai einen Plan zur „Unterbringung von Bengalis im Bezirk Tower Hamlets" vorgelegt: „Wir sollten weiterhin den Wünschen der bengalischen Gemeinde entgegenkommen und ganze Wohnungsblocks oder, wenn notwendig, ganze Anwesen für sie reservieren, wenn die vorhandenen Mieter wegziehen wollen ... Dabei kann keine Rede von einer Zwangsverlegung in das Gebiet sein oder von einer Zwangsverlegung von vorhandenen Mietern nach draußen."

Es handelt sich um die Gegend östlich des Ostlondoner Großmarktes Spitalfields. Fast ohne Beschönigung wird die behördliche Einrichtung eines Gettos angekündigt. Am Sonntag, dem 11. Juni, überfiel eine Bande von 150 Faschisten das Viertel mit Steinen und Knüppeln und griff Passanten und bengalische Läden an. Sie wurde bereits nach einer Viertelstunde von Bengalis und Engländern vertrieben. Am Dienstag, dem 13. Juni, wollten die Funktionäre der Londoner Stadtverwaltung ihren Plan auf einer Stadtteilversammlung als vorteilhafte Reform an die Massen verkaufen. Sie wurden von den 500 Anwesenden, Bengalis wie Engländern, so unter Beschuß genommen, daß sie gar nicht dazu kamen, ihren Plan zu entwickeln. Sehr schnell mußten sie erklären, alles sei ein Mißverständnis; sie hätten nicht die Absicht, Siedlungsgebiete nur für Bengalis einzurichten.

Friedrich Engels hat die Gegend 1885 so beschrieben: „Das Ostende von London ist ein sich stets ausdehnender Sumpf von stockendem Elend und Verzweiflung, von Hungersnot, wenn unbeschäftigt, von physischer und moralischer Erniedrigung, wenn beschäftigt."



Demonstration von über 7000 ausländischen und britischen Arbeitern gegen die Ermordung eines jungen Bengali durch Faschisten am 14. Mai

Am Anfang des Jahrhunderts wurden hier zu Zehntausenden jüdische Arbeiter und Handwerker zusammengepfercht, Flüchtlinge aus dem zaristischen Rußland. Sie wurden zum größten Teil in Heimarbeit oder in Werkstätten einer Unzahl von kleinen Textilbetrieben beschäftigt, die den großen Textilmonopolen zulieferten. Diese Textilindustrie besteht heute noch.

Nach amtlicher Zählung waren im September 1977 rund 63% der 853 Haushalte im Spitalfields-Viertel „asiatischer Herkunft". Es handle sich „vor allem um Bengalis aus Bangla Desh, die besondere nationale, rassische und Gemeindecharakteristika haben, die sie behalten möchten. Viele von ihnen sprechen kein Englisch, und im allgemeinen arbeiten sie in der Bekleidungsindustrie, in vielen Fällen in Heimarbeit, was ein traditioneller Zug des Gewerbes ist. Spitalfields stellt deshalb eine geeignete Gegend für die Bengalis dar, da es das Zentrum der Londoner Bekleidungsindustrie ist." (Unterbringungsplan)

Die alten Häuser in und um die Straße Brick Lane sind in den oberen Stockwerken vielfach verfallen oder ausgebrannt. Im Erdgeschoß oder Tiefparterre kann man von der Straße aus in fensterlose Räume sehen, die bis auf den letzten Zentimeter mit Nähmaschinentischen und Stoffballen voll sind. Offensichtlich werden Kleider in Serien hergestellt, das kann man an dem zugeschnittenen Material sehen. Die Lichtverhältnisse sind schlecht. An den Tischen fast ausschließlich Jugendliche und junge Männer. Auf der Straße sieht man Kinder als Boten und Träger. Frauen arbeiten in diesen Werkstätten nicht. Sie leisten die „traditionelle" Heimarbeit. Die Leute im Viertel sagen, die Löhne liegen zwischen 120 und 150 DM pro Woche, gearbeitet wird bis tief in die Nacht, gewerkschaftliche Organisation gibt es nicht.

Die Wohnverhältnisse seien preiswert in Spitalfields, behaupten die Behörden. In den gemeindeeigenen Mietskasernen kostet eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung knapp 30 DM pro Woche. Keine dieser Wohnungen hat Bad. Oft sind Kochgelegenheit, Waschgelegenheit und Klo in einem Raum. In den schlechten Nachkriegsbauten der Gemeinde beträgt die Miete rund 50 DM pro Woche. Wer dort nicht unterkommt, muß sich in einem verfallenen Haus zum mehr als doppelten Preis bei einem Wucherer einmieten. Rund 2000 Einwohner leben als „wilde Siedler", „squatters", in Abbruchhäusern, ohne Strom, oft ohne Wasser in Wohnung oder Haus. Wenn eine Familie geräumt ist, läßt die Behörde Fenster, Türen, Wände zerstören, um eine Neubesetzung zu verhindern.

Die Lebensbedingungen für Europäer und Bengalis in dem Viertel sind ungefähr gleich. Die Gettoisierung der einen bedeutet die Vertreibung der anderen. Arbeiterfamilien aller Nationalitäten sollen noch tiefer ins Elend gedrückt werden, um dieses „Zentrum der Londoner Textilindustrie" als Ausbeuterparadies und Arbeitskräftereservoir zu erhalten. Der Propaganda der Bourgeoisie über das „Bengalenproblem" in Ostlondon folgen die Angriffe der Banden der faschistischen Nationalen Front. Jetzt schreit die bürgerliche Presse nach Verstärkung der Polizei, angeblich um die Bengalis vor den Faschisten zu schützen. In den dreißiger Jahren haben die Faschisten in diesem Viertel ihre schwersten Niederlagen einstecken müssen, als sie die jüdischen Arbeitermassen angriffen. In der letzten Woche haben ausländische und englische Arbeiter gemeinsam den Gettoplan der Bourgeoisie wie den Überfall ihrer faschistischen Banden zurückgeschlagen. – (Korrespondentenbericht London)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord –Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon: 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/V.– Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 25/78: 32000

Mit Maschinengewehren im Kreuz zu neuen „Arbeitsgroßtaten"?

„Lehren aus der Ernte 1977" zog das Politbüro des ZK der SED im März und beschloß, den kleinen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) den weiteren Zusammenschluß zu untersagen. Gleichzeitig wurde die personelle Verstärkung der staatlichen Aufsichtsorgane angeordnet, damit diese ihren Kontrollfunktionen besser nachkommen. 1977 wurde der Plan erneut vorne und hinten nicht erfüllt. In 76 von insgesamt 219 Kreisen der DDR wurde das Plansoll für Milchproduktion nicht eingehalten, in 24 Kreisen das für Schlachtvieh. Die Planerfüllung in der Futtermittelversorgung, die zum wesentlichen Planziel des laufenden 5-Jahr-Planes erhoben wurde, um die hohen Importe zu senken, wurde in den Statistiken erst gar nicht erwähnt. Die Erträge aus der Getreideproduktion sollen 1976 – 1980 von 35,5 Doppelzentner/Hektar (1975) auf 46 bis 48 dz/ha jährlich gesteigert werden. Tatsächlich belief sich die Getreideernte 1976 auf 32,2 dz/ha, 1977 auf 34,6 dz/ha. Dies, „obwohl eine gute Ernte herangereift war, deren Einbringung aber durch ungünstigen Witterungsverlauf erschwert wurde. Durch den Einsatz von Angehörigen der bewaffneten Organe ... gelang es, größere witterungsbedingte Ertragsausfälle zu verhindern", heißt es in den „Mitteilungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik" (1/78).

Mit Maschinengewehren im Kreuz werden die Arbeiter und Bauern zu Höchstleistungen angetrieben. Die „ungünstigen Witterungsverhältnisse" haben mit dem Wetter wenig zu tun. Wie sollen denn die Landarbeiter und Bauern der LPGs eine ausreichende Ernte einbringen, wenn es von vornherein an Saatgut und an technischem Gerät fehlt? Große Mengen hochwertigen Saatgutes werden an die UdSSR abgeliefert, genauso wie Landmaschinen im Werte von mehreren Millionen Rubel. Obwohl für den laufenden 5-Jahr-Plan die Bereitstellung von 49000 Traktoren vorgesehen war, wurde die Anzahl der Traktoren von 1975 auf 1976 um 2264 Stück gekürzt. Schließen sich die kleinen LPGs zusammen, um durch die gemeinsame Bestellung des Bodens notdürftig ihre Lebenshaltung zu sichern, beschimpfen die neuen Bourgeois dies demagogisch als „Hauptschwierigkeit" bei der Planerfüllung. Ihr Interesse ist es, die Arbeiter und Bauern der kleinen LPGs in besitzlose Landarbeiter der großen LPGs zu verwandeln.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Arbeiter und Bauern gemeinsam die landwirtschaftliche Produktion zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung des Volkes in die Hand genommen. 1945 wurden in der Bodenreform insgesamt 3298000 ha Land enteignet, jedoch nur von den Großgrundbesitzern, die mehr als 100 ha besaßen. 210000 Neubauernwirtschaften wurden errichtet mit einer Betriebsgröße von 7 bis 8 ha. 1948 gründeten die kleinen Bauern die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und errichteten Maschinen-Ausleih-Stationen und Maschinen-Traktor-Stationen. 1949 stellte die Sowjetunion zur Mechanisierung der Landwirtschaft 1000 Traktoren zur Verfügung. Die Bauern Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens gaben an die Bauern in Mecklenburg und Brandenburg Teile ihrer Viehbestände ab, damit sich im ganzen Land die Landwirtschaft besser entwickeln konnte. 1952 gründeten 37000 Bauern 1906 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, in die sie ihre Bestände an Land, Vieh und Maschinen einbrachten und die gemeinsam genutzt wurden. Für den in die LPG eingebrachten Boden erhielten die Bauern jährlich feste Beträge ausgezahlt.

Die Tatsache aber, daß die Großgrundbesitzer nicht vollständig enteignet waren, hat die neue Bourgeoisie in der DDR planmäßig genutzt, um in der Landwirtschaft die kapitalistische Produktionsweise wiederherzustellen. Ende 1959 ordnete die neue Bourgeoisie die zwangsweise Organisierung aller Bauern in den LPGs an, also auch der Großbauern. Je nachdem, ob sie nur ihren Boden oder auch ihr Vieh und Gerät in die genossenschaftliche Wirtschaft überführten, erhielten sie entsprechende dem Wert des eingebrachten Bodens 20 bis 40% der erwirtschafteten Erträge. Die Folge war eine schwungvolle Ruinierung der kleinen LPGs (siehe Tabelle). Mit der Einführung der „Agrarindustriellen Komplexe" und der damit verbundenen Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion holte die neue Bourgeoisie zu einem weiteren gewaltigen Schlag gegen die selbständige Produktion der kleinen Genossenschaften aus. Besonders feiner Stachel war hierbei die 1968 eingeführte „Bodennutzungsgebühr". Bei Bauvorhaben (z.B. Ställe) mußten je nach Größe der zu bebauenden landwirtschaftlichen Nutzfläche gestaffelte Gebühren errichtet werden. Den kleineren LPGs wurde es so von vornherein aussichtslos gemacht, ihre Viehzucht zu halten oder die Produktion darauf zu konzentrieren. Mit der staatlichen Preisfestsetzung wurde ein Übriges getan, ihren Ruin zu beschleunigen. Während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise für Schlachtvieh 1974 gegenüber 1965 um 44% und die für Milch um 135% höher lagen, stiegen die Erzeugerpreise für Weizen nur um 4,32%, für Roggen um 0,32%, für Braugerste wurden sie um 13% gesenkt. Die Arbeiter und Bauern, die aus dem genossenschaftlichen Betrieb ihre Lebenshaltung nicht mehr bestreiten konnten, mußten die Wirtschaft aufgeben und zusehen, in den großen LPGs ihre Arbeitskraft verkaufen zu können.

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs) und landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

	LPGs	LN (Tsd. Hektar)
1952	1906	218,0
1955	6047	1203,8
1960	19313	5408,1
1965	15139	5455,2
1970	9009	5392,4
1975	4621	5405,6

Quelle: Statistisches Taschenbuch der DDR 1977

Die Arbeitslöhne werden aus den erwirtschafteten Erträgen der LPGs gezahlt. Je nachdem, ob der Landarbeiter die festgesetzte Tagesnorm erfüllt hat, erhält er eine Arbeitseinheit gutgeschrieben. Erfüllt er sie nicht, werden entsprechende Abzüge berechnet. Die Höhe des für die Arbeitseinheit zu zahlenden Geldbetrages richtet sich nach den insgesamt erwirtschafteten Erträgen. Ist die Ernte gering und kann sie wegen mangelnder technischer Geräte nicht rechtzeitig eingebracht werden, ist der Lohn entsprechend niedrig. Ist die Ernte gut und werden überdurchschnittliche Gewinne erzielt, bleibt der Lohn ebenfalls niedrig und der überschüssige Betrag wird in den Rücklagen- und Reservefonds abgeführt. Daneben werden von den Erträgen vor Auszahlung der Löhne 8 bis 20% in den Grundmittelfonds abgeführt und etwa 3% in den Kultur-, Hilfs- und Prämienfonds.

Die Sorge um die Existenz zwingt die kleinen Bauern und Landarbeiter, sich immer stärkerer Arbeitshetze zu unterwerfen. Der Drei-Schicht-Betrieb ist in der landwirtschaftlichen Produktion schon seit Mitte der 60er Jahre eingeführt. Die Landarbeiter müssen in der Regel an zehn aufeinanderfolgenden Tagen Schicht arbeiten, dann haben sie vier Tage frei. In „Stoßzeiten" können die freien Tage gestrichen werden. Sonst müssen die Arbeiter und Bauern ihre freien Tage nutzen, um notwendige Reparaturen und Bauarbeiten auszuführen.



„Kühe fahren Karussel" rühmt die neue Bourgeoisie die in den Agrar-Industrie-Komplexen angewandten Melkmethoden. Pro Stunde werden auf diesen Melkständen 85 Kühe gemolken.

Seit 1965 hat sich die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten um mehr als 300000 auf 870000 verringert. Im März 1978 wurde auf der SED-Bezirksleitungssitzung Rostock angekündigt, „daß kein weiterer Rückgang von Arbeitskräften aus der Land- und Forstwirtschaft mehr zugelassen werden darf." Wie Zugochsen sollen die Arbeiter und Bauern in der DDR unters Joch gebracht werden, um sich rund um die Uhr für die Profite der neuen Bourgeois zu schinden. – (Z-Red.)

„Haben sie erst Fuß gefaßt ..."
Tribute an die UdSSR begünstigen „innerdeutsche" Profitgeschäfte der BRD-Imperialisten
„Für uns kommt es darauf an, die Braunkohle umfassender zu nutzen ... 1990" zukommt. Die Spezialisierung sieht so aus, daß die Sowjetunion der Technologien anzueignen, um ihre Waren überhaupt auf dem Weltmarkt Ostpartner, die Montageleistungen und Zulieferungen günstig erbringen,
„xen angewandten Melkmethoden. Pro Stunde werden auf diesen Melkständen 85 Kühe gemolken.
Mit Maschinengewehren im Kreuz werden die Arbeiter und Bauern zu Höchstleistungen angetrieben. Die „ungünstigen Witterungsverhältnisse" haben mit dem Wetter wenig zu tun. Wie sollen denn die Landarbeiter und Bauern der LPGs eine ausreichende Ernte einbringen, wenn es von vornherein an Saatgut und an technischem Gerät fehlt? Große Mengen hochwertigen Saatgutes werden an die UdSSR abgeliefert, genauso wie Landmaschinen im Werte von mehreren Millionen Rubel. Obwohl für den laufenden 5-Jahr-Plan die Bereitstellung von 49000 Traktoren vorgesehen war, wurde die Anzahl der Traktoren von 1975 auf 1976 um 2264 Stück gekürzt. Schließen sich die kleinen LPGs zusammen, um durch die gemeinsame Bestellung des Bodens notdürftig ihre Lebenshaltung zu sichern, beschimpfen die neuen Bourgeois dies demagogisch als „Hauptschwierigkeit" bei der Planerfüllung. Ihr Interesse ist es, die Arbeiter und Bauern der kleinen LPGs in besitzlose Landarbeiter der großen LPGs zu verwandeln.
Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Arbeiter und Bauern gemeinsam
Ende 1959 ordnete die neue Bourgeoisie die zwangsweise Organisierung aller Bauern in den LPGs an, also auch der Großbauern. Je nachdem, ob sie nur ihren Boden oder auch ihr Vieh und Gerät in die genossenschaftliche Wirtschaft überführten, erhielten sie entsprechende dem Wert des eingebrachten Bodens 20 bis 40% der erwirtschafteten Erträge. Die Folge war eine schwungvolle Ruinierung der kleinen LPGs (siehe Tabelle). Mit der Einführung der „Agrarindustriellen Komplexe" und der damit verbundenen Spezialisierung der landwirtschaft-
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs) und landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)
LPGs | LN (Tsd. Hektar)
1952 | 1906 | 218,0
1955 | 6047 | 1203,8
1960 | 19313 | 5408,1
1965 | 15139 | 5455,2
1970 | 9009 | 5392,4
1975 | 4621 | 5405,6
Quelle: Statistisches Taschenbuch der DDR 1977
trieren. Mit der staatlichen Preisfestsetzung wurde ein Übriges getan, ihren Ruin zu beschleunigen. Während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise für Schlachtvieh 1974 gegenüber 1965 um 44% und die für Milch um 135% höher lagen, stiegen die Erzeugerpreise für Weizen nur um 4,32%, für Roggen um 0,32%, für Braugerste wurden sie um 13% gesenkt. Die Arbeiter und Bauern, die aus dem genossenschaftlichen Betrieb ihre Lebenshaltung nicht mehr bestreiten konnten, mußten die Wirtschaft aufgeben und zusehen, in den großen LPGs ihre Arbeitskraft verkaufen zu können.
Die Arbeitslöhne werden aus den erwirtschafteten Erträgen der LPGs gezahlt. Je nachdem, ob der Landarbeiter die festgesetzte Tagesnorm erfüllt hat, erhält er eine Arbeitseinheit gutgeschrieben. Erfüllt er sie nicht, werden entsprechende Abzüge berechnet. Die Höhe des für die Arbeitseinheit zu zahlenden Geldbetrages richtet sich nach den insgesamt erwirtschafteten Erträgen. Ist die Ernte gering und kann sie wegen mangelnder
sich immer stärkerer Arbeitshetze zu unterwerfen. Der Drei-Schicht-Betrieb ist in der landwirtschaftlichen Produktion schon seit Mitte der 60er Jahre eingeführt. Die Landarbeiter müssen in der Regel an zehn aufeinanderfolgenden Tagen Schicht arbeiten, dann haben sie vier Tage frei. In „Stoßzeiten" können die freien Tage gestrichen werden. Sonst müssen die Arbeiter und Bauern ihre freien Tage nutzen, um notwendige Reparaturen und Bauarbeiten auszuführen.
Seit 1965 hat sich die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten um mehr als 300000 auf 870000 verringert. Im März 1978 wurde auf der SED-Bezirksleitungssitzung Rostock angekündigt, „daß kein weiterer Rückgang von Arbeitskräften aus der Land- und Forstwirtschaft mehr zugelassen werden darf." Wie Zugochsen sollen die Arbeiter und Bauern in der DDR unters Joch gebracht werden, um sich rund um die Uhr für die Profite der neuen Bourgeois zu schinden. – (Z-Red.)
für die Vertreibung ebenso wie für die Spaltung."
1971. Zur Feier des Tages verabschiedet der Bundestag in „demonstrativer Einigkeit" ein „Zonenrandförderungsgesetz". Das Aufmarschgebiet muß hergerichtet werden. „Sprecher aller Fraktionen wiesen übereinstimmend darauf hin, daß es letzten Endes das Ziel des Gesetzes sei, durch Wiederherstellung der nationalen Einheit sich selbst überflüssig zu machen." (Stuttgarter Zeitung, 19.6.71)
1972. Brandt an die Nation: Man habe erkennen müssen, daß es „den kurzen Weg zur Einheit in Freiheit nicht gibt", dies bedeute aber keine Resignation.
1974. Schmidt, der neue Kanzler, hat der Erhebung des 17. Juni zum Feiertag schon immer „mit gemischten Gefühlen" gegenübergestanden, weil nichts dabei herausgekommen ist.
Wienand (SPD) ist für eine zeitsparende Verwendung der ganzen imperialistischen Geschichte auf einen Streich: „Dabei gehe es nicht darum, sie (die Feiertage) fortfallen zu lassen, sondern um den Versuch, wie man sie ‚ökonomisch besser zusammenführt und ihnen einen Inhalt gibt'. In diese Neugestaltung sollte nach Meinung Wienands alles, was deutsche Geschichte angeht, mit einbezogen werden." (Stuttgarter Zeitung, 18.6.74)
1976. Bölling erklärt im Namen von Kanzler Schmidt: „Große Worte sollten wir uns am Gedenktage des 17. Juni ver-

„Haben sie erst Fuß gefaßt ..."

Tribute an die UdSSR begünstigen „innerdeutsche" Profitgeschäfte der BRD-Imperialisten

„Für uns kommt es darauf an, die Braunkohle umfassender zu nutzen ... Das hilft wesentlich, die aufwendigen Erdölimporte in Grenzen zu halten", beklagte Erich Honecker auf der 8. Tagung des ZK der SED am 24. Mai die wachsende Ausplünderung der DDR durch die UdSSR. Die Rohstoff- und Brennstoffabhängigkeit der DDR wird von der sozialimperialistischen Supermacht genutzt, sie in immer größere Schuldknechtschaft zu treiben. 100% des Bedarfs an Erdgas und mehr als 90% an Erdöl müssen von der UdSSR bezogen werden, ebenso 60 bis 70% Eisenerz und Buntmetalle. 1977 hat die UdSSR die Preise für Rohstoffe um durchschnittlich 10 bis 15% erhöht. Damit überhaupt Roh- und Brennstoffe geliefert werden, muß sich die DDR wie die anderen RGW-Länder auch an dem Forschungs- und Entwicklungsprogramm in der UdSSR beteiligen. 7 bis 8 Mrd. Mark müssen 1976 – 1980 von der DDR dafür bereitgestellt werden, neben tausenden von Arbeitern, die „freiwillig" zum Arbeitseinsatz in die UdSSR verschickt werden. Im Dezember 1977 wurde „im Zuge der Realisierung der langfristigen Zielprogramme des RGW" ein bis 1990 geltendes Generalabkommen über „Zusammenarbeit bei der Entwicklung von vereinigten Verbundnetzen" unterzeichnet. Auf der Anfang Juni stattfindenden RGW-Tagung mußten die RGW-Staaten nochmals ihre vollste materielle Unterstützung beim Ausbau der Produktionsstätten in der UdSSR zusichern. Erich Honecker betonte auf der SED-ZK-Tagung, daß „große Bedeutung ... der Ausarbeitung der Spezialisierung und Kooperation der Volkswirtschaft der DDR und der UdSSR für den Zeitraum 1980 bis 1990" zukommt. Die Spezialisierung sieht so aus, daß die Sowjetunion der DDR die Rohstoffe liefert, die hochentwickelte Maschinen und Anlagen an die Sowjetunion abliefern muß. Allein 1976 mußte die DDR Maschinen im Werte von 1,8 Mrd. Rubel in die UdSSR liefern. Für 1978 wurde im Dezember 1977 ein Jahresprotokoll über Lieferungen im Werte von 7,3 Mrd. Rubel unterzeichnet. Gleichzeitig wurde die von der UdSSR „brüderlich" besetzte DDR angehalten, „um die Erfüllung konkreter Verpflichtungen zum vorfristigen Abschluß von Exportlieferungen" Sorge zu tragen. Um den „außenwirtschaftlichen Verpflichtungen" nachzukommen, werden die Arbeiter von den neuen Bourgeois in der DDR ständig angehalten, mit Rohstoffen und Material sparsamer umzugehen, keine Arbeitsminute ungenutzt verstreichen zu lassen, müssen Sonderschichten und Überstunden gefahren werden, soll der Dreischichtbetrieb umfassend durchgesetzt werden.

Die neuen Bourgeois in der DDR sehen sich zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt. Einerseits gezwungen, dem gefräßigen großen Bruder bei Strafe ihres Sturzes das Maul vollzustopfen, haben sie andererseits selbst hochtrabende Pläne. „Der Welthandel darf keine Einbahnstraße sein", gibt Erich Honecker Verkehrsunterricht und beklagt die Planrückstände insbesondere in den für den Export „in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet" produzierenden Industriebereichen. Aufgrund des Rückstandes in der Entwicklung der Produktivkräfte ist die DDR gezwungen, aus den imperialistischen Ländern in zunehmendem Maße Maschinen und Anlagen zu importieren und sich die entwickelten Technologien anzueignen, um ihre Waren überhaupt auf dem Weltmarkt absatzfähig zu machen. Ihre Verschuldung für Warenlieferungen muß die DDR allein mit etwa 10% ihrer gesamten Exporterlöse an Zinsleistungen abtragen. Während die Importe aus der BRD insbesondere von landwirtschaftlichen Produkten und Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrie im letzten Jahr gekürzt wurden, wurden die Importe von Erzeugnissen der Produktionsgüterindustrie weiter gesteigert.

Die BRD-Imperialisten sind innerhalb der OECD der größte Handelspartner der DDR. Sie nutzen die Erpressung und Beraubung der DDR durch die UdSSR und deren eigene ehrgeizige Pläne, sich selbst im Welthandel ins Geschäft zu bringen, um sich zunehmend in der DDR einzunisten, die dortige Arbeiterklasse selbst auszubeuten und „in Kooperation mit der DDR neue Märkte zu erschließen".

Ende 1976 wurde vom Deutschen Industrie- und Handelstag, dem BDI und der Berliner Industrie- und Handelskammer in Westberlin das „Internationale Zentrum für Ost-West-Kooperation" gegründet. „Das Kooperationszentrum sieht in seinem Angebot überzeugende Pluspunkte für alle Beteiligten ... Westliche Unternehmen können, haben sie erst Fuß gefaßt, ihre Aktivitäten auf andere Staatshandelsländer ausdehnen ... Wegen der häufig besseren Kostensituation können Produktionen in den Osten verlagert, in den dortigen sehr preisgünstigen und leistungsfähigen Instituten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt werden, Großaufträge in Drittländer sind häufig nur durch Beteiligung geeigneter Ostpartner, die Montageleistungen und Zulieferungen günstig erbringen, möglich." (Austria Presse-Agentur, Nachrichten Ost-West-Handel)

Auf der Hannover-Messe im Frühjahr vereinbarte der stellvertretende DDR-Außenhandelsminister Behrendt mit Vertretern von Krupp, Thyssen, Klöckner, Hoesch, Mannesmann, Salzgitter AG, Wolff, MAN, AEG, Bosch den „Ausbau langfristiger Handels- und Geschäftsbeziehungen". Bereits im März hatte Krupp mit der DDR ein erstes Kooperationsabkommen über den Bau einer Baumwollspinnerei in Äthiopien abgeschlossen. Krupp liefert die Anlagen, die DDR das Zubehör und die Arbeiter.

Nicht nur, daß die BRD-Imperialisten so ihrem Traum von der afrikanischen Macht noch ein Stück näherkommen, fassen sie so auch ostwärts fester Fuß. Gegenwärtig wird in Berlin ein 25stöckiges Ost-West-Handelszentrum unter Beteiligung westdeutscher Firmen gebaut. Im Spätsommer soll es bezugsfertig sein. Darüber, in welcher Währung die Miete gezahlt werden soll, wird noch gefeilscht. Die neue Bourgeoisie braucht jede DM, um ihre wachsenden Außenhandelsschulden abzutragen. Handelseinig wird man sich schon werden. Die Gelegenheit, aus dem 25. Stock mitten auf dem Alexanderplatz ihren Blick weit gen Osten richten zu können, werden sich die BRD-Imperialisten bestimmt nicht entgehen lassen. Genauso wie sie es sich nicht entgehen und einige Millionen kosten ließen, um im „Vertrag über den gemeinsamen Braunkohleabbau" nicht nur ihre Bautrupps auf das Territorium der DDR zu entsenden, sondern der DDR ihre für die zukünftige Energieplanung so wichtige Braunkohle zu rauben. – (Z-Red.)

„Die deutsche Frage offenhalten"

– Kanzlerworte zum 17. Juni –

1970. Willy Brandt gibt vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung ab:

„Die schmerzliche Erinnerung an den 17. Juni 1953 verdient aus verschiedenen Gründen wachgehalten zu werden."

Schmerzlich ist, daß die Anzettelung einer Konterrevolution in der DDR mit anschließendem Einmarsch der US-Imperialisten nicht geklappt hat. „Das ursprüngliche Konzept – Wiedervereinigung durch freie Wahlen, freigegeben durch eine Übereinkunft der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – (fand) in den harten Gegebenheiten keinen rechten Anhaltspunkt mehr."

Man mußte sich also was Neues einfallen lassen:

„Es (ist) höchstens möglich ..., durch allgemeine Veränderungen im Ost-West-Verhältnis und durch die schrittweise Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung auch der Einheit der Nation näherzukommen." „Mit dem kühlen Blick für die Grenzen unserer Möglichkeiten und mit dem festen Willen, das Begonnene im Einvernehmen mit unseren Verbündeten zu vollenden, werden wir, so meine ich, heute auch am besten dem gerecht, was einem ‚Tag der deutschen Einheit' Inhalt geben kann." Niemand soll denken, ob der „begrenzten Möglichkeiten" wären die schrankenlosen Expansionsziele aufgegeben:

„Diese Bundesregierung denkt nicht daran, Unrecht anzuerkennen. Das gilt für die Vertreibung ebenso wie für die Spaltung."

1971. Zur Feier des Tages verabschiedet der Bundestag in „demonstrativer Einigkeit" ein „Zonenrandförderungsgesetz". Das Aufmarschgebiet muß hergerichtet werden. „Sprecher aller Fraktionen wiesen übereinstimmend darauf hin, daß es letzten Endes das Ziel des Gesetzes sei, durch Wiederherstellung der nationalen Einheit sich selbst überflüssig zu machen." (Stuttgarter Zeitung, 19.6.71)

1972. Brandt an die Nation: Man habe erkennen müssen, daß es „den kurzen Weg zur Einheit in Freiheit nicht gibt", dies bedeute aber keine Resignation.

1974. Schmidt, der neue Kanzler, hat der Erhebung des 17. Juni zum Feiertag schon immer „mit gemischten Gefühlen" gegenübergestanden, weil nichts dabei herausgekommen ist.

Wienand (SPD) ist für eine zeitsparende Verwendung der ganzen imperialistischen Geschichte auf einen Streich: „Dabei gehe es nicht darum, sie (die Feiertage) fortfallen zu lassen, sondern um den Versuch, wie man sie ‚ökonomisch besser zusammenführt und ihnen einen Inhalt gibt'. In diese Neugestaltung sollte nach Meinung Wienands alles, was deutsche Geschichte angeht, mit einbezogen werden." (Stuttgarter Zeitung, 18.6.74)

1976. Bölling erklärt im Namen von Kanzler Schmidt: „Große Worte sollten wir uns am Gedenktage des 17. Juni versagen. Es geht darum, praktische Politik zu machen."

Zur Vorbereitung des neuen Marschs nach Osten ist ökonomische Zersetzung des sozialimperialistischen Machtbereichs das Gebot der Stunde:

„Wir sollten übrigens mit Geld nicht knauserig sein, wenn es darum geht, die Beziehungen zwischen den Menschen diesseits und jenseits der Grenze zu festigen und damit den Zusammenhang der Nation zu bewahren." Und dabei niemals das Ziel aus den Augen verlieren:

„Es muß auch gesagt werden, daß die These, in der deutschen Frage sei ‚nichts mehr offen', durch stetige Wiederholung nicht richtig wird. Wir haben diese Frage immer offengehalten."

1978. Schmidt am 22.5. vor dem DGB-Bundeskongreß:

„Die Schlacht- und Heldengedenktage sind ja nun Gott sei Dank vorbei." Nach zwei gescheiterten Anläufen im Kampf um die Weltherrschaft sind gewonnene Schlachten nicht zu feiern. Verlorene sind aber auch nicht passend:

„Aber mir scheint, auch der 17. Juni war als Feiertag immer reichlich problematisch. Das ist gewiß keine Verbeugung vor dem anderen deutschen Staat, in dem es gewerkschaftliche Freiheiten nicht gibt. Aber der 17. Juni 1953 war letztlich eine Niederlage des Freiheitswillens."

Der Stratege aus Hamburg ist mehr für einen „sehr selbstbewußten" Feiertag: „Ich könnte mir deshalb, und das sage ich für meine Person, ganz gut vorstellen, daß wir in Zukunft das ‚große Angebot', als das Gustav Heinemann das Grundgesetz bezeichnet hat, mit einem sehr selbstbewußten Festtag am 23. Mai feiern."' – (Z-Red.)

Heizölsteuer erhöht

Am 8. Juni hat der Bundestag den Gesetzesvorschlag der Bundesregierung zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes beschlossen: Verdoppelung der Heizölsteuer auf leichtes Heizöl von 1 DM auf 2 DM auf 100 Liter, Verlängerung des Mineralölsteuergesetzes vom 31.12.79 auf 31.12.81, Beibehaltung des ermäßigten Steuersatzes für schweres Heizöl von 1,50 DM je 100 Liter und Anwendung dieses ermäßigten Steuersatzes künftig auch beim Mineralölverbrauch in Dieselmotoren, wenn diese in ortsfesten Stromerzeugungsanlagen betrieben werden (bisher galt dort der volle Steuersatz von 49,65 DM). 1960 hatte sich die westdeutsche Bourgeoisie mit dem ursprünglich auf drei Jahre befristeten Mineralölsteuergesetz ein Instrument geschaffen für zusätzliche Steuerausplünderung der Volksmassen und enorme Steuersenkungen an die Kapitalistenklasse. Seither hat sie mit jeder Verlängerung dieses Gesetzes die Heizölsteuern der Volksmassen erhöht. Bis 1974 hatte sie allein 10 Mrd. DM Heizölsteuer aus den Massen gepreßt. Durch die Verdoppelung der Steuer für leichtes Heizöl, das zu über 85% zum Heizen der Wohnungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen dient, sollen die Mehreinnahmen des Bundes 1978 von 800 Mio. DM auf 1 Mrd. DM und ab 1979 jährlich um 500 Mio. DM auf 1,3 Mrd. DM gesteigert werden. „Die Erhöhung der Heizölsteuer ist so bemessen, daß der Verbraucher sie nur sehr wenig spürt, z.B. mit 50 DM im Jahr bei einem Verbrauch von 5000 Liter Heizöl. Ich rechne aber doch mit einer Signalwirkung, um den Verbraucher zu veranlassen, seinen Thermostaten etwas niedriger zu stellen." – Es ist also noch einiges zu holen, wenn es gelingt, das Heizen der Wohnungen für die Arbeiterklasse noch weiter zu besteuern, so die Rechnung des parlamentarischen Staatssekretärs im Finanzministerium. Und Finanzminister Matthöfer weist in der Debatte darauf hin, daß es schließlich darum gehen müsse, das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung zu finanzieren, dessen Kosten allein im Jahr 1978 runde 4,3 Mrd. DM betragen, und um weitere Investitionsförderungen für die Kohlekapitalisten. „Diesem Aufwand stehen bisher nur 800 Mio. DM Einnahmen aus der Heizölsteuer entgegen", kündigt Matthöfer den Plünderungsfeldzug an.

Des Philipp Rosenthals solider Kern

Der Sozialdemokrat Philipp Rosenthal, Kapitalist und Besitzer der Rosenthal AG Selb, machte wieder einmal von sich reden. Der Gewinn der AG war 1977 um 54,6% gestiegen auf runde 15 Mio. Mark, pro Aktie betrug er 22 Mark und die Dividende 16%. Wenn auch seine Luxusgeschirre – besonders die „begrenzte Kunstreihe" und die „Studiolinie" – unter seinesgleichen großen Anklang finden, so erregt doch die größte Aufmerksamkeit unter der Meute der Kapitalisten die Methode der Schweißauspressung, die solch solide Gewinne erbringt. „Der Umsatz ist der Güter höchstes nicht, der Übel größtes ist eine leere Tasche" ist die Maxime des feinen Herrn Rosenthal. Beigebogen wurde sie ihm schon vom Elternhaus, dann in einer Internatsschule in Kent/England, dann beim Studium der Ökonomie in Oxford. Die leere Tasche zu vermeiden, forderte er – in die SPD eingetreten – als parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium von 1969 bis 1971 die Bourgeoisie auf, doch nicht so kurzsichtig zu sein und die Vorschläge der SPD-Gewerkschaftsführung zur „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" zu akzeptieren. „Kapital für alle", eine Aktie in jedem Nachttisch, würde die „Motivation der Arbeitnehmer" gewaltig steigern und dazu führen, daß die Verschärfung der Schweißauspressung und deren Steigerung vom Arbeiter gewollt und damit hingenommen werde. Aber: „Lohn und Vermögen müssen natürlich als Ganzes gesehen werden", d.h. steigt die Dividende, muß der Lohn fallen. Und so reduziert sich das Erfolgsrezept des Ph. Rosenthal auf seinen Kern. Der Güter höchstes ist doch der Profit, und himmlisch geradezu ein Extraprofit. Es eröffnen sich neue Welten. Für 13,5 Mio. Mark hat Rosenthal eine Fabrik in den USA gekauft. – (Z-Red.)

Schulgesetz: Liquidierung der Elternrechte in allen Schulfragen

Es „führt kein Weg daran vorbei, sie (die Orientierungsstufe, Red.) auch in den restlichen 20% (des Landes) einzuführen. Wir werden allerdings diese Orientierungsstufe ganz anders inhaltlich gestalten, als die Sozialdemokraten es getan hätten. Das haben wir auch immer gesagt. Für uns ist das eine echte Orientierung auf das weiterführende Schulwesen hin und heißt auf das gegliederte Schulwesen mit Gymnasium, Realschule und Hauptschule hin."

CDU-Albrecht nach den Landtagswahlen im NDR. Zufrieden mit der heutigen Form der Schule, gibt es jetzt mit den Inhalten Probleme. Äußerste Reaktion soll durchgesetzt werden. Demagogisch muß der Kampf der Eltern gegen die bürgerliche Schule zur Legitimation herhalten. Das Versprechen, mehr Rechte und mehr Transparenz für die Eltern hat jedesmal dazu gedient, die Rechte zu beschränken.

Am 18.3.1948 wurde in Niedersachsen die Elternvertretung an den allgemeinbildenden Schulen „endlich" durch die „Elternschaftsordnung" auf rechtlichen Boden gestellt, um, wie dort in § 1 festgelegt, die Jugend zu „gesunden, sittlich gefestigten und aufbauwilligen Menschen zu erziehen". Der Einführungserlaß dazu enthüllt den Zweck:

„Bald nachdem im Herbst 1945 der Unterricht wieder aufgenommen werden konnte, sind an fast allen Schulen Elternvertretungen gebildet worden. Sie haben sich fast überall zu echten Notgemeinschaften entwickelt, deren Hilfe die Durchführung und die Erweiterung, mancherorts sogar den Beginn des Unterrichts erst möglich gemacht hat." Dann, nach einem Hinweis auf die 1919 gegründeten Elternbeiräte, die von den Nationalsozialisten 1934 aufgehoben wurden, heißt es weiter:

„An den Leitern und Lehrern der deutschen Schulen wird es in erster Linie liegen, ... ob die Elternvertretungen in kurzer Zeit wieder erlahmen und entarten. (...) Schulleiter und Vorsitzende des Elternrates können bei verantwortungsbewußter Verhandlungsleitung dafür sorgen, daß die Elternversammlungen nicht zum Forum für parteipolitische Auseinandersetzungen, zu Instrumenten der Unduldsamkeit oder zu Interessensvertretungen der Schüler gegen die Lehrer werden. (...) Es ist mir bekannt, daß für einzelne Orte und Bezirke vorläufige Ordnungen beschlossen oder veröffentlicht worden sind. Sie sollen im Verlaufe der Schuljahre 1948 und 1949 durch die vorliegenden Bestimmungen ersetzt werden."

Genau der Zweck, wozu sich die Elternräte zusammengeschlossen haben, wurde per Erlaß verboten.

„Eltern dürfen in den Unterricht nicht eingreifen. (...) Der Elternschaft und ihren Vertretungen steht nicht das Recht der Akteneinsicht zu; sie sind keine Aufsichtsinstanz für Lehrer und Unterricht." (§1, Aufgaben der Elternschaft)

Die Zusammenkünfte der Eltern reglementiert § 8:

„Der Leiter der Schule beruft im 1. Monat nach Beginn des Schuljahres eine Gesamtelternversammlung ein; (...). Im 2. Monat berufen die Klassenlehrer die erste Versammlung der Klassenelternschaften ein. Im 3. Monat wird die erste Versammlung sämtlicher Vorsitzenden der Klassenelternschaften einberufen."

Zu den Versammlungen eingeladen werden können sachkundige Außenstehende nur in besonderen Fällen und mit Einwilligung des Schulleiters. Beschlüsse müssen schriftlich an den Schulleiter gehen. Das erste Mal als Gesetz gefaßt wurde dies 1954 im Schulverwaltungsgesetz.

Am 14. Mai 1970 wurde das Niedersächsische Elternvertretungsgesetz (NEVG) beschlossen, ein Versuch, mit anderen Mitteln erneut die „Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern ..." zu erreichen. (§1) Das Motto: „Differenzierung der Aufgaben" mußte herhalten, die Rechte der Eltern einzuschränken. In § 4 Abs.4 heißt es:

„In den Versammlungen ... sollen Fragen der Erziehung und des Unterrichts erörtert werden ... Dies gilt insbesondere für 1. Fragen des Schulwanderns ..., 2. Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendschutzes usw."

Die Eltern müssen unterrichtet werden bei Einführung neuer Lern- und Arbeitsmittel, Einrichtung von Schülerarbeitsgemeinschaften usw. (§6, Abs. 2) Paragraf 10 regelt, daß den Eltern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muß und daß sie beratend wirken sollen bei Aufstellung der Schulordung, ... Verbesserung der räumlichen Verhältnisse usw.,
daß sie anzuhören sind bei Teilung oder Auflösung der Schule oder Verlegung der Unterrichtszeit, Entlassung oder Verweis eines Schülers usw.,
daß sie rechtzeitig informiert werden müssen, z.B. bei Änderung der Prüfungsordnungen, Einführung neuer Erziehungsmethode , usw.

Festgelegt wird, daß Lehrer und Schulleiter an den Elternkonferenzen teilnehmen und nur auf ausdrücklichen Beschluß hin ausgeschlossen werden können. (§4)

Die Sozialdemokraten verbreiteten den Dunst, Schuld am Durcheinander an den Schulen sei die fehlende parlamentarische Kontrolle. Peter von Oertzen, „linker" Sozialdemokrat und damaliger Kultusminister, reformierte das Schulgesetz mit dem Ziel:

„Stärkeren Einfluß des Parlaments auf die Gestaltung des Schulwesens und die Vereinheitlichung des Schulrechts, mehr Chancengleichheit ... verbunden mit Mitwirkungsrechten von Eltern und Schülern." (Begründung des Entwurfs, 1973).

Herausgekommen ist mit dem Schulgesetz vom 18. August 1975 die Liquidierung der Rechte der Eltern, geblieben allein die Möglichkeit der „Erörterung". §77 regelt die „Mitwirkung der Erziehungsberechtigten in der Schule". Sie „können alle schulischen Fragen erörtern ... Private Angelegenheiten von Lehrern und Schülern dürfen nicht behandelt werden." (Abs. 1) Die Schulleitung braucht die Eltern nur auf Verlangen anzuhören (Abs. 3). In Abs. 4 werden die Lehrer verpflichtet, Inhalt, Planung und Gestaltung des Unterrichts zu erörtern. Zerschlissen haben sich diese Art Elternräte. Die Massen haben es satt, dies und jenes zu erörtern und sich sonst das Maul verbieten zu lassen.

Albrecht und Konsorten stecken mit ihrem Schulprogramm offensichtlich in größeren Schwierigkeiten. Sie haben jüngst im Leineschloß unter dem Schild „Elterninitiative gegen die Orientierungsstufe" eine „Alternative" zu den bestehenden von den Massen isolierten Elternräten gegründet, um den Boden für die Durchsetzung der Reaktion in der Schule zu bereiten – (N.-Red.)

Elternvertreter fordern uneingeschränkten Zugang zu allen Schuleinrichtungen

Interview mit einem Bremer Elternvertreter

Elternvertreter fordern uneingeschränkten Zugang zu allen Schuleinrichtungen
Interview mit einem Bremer Elternvertreter

An mehreren Schulen in Bremen hat es in den vergangenen Jahren scharfe Auseinandersetzungen zwischen Elternschaft und Bildungssenat gegeben. Dabei ging es um die Versetzung von Lehrern, Unterrichtsausfall, die Einführung der Orientierungsstufe (OS) und der Neugestalteten Gymnasialen Oberstufe (NGO) und Entscheidungsrechte von Eltern.

Einen besonders sichtbaren Ausdruck fanden diese Auseinandersetzungen im Streik der Eltern an der Gesamtschule West (GSW), die im September 1976 ihre Kinder drei Tage nicht zur Schule schickten. Konkret forderten sie, daß Lehrer zusätzlich eingestellt werden sollten, weil an der GSW ein großer Teil des Unterrichts wegen Lehrermangels ausfiel. Diesen Streik führten sie, obwohl ihnen Landesschulrat Banse in einem Brief mit Strafen gedroht hatte und sie gleichzeitig an die bewährte Zusammenarbeit erinnerte. Der Streik war großenteils erfolgreich.

Wir haben einen Elternsprecher an der GSW zum jetzigen Stand der Auseinandersetzungen befragt:

In der Propaganda der bürgerlichen Schulpolitiker werden die Mitwirkungsrechte der Eltern immer wieder hervorgehoben. Wie sieht das tatsächlich aus?

Durch die Größe der Schule ist es für die Eltern immer schwieriger, einen Überblick zu haben und zu wissen, was an der Schule läuft. Immer häufiger kriegen wir gesagt, daß wir gerade noch reden, aber nichts entscheiden dürften, nur der Staat habe Entscheidungsbefugnis. Die Schulleitung weigert sich z.T., Informationen des Elternbeirats rechtzeitig an die Eltern weiterzuleiten und übt so eine regelrechte Zensur aus.

In den vorangegangenen Kämpfen, z.B. beim Streik im letzten Jahr für die Einstellung von mehr Lehrern, ist es Euch gelungen, Teile der Lehrerschaft auf Eure Seite zu ziehen. Wie sieht es heute aus?

Teile der Lehrerschaft unterstützen uns, indem sie uns z.B. rechtzeitig wichtige Informationen geben. Ein Lehrer hat uns z.B. die Abschlußzahlen unserer Schule genannt, d.h. wieviel Prozent Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialabschlüsse es gibt. Das war für uns sehr wichtig, weil den Eltern vorher gesagt worden war, ihre Kinder hätten auf der Gesamtschule bessere Chancen. Dieser Lehrer hat jetzt mehrere Dienstgespräche gehabt, er soll nicht verbeamtet werden. Wir haben der Schulleitung mitgeteilt, daß wir sie von der Elternbeiratssitzung ausschließen werden, wenn sie weiterhin Lehrer disziplinieren will, die uns auf diesen Sitzungen wichtige Informationen geben.

Die Sozialdemokraten haben propagiert, daß die Kosten für die Erziehung der Kinder niedriger werden sollten, und daß der Ganztagsbetrieb den Kindern eine optimale Versorgung gewährleistet, auch wenn die Mutter arbeiten gehen muß. Wie sieht das bei Euch aus?

Die Kernfächer werden seit einiger Zeit nur noch vormittags unterrichtet, für den Nachmittag sind dann Sport und Wahlfächer vorgesehen. Die Freizeitangebote für die Schüler werden eingeschränkt und mit Billigung der Schulleitung sind von einzelnen Lehrern die Hausaufgaben wieder in die Debatte geworfen worden.

Die Lernmaterialien sollten laut Gesetz vom Staat getragen werden; trotzdem kommt es immer häufiger vor, daß gesagt wird, es sei eben kein Papier mehr da und daß wir gerade in Fächern wie Werken, Kunst und Textilgestaltung das Material selbst bezahlen müssen.

Was sind Deiner Meinung nach die wichtigsten Forderungen, die jetzt erhoben und durchgesetzt werden müssen?

– Nach der 10. Klasse müssen alle Schüler den selben Abschluß bekommen.
– Die C-Kurse, (d.h. die schlechtesten) müssen abgeschafft werden.
– Nach der 6. Klasse Orientierungsstufe darf es keine „Empfehlungen" für eine bestimmte Schulgattung oder einen bestimmten Kursus geben.
– Die Elternvertreter müssen uneingeschränkten Zugang zu allen Einrichtungen der Schule haben, v.a. Druck- und Vervielfältigungsgeräte, Verteiler der Schule
– Keine Disziplinierung von Lehrern, die uns unterstützen und informieren
– Beibehaltung der Ganztagsschule, keine Hausaufgaben. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen-Unterweser)

„Mehr Arbeiterkinder an die Uni"

Mit dem Ruf „Mehr Arbeiterkinder an die Uni" haben die reformistischen und revisionistischen Politiker versucht, die Arbeiterklasse für ihre imperialistische Bildungsreform zu gewinnen. In Bielefeld haben sie eine große Schulfabrik hingesetzt, die vom Kindergarten bis zur Universität reicht. Das Oberstufenkolleg sollte den Zugang zur Universität über den zweiten Bildungsweg sichern. Am 19.3.1975 versicherte Johannes Rau, Minister für Wissenschaft und Forschung, die Anerkennung dieses Ausbildungsganges für zwei Semester Medizinstudium. Seit die imperialistische Bildungsreform auf immer heftigeren Widerstand stößt, wird die Reformdemagogie zu einem untauglichen Mittel für die Bourgeoisie. Heute wird den Kollegiaten die Übernahme in das dritte Fachsemester Medizin verweigert. Für diese Forderung haben die Kollegiaten in der Bielefelder Innenstadt Unterschriften gesammelt. Die Zusammenfassung dieser Kämpfe für die Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes wird der christlichen und deutschnationalen Reaktion den Boden entziehen, diese Kämpfe auf ihre Mühlen zu lenken, wie es noch in der Abstimmung über die COOP-Schule der Fall war.

„Reprivatisierung" im sozialen Wohnungsbau

Ungefähr jede Woche einmal äußert sich der Wohnungsbauminister zu neuen Plänen. Das gesamte Konzept bildet sich so allmählich heraus: ein ungeheurer Ausplünderungsfeldzug gegen die lohnabhängigen Massen, der mit perfider Spaltung und Schikane durchgesetzt werden soll. Der Tatbestand, daß die Mieten in neuen Sozialwohnungen so hoch sind, daß sie kaum noch eine Familie bezahlen kann, sie daher leer stehen, wird zum willkommenen Anlaß für Haack, das Stichwort von der „Reprivatisierung" unterzubringen. Aus Lohngeldern der Massen über staatliche Subventionen geschmiert, sollen sich nun die „gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften für die Finanzbourgeoisie in Fangnetze verwandeln, indem sie mit einem Gewinn von bis zu 5000% ihres eingesetzten Kapitals Sozialwohnungen als Eigentumswohnungen wieder „veräußern". Der „Bonus" für „überdurchschnittlich gut verdienende junge Ehepaare mit Kindern" wird ebenfalls den Volksmassen abgeknöpft und so kommen die Bourgeois zu Eigentum und Milliardenbeträgen an Kapital. Das Modernisierungsgesetz beschleunigt diesen Prozeß der ungezügelten Spekulation, weil durch organisierten Mietwucher die Massen aus den bislang noch einigermaßen erschwinglichen Altbauwohnungen vertrieben werden.

Behindertenwerkstätten – Teil des Arbeitsdienstprogramms

In Hamburg wurde kürzlich eine weitere Werkstatt für Behinderte eingeweiht. „In dem Betrieb sind für 600 Behinderte Erwerbsmöglichkeiten geschaffen worden ... Der Bruttoproduktionserlös beträgt mehr als 5 Mio. DM jährlich ... Mit mehr als 50 Unternehmen besteht eine feste Zusammenarbeit, dabei wird auf Qualität und zuverlässige Termineinhaltung geachtet." (Regionales Fernsehen) In solchen Werkstätten werden, von der Bundesanstalt für Arbeit gefördert, durch die kapitalistische Produktion gesundheitlich ruinierte Arbeiter bei Elendslöhnen ausgebeutet. Das Land Niedersachsen plant jetzt eine Kürzung der „Lohn"quote um 20%, womit die Behinderten unter den Sozialhilfesatz fallen würden, dessen Regelsatz zur Zeit bei 298 DM liegt. Der Extraprofit für die Kapitalisten wird über den Staatsapparat organisiert, der aus den Steuern der Massen den „Lohn" für die behinderten Arbeiter bestreitet.

Erhöhung der Kfz-Versicherungsprämien

Die Kapitalisten können sich nicht genug tun, von den Arbeitern höhere Mobilität zu fordern. Über 80 bis 100 km jeden Tag zu „pendeln" soll für den Arbeiter noch ein Glück sein – daß er sein Brot hat. Die Arbeiter sind auf das Auto angewiesen. Aus diesem Zwang hat sich die Finanzbourgeoisie einen neuen Quell der Bereicherung erschlossen: Kfz-Steuer, Mineralölsteuer, Kfz-Versicherung usw. Nach einer Umfrage bei Versicherungsgesellschaften meldet die „Westdeutsche Allgemeine" vom 9. Juni: Man „müsse im kommenden Jahr vermutlich mit höheren Kfz-Prämien rechnen".

„Gerecht" ist der Weg zur Fürsorge

Mit Befriedigung hat die Bundesregierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgenommen, daß es rechtlich nicht zu beanstanden sei, wenn die Frau nach dem Tode ihres Mannes nur 60% von dessen Rente erhält. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 6. Juni keine rechtlichen Bedenken dagegen, daß 42,1% der Frauen, die Witwenrente aus der Arbeiterversicherung, und 22,1% derer, die Witwenrente aus der Angestelltenversicherung erhalten, monatlich unter 450 DM bekommen. Denn das Gericht stellte auch fest, daß doch die Zahl der Witwen, die zum Sozialamt müßten, relativ gering sei. Woher diese Erkenntnis stammt, ist unerfindlich. Jedenfalls spiele dies bei der rechtlichen Beurteilung keine Rolle, denn es sei ja der Mann, der die Versicherungsbeiträge gezahlt habe und der mit der Rente Ersatz für seinen Lohn bekomme, während die Witwenrente nur *Ersatz für den weggefallenen Unterhalt* darstelle. Ehrenberg nahm dieses Urteil auch gleich zum Anlaß, um auf seine Pläne

Eisenerz von Wilhelmshaven nach Salzgitter durch die Röhre geschossen

P&S-Kapitalist Birnbaum: „Wir sind auf dem richtigen Wege“ – mit Ostgeschäft und Kapazitätenausbau in Europa

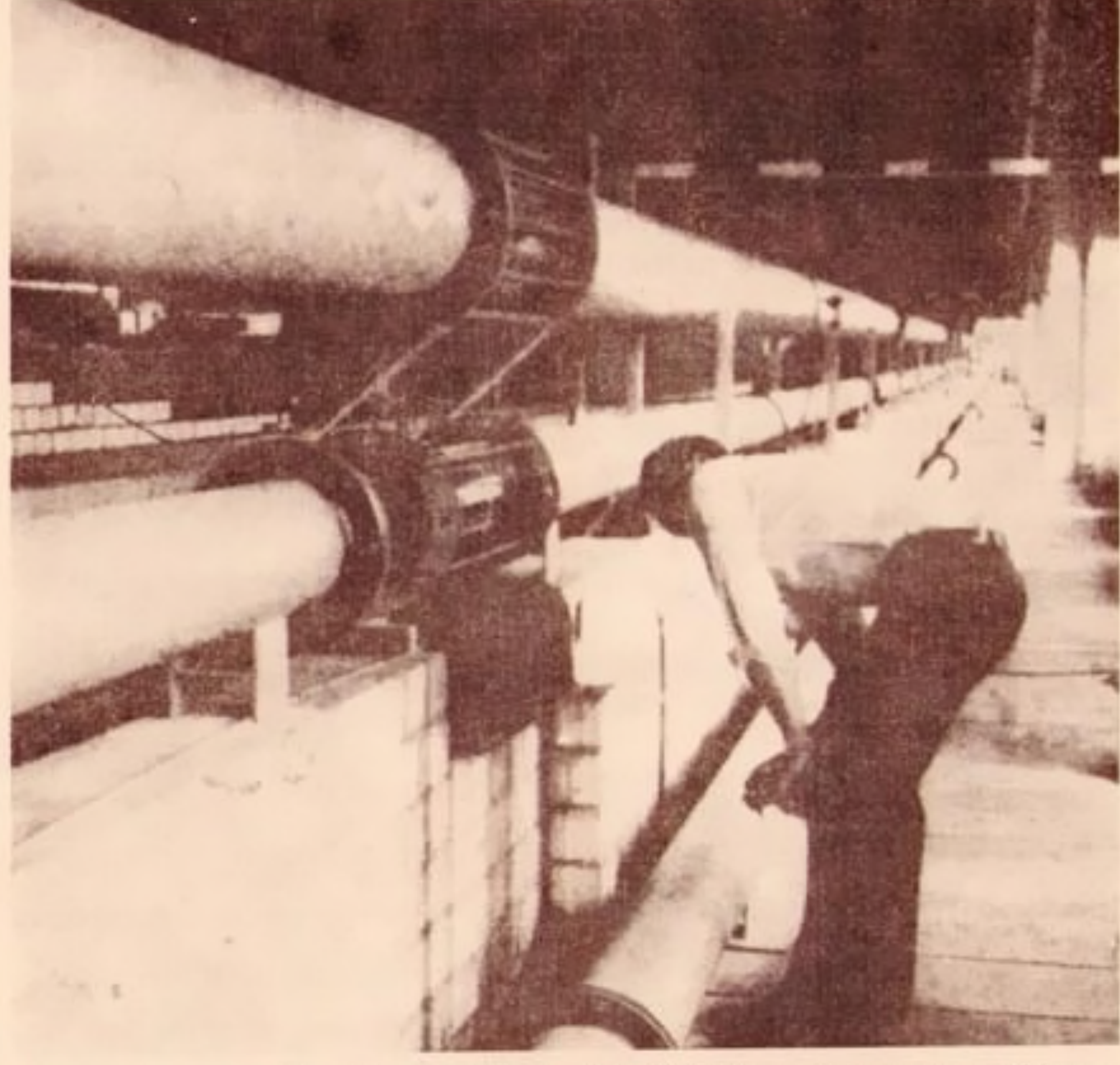
Vom Kampf um Absatzmärkte für Stahlerzeugnisse ist der Salzgitter-Konzern nicht ungeschoren geblieben. Die Rohstahlerzeugung ging im letzten Geschäftsjahr um 8 Prozent zurück auf 3,7 Mio. t. Der Umsatz des Salzgitter-Konzern sank um 5 Prozent, also um 400 Mio. DM, auf 8,4 Mrd. DM. Die Verluste machten 148 Mio. DM aus. Was die Salzgitter-Kapitalisten sozusagen tröstet, ist, daß es den anderen nicht besser geht: „Jeder werde Federn lassen müssen“, meinte Vorstandsvorsitzender Adams, und daß der Salzgitter-Konzern berechtigte Hoffnung hegen kann, gestärkt aus dem Rennen zu kommen. Diese Hoffnung gründet sich auf das Ostgeschäft „dessen Grenze noch nicht erreicht ist“ (Birnbaum in der Hannoverschen Allgemeinen, 5.6.78) und „auf Kapazitätenausbau in Europa und auf die Konzentration auf hochwertige Produkte“ (Handelsblatt,19.4.78).

Die wesentliche Voraussetzung für die hochfliegenden Ziele ist die verschärfte Schweißauspressung der Arbeiter. Allein in den letzten drei Jahren sind über 3000 Arbeiter bei Peine und Salzgitter entlassen worden, hauptsächlich im Bereich der Stahlproduktion. Ein Mittel, um die Salzgitter-Kapitalisten von Kosten, die auf die Profitrate drücken, zu befreien, ist das weitere Senken der Transportkosten.

Seit fünf Jahren forscht das Leichtweiß-Institut für Wasserbau der TU Braunschweig für Peine und Salzgitter zwecks Transport des Eisenerzes über eine zwei Meter tief in die Erde verlegte Röhre von Wilhelmshaven nach Salzgitter. Für die Strecke von 240 km soll das Erz fein gemahlen und mit Wasser vermengt durch die Pipeline fließen. Am Ende, in Salzgitter wird das Wasser wieder vom Erz durch Hitze getrennt. Noch in diesem Jahr baut Peine und Salzgitter im halbtechnischen Maßstab eine neue Versuchsanlage mit sämtlichen Eingabe- und Ausgabestationen wie Mahlanlagen, Klassierungseinrichtungen und Aufbereitungseinrichtungen, z.B. für die Entwässerung des Eisenerzkonzentrats. Probleme bestehen noch darin, das günstigste Mischverhältnis von Erz und Wasser zu finden, sowie die Senkung des bisher zu hohen Energieverbrauchs.

Das Braunschweiger Leichtweiß-Institut hat dazu schon eine Versuchsanlage für ca. 500000 DM mit einer 243 m langen Röhre gebaut. Für die Forschungsarbeiten sind bisher eine Million DM vom Staatsapparat ausgegeben worden. Das spart den Peine und Salzgitter-Herren natürlich die Entwicklungskosten des Projekts.

Zusätzlich haben sie eine zweite Gaunerei auf Lager. Im Auftrag der UdSSR für das Pelletierwerk in Kursk ist der Bau einer solchen Transportröhre von 26,5 km Länge enthalten, die mit einem 70%igen Eisengehalt des Erzes und Wasser ausgelegt ist und das Gemisch mit einer Geschwindigkeit von 5 bis 6 Kilometern in der Stunde transportieren wird.



Die Fehler und Schwächen dieses ersten Baus durch den Salzgitter-Konzern werden in der UdSSR erprobt und dann in der BRD korrigiert, um eine bessere Anlage zu bauen. Zum Stand des Erztransportprojekts meint Fürböter, Lehrstuhlinhaber des Instituts: „Von uns aus könnte schon morgen mit dem Erwerb von Grund und Boden für die Transportleitung Wilhelmshaven-Salzgitter begonnen werden.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.6.78) Für die Bauern heißt das Zwangsenteignung. Für die Peine und Salzgitter-Arbeiter kann es Stillegung der Erzvorbereitung in Salzgitter bedeuten. – (Stadtzelle Salzgitter-Fredenberg/N-Red.)

Stahlkapitalisten legen Fallstricke aus

„Die Stahlindustrie eigne sich überhaupt nicht als Experimentierfeld für Verkürzung der Wochenarbeitszeit“, äußerten die Stahlkapitalisten im „Handelsblatt“: 30% Conti-Arbeiter aus „technischen Gründen“. An Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit wollen sie nicht rütteln lassen. Weder *Technik* noch *hohe konstante Kosten* sind Ursache der Conti-Arbeit. Es sind Voraussetzungen, um gegenüber der Konkurrenz *Extra*profite einzustreichen. Ursache der Arbeit rund um die Uhr ist die grenzenlose Gier der Kapitalisten nach Profit, so können sie ihre Extraprofite nochmals *potenzieren.* Bewiesen ist dies durch die Geldschwemme, in der die Stahlkapitalisten sich gegenwärtig bewegen *trotz* nicht ausgelasteter Kapazitäten. Um sich das zu erhalten, legen sie eine Leimrute aus. In Gestalt eines „etwaigen Arguments der IG Metall“, daß in der Stahlindustrie die Lage günstig sei für eine Verkürzung der Arbeitszeit, weil „die Belegschaften unterbeschäftigt“ und „es gleichgültig sei, ob diese nun im Betrieb oder zu Hause *feiern*“. Daß die Stahlarbeiter „feiern“, behaupten die Stahlkapitalisten frech, weil die Pro-Kopf-Stahlproduktion von 1974 mit 153,6 Tonnen auf 123,4 Tonnen im Jahre 1977 gefallen sei. Hier zeige sich, daß sie als Arbeitgeber „schon längst ihren kostspieligen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik geleistet haben, dadurch, daß sie die Belegschaften nicht parallel zur Produktionsentwicklung freigesetzt, sondern in der Hoffnung auf eine bessere Konjunktur vorgehalten haben“. Aber halt als „freiwillige Sozialleistung“, die jetzt nicht tarifvertraglich „zum Präzedenzfall“ gemacht werden könne. Knochenschinderei als Müßiggang auszugeben ist dreist. Tatsächlich haben die Stahlkapitalisten die Situation nicht ausgelasteter Kapazitäten genutzt, um die Ausbeutung zu verschärfen und sich mittels Kurzarbeit, Ausweitung der Conti-Arbeit und weiteren Lohnsenkungen Bedingungen für eine weitere große Schwemme an Extraprofiten „in Hoffnung einer besseren Konjunktur“ zu schaffen. Gerade deshalb fordern die Stahlarbeiter Schranken gegenüber der Ausbeutung. Lassen sie sich hingegen auf ihre eigene „Unterbeschäftigung“ und „Feierei“ ein, dann sind ihre Interessen vom Tisch, Legitimation und weitere Forcierung der Ausbeutung wird dann das Ergebnis sein.

Stahl-Manteltarif: 35-Stunden-Woche gefordert

Am 15. Juni forderten die Vertrauensleute von Klöckner Bremen einstimmig die Aufstellung der Forderung nach 35-Stunden-Woche und zusätzlich die Herabsetzung des Rentenalters auf 59 Jahre. Ein Vertrauensmann führte aus: „Mit den Überstunden ist es genauso wie mit der Nacht-, Sonn- und Feiertagsschicht: Man macht sie, weil der Lohn sonst nicht reicht. Wichtig ist auch hier, daß man für einen höheren Lohn eintritt. Will man die 35-Stunden-Woche durchsetzen, muß man fordern: Verbot der Überstunden, Verbot der Nacht-, Sonn- und Feiertagsschicht.“

„Weltstahlplan“ der Imperialisten der USA, der EG und Japans

Gemeinsam gegen Dritte Welt / Freie Hand für Rationalisierungskampagnen / Loderer & Co. geben Schützenhilfe

Seit Wochen haben die Imperialisten der EG, der USA und Japans, wie jetzt bekannt geworden ist, Geheimverhandlungen über einen „Weltstahlplan“ geführt. Ein Dokument soll ausgearbeitet worden sein, das möglicherweise auf dem Raubtiertreffen Mitte Juli in Bonn in Kraft gesetzt werden soll. Es ist die Rede von der Installierung eines „internationalen Stahlkomitees“, möglicherweise im Rahmen der OECD, das „die Entwicklung der nationalen, regionalen und *Welt*-Stahlindustrie beobachten“ soll. (International Herald Tribune, 7. Juni 78)

Die „Stahlkrise“, in der die Imperialisten der USA, der EG und Japans stecken, hat dreierlei verschiedene Ursachen:

1. Die Andauer und neuerliche Verschärfung der kapitalistischen Überproduktionskrise in diesen Ländern selbst. Produktion, Neuinvestitionen stocken mit dem Profit zusammen, der für die Kapitalisten dabei abfällt, und infolgedessen schrumpft auch der innere Markt für den Stahlabsatz.

2. Die Sozialimperialisten der UdSSR auf der anderen Seite haben im Zuge ihrer Rüstungs- und Expansionspolitik die Stahlproduktion in steiler Kurve hochgetrieben und sind zum größten Stahlmonopolisten der Welt geworden. Sie beherrschen nicht nur ihren inneren Markt und einen Teil des Marktes der RGW-Länder, sondern beginnen auch sonst auf dem Weltmarkt vorzudringen.

3. Die Länder der Dritten Welt haben mit dem Aufbau einer eigenen Stahlindustrie begonnen, einige, die zugleich Produzent von Eisenerz sind, wie z.B. Brasilien, haben auch begonnen, Stahl zu exportieren. Ebenso haben weniger entwickelte, von den imperialistischen Großmächten unterdrückt gehaltene Länder der Zweiten Welt, wie Spanien in Westeuropa, Polen, Ungarn oder Jugoslawien in Osteuropa, ihre Stahlproduktion entwickelt.

Anteile an der Weltstahlproduktion
(in %)

	1974	1977
USA	18,5	16,5
EG	22,0	18,5
Japan	16,5	15,0
UdSSR	19,0	21,5
Übrige zus.	24,0	28,5

Auf diesem enger gewordenen Markt sind sich die Stahlmonopole der USA, Japans und der EG immer wüster in die Wolle geraten bei dem Versuch, sich jeweils Anteile ihres inneren Marktes abzunehmen. Jeder bildet einen Block mit einer Produktionskapazität von etwa 150 Mio. t. Jeder von ihnen könnte also erheblich mehr produzieren, wenn der Konkurrent nicht im Weg stünde. Die japanischen Stahlkapitalisten haben sich sowohl in den US-amerikanischen als in den EG-Markt mit Wucht hineingekeilt, während die EG-Monopole mit noch rabiateren Dumpingmethoden auf dem US-Markt eingebrochen sind. Zusammen haben sie den US-Stahlmonopolen binnen weniger Jahre ein Fünftel des inneren Marktes abgenommen. Diese haben daraufhin kürzlich ein System von Mindestverkaufspreisen eingeführt und sind vor allem der EG-Konkurrenz mit einer Flut von Dumping-Prozessen an den Hals gegangen. Die EG-Imperialisten ihrerseits haben bereits seit Jahresbeginn die Stahlimporte mit Mengenbegrenzungen und ebenfalls vorgeschriebenen Preisen zurückgedrängt.

Der „Weltstahlplan“, den sie jetzt ausgekocht haben, soll die Konkurrenz untereinander zeitweilig einschränken, um sich die Märkte aufzuteilen und gemeinsam als ein Riesenkartell die Preise zu erhöhen, zunächst auf Kosten der stahlverbrauchenden Kapitalisten. Die Profitraten der Stahlmonopole mit ihren großen, langfristigen Kapitaleinsätzen sinken, und sie schreien nach Extraprofit wie jene urzeitlichen Raubtiere, die immer hungrig blieben, bevor sie ausstarben.

In der Hauptsache wird sich ein solches Riesenkartell jedoch gegen die Entwicklung einer eigenständigen Stahlindustrie der Dritten Welt richten, im Wettlauf mit den russischen Sozialimperialisten, die sich durch faktischen Kapitalexport, hauptsächlich den Export ganzer Anlagen, die sie teuer, mit Zins und Zinsenszins abbezahlen lassen, auf diesen Märkten festzusetzen versuchen. Die Länder der Dritten Welt selbst planen, ihre Stahlproduktion bis zum Jahr 2000 auf 25 % der Weltkapazitäten (jetzt 8 %) zu steigern.

Es ist eine schlimme Tatsache, daß die ideologischen Wegbereiter der geplanten monströsen Kartellbildung der westlichen Stahlmonopole die sozialimperialistischen Führer des „Internationalen Metallarbeiterbundes“ (IMB) sind, namentlich Loderer als 1. Vorsitzender, die seit Jahren für eine „weltweite Stahlstrukturpolitik“ trommeln. „Der IMB befürchtet eine Überkapazität, wenn nicht gesichert ist, daß der Stahlverbrauch in den Ländern der Dritten Welt annähernd parallel mit der Stahlproduktion wächst. Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts ... könne kein Vorbild sein, da sie auf der Ausbeutung der Arbeiterschaft beruhte. Heute, da die soziale Entwicklung der Dritten Welt mit der ökonomischen gleichen Schritt halten muß, sind Kapital und technologisches ‚know how‘ vor allem durch die Industrieländer aufzubringen.“ (Aus: Der Gewerkschafter, 4/1977)

Der faule Geruch von Demagogie und Lüge weht aus solchen Stellungnahmen. Die Wahrheit ist, daß dieser „Weltstahlplan“ für alle beteiligten Imperialisten nur die Deckung geben soll, um ihre jeweiligen Rationalisierungskampagnen durchzuziehen, die zehntausende Stahlarbeiter in allen Ländern auf die Straße werfen, Dutzende von Produktionsanlagen vernichten, den Takt der Ausbeutung in den verbliebenen Anlagen weiter hochtreiben sollen. *Das* ist der Springpunkt ihrer Konkurrenz untereinander, ob sie nun aufeinander oder gemeinsam auf Dritte losgehen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Profitrate drücken, zu befreien, ist das weitere Senken der Transportkosten.
Seit fünf Jahren forscht das Leichtweiß-Institut für Wasserbau der TU Braunschweig für Peine und Salzgitter zwecks Transport des Eisenerzes über eine zwei Meter tief in die Erde ver-
die mit einem 70%igen Eisengehalt des Erzes und Wasser ausgelegt ist und das Gemisch mit einer Geschwindigkeit von 5 bis 6 Kilometern in der Stunde transportieren wird.
Die Fehler und Schwächen dieses ersten Baus durch den Salzgitter-Kon-
dann in der BRD korrigiert, um eine bessere Anlage zu bauen. Zum Stand des Erztransportprojekts meint Fürböter, Lehrstuhlinhaber des Instituts: „Von uns aus könnte schon morgen mit dem Erwerb von Grund und Boden für die Transportleitung Wilhelmsha-
(Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.6.78) Für die Bauern heißt das Zwangsenteignung. Für die Peine und Salzgitter-Arbeiter kann es Stillegung der Erzvorbereitung in Salzgitter bedeuten. – (Stadtzelle Salzgitter-Fredenberg/N-Red.)
ben“. Aber halt als „freiwillige Sozialleistung“, die jetzt nicht tarifvertraglich „zum Präzedenzfall“ gemacht werden könne. Knochenschinderei als Müßiggang auszugeben ist dreist. Tatsächlich haben die Stahlkapitalisten die Situation nicht ausgelasteter Kapazitäten genutzt, um die Ausbeutung zu verschärfen und sich mittels Kurzarbeit, Ausweitung der Conti-Arbeit und weiteren Lohnsenkungen Bedingungen für eine weitere große Schwemme an Extraprofiten „in Hoffnung einer besseren Konjunktur“ zu schaffen. Gerade deshalb fordern die Stahlarbeiter Schranken gegenüber der Ausbeutung. Lassen sie sich hingegen auf ihre eigene „Unterbeschäftigung“ und „Feierei“ ein, dann sind ihre Interessen vom Tisch, Legitimation und weitere Forcierung der Ausbeutung wird dann das Ergebnis sein.
Stahl-Manteltarif: 35-Stunden-Woche gefordert
Am 15. Juni forderten die Vertrauensleute von Klöckner Bremen einstimmig die Aufstellung der Forderung nach 35-Stunden-Woche und zusätzlich die Herabsetzung des Rentenalters auf 59 Jahre. Ein Vertrauensmann führte aus: „Mit den Überstunden ist es genauso wie mit der Nacht-, Sonn- und Feiertagsschicht: Man macht sie, weil der Lohn sonst nicht reicht. Wichtig ist auch hier, daß man für einen höheren Lohn eintritt. Will man die 35-Stunden-Woche durchsetzen, muß man fordern: Verbot der Überstunden, Verbot der Nacht-, Sonn- und Feiertagsschicht.“
„Weltstahlplan“ der Imperialisten der USA, der EG und Japans
Gemeinsam gegen Dritte Welt / Freie Hand für Rationalisierungskampagnen / Loderer & Co. geben Schützenhilfe
Seit Wochen haben die Imperialisten der EG, der USA und Japans, wie jetzt bekannt geworden ist, Geheimverhandlungen über einen „Weltstahlplan“ geführt. Ein Dokument soll ausgearbeitet worden sein, das möglicherweise auf dem Raubtiertreffen Mitte Juli in Bonn in Kraft gesetzt werden soll. Es ist die Rede von der Installierung eines „internationalen Stahlkomitees“, möglicherweise im Rahmen der OECD, das „die Entwicklung der nationalen, regionalen und Welt-Stahlindustrie beobachten“ soll. (International Herald Tribune, 7. Juni 78)
Die „Stahlkrise“, in der die Imperialisten der USA, der EG und Japans stecken, hat dreierlei verschiedene Ursachen:
1. Die Andauer und neuerliche Verschärfung der kapitalistischen Überproduktionskrise in diesen Ländern selbst. Produktion, Neuinvestitionen stocken mit dem Profit zusammen, der für die Kapitalisten dabei abfällt, und infolgedessen schrumpft auch der in-
Stahlindustrie begonnen, einige, die zugleich Produzent von Eisenerz sind, wie z.B. Brasilien, haben auch begonnen, Stahl zu exportieren. Ebenso haben weniger entwickelte, von den imperialistischen Großmächten unterdrückt gehaltene Länder der Zweiten Welt, wie Spanien in Westeuropa, Polen, Ungarn oder Jugoslawien in Osteuropa, ihre Stahlproduktion entwickelt.
Anteile an der Weltstahlproduktion (in %) 1974 1977 USA 18,5 16,5 EG 22,0 18,5 Japan 16,5 15,0 UdSSR 19,0 21,5 Übrige zus. 24,0 28,5
Auf diesem enger gewordenen Markt sind sich die Stahlmonopole der USA, Japans und der EG immer wüster in die Wolle geraten bei dem Ver-
nopolen binnen weniger Jahre ein Fünftel des inneren Marktes abgenommen. Diese haben daraufhin kürzlich ein System von Mindestverkaufspreisen eingeführt und sind vor allem der EG-Konkurrenz mit einer Flut von Dumping-Prozessen an den Hals gegangen. Die EG-Imperialisten ihrerseits haben bereits seit Jahresbeginn die Stahlimporte mit Mengenbegrenzungen und ebenfalls vorgeschriebenen Preisen zurückgedrängt.
Der „Weltstahlplan“, den sie jetzt ausgekocht haben, soll die Konkurrenz untereinander zeitweilig einschränken, um sich die Märkte aufzuteilen und gemeinsam als ein Riesenkartell die Preise zu erhöhen, zunächst auf Kosten der stahlverbrauchenden Kapitalisten. Die Profitraten der Stahlmonopole mit ihren großen, langfristigen Kapitaleinsätzen sinken, und sie schreien nach Extraprofit wie jene urzeitlichen Raubtiere, die immer hungrig blieben, bevor sie ausstarben.
In der Hauptsache wird sich ein sol-
Es ist eine schlimme Tatsache, daß die ideologischen Wegbereiter der geplanten monströsen Kartellbildung der westlichen Stahlmonopole die sozialimperialistischen Führer des „Internationalen Metallarbeiterbundes“ (IMB) sind, namentlich Loderer als 1. Vorsitzender, die seit Jahren für eine „weltweite Stahlstrukturpolitik“ trommeln. „Der IMB befürchtet eine Überkapazität, wenn nicht gesichert ist, daß der Stahlverbrauch in den Ländern der Dritten Welt annähernd parallel mit der Stahlproduktion wächst. Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts ... könne kein Vorbild sein, da sie auf der Ausbeutung der Arbeiterschaft beruhte. Heute, da die soziale Entwicklung der Dritten Welt mit der ökonomischen gleichen Schritt halten muß, sind Kapital und technologisches ‚know how‘ vor allem durch die Industrieländer aufzubringen.“ (Aus: Der Gewerkschafter, 4/1977)
Der faule Geruch von Demagogie und Lüge weht aus solchen Stellungnahmen. Die Wahrheit ist, daß dieser

Wales: Stahlarbeiterstreik

Drei Wochen streikten die 500 Hochofenarbeiter des Llanwern-Stahlwerks in Wales. Der Streik war ausgegangen von den 100 Arbeitern des Hochofens Nr. 3, einem Neubau, mit dem 5000 Tonnen pro Tag produziert werden können. Die Arbeiter waren in den Streik getreten gegen Überstundenforderungen der Kapitalisten, gegen die zu geringe Hochofenbesatzung und für eine 8-Pfund-Zulage pro Woche für zusätzliche Arbeit. Die Kapitalisten hatten 1 Pfund geboten. Um die Zahl der Arbeiter an diesem Hochofen gibt es seit seinem Bau heftigen Kampf. Das staatliche Stahlmonopol British Steel schickte am letzten Dienstag 4900 Arbeiter aus der 9000-Mann-Belegschaft nach Hause mit der Begründung, wegen des Streiks sei keine Arbeit da. Für die meisten bedeutet das, in dieser Zeit von Sozialhilfe zu leben. Dies Druckmittel gegen den Streik wurde von Gewerkschaftsführern mit chauvinistischen Reden unterstützt. Der Generalsekretär der Stahlgewerkschaft ITSC, in der die Hochofenarbeiter nicht organisiert sind: „Das kann nichts als Schaden bringen zu einer Zeit, wo wir uns bemühen, Importe zu vermeiden und unsere nationale Produktionsquote innerhalb der EWG zu erhöhen.“ Der Streik könne „die ganze Lohnstruktur der Industrie durcheinanderbringen“. Am letzten Freitag haben die Arbeiter einem „Friedensplan“ ihrer Gewerkschaft zugestimmt. Er sieht unter anderem eine höhere Besatzungszahl für Hochofen 3 vor. Am Donnerstag hatten sie bereits beschlossen, keinesfalls Überstunden zuzustimmen. Über die Forderung nach 8 Pfund soll ein Schlichtungsverfahren stattfinden.

zum „Ausbau der Altersversicherung der Frau“ hinzuweisen: Neue Beiträge zur Rentenversicherung werden bereitgestellt für den Zugriff der Kapitalisten auf die Versicherungsgelder. Altersversicherung für die Frauen wird es dadurch nicht geben.

Vielversprechende Bahnanleihe

Am 14. Juni hat das Bundeskabinett darüber verhandelt, wie aus der Bundesbahn noch mehr für die Finanzbourgeoisie herauszuholen ist: Schienenanlage und Fahrbetrieb sollen getrennt werden, die Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienstverhältnis freigesetzt, wobei etliche auf der Straße bleiben sollen. Der Rationalisierungswalze kann über diesen Trick ein gewaltiger Schub versetzt werden. Erster Teil des Angriffs auf die Bahnarbeiter: die geplante Rationalisierung im Fahrkartenverkauf. Wird er derzeit noch zu 97% am Schalter abgewickelt, sollen das bis 1984 6000 Automaten für den Nahverkehrsbereich übernehmen. Eine Großzahl der Schalterbediensteten wird so überzählig gemacht. Für die Aussicht auf enorme Steigerung der Schweißauspressung bei den verbleibenden Bahnbeschäftigten macht die Regierung eine Bahnanleihe bei den Banken von 750 Mio. DM. „Reaktion der Börse positiv“, vermeldet die Presse auf die erfolgte Transaktion zu 6,14% Rendite.

200 Millionen für Salzgitter-Konzern

Mit dem Nachtragshaushalt 1978 hat der Bundestag am 14. Juni u.a. eine Verdoppelung der „Kapitalzuführung“ an die Salzgitter AG auf 200 Mio. DM für „investive Umstrukturierungsmaßnahmen“ beschlossen. Dieses Staatsmonopol, zu dem außer Stahlwerken u.a. auch die Howaldtwerke Deutsche Werft gehört, ist eine Speerspitze der Expansion der BRD-Imperialisten. Dieses Jahr führt sie eine Versuchsförderung von Manganknollen im Pazifik durch und setzt sich damit über die Forderung der Länder der Dritten Welt nach internationaler Kontrolle des Meeresbergbaus hinweg.

„Wagen weg, Sekretärin weg, Zukunft unsicher ...“

So schreibt die Bildzeitung über Werner Maihofers Verlust des Ministergehalts. „Das bedeutet mir nichts“, sagt er und entspannt sich beim Segeln auf dem Bodensee und/oder mit Frau beim badischen Wein.

Belief sich sein Ministergehalt auf monatlich 27521,92 DM, so kann er für die nächsten drei Monate jeweils 26621 DM als Übergangsgeld einstreichen und anschließend bis Ende 1980 monatlich 19800 DM (Abgeordnetenbezüge: 16050 DM, der Rest Übergangsbezüge) ... Welch ein Verlust! Unabhängig von der „Gunst der Wähler“ sind ihm als Ex-Minister 5872,43 DM Ruhegeld bereits sicher. Keiner soll sagen, es hätte sich nicht gelohnt.

GUPS und GUPA weiter verboten

Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin hat das durch den damaligen Innenminister Genscher verhängte Verbot der beiden palästinensischen Organisationen GUPS (Generalunion Palästinensischer Studenten) und GUPA (Generalunion Palästinensischer Arbeiter) bestätigt. Genscher hatte die beiden Organisationen unter der Begründung der „Gefährdung der Inneren Sicherheit“ am 3.10.72, drei Wochen nach der Geiselnahme von elf Israelis bei der Münchener Olympiade durch die Palästinenserorganisation „Schwarzer September“ verboten. Gegen das Verbot und die Ausländergesetze demonstrierten kurz danach in Dortmund 10000. Das jetzige Urteil bedeutet nicht nur das Aufrechterhalten des Verbots der beiden Organisationen, sondern auch das Verbot jeglicher Unterstützung der palästinensischen Revolution und aller bewaffneten Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt. Die Begründung des Urteils zeigt, was die westdeutschen Imperialisten fürchten: „Geldspenden, Gewährung von Unterkünften, Kurierdienste“ und die Tatsache, daß „die bewaffnete palästinensische Revolution auch in der Bundesrepublik“ unterstützt wird.

„Neue Erfahrungen – als Psychiater in Algerien“

So wirbt „Dienste in Übersee“, Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen, in der „Zeit“ vom 2. Juni für eine dreijährige „Mitarbeit in einem als Modell konzipierten Projekt einer sektorisierten psychiatrischen Regionalversorgung in Algerien“. Neben der „Entwicklungshilfe“ genannten staatlichen Erpressung und Kreditschlinge versuchen die BRD-Imperialisten mit solchen kirchlichen Entwicklungsdiensten ihren Einfluß in der Dritten Welt zu verstärken. Ende 1976 haben sie auf diesem Weg 97 Fachkräfte in die Entwicklungsländer geschleust. Der Zahl nach wenige gegenüber den mehr als zehnmal so vielen Fachkräften der bundesoffiziellen „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ), auch weniger als die 172 von den politischen Stiftungen der Bourgeoisparteien eingesetzten. Von dem Sauerteig des kirchlichen Entwicklungsdienstes verspricht sich die Bourgeoisie jedoch eine erhebliche Treibwirkung: „Der wirtschaftliche und soziale Wandel in den Entwicklungsländern greift auch in Lebensbereiche ein, die bei rein staatlicher Zusammenarbeit nur schwer zu fördern sind. Hier können nicht-staatliche Stellen besonders wirksam tätig werden ... Der nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit kommt zugute, daß sie sich bei der Durchführung von Projekten fast immer auf einheimische Partner im Entwicklungsland stützen kann“, schreibt die Bundesregierung in ihrem Entwicklungspolitischen Bericht vom 14.11.77. „Wir arbeiten vorwiegend mit den einheimischen Kirchen zusammen“, wie „Dienste in Übersee“ telefonisch bestätigt. Die BRD-Imperialisten hoffen die Völker der Dritten Welt über das neokoloniale Wesen ihrer Entwicklungshilfe hinwegtäuschen zu können, und zugleich versprechen sie sich die ideologische Fesselung der Völker durch die christliche Ideologie, ist doch den Kirchen „das Amt gegeben, das die Versöhnung predigt“ (1. Kor. 5, 18). Aber auch von dieser Unterdrückung machen sich die Völker zunehmend frei. „Dienste in Übersee“ teilt bedauernd mit, daß sich das Projekt in Algerien zerschlagen hat, weil „die Regierung dort das jetzt selber machen will“.

Das neue Rotbuch Kirche

Sechs Popen und sieben andere Gestalten Gottes haben „Das neue Rotbuch Kirche“ herausgegeben. „Wir stellen fest, daß nach wie vor eine unheilvolle Verbindung unserer Kirche mit dem Zeitgeist besteht“, schreiben sie in dem Vorwort. Die Popen fürchten um ihre Existenz, um ihre fetten Pfründen. Der Klassenkampf droht sie zu überrollen und manch einen zu zerquetschen. Die Kirche sei links unterwandert, linkslastig usw. 155 Seiten beschäftigen sich mit den „Roten Pastoren“, gemeint sind die DKP-Popen. Dabei ist die schrecklichste Vorstellung dieser Männer Gottes, von den Revisionisten ausgebootet zu werden. „Gewiß bemüht sich die DKP um die Herstellung der Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten, christlichen und parteilosen Arbeitern, aber nur, um erst einmal an die Macht zu kommen!“ Deshalb seien Pfarrer in der DKP begrüßt, „während sie in der SED, die sich bereits in der Machtphase befindet, nicht mehr geduldet sind“. Wirklich schäbig. Einfach ausgebootet. Aber da werden sich die Popen schon noch mit den Revisionisten einigen, insbesondere angesichts der schrecklichen Perspektiven, die ihnen der Kampf der Völker des südlichen Afrika vor Augen treibt. Richtig vom Leder gezogen wird gegen den revolutionären Kampf der Völker und ihrer Führer, der ZANU, ZAPU und SWAPO. „Diesen exotischen ... noch brutaleren Terrorismus unbekümmert in ‚Befreiungskampf‘ umzudeuten ..., obwohl er den Namen Christi unerträglich beschmutzt, – dies ist ein Skandal.“ „Je verheißungsvoller die Friedensbemühungen, desto heftiger und brutaler der Kampf.“ Es ärgert die Popen ungeheuer, daß sich die afrikanischen Völker erheben gegen ihre Ausbeuter und dabei nicht hereinfallen auf solch „Gemäßigte“ wie den Pfarrer Sithole und Bischof Muzorewa oder in Namibia den Pastor Cornelius Ndjoba. Die Völker erkennen vielmehr, daß sie durch die Predigten der kirchlichen Brut bloß weiter in Ausbeutung und Unterdrückung gehalten werden sollen. Dabei geht schon mal einer dieser Parasiten mit der Bibel drauf, was die 13 Kirchenmänner sich ereifern läßt. Der Schreck sitzt ihnen unter dem Talar. Sie rufen auf zur Spendensammlung für die Konterrevolution, „Spendengelder für Opfer des Terrorismus“ der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen unterstützen den Befreiungskampf und rüsten eine ZANLA-Kompanie bis an die Zähne bewaffnet aus. Eine Million wird dafür bis zur UNO-Generalversammlung gesammelt.

Zigarettenindustrie: Einstieg in die 35-Stunden-Woche?

Kürzere Taktzeiten / Einführung von Nacht- und Teilzeitarbeit

Am 7. Juni hat die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) mit den Kapitalisten der Zigarettenindustrie eine Vereinbarung (kein Tarifvertrag) über „beschäftigungspolitische Fragen“ geschlossen. Diese Vereinbarung wird allgemein als „Einstieg“ in die 35-Stunden-Woche behandelt. Von beiden Seiten. Nach dem Mitteilungsblatt der NGG an ihre Funktionäre hat sie den folgenden Wortlaut:

„Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und dem Unternehmen mindestens zehn Jahre angehören, können im Einvernehmen mit Arbeitgeber und zuständigem Betriebsrat bis zum frühestmöglichen Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung alternativ

a) von der Arbeit, bei Fortzahlung von 75% ihrer Bruttobezüge einschließlich Jahressonderzuwendungen, freigestellt werden, oder

b) bei herabgesetzter Wochenarbeitszeit von 20 Stunden mit vollem Arbeitsentgelt beschäftigt werden.“

Rund 400 Arbeiter und Arbeiterinnen könnten gegenwärtig davon Gebrauch machen. Bei Arbeiterinnen indes ist mit Ende des 60. Lebensjahres bereits der Termin „des frühestmöglichen Bezugs einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung“ gegeben. Nur männliche Arbeiter haben drei Jahre, bis zum Ende des 63. Lebensjahres, die Möglichkeit, die Vereinbarung in Anspruch zu nehmen. Kommt wenigstens für sie die Vereinbarung dem Interesse der Arbeiterbewegung nach, wie es in der Aufstellung der Forderung nach 35-Stunden-Woche zum Ausdruck kommt? Keineswegs. Es handelt sich keineswegs um eine Schranke gegen verschärfte Ausbeutung und beschleunigten Verschleiß der Arbeitskraft. Wie mit Arbeitskraft, die nach vierzigjähriger progressiver Vernutzung durch die Kapitalisten ruiniert ist, verfahren werden soll, ist hier geregelt: Sie scheidet früher als in anderen Industriebranchen aus, mit geringfügigen materiellen Vorteilen.

Weil diese Vereinbarung keine Schranke gegen die verschärfte Ausbeutung zieht, regelt sie vor allem, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter das 60. Lebensjahr erst gar nicht erreichen sollen. Sie öffnet einem neuen großen Schub der Auspressung durch die Kapitalisten Tür und Tor:

Beim Bremer Werk von Brinkmann arbeiten die Frauen in der Zigarettenverpackung an Maschinen mit Taktzeiten von 2 800 bis 3 500 pro Minute, die Männer in der Zigarettenherstellung gar mit 4 000 pro Minute. An die zehn Zentner müssen täglich an Tabak, Zigaretten, Papier und Leim gestemmt werden, um die Maschinen für diese kurzen Taktzeiten zu füttern. Dazu kommt die laufende Kontrolle und Justage der Maschinen und ein Höllenlärm. So stellen die Brinkmann-Kapitalisten an die Maschinen mit 3 500 Taktzeit nur Frauen im Alter von höchstens 30 Jahren. Jetzt, unmittelbar mit Beginn der Verhandlungen über „beschäftigungspolitische Fragen“, sind die Brinkmann-Kapitalisten daran gegangen, ihren Maschinenpark umzuwälzen, noch schnellere Maschinen anzuschaffen, während sie zur Hälfte die Produktion noch mit den alten Maschinen betreiben lassen, aber – „um die Arbeit zu schaffen“ – dafür jetzt auch in Nachtschichtbetrieb.

Weitere Intensivierung der Arbeit, Einführung der Nachtarbeit – das ist es, was die Vereinbarung abdeckt. Dazu ist entsprechend in ihr gleich enthalten, daß „Unternehmen mit den Betriebsräten beraten, ob und wie mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden können“, also die Bezahlung von Arbeitskraft weit unter ihrem Wert bei vollständiger Anwendung ihrer produktiven Fähigkeiten. Nur in Teilzeitarbeit wird man Taktzeiten von 6 000 oder 8 000 pro Minute realisieren können. Man versteht, warum die Kapitalisten die Vereinbarung als „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“ feiern. So hätten sie gern den Kampf der Arbeiterbewegung gegen die wachsende Ausbeutung aufgefangen und vermittels der Sozialdemokratie in sein Gegenteil verkehrt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Brinkmann sagen denn auch, daß es bis 60 sowieso keiner aushält. Die Arbeiter können nur draufzahlen bei solchen Vereinbarungen, wo ihnen die Kapitalisten die Särge nur früher und, damit es sozial aussieht, sie auch noch furniert bereitstellen. – (Z-Red.)

Von der Nachkriegszeit in die Vorkriegszeit: „Brotsuppe delikat“

Auf der „Nostalgiewelle“ versucht es jetzt die Bourgeoisie mit dem Kampf gegen den „Wohlstandsspeck“. Er wird immer unverhohlener das, was er immer war – Mittel zur Senkung des Lebensniveaus der Massen, Vorkriegskost nach dem Motto: Kanonen statt Butter. „Heute vor dreißig Jahren gab es eine feine ‚Diätkost‘: acht Scheiben Brot, eine Messerspitze voll Butter, ein Ministück Fleisch mit einem stolzen Gewicht von 14 Gramm, eineinviertel Stück rote Rübe, anderthalb Scheiben Käse, zwei Kartoffeln und einen Achtelliter Milch.“ Die Bourgeoisie schwelgt bei diesem Gedanken, die Massen wieder auf solche Kost setzen zu können. Begierig greifen es die bürgerlichen Schreiberlinge wie hier in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 3.6. auf. Unter der Überschrift: „Zu Kartoffelkuchen gab es Mehlsahne“ propagieren sie die Wanderausstellung „Die Stunde Null der Deutschen Mark“.

Ausgewählte Tintenkulis werden zur Eröffnung dieser Ausstellung zu einem feinen Büfett geladen – Brotsuppe steht nicht auf dem Speiseplan, sondern erlesene Sachen. Das regt die Phantasie dieser ausgehaltenen Speichellecker an: „Freilich war der Phantasie der Hausfrauen keine Grenze gesetzt. Aus ein paar Tropfen Magermilch und etwas mehr zauberten sie damals Mehlsahne, die auf Gemüsegebäck und Kartoffelkuchen ausgezeichnet schmeckte. Und an den vielen fleischlosen Tagen gab es dann Mohrrübenpflanzerl mit dem Nachtisch Kartoffelstrudel – lauter Delikatessen aus der Nachkriegszeit.“

Gleich seitenweise stellt die Zeitschrift „Für Sie“ Brotspezialitäten vor, Rezepte aus Großmutters und Mutters Jugendzeiten, das waren jedesmal Kriegszeiten. Nahe liegt es da, an die Lebensmittelkarten zu erinnern, das unterstreicht, mit wie wenig der Mensch auskommen und dennoch arbeiten kann. Hauptsache der Mensch nimmt Energie zu sich, gerade soviel, daß er die Profitproduktion schafft.

Also Lebensmittelrationen für die Massen, und die ständig gekürzt. Das war auch das Prinzip der Militärregierung nach dem 2. Weltkrieg: Die Arbeiterklasse hungern lassen, damit sie „freiwillig“ den Kapitalismus aufbaut. 1948 haben in Hannover Zehntausende gegen die Hungerrationen und die Wohnungsnot gestreikt.

Heute antwortet die Arbeiterklasse auf die erneuten Lohnsenkungen mit Kampf.

Der neue Anlauf
Methoden der Regierung zur Spaltung und Lohnsenkung bei den Anwärtern des gehobenen und höheren Dienstes

Der neue Anlauf

Methoden der Regierung zur Spaltung und Lohnsenkung bei den Anwärtern des gehobenen und höheren Dienstes

„Auch die Absicht des Ministers, die Anwärterbezüge zu kürzen, lehnt der DGB ab. Der Minister habe außer acht gelassen, kritisiert der DGB, daß Anwärter während der Ausbildungszeiten zu Dienstleistungen herangezogen werden. Zudem gebe es keine genauen Zahlen und Fakten, wieviel Ausbildungsplätze aufgrund gekürzter Anwärterbezüge zusätzlich geschaffen werden können, “ berichtet das ÖTV Magazin über das Treffen von DGB-Vertretern mit dem mittlerweile gekippten Innenminister Maihofer. Grundsätzlich ist die DGB-Führung folglich mit der Kürzung der Anwärterbezüge einverstanden und akzeptiert sie, wenn der neue Minister Baum eine Behauptung darüber aufstellt, daß dadurch soundsoviele Arbeitsplätze geschaffen würden, was diesem sicherlich keine Schwierigkeiten bereitet. Der GEW-Vorsitzende Frister, der mit den Erfahrungen der Anwärter nach der letzten Kürzung der Anwärterbezüge rechnet, verlegt sich da lieber auf eine andere Art der Fürsprache für die Kürzungen: „Die Kürzungen der Anwärterbezüge begründet der Wissenschaftsrat damit,“ referiert „Erziehung und Wissenschaft“ vom Juni, „daß Eingangsbesoldung und Laufbahnförderung falsche Signale für die Ausbildungsentscheidungen der Jugend setzen.“ Erich Frister: „Dies ist eine sehr armselige Vermutung, die mehr über die berufliche Motivation der Autoren der ‚Stichworte‘ aussagt als über die der studierenden Jugend. Der Wunsch, auf dem Weg über das Hochschulstudium einen Arbeitsplatz mit Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu erhalten, ist tatsächlich weitaus stärker als der Blick auf Besoldungs- und Laufbahnordnungen, von denen die Abiturienten und auch die Studierenden herzlich wenig wissen.“

Weg mit dem schnöden Mammon, sagt ja schon die Bibel. Frister ist bibelfester Fachmann in der Gewährleistung von Lohnsenkungen und Rationalisierungen der Regierung. Dies hat er im letzten Jahr mit der Verhinderung der Streiks der Lehrer in Hessen und Hamburg gegen die damals schon bestehenden Lohnsenkungsabsichten der Regierung bewiesen, wie auch mit dem Ausschluß des Westberliner Verbandes aus der GEW.

Mit dem siebenten Besoldungserhöhungsgesetz plant die Regierung eine Wiederholung und Fortsetzung der Lohnsenkungen der Anwärterbezüge, wie sie sie 1975 mit dem „Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern“ begonnen hatte. Bis zum Sommer 1975 erhielten z.B. Lehramtsanwärter ihr Gehalt nach der „Verordnung über Unterhaltszuschuß“. Die Gehaltsgruppen waren für den gehobenen Dienst A9 – A12, für den höheren Dienst A13. Alterszuschläge gab es nach dem 26., dem 32. und dem 38. Lebensjahr. Mit der Neuregelung des Besoldungsrechts wurden die Anwärterbezüge in das Besoldungsgesetz eingegliedert. Gleichzeitig mit dieser Eingliederung wurden folgende Lohnsenkungen und Aufsplitterungen der Anwärtergehälter durchgeführt:

Die Gehaltsklasse A12 wurde ausgegliedert aus den Gehaltsklassen für den gehobenen Dienst. In A12 wurde der Lohn um ca. 120 DM erhöht, dagegen in der Klasse A11 um den gleichen Betrag, in A13 sogar um 160 DM gesenkt. Damit sollte eine Spaltung insbesondere bei den Lehramtsanwärtern bewirkt werden. Gleichzeitig strich der Staat die eigentlich fälligen Nachzahlungen bei Erhöhung der Gehälter ein, da das Gesetz erst im Juli statt wie sonst im Januar in Kraft trat. Bei der vorgenommenen Lohnsenkung hätte dies ausgenommen die neu ausgegliederte A12-Gehaltsgruppe zur Folge gehabt, daß die Anwärter hätten Rückzahlungen an den Staat machen müssen. Zudem wurden die Dienstaltersstufen eingeschränkt auf älter bzw. jünger als 26 Jahre, so daß diejenigen, die Alterszuschlag für z.B. über 32 Jahre bis dahin erhielten, eine zusätzliche Lohneinbuße hinnehmen mußten.

	A 11 (DM)	A 12* (DM)	A 13 (DM)
Juni 75	1 152,10	1 152,10	1 480,10
Juli 75	1 030,00	1 276,00	1 317,00
Juni 78	1 216,00	1 503,00	1 552,00
Juli 78**	1 147,00	1 402,00	1 402,00

* vor dem 26. Lebensjahr
** im Falle der Verabschiedung

Jetzt macht sich die Regierung an die Fortsetzung dieses Werks. Die Gehaltsklassen A12 und A13 werden zusammengelegt, wodurch die Gehälter in A13 am meisten gesenkt werden. Für ihren Nachwuchs des Dienstaufsichtspersonals, die durch solche Senkungen verschont werden sollen, hält die Regierung die Sonderzuschläge bereit. So liegt dem Bundesrat zur Zustimmung vor eine Verordnung über Sonderzuschläge für Anwärter, in deren Genuß Anwärter des Vollzugsdienstes, der Gewerbeaufsicht oder des Bankdienstes kommen sollen.

Die Lohnsenkungen betragen für A11 70 DM, für A12 100 DM und für A13 150 DM. Das Ergebnis, das dabei herauskommt, ist, daß die Anwärterbezüge nach dem Juli 1978 niedriger liegen als nach dem Juli 1975, mit Ausnahme der Gehaltsgruppe A12. Hatte die Regierung 1975 die Anwärterbezüge durch die Einrichtung der gesonderten A12-Gehaltsgruppe gespalten, so nur um sie jetzt einzeln besser senken zu können und sie auf diese Weise wieder anzugleichen.

230 Millionen jährlich ist die Summe, die die Regierung errechnet hat, die sie durch diese Lohnsenkungen einstreicht. – (Z-Red.)

Aus Maihofers Nachlaß Baums Doktorarbeit

Noch im Juni 1978 soll das 7. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz im Bundesrat beschlossen werden. Was hat es mit der „Erhöhung“ der Beamtengehälter auf sich?

Bislang war es Regel, daß das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst von der Bundesregierung für die Erhöhung der Beamtengehälter von Bund und Ländern übernommen wurde.

Durch den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigt die Bourgeoisie, den Lohnraubabschluß von 4,5% noch nicht einmal auf das volle Gehalt anzurechnen, sondern nur auf das Grundgehalt. Die Ortszuschläge, die bei den Beamten ca. 1/4 des gesamten Gehalts ausmachen, sollen nur um 3,5% erhöht werden. Das gilt aber nur für die Sätze des Ortszuschlags in den Stufen 1 bis 4 (Beamte mit bis zu 2 Kindern).

„Ferner zieht der Gesetzentwurf Folgerungen aus den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom 30. März 1977 zur familiengerechten Besoldung der Beamten, Richter und Soldaten ...“

In den Stufen 5 und höher des Ortszuschlags wird der Anteil für das

3. Kind von 37,75 DM auf 90 DM
4. und 5. Kind je von 71,55 DM auf 110 DM
6. und jedes weitere Kind von 89,12 auf 110 DM

erhöht.

Bezahlen soll diese Erhöhung nicht etwa der Dienstherr, also die Regierung, sondern alle Beamten mit bis zu 2 Kindern. So heißt es entsprechend in dem Entwurf, daß diese Erhöhung „kostenneutral (sei), als die hierfür erforderlichen Mittel durch eine Beschränkung der Erhöhung des Ortszuschlags in den Stufen 1 bis 4 auf 3,5% aufgebracht werden.“

Aus dem Statistischen Jahrbuch 1976 kann man entnehmen, daß im Bundesgebiet die Anzahl der Familien, die drei Kinder und mehr haben, im Verhältnis zu denen mit 1 und 2 Kindern rapide abnimmt.

(Angaben in 1000)
Familien mit:
1 Kind 3985
2 Kindern 3042
3 Kindern 1097
4 Kindern 516

Der „Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Sicherung des Studiums“ von 1974 zeigt dazu deutlich, daß, je höher der Lohn bzw. das Gehalt der Eltern ist, desto mehr Kinder kann die Familie sich leisten. Bei den Beamten sieht es nicht anders aus. Die Rektoren und hohen Beamten sind diejenigen, die sich noch drei Kinder und mehr leisten können. Dafür werden aber jetzt die kleinen Beamten geschröpft, um den Beamtenchargen, die eh das dicke Geld zugesteckt bekommen, noch zusätzliche Schmiergelder zu zahlen. Mit diesem „Solidarbeitrag“ gehen verschärfte Lohnsenkung und Spaltung aller Beamten Hand in Hand. Nicht genug, daß die Beamten von den Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst abgespalten werden sollen.

Aber gleich nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfes gab es große Empörung unter den Beschäftigten. Im ganzen Bundesgebiet wurden Resolutionen und Protestbriefe geschrieben. In Bonn demonstrierten letzte Woche einige tausend Beamte vor dem Bundeshaus. Die Diskussion um den Streik hat begonnen. – (Bezirk Hannover)

Sozialdemokratische Vorstöße gegen das Streikrecht

„Neue Wege“ der Konzertierten Aktion

In Zeiten verschärfter Klassenfronten erfährt der Kampf der Arbeiterklasse um die Verteidigung ihrer elementarsten Rechte einen Aufschwung. Sehr deutlich kann man das gegenwärtig in den USA verfolgen, man kann es studieren an beispielhaften Kämpfen wie dem Streik der US-Bergarbeiter, der sich zum politischen Kampf gegen die Regierung entwickelte, in dem die Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen untrennbar mit der Verteidigung der elementarsten Rechte auf Koalition und Streik verbunden war. Die offene Herausforderung der US-Finanzbourgeoisie, von Carter mit der Drohung des Taft-Hartley-Gesetzes umgesetzt, ist von den Bergarbeitern richtig beantwortet worden. „Kein Geld, keine Kohle!“ war ihre Parole.

Die Tarifkämpfe dieses Jahres haben bei der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Regierung einige Alarmzeichen ausgelöst. Von „Verschärfung des sozialen Klimas“ ist da die Rede, von „Verlust an Augenmaß“. Appelle an die „Sozialpartner“ hat es mehr als genug gegeben und gibt es ständig erneut. Man muß darauf nicht einen Deut geben; was eigentlich in den Köpfen der Bourgeois vorgeht, lassen sie in diesen salbungsvollen Worten nur als reine *Demagogie* heraus. Sie werden sich hüten, anzukündigen, daß sie gedenken, die elementarsten von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte anzugreifen, sollte die Arbeiterklasse sie zur Verteidigung ihres Lohnniveaus und zur Durchsetzung von Forderungen gegen die ungeheure Verschärfung der Ausbeutung einsetzen.

Die Sozialdemokratie, die sich als bürgerliche Fessel um den Hals der Arbeiterbewegung legt, hat sich mehrfach verdient gemacht um die Niederhaltung des Klassenkampfes, um die Interessen der Kapitalistenklasse. Zentrales Thema im diesjährigen Streik der Druckarbeiter war die Kontroverse über die „Verfassungsmäßigkeit“ der Aussperrung. In helle Empörung brachen die Herren Brandt, Wehner und Bahr aus, als die Druckkapitalisten auf die Streiks mit der bundesweiten Aussperrung antworteten. Im Grundgesetz soll angeblich *nicht* stehen, daß sie das dürfen. Allerdings steht auch nicht drin, was die Arbeiter „dürfen“.

Die Aussperrung ist also nicht „verfassungsmäßig garantiert“, das Streikrecht genausowenig. Beides verschwindet in der Formel „das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und alle Berufe gewährleistet.“ Das „Allgemeinwohl“, auf das die Bourgeois die Arbeiterklasse immer verpflichten, um sie zu unterdrücken und *ihrem* „Wohl“, dem Profit, zu unterwerfen, ist das genaue Gegenteil von elementaren Rechten der Arbeiter, die nur *im Gegensatz* zu der ausbeutenden Klasse und *gegen* sie zur Geltung gebracht werden können.

Kanzler Schmidt interpretiert das Grundgesetz in einem Artikel in der „Welt der Arbeit“ zweifellos mit Scharfsinn: „Es sollte keinen Zweifel daran geben, daß zum rechtmäßigen Gebrauch eines gesetzlich zulässigen Kampfmittels auch gehört, *daß davon kein unverhältnismäßiger Gebrauch gemacht wird. Selbstverständlich muß jeder, der berechtigte Sorgen der Arbeitgeber mißachtet und damit den sozialen Frieden stört, mit unserem Widerstand rechnen.*“ So veröffentlicht am 18. Mai 1978. Es dauerte nicht lange, und er überschlug sich, diese Stelle als „Panne“ zu erklären, um sie ungeschehen zu machen bzw. ihre Eindeutigkeit in eine Zweideutigkeit beliebter sozialdemokratischer Prägung umzuwandeln. Aber die, an die es gerichtet war, haben schon verstanden! Am 22. Mai auf dem DGB-Bundeskongreß: „Mir ist gesagt worden, daß dort an einer Stelle ein Druckfehler vorgekommen sei, der ein Argument in das Gegenteil verkehrt hat. Vielleicht sollte ich, um mich vor Mißdeutungen zu bewahren, angesichts dieser Druckfehlerteufelei wenigstens den einen Satz wiederholen, nämlich daß ich im Zusammenhang mit der Rationalisierung, von der ich eben als Notwendigkeit sprach, von den berechtigten Sorgen der *Arbeitnehmer* sprechen wollte und sprechen muß.“ Jawohl, er muß, und er will, aber *gesagt* hat er es nicht. Abgesehen davon, daß man sich auf seine Worte nichts kaufen kann. Die Kapitalisten allerdings haben genau zugehört, *sie* können sich auch auf ihn verlassen, wenn er in der gleichen Rede zwei Absätze später sagt: „Auf die Legitimität eines Kampfmittels darf sich nur berufen, wer zugleich bereit ist, von diesem Kampfmittel keinen unverhältnismäßigen Gebrauch zu machen. Ein Verbot des Übermaßes gilt für unsere ganze rechtsstaatliche Ordnung.“

Sobald die Arbeiterklasse den Standpunkt der „Sozialpartnerschaft“ aufgibt und sich vom Klassenkampf leiten läßt, *ist* dieses Übermaß erreicht. Aber es gibt ja einen „Mittelweg“; das Rezept der Sozialdemokratie, diesen „verhältnismäßigen Gebrauch von Kampfmitteln“ in die Tat umzusetzen, ist die Phantasie. „Ich fordere deshalb die Gewerkschaften auf, ihre Phantasie dafür einzusetzen, *neue Wege, Formen und Inhalte* für den Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Bundesregierung zu finden.“ Schmidt auf dem DGB-Kongreß. Sein Parteikollege Helmut Rohde, Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ in der SPD, schnappt den Ball auf: „Wenn die Technik hochgezüchtet wird, soziale Verantwortung und soziale *Phantasie* aber verkümmern, dann droht mehr als nur eine Tarifauseinandersetzung.“ In anderen Worten: gelingt es der Bourgeoisie nicht, die Fesselung der Arbeiterklasse durch den Reformismus und ihre Verpflichtung auf das Wohl der Kapitalistenklasse erneut in eine Form zu bringen, dann wird es heiß.

Nachdem die „Konzertierte Aktion“ nicht mehr funktioniert, sie auch nicht so einfach wieder „ins Leben“ zu rufen ist, zumindest nicht ohne ein gerüttelt Maß an Schachzügen und Verwirrspielen, tut eine Neudefinition not. Egon Bahr, Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokraten, hat sie parat: „Heute erleben wir, daß sich die Inhalte des Arbeitskampfes verändern, indem Fragen nach Lohnerhöhung fast zweitrangig werden.“ Oder die Herren Brandt und Wehner: „Es geht nicht nur um Lohnabschlüsse, sondern auch um Arbeitsbedingungen und Sicherheit der Arbeitsplätze.“ Nun mag man einwenden, daß das doch gar nicht falsch ist. Der feine Unterschied liegt in der „Gewichtung“; „bislang“ ging es um Lohnerhöhungen, „jetzt“ nicht mehr. Mit anderen Worten, der Arbeiterklasse soll der Deal angedreht werden, die eine Hälfte ihrer sozialen Interessen gegen die andere einzutauschen. Jeder „Sozialpakt“, der, wie bei der britischen Bourgeoisie gut zu studieren, den Lohnkampf unterdrücken soll, basiert auf solch faulen Geschäften. Immer ist ihr Kern die Außerkraftsetzung des Streikrechts.

Nehmen wir den Metallkapitalistenvertreter Dürr: „Die Arbeitgeber (müssen) deshalb alles versuchen, um mit den Gewerkschaften zu einer Übereinstimmung *in den Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialordnung zu kommen* ... auch beim Lohn über *mehrjährige Tarifverträge* zu sprechen“, zum Beispiel im Tausch gegen das Entgegenkommen der Kapitalisten in bezug auf die Mitbestimmung, etwa die Zurückziehung der Verfassungsklage? Brandt: „Vor der Verschärfung des sozialen Klimas und der Gefährdung der Tarifautonomie muß gewarnt werden. Der Weg, der schon mit der Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz beschritten wurde, schadet unserem ganzen Gemeinwesen.“ Schmidt: „Ganz unbestritten hat die Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz das soziale Klima beeinträchtigt ... Den Deutschen Gewerkschaftsbund bitte ich jedoch, sorgfältig abzuwägen, ob man sich durch eine festgefahrene Haltung des Gegners selber bewegungsunfähig machen läßt.“ Diese Bewegungsfreiheit ist eine schiefe Ebene ins Lager der Bourgeoisie, eine Rutschbahn in die Sandgrube der Klassenversöhnung. Hat doch ein Journalist der Bourgeoispresse am 14. April die interessante Entdeckung gemacht, daß „soweit ... das innenpolitische Spektakel über Möglichkeiten und Grenzen der Tarifpolitik noch eher vordergründig sein (mag)“. Zu denken gebe aber, daß sich in den Reihen der SPD kaum jemand finden lasse, der Wirtschaftsminister Lambsdorffs Vorstellungen von einer zurückhaltenden und wirtschaftspolitisch vertretbaren Lohnpolitik *nicht* teile. „Immerhin haben sie alle den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und die darin enthaltenen Zielprojektionen gebilligt.“ (Die Zeit, 14.4.78) Des Schreiberlings Entdeckung ist der feine Unterschied zwischen Lüge und Demagogie. – (Z-Red.)

Bestreiten – Spalten – Abspeisen
Sozialdemokratische Politik zur Entlassung und Schließung bei Massey-Ferguson
Vor knapp drei Wochen haben die Arbeiter von Perkins/Hannover, Halle 3, gegen die Stillegungspläne der MF-Kapitalisten ein Transparent vor das Werkstor angebracht: Wir kämp-
Betriebsverfassungsgesetz und dem Kündigungsschutzgesetz Einspruch gegen die Entlassungen beim Betriebsrat einlegen.“
Erster Schritt zur Spaltung: Es wird
nur als reine *Demagogie* heraus. Sie werden sich hüten, anzukündigen, daß sie gedenken, die elementarsten von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte anzugreifen, sollte die Arbeiterklasse sie zur Verteidigung ihres Lohnniveaus und zur Durchsetzung von Forderungen gegen die ungeheure Verschärfung der Ausbeutung einsetzen.
Die Sozialdemokratie, die sich als bürgerliche Fessel um den Hals der Arbeiterbewegung legt, hat sich mehrfach verdient gemacht um die Niederhaltung des Klassenkampfes, um die Interessen der Kapitalistenklasse. Zentrales Thema im diesjährigen Streik der Druckarbeiter war die Kontroverse über die „Verfassungsmäßigkeit“ der Aussperrung. In helle Empörung brachen die Herren Brandt, Wehner und Bahr aus, als die Druckkapitalisten auf die Streiks mit der bundesweiten Aussperrung antworteten. Im Grundgesetz soll angeblich *nicht* stehen, daß sie das dürfen. Aller-
ge, und er überschlug sich, diese Stelle als „Panne“ zu erklären, um sie ungeschehen zu machen bzw. ihre Eindeutigkeit in eine Zweideutigkeit beliebter sozialdemokratischer Prägung umzuwandeln. Aber die, an die es gerichtet war, haben schon verstanden! Am 22. Mai auf dem DGB-Bundeskongreß: „Mir ist gesagt worden, daß dort an einer Stelle ein Druckfehler vorgekommen sei, der ein Argument in das Gegenteil verkehrt hat. Vielleicht sollte ich, um mich vor Mißdeutungen zu bewahren, angesichts dieser Druckfehlerteufelei wenigstens den einen Satz wiederholen, nämlich daß ich im Zusammenhang mit der Rationalisierung, von der ich eben als Notwendigkeit sprach, von den berechtigten Sorgen der *Arbeitnehmer* sprechen wollte und sprechen muß.“ Jawohl, er muß, und er will, aber *gesagt* hat er es nicht. Abgesehen davon, daß man sich auf seine Worte nichts kaufen kann. Die Kapitalisten allerdings haben genau zugehört, *sie* können sich auch auf ihn verlassen,
terklasse durch den Reformismus und ihre Verpflichtung auf das Wohl der Kapitalistenklasse erneut in eine Form zu bringen, dann wird es heiß.
Nachdem die „Konzertierte Aktion“ nicht mehr funktioniert, sie auch nicht so einfach wieder „ins Leben“ zu rufen ist, zumindest nicht ohne ein gerüttelt Maß an Schachzügen und Verwirrspielen, tut eine Neudefinition not. Egon Bahr, Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokraten, hat sie parat: „Heute erleben wir, daß sich die Inhalte des Arbeitskampfes verändern, indem Fragen nach Lohnerhöhung fast zweitrangig werden.“ Oder die Herren Brandt und Wehner: „Es geht nicht nur um Lohnabschlüsse, sondern auch um Arbeitsbedingungen und Sicherheit der Arbeitsplätze.“ Nun mag man einwenden, daß das doch gar nicht falsch ist. Der feine Unterschied liegt in der „Gewichtung“; „bislang“ ging es um Lohnerhöhungen, „jetzt“ nicht mehr. Mit anderen Worten, der Arbei-
sorgfältig abzuwägen, ob man sich durch eine festgefahrene Haltung des Gegners selber bewegungsunfähig machen läßt.“ Diese Bewegungsfreiheit ist eine schiefe Ebene ins Lager der Bourgeoisie, eine Rutschbahn in die Sandgrube der Klassenversöhnung. Hat doch ein Journalist der Bourgeoispresse am 14. April die interessante Entdeckung gemacht, daß „soweit ... das innenpolitische Spektakel über Möglichkeiten und Grenzen der Tarifpolitik noch eher vordergründig sein (mag)“. Zu denken gebe aber, daß sich in den Reihen der SPD kaum jemand finden lasse, der Wirtschaftsminister Lambsdorffs Vorstellungen von einer zurückhaltenden und wirtschaftspolitisch vertretbaren Lohnpolitik *nicht* teile. „Immerhin haben sie alle den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und die darin enthaltenen Zielprojektionen gebilligt.“ (Die Zeit, 14.4.78) Des Schreiberlings Entdeckung ist der feine Unterschied zwischen Lüge und Demagogie. – (Z-Red.)

Bestreiten – Spalten – Abspeisen

Sozialdemokratische Politik zur Entlassung und Schließung bei Massey-Ferguson

Vor knapp drei Wochen haben die Arbeiter von Perkins/Hannover, Halle 3, gegen die Stillegungspläne der MF-Kapitalisten ein Transparent vor das Werkstor angebracht: Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze. Unter der Parole „Erhaltung der Arbeitsplätze“ hat die Sozialdemokratie den diesjährigen 1. Mai bestritten.

Die Arbeiter sind entschlossen, den Kampf gegen die angekündigten Entlassungen dieser hundertprozentigen Tochterfirma des Massey-Ferguson-Konzerns, früher Hanomag/Hannover zu führen. Die Arbeiter wollen auch, daß dieser Kampf organisiert wird, das drückt das Transparent am Tor deutlich aus.

Der Konzern will die Perkins-Tochter noch in diesem Jahr und zwar etappenweise dicht machen. Halle 3 soll am 17. Juli geschlossen werden. 80 Arbeiter von etwa 170 sind betroffen. Gleichzeitig sollen in Halle 2 38 Arbeiter und Angestellte entlassen werden, und für den Rest ist für 4. August erst mal Kurzarbeit angesetzt. Zum 31. Dezember soll der dann rausfliegen.

Fein ausgekocht von den Kapitalisten, die Belegschaft scheibchenweise zu dezimieren. Der unvermeidliche Kampf dagegen soll in Abschnitte gegliedert werden, wo jede Teilentlassung die Belegschaft geschwächt zurückläßt.

Es gälte also, den Kampf von vornherein gegen alle Entlassungen zu führen, darüber gibt es unter den Arbeitern keinen Streit. Auf der ersten Belegschaftsversammlung gegen die Entlassungen wird die Versammlung zunächst auf die „Betroffenen“ beschränkt, Bereichsversammlung nennt sich das, und der Betriebsrat sieht das sowieso ganz anders: „Wir müssen erst noch anhand des vorliegenden Materials überprüfen, ob die geplanten Entlassungen in dieser Höhe gerechtfertigt sind. Außerdem kann man nach dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Kündigungsschutzgesetz Einspruch gegen die Entlassungen beim Betriebsrat einlegen.“

Erster Schritt zur Spaltung: Es wird erst mal so getan, als bestünde der Plan der vollständigen Schließung nicht, denn was heißt denn bei angekündigter Schließung *überprüfen, ob die Entlassungen in dieser Höhe zu rechtfertigen seien,* anderes als Ignorieren der Schließungsabsicht. Und was heißt eigentlich *Rechtfertigung der Entlassungen*. Profit ist den Klassenversöhnlern doch eine ausreichende Rechtfertigung, sagen sie denn nicht ständig, Gewinne müssen sein. Und die Kapitalisten verlangen auch nicht mehr von ihnen, vorrechnen wieviel Profit und Extraprofit ihnen genug ist, lassen sie sich das von keinem Betriebsrat. Sie schließen, wenn sie woanders höhere Profite aus den Arbeitern herauspressen können.

Das zweite Manöver ist, die Arbeiter auf die geplante Fährte zu locken. Es bleibt dann auch nicht aus, daß auf der Bereichsversammlung der Vorschlag gemacht wird, der Betriebsrat solle doch wenigstens dafür sorgen, daß es eine Abfindung gibt, ein Sozialplan gemacht wird. „Eine Abfindung zu fordern ist doch idiotisch, wichtig ist doch, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen“, ist die Antwort des Betriebsrats. Eigentlich logisch. Damit wird die Versammlung geschlossen. Nichts ist entschieden. Die Arbeiter fordern eine weitere Versammlung. Der Leim nach Sozialplan statt entschiedenem Kampf der gesamten Belegschaft gegen die Betriebsschließung ist gelegt.

Als die Arbeiter die nächste Versammlung durchsetzen, wird sie vom Betriebsrat auf einen „Bereich“, Halle 3, beschränkt. Arbeiter aus anderen Hallen kommen aber doch dazu. Dieser verkleinerten Versammlung wird dann ihre rechtlose Lage vor Augen geführt und zeigt auf, in welche Richtung der Betriebsrat mittlerweile tätig war: Ein Anspruch auf Abfindung bestünde ja erst nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit, und die hätten sie ja nun nicht. Aber Tausende von Hanomag-Arbeitern, die ihr Leben lang bei Hanomag geschuftet hatten, waren vor einigen Jahren auf die Straße geflogen. Vor zweieinhalb Jahren hat dann Massey-Ferguson aus jungen Facharbeitern und einem Großteil ausländischen Arbeitern die Tochter Perkins aufgebaut. Da hatten sie einen Extraprofit ausgemacht über ein Geschäft mit den VW-Kapitalisten. Die brauchten jemand, der ihnen schnell und billig die Dieselmotoren für die LT-Transporter liefert. Dieser Vertrag mit VW läuft im Oktober aus. Perkins zieht sich zurück. Es tut seinen weltweiten Profitgeschäften keinen Abbruch, hier zuzumachen. In 15 Ländern hat der Konzern weitere Werke, vor allem in Südamerika und Mexiko, wo die Arbeitskraft billig ausgebeutet werden kann, das VW-Geschäft wurde so mehr nebenbei mitgenommen.



Die Rheinstahl-Kapitalisten haben die Produktivkräfte auf der Hanomag seit den 50er Jahren systematisch vernichtet und verrotten lassen. 1976/77 stießen sie den Fahrzeugbau an Henschel ab, 1970 wird die Radschlepperproduktion, ein Jahr darauf der Landmaschinenbau eingestellt. Seit 1961 wurde die Belegschaft von 11000 von 1974 2500 Arbeiter und Angestellte wegrationalisiert. 1974 kann die Massey-Ferguson Ltd. Toronto die Hanomag weit unter Wert aufkaufen und damit ihre Baumaschinenproduktion um 51% steigern. Jetzt stehen wieder Massenentlassungen an.

Die demagogischen Manöver der Sozialdemokraten im Betriebsrat machen es ihnen auch noch leicht, sich einen billigen Abgang zu verschaffen, um zu besiegeln, daß ein Streikkampf gegen die Entlassungen verhindert wird, gibt es jetzt *doch* einen Sozialplan. Einen Sozialdemokratischen. Viele Arbeiter haben schon gesagt, daß sie nicht bereit sind ihn anzunehmen. – (Bezirk Hannover/N-Red.)

Neues Betriebsverfassungsgesetz in Spanien

Ein neues Betriebsverfassungsgesetz wird zur Zeit im spanischen Parlament beraten. Die gewerkschaftlichen Rechte, die die Arbeiter in den letzten Jahren mit Streiks praktisch erkämpft haben, sollen damit aufs neue beschränkt und die verschiedenen Abteilungen der Lohnabhängigen voneinander gespalten werden. Für den öffentlichen Dienst ist ein besonderes Gesetz geplant. Was drinstehen soll, läßt die Welle von Disziplinarmaßnahmen ahnen, die die Regierung in diesen Wochen gegen Lehrer eingeleitet hat, die sich im Frühjahr an der großen Streikbewegung an den Schulen beteiligt haben. Im Entwurf für das Betriebsverfassungsgesetz mußte den Betriebsräten das Recht zum Abschluß von Tarifverträgen zugestanden werden, das Streikrecht aber ist nicht garantiert. Das Recht zur Bildung von Betriebsgruppen sollen nur Gewerkschaften haben, in denen mindestens 10% der Belegschaft organisiert sind. Damit die von den Kapitalisten ausgehaltenen gelben Verbände nicht unter der 10-Prozent-Klausel zu leiden haben, hat die Regierungspartei UCD hinzugefügt, 20% in einem der getrennten Wahlkörper zu den Betriebsrätewahlen reichten auch, z.B. unter den leitenden Angestellten. Am 23./24. Mai haben 300000 Betriebsräte und Gewerkschafter sich in 15000 Betrieben eingeschlossen, um gegen den Gesetzentwurf zu protestieren. Aus zwei Madrider Ministerien hat die Regierung die Betriebsräte daraufhin von der Polizei vertreiben lassen.

Firestone; Sozialdemokraten setzen Sozialplan durch

Im schweizer Werk des Firestone-Konzerns, wo die Arbeiter gegen die Schließung des Betriebes zwei Tage lang gestreikt haben, ist es der sozialdemokratischen Arbeiterkommission (Betriebsrat) und der Gewerkschaftsführung gelungen, über einen Sozialplan die Belegschaft zu spalten und ihren Kampf zu unterdrükken. Auf der Betriebsversammlung am 9. Juni wurde dieser Plan vorgestellt, den die Sozialdemokraten „in dramatischem Ringen“ mit der Konzernleitung ausgehandelt hatten. Im Durchschnitt 2,8 Monatslöhne „Entschädigung“ sollen die Arbeiter für ihre Entlassung bekommen. Die Regelung basiert auf einer perfiden Spaltung nach Dauer der Betriebszugehörigkeit: Wer bis zu fünf Jahren bei Firestone gearbeitet hat, erhält nur 0,8 Monatslohn, bei fünf bis fünfzehn Jahren sind es 1,2 bis 2,4 Monatslöhne usw. Absegnen lassen haben sich die Kapitalisten den Sozialplan durch eine Urabstimmung, von der fast ein Drittel der Arbeiter wegen andersgearteter Arbeitsverträge ausgeschlossen war. Von den 463 zur Abstimmung zugelassenen Arbeitern haben sich nur 76% beteiligt, davon haben 261 mit Ja gestimmt, 81 mit Nein. Die durchschnittliche Abfindung von 2,8 Monatslöhnen für die 616 von Entlassung betroffenen Arbeiter wiegt nicht einmal die vier Monatslöhne auf, die den Arbeitern seit 1975

Firestone; Sozialdemokraten setzen Sozialplan durch
Im schweizer Werk des Firestone-Konzerns, wo die Arbeiter gegen die Schließung des Betriebes zwei Tage lang gestreikt haben, ist es der sozialdemokratischen Arbeiterkommission (Betriebsrat) und der Gewerkschaftsführung gelungen, über einen Sozialplan die Belegschaft zu spalten und ihren Kampf zu unterdrükken. Auf der Betriebsversammlung am 9. Juni wurde dieser Plan vorgestellt, den die Sozialdemokraten „in dramatischem Ringen“ mit der Konzernleitung ausgehandelt hatten. Im Durchschnitt 2,8 Monatslöhne „Entschädigung“ sollen die Arbeiter für ihre Entlassung bekommen. Die Regelung basiert auf einer perfiden Spaltung nach Dauer der Betriebszugehörigkeit: Wer bis zu fünf Jahren bei Firestone gearbeitet hat, erhält nur 0,8 Monatslohn, bei fünf bis fünfzehn Jahren sind es 1,2 bis 2,4 Monatslöhne usw. Absegnen lassen haben sich die Kapitalisten den Sozialplan durch eine Urabstimmung, von der fast ein Drittel der Arbeiter wegen andersgearteter Arbeitsverträge ausgeschlossen war. Von den 463 zur Abstimmung zugelassenen Arbeitern haben sich nur 76% beteiligt, davon haben 261 mit Ja gestimmt, 81 mit Nein. Die durchschnittliche Abfindung von 2,8 Monatslöhnen für die 616 von Entlassung betroffenen Arbeiter wiegt nicht einmal die vier Monatslöhne auf, die den Arbeitern seit 1975
einbehalten worden sind zum Zwecke des „Erhalts“ der Firma.

Fortsetzung der Streiks und Besetzungen bei Renault

Am Samstag, 10. Juni, ist das von den Arbeitern besetzte Werk Cléon der Régie Renault gewaltsam von CRS-Truppen geräumt worden, wie einige Tage vorher das Preßwerk in Flins. Daraufhin sind in der letzten Woche in fast allen Werken von Renault neue Proteststreiks und -demonstrationen durchgeführt worden. Allerdings wird diese Streikbewegung nach wie vor von den Gewerkschaftsleitungen nur „unterstützt“, nicht einheitlich organisiert. Dies, obwohl die Direktion des Staatsmonopols Renault sich weiterhin weigert, überhaupt in Tarifverhandlungen einzutreten. Stattdessen hat sie, das vierte Mal in diesem Jahr, eine „freiwillige Teuerungszulage“ verfügt, diesmal von 1,5%, seit Jahresbeginn insgesamt von 4,5%. Dazu noch eine „Gewinnbeteiligung“ von 160 Francs (ca. 75 DM) für jeden. Dies zeigt, daß sie die Lohnverhandlungen durch eine eigene, beliebige Lohnpolitik ersetzen will. Vor allem der mutig weitergeführte Kampf der (meist afrikanischen und arabischen) Arbeiter an den Pressen in Flins macht ihnen einen Strich durch die Rechnung. Diese haben die Arbeit nach wie vor nicht aufgenommen und halten ihre Abteilung während der Arbeitszeit weiterhin besetzt. Die Direktion hat die Schließung des ganzen Werkes angekündigt, wenn der Streik nicht bis zum 20. Juni abgebrochen wird. – Währenddessen setzt sich die Streikbewegung der letzten Wochen in Frankreich weiter fort. Seit dem 13. Juni stehen die Belegschaften nahezu aller Militärwerkstätten und -depots, insgesamt 40000 Arbeiter, im Streik gegen die Kürzung einer Lohnzulage.

Bundesbahn-Hauptvorstand will Leistungszulagen kürzen

Stuttgart. Die Leistungszulagen gibt es schon seit über zehn Jahren. In der Hochkonjunktur wurden sie eingerichtet, zur Verschleierung der niedrigen Löhne der Bahnarbeiter und zur Anlockung neuer Arbeitskräfte. Schon in den diesjährigen Tarifverhandlungen wollte der Vorstand der DB die Leistungszulage kürzen, hatte jedoch versäumt, den Abschnitt des Lohntarifvertrags zu kündigen. Zum ersten Mal seit Bestehen der Deutschen Bundesbahn kündigt der Vorstand als erster einen Tarifvertrag, voraussichtlich im Herbst, und noch dieses Jahr sollen die ersten Verhandlungen darüber laufen. Rund 71% der Arbeiter der Bahndirektion Stuttgart erhalten 15% Leistungszulage, und dies liegt noch unter dem Bundesdurchschnitt von rund 79%. Der Vorstand der Deutschen Bundesbahn hat einen neuen Bewertungsbogen vorgelegt zur Bemessung der Leistungszulage. Solange keine Mehrleistungen erbracht werden, erhält man dabei 0 Punkte. 15 Punkte sind zu erreichen, entsprechend dem Prozentsatz, wobei 8 Punkte allein auf die Menge der Arbeit gehen, 4 auf die Güte der Arbeit und 3 auf besondere Anforderungen. Nach Aussagen der Gewerkschaft GdED würden mit dem Bewertungsbogen 80% der Beschäftigten auf weniger als 7% Leistungszulage rutschen, und viele würden gar nichts mehr erhalten. Die Arbeiter sind entschieden dagegen, diese Lohnsenkung hinzunehmen, die bei Maschinenarbeitern, Schweißern, Facharbeitern, Heizern, Kraftwagenfahrern usw. in Lohngruppe IV von 15% auf 5% eine Lohnsenkung von 150 bis 170 DM im Monat ausmachen würde. Auf der Personalversammlung des Betriebswerks Stuttgart am 14. Juni haben die Arbeiter sich gegen eine Kürzung der Leistungszulage ausgesprochen und verurteilt, daß die Leistungszulage absinkt in Fällen, wo die Arbeiter durch Krankheit in eine minderwertige Arbeit versetzt werden. Die Gewerkschaftsführung der GdED hat im Tarifkampf verkündet, auf diese „Nebenforderungen" nicht einzugehen. Jetzt redet sie davon, daß Änderungen schon zu besprechen seien, da ja wirklich nicht viel Arbeit da sei. Weiter steht an von seiten des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, die tariflichen Leistungen in Anlagen zum Lohntarifvertrag, die Rufbereitschaft und den Winterzusatzurlaub zu überprüfen, zu senken, oder letzteres ganz zu streichen.

Streik der Lackierer bei BMW

Westberlin. Am Montag, 5. Juni, tritt die Frühschicht der Lackierer (sieben Kollegen) gegen die Erhöhung der Akkordnormen von 135 Motorrädern auf 150 in den Streik. Die Geschäftsleitung muß eine Überprüfung zusagen. Bei der Überprüfung kommt raus, daß das Band mit 27 bis 28 Einheiten lief, die Lackierer aber nur 19 bis 20 Einheiten bezahlt bekamen. Die Lackierer fordern „pauschale Lohnnachzahlung, Kontrollmöglichkeiten über die Akkordnormen". Am 6. Juni weigert sich die gesamte Belegschaft der Montage, die Arbeit aufzunehmen (ca. 50 Kollegen). Sie fordern die Zurücknahme der Akkorderhöhung, weg mit der Akkordhetze. Die Geschäftsleitung stellt vier Arbeiter zusätzlich ans Band. Trotzdem bleibt die Belegschaft bei ihrer Forderung nach höchstens 135 Motorrädern täglich.

Warnstreiks und Urabstimmung bei den Porzellanarbeitern

In den letzten Wochen haben die ca. 30000 Keramikarbeiter in Bayern mehrere Warnstreiks gegen die dauernden Lohnsenkungen durchgeführt. Die Tariflöhne reichen von 4,30 DM bei Zeitlöhnern unter 16 (6,62 DM über 18) in Lohngruppe 1 bis 8,45 in Lohngruppe 7, bei Prämienlöhnern von 7,61 bis 9,72 DM und bei Akkordarbeitern von 7,94 DM bis 10,14 DM. Etwa drei Viertel sind in den Lohngruppen 1 bis 3 und verdienen unter 1 200 DM netto im Monat. Die Forderung der Gewerkschaft war 7%, die Kapitalisten haben am 6. Mai 4% geboten. Am 23.5. haben dann insgesamt 1 300 Arbeiter Warnstreiks von etwa einer Stunde durchgeführt und 3000 eine Versammlung gegen die 4%. Am 24.5. streikten die 700 Arbeiter von Hutschenreuther in Selb. Am 5.6. die Arbeiter der Porzellanfabrik Heinrich. Die Spätschicht einer Abteilung kam eine Woche lang nicht und forderte jetzt die Bezahlung. Daraufhin haben die Kapitalisten 5% und eine Pauschale von 80 Mark für Mai geboten, die Gewerkschaftsfunktionäre mußten ablehnen. An 6 Betrieben wurden Urabstimmungen durchgeführt, Wahlbeteiligung 97%, für Streik: 93%. Am 14.6. haben die Kapitalisten dann 5,5% und 30 Pf/Std. für Lohngruppe VI ab 1.1.79 und 32 Pf. für Lohngruppe VII angeboten, die Gewerkschaftsführer haben angenommen. Am 16.6. wurde erneut die Urabstimmung durchgeführt.

Matthöfer vervollkommnet die Mehrwertsteuerplünderung

Neues Umsatzsteuergesetz zwecks „Harmonisierung" in der EG / Weitere Erhöhungen bereits angekündigt

„Die Gemeinschaften (sind) in der Harmonisierung der Umsatzsteuern so weit fortgeschritten, daß es nur noch einer Harmonisierung der Steuersätze bedarf, um dieses ehrgeizige Ziel im Bereich des Steuerrechts zu erreichen, wobei ich freilich hinzufügen muß, daß dieser letzte Schritt gewiß auch der schwierigste sein wird." So Finanzminister Matthöfer im Deutschen Bundestag bei der Vorlage des neuen Umsatzsteuergesetzes am 11. Mai. Damit kein Zweifel darüber aufkommt, daß sich der Ehrgeiz der Bundesregierung nicht einfach auf „Harmonie", sondern auf *Erhöhung* der Mehrwertsteuer richtet, erläuterte gleich darauf der FDP-Abgeordnete Cronenberg: „Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang für meine Fraktion noch einmal betonen, daß wir langfristig die Anhebung der Mehrwertsteuer für unvermeidlich halten." Bei Geld muß der liberale Mann immer gleich an seine Überzeugung denken, die dafür käuflich ist: „Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß nur über eine systematische und langsame Anhebung der Mehrwertsteuer das notwendige Finanzvolumen geschaffen wird, um die Gewerbesteuer abschaffen zu können." Die Gewerbesteuer muß nämlich in dem einen oder anderen Fall ein leibhaftiger Bourgeois *selber* zahlen, wenn die Konkurrenz scharf ist.

Für Sozialdemokraten sind Steuererhöhungen allemal das passende Mittel, um „der Gerechtigkeit" zum Durchbruch zu verhelfen. Matthöfer: „Die Dinge sind jetzt so gerecht und kompliziert, daß sie schon wieder ungerecht werden." Also müssen „Vereinfachungen" ins Auge gefaßt werden: „Ich würde es auch gern sehen, wenn im Zuge der Harmonisierung der Steuersätze in der Europäischen Gemeinschaft die bevorstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer dazu benutzt würde, das System zu vereinfachen."

Die Mehrwertsteuer (Aufkommen 1977: 39,4 Mrd. DM) zahlt ausschließlich die Arbeiterbevölkerung. Zwar wird sie technisch von den Kapitalisten an die Finanzämter abgeführt, da die Umsatzsteuer aber als Einfuhrumsatzsteuer auch auf die eingeführten Waren der ausländischen Konkurrenz erhoben wird, können sie die Bourgeois vollständig auf die Preise abwälzen. Die Mehrwertsteuer, die auf den Preisen ihrer Produktionsmittel liegt, müssen sie dagegen nicht zahlen, sondern können sie als „Vorsteuer" von ihrer eigenen Mehrwertsteuerschuld abziehen. Zweierlei galt daher die besondere Aufmerksamkeit der Bundesregierung wie der EG-Kommission: erstens der Schließung aller Lücken, durch die es noch zu „unversteuertem Letztverbrauch" durch die Arbeiterbevölkerung kommen könnte; zweitens Herstellung völliger Steuerfreiheit für die Couponschneiderei und den Luxuskonsum der Bourgeois, die „im Prinzip" als „Letztverbraucher" auch der Mehrwertsteuer unterliegen würden.

Formeller Anlaß ist die geplante Erschließung einer eigenen Steuerpfründe für den EG-Apparat, eben der Mehrwertsteuer, die dazu in allen Mitgliedsländern nach den gleichen Grundsätzen erhoben werden soll. In der Auseinandersetzung um die Richtlinie, die die EG-Kommission dazu vor einem Jahr erlassen hat, ist es „der Bundesregierung ... gelungen, alle aus deutscher Sicht wesentlichen Anliegen ... durchzusetzen." Das fängt an mit einem Hieb gegen die niederländische Konkurrenz bei der Personenschiffahrt auf dem Rhein, die künftig mehrwertsteuerpflichtig ist, und reicht bis zu „sozialen" und „nationalen" Anliegen. So bleibt die Steuerbegünstigung von Kapital, das im imperialistischen Brückenkopf Westberlin angelegt ist, ebenso erhalten wie die Vergünstigungen für den Handel mit der DDR.

Mit peinlicher Akribie hat sich die Bundesregierung auf die Spürjagd nach „unbelastetem Verbrauch" begeben, und wo solcher gefunden war, wird das Loch gestopft. So ist in Zukunft die Vermietung von Park- und Campingplätzen steuerpflichtig, die Platzgebühr also 12% höher, während die Vermietung von Grundstücken ansonsten steuerfrei ist. Steuerfreiheit für Zahnprothesen würde „zu nicht vertretbaren Steuerausfällen führen"; wo die Kasse eh nicht vollständig zahlt, muß die Steuer sein.

„Lücken" wurden auch bei der Besteuerung der Couponschneiderei geschlossen, Lücken der Steuerfreiheit. Nicht nur Gewährung und Verwaltung von Krediten ist künftig steuerfrei, sondern auch ihre Vermittlung. Ebenfalls „wegen des engen wirtschaftlichen Zusammenhangs" wird „die Steuerfreiheit für die Umsätze von Wertpapieren ... auf die Optionsgeschäfte mit Wertpapieren ausgedehnt." (Begründung der Bundesregierung)

Matthöfer hat sich einiges überlegt, wie dem Übermaß an Gerechtigkeit bei der Steuer durch „Vereinfachung" begegnet werden kann. In der „Wirtschaftswoche" regt er an, die Kfz-Steuer abzuschaffen und dafür die Mineralölsteuer um 13 Pfennig pro Liter anzuheben. Vorsichtshalber wird allerdings jetzt erst einmal die Kfz-Steuer von 14,40 DM auf 15 DM pro 100 ccm Hubraum erhöht, und ob es bei 13 Pfennig bleiben muß ...?

Bei der Grunderwerbssteuer soll dem Übelstand abgeholfen werden, daß derzeit 85% aller Käufe, hauptsächlich die von kleinen Eigentümern, steuerfrei sind. Hier schlägt Matthöfer („Ich habe fast 20 Jahre lang einen kleinen Verlag gehabt") Festsetzung auf 2% „ohne größere Ausnahmen" vor. Die sollen vor allem die Bauern zahlen. – (Z-Red.)

Spaltung und Trickserei zur Durchsetzung der Ausplünderungsmaßnahmen in Bielefeld

Zum 1.7.1978 sollen erneut die Preise für Gas um 10,1%, für Fernwärme um 9,9% und die Fahrpreise für Bus und Straßenbahn um rund 7,7% erhöht werden. Begründet werden diese Pläne mit „Brennstoffkosten – Mehrbelastungen der allgemeinen Kostenentwicklung" und daß „ alle größeren Möglichkeiten der betrieblichen Rationalisierung und damit der Kostensenkung so gut wie ausgeschöpft sind". Ähnlich wurden auch die letzten Erhöhungen zum 1.1.1976 begründet. Damals wurden die Fahrpreise um durchschnittlich über 17% erhöht. Und so machen die Stadtwerke Jahr für Jahr Riesengewinne. 1974 4,96 Mio. DM, 1975 4,375 Mio. DM, 1976 5,846 Mio. DM. Durchzusetzen versuchen die Stadtwerke ihren erneuten Beutezug durch Spaltung. Es handelt sich um durchschnittliche Erhöhungen, und „es gibt auch Gruppen stillstehender Preise und Preissenkungen". Auszubildende können demnächst sogar zu Schüler- und Studentenfahrpreisen fahren. So sollen die Jugendlichen schon mal vom Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen abgespalten werden. Für die Arbeiter und übrigen Werktätigen werden die Preise für Einzelfahrscheine und Wochenkarten nicht erhöht, allerdings konnte man bisher mit einer Sammelkarte für 10 Fahrten billiger fahren als mit einer Wochenkarte. Das wurde jetzt geändert. Sammelkarten wurden im Netz I und II von 9 DM auf 10 DM um 11% und im Gesamtnetz von 11,30 auf 13,33 DM um 18% erhöht.

Die Erhöhungen für Gas und Fernwärme treffen die Arbeiter und die Volksmassen am meisten. Darüber versuchen die Stadtwerke mit dem Hinweis hinwegzutäuschen, daß für Strom und Wasser keine Preiserhöhungen im Gespräch seien. Das ist dreist. Reicht etwa die Erhöhung der Wasserpreise um 10 Pf./cbm auf 1,30 DM zum 1.1.1978 und die Erhöhung der Strompreise um durchschnittlich 7,7% zum 1.3.1978 noch nicht? Eine Druckarbeiterin berichtet, daß bei ihr bei der „Freien Scholle" (Sozialer Wohnungsbau) gerade wegen Modernisierung und Wassergelderhöhung die Miete von 310 auf 390 DM für einen Vier-Personen-Haushalt erhöht wurde. Der Zweimonatsabschlag war von den Stadtwerken vorsorglich wegen der Strompreiserhöhung schon ab 1.1.1978 um 45 DM erhöht worden. Und jetzt noch die geplanten Erhöhungen für die Gasheizung.

In der Spedition Schenker, Niederlassung Bielefeld, haben bisher sieben Angestellte einen Brief an die Stadtwerke und den Stadtrat unterschrieben, indem sie diese auffordern, jeden weiteren Angriff auf den Geldbeutel der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten zurückzunehmen und erklären: „Anscheinend steckt dahinter System. Immerhin wurden bereits Anfang des Jahres die Wasserpreise und am 1.3.1978 die Strompreise erhöht. Damit machen die Stadtwerke Jahr für Jahr Gewinne zwischen 4 und 5 Mio. DM, finanzieren das Kernkraftwerk in Grohnde und die billigen Tarife für die großen Industriebetriebe. Dagegen reicht unsere Lohn- und Gehaltserhöhung unsere Lohn- und Gehaltserhöhung schon lange nicht mehr für die dauernden Preissteigerungen."

Die „Neue Westfälische" mußte bereits einen Tag nach der Ankündigung der Gebührenerhöhungen darauf hinweisen, daß zahlreiche Proteste eingegangen sind. Wie viele und in welcher Form verschweigt sie wohlweislich.

Speerspitzen aus Fleisch und Blut
Zonenrand- und Berlinförderung – Teil der Kriegsvorbereitung
17. Juni – die Bourgeoisie wälzt sich in Erinnerungen, in entgangenen Mög-
nur symbolische Bedeutung, an diesem Feiertag also hat der Deutsche Bun-
In der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wird
westdeutschen Finanzkapitals auch und gerade in Kriegszeiten reibungslos produzieren und für den Nachschub
Für Sozialdemokraten sind Steuererhöhungen allemal das passende Mit-
für die Couponschneiderei und den Luxuskonsum der Bourgeois, die „im
sonsten steuerfrei ist. Steuerfreiheit für Zahnprothesen würde „zu nicht ver-
vor. Die sollen vor allem die Bauern zahlen. – (Z-Red.)

von 150 bis 170 DM im Monat ausmachen würde. Auf der Personalversammlung des Betriebswerks Stuttgart am 14. Juni haben die Arbeiter sich gegen eine Kürzung der Leistungszulage ausgesprochen und verurteilt, daß die Leistungszulage absinkt in Fällen, wo die Arbeiter durch Krankheit in eine minderwertige Arbeit versetzt werden. Die Gewerkschaftsführung der GdED hat im Tarifkampf verkündet, auf diese „Nebenforderungen" nicht einzugehen. Jetzt redet sie davon, daß Änderungen schon zu besprechen seien, da ja wirklich nicht viel Arbeit da sei. Weiter steht an von seiten des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, die tariflichen Leistungen in Anlagen zum Lohntarifvertrag, die Rufbereitschaft und den Winterzusatzurlaub zu überprüfen, zu senken, oder letzteres ganz zu streichen.

Streik der Lackierer bei BMW

Westberlin. Am Montag, 5. Juni, tritt die Frühschicht der Lackierer (sieben Kollegen) gegen die Erhöhung der Akkordnormen von 135 Motorrädern auf 150 in den Streik. Die Geschäftsleitung muß eine Überprüfung zusagen. Bei der Überprüfung kommt raus, daß das Band mit 27 bis 28 Einheiten lief, die Lackierer aber nur 19 bis 20 Einheiten bezahlt bekamen. Die Lackierer fordern „pauschale Lohnnachzahlung, Kontrollmöglichkeiten über die Akkordnormen". Am 6. Juni weigert sich die gesamte Belegschaft der Montage, die Arbeit aufzunehmen (ca. 50 Kollegen). Sie fordern die Zurücknahme

Spaltung und Trickserei zur Durchsetzung der Ausplünderungsmaßnahmen in Bielefeld

Zum 1.7.1978 sollen erneut die Preise für Gas um 10,1%, für Fernwärme um 9,9% und die Fahrpreise für Bus und Straßenbahn um rund 7,7% erhöht werden. Begründet werden diese Pläne mit „Brennstoffkosten – Mehrbelastungen der allgemeinen Kostenentwicklung" und daß „ alle größeren Möglichkeiten der betrieblichen Rationalisierung und damit der Kostensenkung so gut wie ausgeschöpft sind". Ähnlich wurden auch die letzten Erhöhungen zum 1.1.1976 begründet. Damals wurden die Fahrpreise um durchschnittlich über 17% erhöht. Und so machen die Stadtwerke Jahr für Jahr Riesengewinne. 1974 4,96 Mio. DM, 1975 4,375 Mio. DM, 1976 5,846 Mio. DM. Durchzusetzen versuchen die Stadtwerke ihren erneuten Beutezug durch Spaltung. Es handelt sich um durchschnittliche Erhöhungen, und „es gibt auch Gruppen stillstehender Preise und Preissenkungen". Auszubildende können demnächst sogar zu Schüler- und Studentenfahrpreisen fahren. So sollen die Jugendlichen schon mal vom Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen abgespalten werden. Für die Arbeiter und übrigen Werktätigen werden die Preise für Einzelfahrscheine und Wochenkarten nicht erhöht, allerdings konnte man bisher mit einer Sammelkarte für 10 Fahrten billiger fahren als mit einer Wochenkarte. Das wurde jetzt geändert. Sammelkarten wurden im Netz I und II von 9 DM auf 10 DM um 11% und im Gesamtnetz von 11,30 auf 13,33 DM um 18% erhöht.

Die Erhöhungen für Gas und Fernwärme treffen die Arbeiter und die Volksmassen am meisten. Darüber versuchen die Stadtwerke mit dem Hinweis hinwegzutäuschen, daß für Strom und Wasser keine Preiserhöhungen im Gespräch seien. Das ist dreist. Reicht etwa die Erhöhung der Wasserpreise um 10 Pf./cbm auf 1,30 DM zum 1.1.1978 und die Erhöhung der Strompreise um durchschnittlich 7,7% zum 1.3.1978 noch nicht? Eine Druckarbeiterin berichtet, daß bei ihr bei der „Freien Scholle" (Sozialer Wohnungsbau) gerade wegen Modernisierung und Wassergelderhöhung die Miete von 310 auf 390 DM für einen Vier-Personen-Haushalt erhöht wurde. Der Zweimonatsabschlag war von den Stadtwerken vorsorglich wegen der Strompreiserhöhung schon ab 1.1.1978 um 45 DM erhöht worden. Und jetzt noch die geplanten Erhöhungen für die Gasheizung.

In der Spedition Schenker, Niederlassung Bielefeld, haben bisher sieben Angestellte einen Brief an die Stadtwerke und den Stadtrat unterschrieben, indem sie diese auffordern, jeden weiteren Angriff auf den Geldbeutel der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten zurückzunehmen und erklären: „Anscheinend steckt dahinter System. Immerhin wurden bereits Anfang des Jahres die Wasserpreise und am 1.3.1978 die Strompreise erhöht. Damit machen die Stadtwerke Jahr für Jahr Gewinne zwischen 4 und 5 Mio. DM, finanzieren das Kernkraftwerk in Grohnde und die billigen Tarife für die großen Industriebetriebe. Dagegen reicht unsere Lohn- und Gehaltserhöhung unsere Lohn- und Gehaltserhöhung schon lange nicht mehr für die dauernden Preissteigerungen."

Die „Neue Westfälische" mußte bereits einen Tag nach der Ankündigung der Gebührenerhöhungen darauf hinweisen, daß zahlreiche Proteste eingegangen sind. Wie viele und in welcher Form verschweigt sie wohlweislich.

Speerspitzen aus Fleisch und Blut

Zonenrand- und Berlinförderung – Teil der Kriegsvorbereitung

17. Juni – die Bourgeoisie wälzt sich in Erinnerungen, in entgangenen Möglichkeiten und plant für die Zukunft. Ihre Schreiberlinge sind da besonders hoffnungsgeschwängert: „Mit den Verhandlungen über den Bau der geplanten neuen Autobahn kann ‚sofort', wahrscheinlich im Juli, begonnen werden." (Berliner Morgenpost, 13.6.78)

Man sieht die Bourgeois sich förmlich ihre feuchten Hände reiben: Lange hat es gedauert mit dieser Autobahn, jetzt ist sie doppelt wichtig: Hitler hat sie schon geplant als Teil des Aufmarsches gegen die Sowjetunion. Jetzt können die westdeutschen Imperialisten ihre Speerspitze in Feindesland, Westberlin, fester an das Mutterland anbinden.

Das Zonenrandgebiet liegt dem westdeutschen Finanzkapital zweifelsohne am Herzen, das sie ja bekanntlich im Geldbeutel sitzen hat. Es ist für sie nicht einfach „Grenzland", sondern eine „Demarkationslinie", von hier aus soll der Sprung nach Osten unternommen werden. Jeder weiß das, und keinen zieht es dort hin. Verlassene Ortschaften, verfallene Häuser, brachliegende Felder, Ruinen von Fabriken zeigen an, wenn man ins „extreme" Zonenrandgebiet zwischen Dannenberg-Lüchow-Uelzen-Wittingen-Gifhorn kommt. Keine Hochspannungsleitung, keine elektrifizierte Eisenbahn. 1946 gab es in Dannenberg allein noch 1019 Handwerksbetriebe, 1957 sind es nur noch 723 Betriebe insgesamt, 1977 gar nur noch 32 Betriebe. Ein Niemandsland? Dem versucht die Bourgeoisie entgegenzuarbeiten. Denn, wenn schon kein „Volk ohne Raum", so müssen Ansprüche da sein, die verletzt und dann eben auch verteidigt werden können. Am 17. Juni 1971, und das Datum hat fürwahr nicht nur symbolische Bedeutung, an diesem Feiertag also hat der Deutsche Bundestag gearbeitet und das Zonenrandförderungsgesetz beschlossen. Drei Fliegen mit einer Klappe werden damit erledigt: Die große Industrie in Wolfsburg, Peine, Braunschweig und Salzgitter kommt in den Genuß der 25prozentigen Zonenrandförderung und der Möglichkeit von Sonderabschreibungen. Die Ansiedlung von kleineren Betrieben wird gefördert. Kommen sie in wirtschaftliche Schwierigkeiten, bekommen nur die einen Kredit oder eine Bürgschaft, bei denen Aussicht auf genügend Profit winkt. Die „Seßhaftmachung" von Menschen im extremen Zonenrandgebiet wird vorangetrieben.

Jahr	Dannenberg	Helmstedt
1946	72103	120971
1970	50669	118712
1971	50623	118938
1972	50875	119134
1973	50962	106825
1974	50686	105530
1975	50002	103687
1976	49610	102667
1977	49137	101219

Kurze Zeit gibt es einen Stillstand in der Abwanderungsbewegung aus dem Zonenrandgebiet, für ein, zwei Jahre nimmt die Bevölkerung wieder zu. Facharbeiter, die aufgrund der „Mobilität" durch die Arbeitslosigkeit hier Arbeit finden, sollen gebunden werden: Schon 1965 wird der Wohnungsbau von sieben auf 14 Mio. DM für die Zonenrandgebiete erhöht, nur in Ausnahmefällen sollen Mietwohnungen gefördert, ansonsten sollen die Arbeiter über Eigentumswohnungen gebunden werden.

In der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wird im Programm 1978 bis 1981 zur Hauptaufgabe die Rationalisierung der Betriebe gesetzt: „Die in weiten Teilen des Aktionsraumes (Niedersächsiches Bergland) vorherrschende überalterte Struktur der vorhandenen Betriebe und ihre durch die Lage im Zonenrandgebiet bedingten Besonderheiten machen außerdem eine Förderung von Umstellungs- und Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich." (Landtagsdrucksache 3492) 22500 Arbeitsplätze im Zonenrandgebiet sollen neu geschaffen werden, 26200 gesichert werden über Zuschüsse von 433,4 Mio. DM. Damit sind dann solche „Sanierungsunternehmen" wie Rollei in Braunschweig und Artos in Lüneburg mit Massenentlassungen und Hochschraubung der Ausbeutung gemeint. So hat „das Zonenrandgebiet im Vergleich zu früheren Perioden erheblich an Boden gewonnen", stellte Prof. Schiller in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister schon 1971 fest.

Mehr an Boden gewinnen soll erst recht der imperialistische Brückenkopf Westdeutschlands, Westberlin. Hier ist die große Produktion konzentriert, überwiegend Investitionsgüter werden produziert. Hier geht es um das reibungslose Funktionieren der Profitwirtschaft zum Zwecke des Erheischens von Höchst- und Extraprofiten. Es geht um die Selbständigkeit und größtmögliche Selbstversorgung der Stadt mit Energie und Rohstoffen, nicht damit Westberlin „lebensfähig" ist, wie die bürgerlichen Politiker das Blaue von Himmel herunterlügen, sondern damit die Industrie Westberlins als vorgelagerter Stützpunkt des westdeutschen Finanzkapitals auch und gerade in Kriegszeiten reibungslos produzieren und für den Nachschub sorgen kann. Nötig dazu ist die ungehinderte Möglichkeit des Finanzkapitals zum Ansaugen und Abstoßen von Arbeitskraft. In den letzten Jahren ist die Wohnbevölkerung von Westberlin von 2 122 300 1970 auf 1 873 970 1976 geschrumpft. In den letzten drei Jahren sind durchschnittlich nur noch 10000 pro Jahr neu zugezogen gegenüber 20000 in früheren Jahren.

Über neue Anreize sollen vermehrt Arbeiter aus Westdeutschland gewonnen werden, mit Familie nach Westberlin zum Arbeiten zu kommen. Vom 1. Juli werden für die Arbeitsaufnahme 2200 DM (verheiratete 3560 DM), ein sechsmonatiges Überbrückungsgeld von monatlich 200 DM, eine Einrichtungsbeihilfe von 1000 DM bzw. 2000 DM und für jeden weiteren Familienangehörigen nochmas 400 DM gezahlt. Geplant ist, das zusätzliche Kindergeld von 22 DM auf 50 DM zu erhöhen. Das Schicksal, arbeitslos zu werden wie die 250 Arbeiter bei der „Spinne" oder die 1 500 Arbeiter des Fernmeldeunternehmens Krone sind in dem Kopfgeld inbegriffen.

Sind diese „Spezialisten und Fachkräfte in die Stadt (geholt)" (Arbeitssenator Sund), dann kann die neue geplante Berlin-Förderung auch noch besser und schneller ihre Wirkung zeigen: Die Berlin-Kommission hat ein 900 Mio. DM-Programm beschlossen, mit dem bis 1984 die Gewerbesteuer abgeschafft, die Körperschaftssteuer auf 22,5% reduziert werden soll, die Investitionszulagen teilweise bis auf 35% erhöht und die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit mit 15% gefördert werden soll. – (N-Red.)

Neues Pachtgesetz – Abschaffung der Pächterschutzrechte

Die ständig steigenden Bodenpreise, bis zu 17000 DM je ha im Durchschnitt 1975, haben die Pacht in den letzten Jahren zum entscheidenden Hebel für die Landaufstockung je nach Anforderungen des Marktes gemacht. Zwar steigen die Pachtpreise prozentual in weitaus größerem Maße an, was dazu führt, daß bereits heute nur noch mittlere und große Betriebe einen Zuwachs an Pachtland zu verzeichnen haben (siehe KVZ 24), aber vom absoluten Betrag her ist die Pacht die einzig erschwingliche Form, den ständig steigenden und wechselnden Bedarf an Land zu decken.

Grundlage für die profitbringende Produktion in der Landwirtschaft ist der Einsatz von moderner Maschinerie, die nur rentabel auf größtmöglicher Fläche eingesetzt werden kann. Wo diese Maschinerie zum Einsatz kommt, hängt immer davon ab, wo die größtmöglichen Erträge zu erzielen sind. Die natürliche Gegebenheit des Bodens spielt dabei eine große Rolle. Es kommt zu einer Verlagerung ganzer landwirtschaftlicher Zweige in bestimmte Regionen des Landes. Das kann nur mit großangelegten Strukturmaßnahmen des Staates erreicht werden. Staatliche Zuschüsse werden nur gewährt, wenn entsprechend den Schwerpunkten investiert wird. Innerhalb dieser Gebiete wird das Land auf seine Ergiebigkeit untersucht und in Agrargebiete erster und zweiter Ordnung und in landwirtschaftliche Problemgebiete mit und ohne Rezessionserscheinung aufgeteilt. Betriebe in Gebieten mit hohen Ertragswerten werden gefördert; Betriebe in den sogenannten Problemgebieten mittels Flurbereinigung wegrationalisiert.

Diese umfassende Veränderung der Agrarstruktur zum Zwecke der Errichtung profitabler landwirtschaftlicher Betriebe verlangte eine Bodenmobilität ungeheuren Ausmaßes. Die überlieferten zersplitterten kleinbäuerlichen Höfe sind dabei das Haupthindernis für die Bourgeoisie.

Schnelle Umstellung der Produktion, wie sie der Markt fordert, und damit verbunden kurzfristige Anpachtung großer Mengen Land sind dabei Ausdruck der fortschreitenden Unterwerfung der Landwirtschaft unter die Gesetze der kapitalistischen Produktion und völlige Unterwerfung der Produzenten unter die Finanzbourgeoisie.

1976 hat die Bundesregierung eine Novelle zur Änderung des zuletzt 1952 reformierten Landpachtgesetzes vorgelegt. Vor zwei Wochen veröffentlichte sie die Überarbeitung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, von der man ausgehen kann, daß sie in der jetzigen Form noch diese Legislaturperiode verabschiedet wird. Danach werden die im Entwurf von 1976 gestrichenen Anzeige- und Beanstandungsverfahren wiederaufgenommen und der Länderkompetenz unterstellt. Die Beanstandung kann erfolgen, wenn „die Verpachtung eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung bedeutet, durch die Verpachtung ein Grundstück oder eine Mehrheit von Grundstücken, die räumlich oder wirtschaftlich zusammenhängen, unwirtschaftlich in der Nutzung aufgeteilt wird.“ Die Regelung, wonach Verträge 9 oder 18 Jahre abzuschließen waren und dem gesetzlichen Schutz unterstanden, wurde ersatzlos gestrichen.

Zehn Jahre lang, seit 1966, wurde eine Änderung des Pachtgesetzes gefordert. Mit Beginn der Krise 66/67 kann man in den Fachzeitschriften Unmengen von Berichten und Aufsätzen verfolgen, in denen die Abschaffung der Anzeige- und Beanstandungsverfahren gefordert wird, weil man sich in der freien Konkurrenz einen größeren Anteil freiwerdenden Landes versprach. Die Bourgeoisie, die erst 1952 den „überspitzten Pachtschutz“ beseitigt hatte, indem sie die Genehmigungspflicht durch die Anzeigepflicht und Beanstandungsverfahren ersetzt hatte, dachte gar nicht daran, genauso wenig wie heute, dieses staatliche Regulierungsmittel fallenzulassen, sondern ging dazu über, die Beanstandungsverfahren differenzierter gegen kleine Pachtbetriebe einzusetzen. Ein Beschluß des Bundesgerichtshof stellte dazu fest, daß „. . .der Tatbestand einer ungesunden Anhäufung von Grundbesitz in einer Hand bei einer Betriebsgröße von 200 ha noch nicht vorliegt.“

Gleichzeitig ließ sie Verordnungen und Gesetze verabschieden, mit denen die Landabgabe beschleunigt wurde. Im Rahmen des Flurbereinigungsgesetzes von 1953 häuften sich die Maßnahmen, mit denen ganze Landstriche neugeordnet wurden. Die Kosten, die sich aus diesen Verfahren ergaben, ließ sich die Bourgeoisie laut Gerichtsbeschlüssen, die sich in dieser Zeit häuften, von den Pächtern bezahlen. Um die Enteignung der kleinen Bauern weiter zu beschleunigen, wurde 1969 mittels Erlaß die Verpachtung als Voraussetzung für den Erwerb von Altersrente und der Landabgaberente anerkannt und wurden die Höfe mit öffentlichen Geldern bezuschußt, die Teile des Landes langfristig verpachteten (bis zu 500 DM/ha).

Die gesetzlich abgesicherten Verträge von 9 bzw. 18 Jahren sollten auf „unbefristete Zeit“ verlängert werden. Das genaue Gegenteil ist der Zweck. Die Streichung dieses Schutzes ist das Kernstück der Reform, denn damit einhergehend unterliegt der Vertrag und die Kündigung dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Dort wird die Pacht nach Mietregeln behandelt, wo die gesetzliche Kündigungsfrist zum Schluß eines Pachtjahres mit halbjähriger Kündigungsfrist gilt. Also keine langwierigen Gerichtsverhandlungen mehr, um einen Pachtvertrag aufzulösen, wenn der Bauer durch Verschuldung und Konkurrenz keinen ausreichenden Gewinn mehr erwirtschaften kann. Das Land steht schnell zur Verfügung und mit ihm all die zugeführten Werte, die der Bauer durch Verausgabung seiner Arbeitskraft schuf. – (N-Red.)

Erst „Forschung“, dann Raub des Fischreichtums Perus

Die Bundesregierung ist dabei, den „Fischreichtum dieses Küstenlandes“, Peru, noch intensiver als bisher erforschen zu lassen. „Der Anteil der Fänge im Südatlantik dürfte sich 1978 stark erhöhen.“ (Wirtschaft und Statistik N5. 5/1978) Die sogenannte „Fernfischerei“, die Ausraubung der Fischbestände außerhalb von Ost- und Nordsee, wies 1977 im Gegensatz zu den anderen Fanggebieten eine Steigerung um 30000 Tonnen auf. Das meiste wurde vor Grönland, Labrador, Neufundland und im Südatlantik gefangen, „entnommen“, wie die Bundesregierung diese Plünderung nennt. Peru, das schon 1947 die Fischereihoheit über 200 Seemeilen vor der Küste ausgedehnt und dies mit der bewaffneten Aufbringung zahlreicher US-Trawler, der Beschlagnahmung von Fängen und mit hohen Strafgeldern in den sechziger Jahren durchgesetzt hatte, ist für die BRD-Imperialisten ein fetter Brocken. Sie kontrollieren Teile der Fischmehlindustrie, treiben über den IWF-Kredit die Verschuldung Perus voran und wollen jetzt in die 200-Seemeilen-Zone einbrechen. Die peruanische Regierung hat wegen des drastischen Rückgangs des Fischbestandes im letzten Jahr ein totales Fangverbot für Anchovis erlassen und nur für Seehechte, Sardellen und andere kleine Fischarten den Fang wieder freigegeben. Die „Forschung“ der BRD-Imperialisten ist darauf aus, die nationale Kontrolle Perus über die Fischbestände zu unterlaufen.

Fette Säue bringen Futtermittelkapitalisten dicke Profite

Ungefähr 300 kg Mischfutter seien notwendig, um die von einem „durchschnittlichen städtischen Europäer“ verzehrten Fleisch- und Eiermengen im Jahr erst einmal zu produzieren, meldete das „Saarländische Bauernblatt“ am 17.4.78. Für die Bauern kommt zur Ausplünderung durch die Düngemittel- und Landmaschinenkonzerne die Abhängigkeit von den Futtermittelherstellern hinzu, die wie die Maza-Futtermittelfabrik, die Vitakraft-Werke, die Muskatorwerke, Anton Höing und das Raiffeisenkraftfutterwerk den Markt monopolisieren. „Zukkerhaltige Futtermittel werden infolge laufender Exportgeschäfte auf dem Inlandsmarkt nachlassend angeboten. Bei regem Zuspruch sind die Preise fest bis anziehend“, berichtet die „Landwirtschaftliche Zeitung Rheinland“ trocken. Die Bauern, die Schweine-, Rinder- oder Geflügelmast betreiben, müssen immer größere Mengen an Misch- und Kraftfutter kaufen – die Produktion von Mischfutter stieg alleine zwischen 1973 und 1976 von rund 8 Mio. Tonnen auf 10 Mio. Tonnen –, um Vieh und Geflügel schnell zur Schlachtreife zu bringen und die steigenden Investitionen für Gebäude und Maschinen bezahlen zu können. Außerdem bekommen die Bauern den Milchpreis nach dem Fettgehalt bezahlt, und der wiederum ist nur durch Mast zu erhöhen. Allein nach dem statistischen Durchschnitt stiegen die Preise für Schweinemastfutter von 509 DM/Tonne 1972/73 auf 568 DM

Wieviel das Schwein einbringt, entscheidet der Staat

Handelsklassen: Prellung der Bauern/Volksmassen müssen teuer bezahlen

1976 wurden in der Bundesrepublik rund 29,4 Mio. Schweine gewerblich geschlachtet. Davon wurden nur noch gut 2,6 Mio. Schweine über die traditionellen Lebendviehmärkte erfaßt. Über 13 Mio. Schweine nahmen Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken auf. Zieht man dabei die Pauschalkäufe ab, wurden 1976 bereits rund 11,4 Mio. Schweine oder umgerechnet 38,8% im Bundesdurchschnitt – in Niedersachsen 58,9% und in Holstein 72,4% – nach Handelsklassen abgerechnet.

Das erste Gesetz zur Einführung der Handelsklassenbestimmungen datiert von 1951. Angeblich, wie es im § 1 des Handelsklassengesetzes von 1968 heißt: „Zur Förderung der Erzeugung von Qualität und des Absatzes von Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Fischerei sowie zur Förderung der Marktübersicht bei diesen Erzeugnissen . . .“ Auch die Ansprüche der sogenannten Verbraucher wurden zur Begründung der Einteilung in Handelsklassen ins Feld geführt:

„Der moderne Lebensstil findet seinen Niederschlag auch in gestiegenen Anforderungen an Sauberkeit und

nung und in landwirtschaftliche Problemgebiete mit und ohne Rezessionserscheinung aufgeteilt. Betriebe in

Handelsklassen geknüpft. Falsche Kennzeichnung kann mit bis zu 20000 DM bestraft werden. Zur „Aufklärung der Verbraucher“ wurden in Hamburg jeweils 30000 DM vom Senat und der Bundesregierung ausgegeben.

Nach dem „Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 25.4.1951“ wurde der Preis auf den Lebendviehmärkten nach Gattung und Gewicht der aufgetriebenen Schweine festgelegt, insgesamt drei Qualitäts- und sieben Gewichtsklassen kamen in Frage. Mit der Verschiebung hin zur „Totvermarktung“ bei Schweinen hat der Landwirt kaum noch die Möglichkeit, die Preisfestsetzung, die nach dem Schlachten durch die Gutachter in den Versandschlachtereien erfolgt, zu überprüfen. Richtlinie für die Preisfestsetzung war zunächst die „Verordnung über gesetzliche Handelsklassen für Schweinehälften“ vom August 1965 mit den Handelsklassen E (vollfleischig) bis IV. In jeweils drei bis vier Gewichtsklassen unterteilt, drei bis vier Varianten für die Speckdicke in Zentimetern (in der Rückenmitte am senkrechten Dornfortsatz zu messen), sowie acht weitere „Allgemeine Ei-

wenn „die Verpachtung eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung bedeutet, durch die Verpachtung ein



Abweichungen in den Güte- und Größenbestimmungen von 10% (Kl. Extra) und 15% (I und II) genügen, um z.B. Blumenkohl (fest, dichtstehend, weiß bis elfenbeinfarbig, frei von Fehlern wie Flecken, Blattauswüchsen zwischen den Blumen, Schäden durch tierische Schädlinge, Quetschungen, mindestens 10 cm Durchmesser, 12 cm über der Wölbung) dem Landwirt nicht mehr abzunehmen oder im Preis weit herabzustufen.
Einkauf wie hier beim Händler ist meistens teurer und mit weiten Wegen verbunden. In den großen Selbstbedienungsmärkten, wo man der Sonderangebote wegen meistens kauft, stinkt der Blumenkohl Handelsklasse II schon aus der Kiste, hat Würmer und fault weg, wenn er noch zwei Tage liegt bis zum Verbrauch.

Gleichzeitig ließ sie Verordnungen und Gesetze verabschieden, mit denen die Landabgabe beschleunigt wurde.

ihm all die zugeführten Werte, die der Bauer durch Verausgabung seiner Arbeitskraft schuf. – (N-Red.)

Wieviel das Schwein einbringt, entscheidet der Staat

Handelsklassen: Prellung der Bauern/Volksmassen müssen teuer bezahlen

1976 wurden in der Bundesrepublik rund 29,4 Mio. Schweine gewerblich geschlachtet. Davon wurden nur noch gut 2,6 Mio. Schweine über die traditionellen Lebendviehmärkte erfaßt. Über 13 Mio. Schweine nahmen Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken auf. Zieht man dabei die Pauschalkäufe ab, wurden 1976 bereits rund 11,4 Mio. Schweine oder umgerechnet 38,8% im Bundesdurchschnitt – in Niedersachsen 58,9% und in Holstein 72,4% – nach Handelsklassen abgerechnet.

Das erste Gesetz zur Einführung der Handelsklassenbestimmungen datiert von 1951. Angeblich, wie es im § 1 des Handelsklassengesetzes von 1968 heißt: „Zur Förderung der Erzeugung von Qualität und des Absatzes von Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Fischerei sowie zur Förderung der Marktübersicht bei diesen Erzeugnissen . . .“ Auch die Ansprüche der sogenannten Verbraucher wurden zur Begründung der Einteilung in Handelsklassen ins Feld geführt:

„Der moderne Lebensstil findet seinen Niederschlag auch in gestiegenen Anforderungen an Sauberkeit und Hygiene, besonders im Angebot an Lebensmitteln. Auf vielen Gebieten ist dabei schon ein so hoher Stand erreicht worden, daß sich das übliche Angebot an Obst und Gemüse, vornehmlich das aus deutscher Erzeugung, ungünstig abhebt“ (Wirtschaftsberatung und marktwirtschaftliche Fragen im Rahmen des Grünen Plans, 1956).

Tatsächlich konnten die Handelsklassengesetze nur mit Zwang gegenüber den Bauern und den „Verbrauchern“ durchgesetzt werden. Die Mittelvergabe über den „Grünen Plan“ wurde an die Einhaltung der vorgeschriebenen Kennzeichnung nach Handelsklassen geknüpft. Falsche Kennzeichnung kann mit bis zu 20000 DM bestraft werden. Zur „Aufklärung der Verbraucher“ wurden in Hamburg jeweils 30000 DM vom Senat und der Bundesregierung ausgegeben.

Nach dem „Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 25.4.1951“ wurde der Preis auf den Lebendviehmärkten nach Gattung und Gewicht der aufgetriebenen Schweine festgelegt, insgesamt drei Qualitäts- und sieben Gewichtsklassen kamen in Frage. Mit der Verschiebung hin zur „Totvermarktung“ bei Schweinen hat der Landwirt kaum noch die Möglichkeit, die Preisfestsetzung, die nach dem Schlachten durch die Gutachter in den Versandschlachtereien erfolgt, zu überprüfen. Richtlinie für die Preisfestsetzung war zunächst die „Verordnung über gesetzliche Handelsklassen für Schweinehälften“ vom August 1965 mit den Handelsklassen E (vollfleischig) bis IV. In jeweils drei bis vier Gewichtsklassen unterteilt, drei bis vier Varianten für die Speckdicke in Zentimetern (in der Rückenmitte am senkrechten Dornfortsatz zu messen), sowie acht weitere „Allgemeine Eigenschaften“ wie „voller Schinken und mittlerer Bauch“ usw. Dies System wurde mit der Verordnung vom Oktober 1971 auf der Grundlage eines „einheitlichen Handelsklassensystems für Schweinehälften der EWG-Verordnung von 1970“ weiter ausgefeilt.

Der vollständige Betrug an den Bauern durch die „Vermarkter“ läßt sich an den offiziellen Statistiken bestätigen. Die Differenz bei der Einstufung in die Handelsklassen A bis C (Lebendvermarktung) betrug Ende der 50er Jahre 2 Pf/kg, 1961 11 Pf und 1974 24 Pf/kg. Bei der Qualifizierung in die neuen Handelsklassen E bis IV betrug der Unterschied bereits 1972 0,98 DM pro kg Schlachtgewicht, drei Jahre später 1,25 DM. Die Bauern, die wir gefragt haben, halten diese Qualifizierung in die Handelsklassen für ausgekochte Methoden, den Preis zu drücken.

Als Ergebnis einer „Klassifiziererkontrolle“ in Weser-Ems (top-agrar 12/77) werden Fehleinstufungen in die Handelsklassen ermittelt. Dabei wird von 1972 bis 1976 ein Rückgang der Fehleinstufungen von 4,37% auf 3,19% behauptet. Zurückgegangen sind aber die angeblich zu hoch eingestutten Schweinehälften von 2,32% auf 0,83%, während die „Irrtümer“ zuungunsten der Bauern von 2,05% auf 2,36% zugenommen haben.

Neben dem generellen Druck auf die Erzeugerpreise (wir berichteten darüber in der KVZ Nr. 23/78) nutzen die Schlachtereimonopole die Einteilung in Handelsklassen, die Bauern zusätzlich zu prellen. Kauft man dann abgepacktes Fleisch einmal einer „besseren“ Handelsklasse, findet man oft genug beim Auswickeln Fett und Knochen, die geschickt versteckt waren. – (Bezirk Südostniedersachsen)



Abweichungen in den Güte- und Größenbestimmungen von 10% (Kl. Extra) und 15% (I und II) genügen, um z.B. Blumenkohl (fest, dichtstehend, weiß bis elfenbeinfarbig, frei von Fehlern wie Flecken, Blattauswüchsen zwischen den Blumen, Schäden durch tierische Schädlinge, Quetschungen, mindestens 10 cm Durchmesser, 12 cm über der Wölbung) dem Landwirt nicht mehr abzunehmen oder im Preis weit herabzustufen.
Einkauf wie hier beim Händler ist meistens teurer und mit weiten Wegen verbunden. In den großen Selbstbedienungsmärkten, wo man der Sonderangebote wegen meistens kauft, stinkt der Blumenkohl Handelsklasse II schon aus der Kiste, hat Würmer und fault weg, wenn er noch zwei Tage liegt bis zum Verbrauch.

Fette Säue bringen Futtermittelkapitalisten dicke Profite

Ungefähr 300 kg Mischfutter seien notwendig, um die von einem „durchschnittlichen städtischen Europäer“ verzehrten Fleisch- und Eiermengen im Jahr erst einmal zu produzieren, meldete das „Saarländische Bauernblatt“ am 17.4.78. Für die Bauern kommt zur Ausplünderung durch die Düngemittel- und Landmaschinenkonzerne die Abhängigkeit von den Futtermittelherstellern hinzu, die wie die Maza-Futtermittelfabrik, die Vitakraft-Werke, die Muskatorwerke, Anton Höing und das Raiffeisenkraftfutterwerk den Markt monopolisieren. „Zukkerhaltige Futtermittel werden infolge laufender Exportgeschäfte auf dem Inlandsmarkt nachlassend angeboten. Bei regem Zuspruch sind die Preise fest bis anziehend“, berichtet die „Landwirtschaftliche Zeitung Rheinland“ trocken. Die Bauern, die Schweine-, Rinder- oder Geflügelmast betreiben, müssen immer größere Mengen an Misch- und Kraftfutter kaufen – die Produktion von Mischfutter stieg alleine zwischen 1973 und 1976 von rund 8 Mio. Tonnen auf 10 Mio. Tonnen –, um Vieh und Geflügel schnell zur Schlachtreife zu bringen und die steigenden Investitionen für Gebäude und Maschinen bezahlen zu können. Außerdem bekommen die Bauern den Milchpreis nach dem Fettgehalt bezahlt, und der wiederum ist nur durch Mast zu erhöhen. Allein nach dem statistischen Durchschnitt stiegen die Preise für Schweinemastfutter von 509 DM/Tonne 1972/73 auf 568 DM 1975/76, für Geflügelmastfutter von 547 DM auf 637 DM.

Kapitalistische Viehhaltung: Die Seuchen nehmen nicht ab

Die Entwicklung der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft hat zur Folge, daß kleine und mittlere Bauern gezwungen werden, vom Ackerbau auf Viehhaltung zu verlagern. In der Viehhaltung entwickelt sich in den letzten Jahren die Konzentration schwunghaft. 1977 haben z.B. 10% der Betriebe mit Bestandsgrößen von über 900 Mastschweinen einen Anteil von 30% an der Gesamtschweinemast. Die Steigerung der Bestandsgröße liegt bei durchschnittlich 14% im letzten Jahr.

In den großen Viehställen, nach den neuesten Erkenntnissen der bürgerlichen Wissenschaft eingerichtet, nehmen die Beanstandungen bei Schlachtungen nicht ab. Sie betrugen bei beschauten Schlachtungen im Jahre 1975 für Rinder 23,3 Promille, für Kälber 36,0 Promille, für Schweine 8,4 Promille, für Pferde 42,9 Promille. Gründe für die Beanstandungen sind Tuberkulose, Blutvergiftungen, darunter Salmonellen, Schweinepest, gesundheitsschädliche Finnen (Bandwurm u.a.). Die Seuchen treten wellenartig auf: einige Jahre Ruhe und dann kommt es wieder ganz dicke. Die folgende Tabelle zeigt dies am Beispiel der Schweinepest in Niedersachsen.

Jahr	Gemeinden	Betriebe
1950	51	62
1951	332	610
1952	218	364
1953	50	65
1954	73	90
1955	62	83
1967	167	224
1968	85	105
1971	143	215
1972	348	609

Parasiten, Pilze, Viren und Bakterien sind die Erreger der Seuchen. Das Übertragen dieser Erreger soll weitgehend ausgeschlossen werden durch geschlossene und isolierte Bauweise der Ställe, Zwangsentlüftung und Flüssigmist. Die bürgerliche Wissenschaft scheint am Ende zu sein, denn trotz genauester Temperatur- und Lüftungssteuerung, peinlichster Kontrolle der Futtermittel und Desinfektionsmaßnahmen wird sie der Seuchen nicht Herr.

Bei den großen Viehbeständen, die in den modernen Ställen auf engem Raum konzentriert sind, entwickeln sich die Keime explosionsartig. Die moderne Viehmästung führt dazu, daß das Vieh extrem auf Fleischwüchsigkeit gezüchtet wird und die körperliche Konstitution und Kondition vernachlässigt wird. Das alles läuft unter Bedingungen ab, die mit den natürlichen Lebensverhältnissen nichts mehr gemein haben. Dem ausgewachsenen Schwein z.B. wird ein Platz von 0,6 qm zugewiesen. Bei Legehennen wird durch ein raffiniert ausgeklügeltes Lichtsteuerungssystem der Normaltag verkürzt, das Jahr auf ca. 400 Tage ausgedehnt. Dabei kommen dann Legeleistungen von bis zu 340 Eiern im Jahr heraus. Die kapitalistisch betriebene Viehhaltung verlangt vom Organismus der Tiere Höchstleistungen und ruiniert damit die Widerstandskraft.

Um dieser Ruinierung entgegenzutreten, wird dem Vieh laufend durch das Futter Antibiotika zugeführt. Zwangsläufig führt das zu Resistenzbildungen bei den Keimen, d.h. sie werden durch die Antibiotika nicht vernichtet. Die Kapitalistenklasse ist unfähig, die Seuchen erfolgreich zu bekämpfen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Nationale Landwirtschaftskampagne im Irak

Der Irak hat sich im Nationalen Entwicklungsplan zum Ziel gesetzt, neben dem Ausbau der Schwerindustrie die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, um so die nationale Selbstversorgung zu sichern. Bisher mußten die Nahrungsmittel zum großen Teil importiert werden. Zu den Haupteinfuhrgütern gehörten Zucker, Molkereierzeugnisse, Eier, Pflanzenöle, Obst, Gemüse und Getreide. Der Irak bereitet die Kündigung des „Freundschaftsvertrages“ vor, über den die UdSSR das Land auszuplündern und ihre „Berater“ dort festzusetzen versucht. Schwerpunkt in der Erfüllung des Entwicklungsplans ist daher die Steigerung des Ausbildungsniveaus der irakischen Arbeitskräfte. Durch rationelle Bewässerung und Düngung konnte die Reisproduktion 1977 gegenüber 1976 um 175% gesteigert werden. Die Eierproduktion wurde auf 194 Mio. gesteigert, 1,9 Mio. Hühner wurden gezüchtet. Der Hühnerkot wurde zu Düngemittel verarbeitet, mit dem Obstbäume und Getreidefelder gedüngt wurden. Der Ernteertrag wurde um 80% gesteigert. Die Pflanzenölproduktion wurde von 50 Tonnen pro Tag 1974 auf 130 Tonnen erhöht. Die Dattelernte – der Irak ist der weltgrößte Dattelexporteur – wurde 1977 um 55% gesteigert. Während der Irak seine Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen Ländern der Dritten Welt vertieft, hat er seinen Import aus den RGW-Ländern seit 1973 von 23 auf 10% gedrosselt.

Lehrveranstaltung mit dem Vertreter des ANC (AN)

Frankfurt. Auf Einladung der studentischen Fachbereichsratsvertreter und der Institutsgruppe am Fachbereich Geographie der Universität hielt letzte Woche Dr. Zola Sonkosi (Vertreter des ANC (AN) in Westeuropa) einen Kolloquiumsvortrag über „Sozialstruktur und Landfrage in Zimbabwe". Der Dekan des Fachbereichs, Professor Lamping, der als offizieller Veranstalter anwesend war, sprang nach dem Referat des Genossen Sonkosi wütend auf und tobte herum, daß der zweite Teil des Vortrags, in dem Dr. Sonkosi über die Entwicklung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe berichtet und zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes aufgerufen hatte, „durch die Themenstellung nicht abgedeckt" gewesen sei. Er könne nicht verantworten, „daß Institutsgelder für einseitige politische Propaganda mißbraucht würden". (Die 300 DM Referentenhonorar wird Dr. Sonkosi dem ANC (AN) zur Verfügung stellen.) Den Spaltungsversuch des Dekans: „Wenn mehr Studenten dagewesen wären, wären sicher viele aus Protest gegangen", beantworteten die 16 anwesenden Studenten mit einer Erklärung, in der sie die sofortige Anerkennung der Patriotischen Front und die Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU fordern und die Studenten am Fachbereich auffordern, „Für die Ausrüstung der Befreiungsarmee ... ZANLA zu spenden". Darüberhinaus beschlossen sie, das Referat des Genossen Sonkosi als Broschüre am Fachbereich zu vertreiben und einen Informationsstand mit Spendensammlung durchzuführen.

Physikklausur: Durchfallquote 48,6% – Spitze der Aussieberei

Köln. Von 174 Studenten, die an der Physik-II-Vorlesung teilnehmen, haben am letzten Donnerstag 146 an der Klausur teilgenommen, davon fielen 71 Studenten durch. Das entspricht einer Durchfallquote von 48,6%. Da man diejenigen, die nicht an der Klausur teilgenommen haben, weil sie offensichtlich schon vorher aufgegeben haben, ebenso als durchgefallen rechnen muß, denn sie haben keine Aussicht mehr auf Scheinerwerb, kommt man auf eine Durchfallquote von 67,8%. Das ist seit langem die Spitze der Aussieberei in den Physik-Klausuren der unteren Semester. Im Wintersemester 1975/76 wurden mit zwei Klausuren 38% aus der Physik I selektiert. Im Sommersemester 1976 aus der Physik II 40%, im Wintersemester 1976/77 ca. 30%, im Sommersemester 1977 durch die erste Klausur 40%, im Wintersemester 1977/78 waren es in der Physik I nach der 1. Klausur 31%.

Propaganda des Jura-Professors für den §218 angegriffen

Heidelberg. Universität. Strafrechtsprofessor Lackner – Verfasser des gleichnamigen Strafrechtskommentars, der sich zur Zeit mit zwei Strafverfahren gegen M. Staab, Sekretär der Kommunistischen Hochschulgruppe Unterer Neckar, wegen „Vorlesungsstörung" hervortut, stößt auf großen Widerstand der Studenten seiner Vorlesung bei der Behandlung des §218. Seine Bemühungen, die täglichen Erfah-

Neues BAFöG-Angebot der Regierung liegt in der Luft

So schmutzig wie die alten Pläne

Für die anstehende BAFöG-Beratung im Bundestag läßt die Regierung durch Studentenwerk und GEW Vorstellungen über ein neues Angebot verbreiten:

- Anhebung des Elternfreibetrages auf 1400 DM
- Anhebung des Bedarfssatzes auf 700 DM
- Streichung des Grunddarlehens
- jährliche Anpassung der Förderungssätze.

Die Sozialdemokraten sollen dieses Angebot unterbringen. Sie spielen sich als große Fürsprecher der Studenten auf. Tatsächlich bedeutet dieses Programm gestiegene Plünderung für die Eltern der Studenten. Die besitzlosen Studenten sollen auf die Masse der Lohnabhängigen gehetzt werden und umgekehrt.

„Wer die Hochschulen ‚öffnen' will oder treffender gesagt ‚offen halten' will, darf BAFöG nicht vergessen! Ohne eine kostendeckende Ausbildungsförderung bleibt der Hochschulzugang Studienbereitwilligen aus einkommensschwachen Familien verwehrt. Wer will, daß die Studenten *konzentriert* studieren, muß ihnen auch die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen ... Der Rückgang der Übergangsquote von Hochschulzugangsberechtigten zur Hochschule von gut 90% (1972) auf 70% (1977) ist ein deutliches Alarmzeichen." (GEW zur „BAFöG-Runde 78")

Wie zu Beginn der siebziger Jahre hat die Bourgeoisie große Schwierigkeiten, die Überzufuhr zur Hochschule, die sie zur Herstellung der freien Konkurrenz und somit zur Niederhaltung der Studenten benötigt, zuwege zu bringen. Durch die Durchsetzung der Regelstudienzeit soll die Arbeit ungeheuer intensiviert werden. Die Studienzeit wird gekürzt bei gleichzeitiger Stoffausweitung. So sieht z.B. ein neuer Studienplan für Chemiestudenten in Heidelberg 51 Wochenstunden Pflichtanwesenheit im zweiten Semester vor. Es ist klar, daß dies in Widerspruch dazu gerät, noch zusätzlich zu arbeiten.

Wie wirken die Forderungen der GEW in Mark und Pfennig? Jeder BAFöG-Bezieher erhält 120 DM mehr ausgezahlt. Wer nicht den Höchstsatz bekommt, erhält außerdem mehr Geld durch die Anhebung der Freibeträge, was zusätzlich bis zu 150 DM ausmachen würde. Die Quote der BAFöG-Bezieher wird von 38% auf 42 bis 44% steigen. Das ist der Lockvogel.

Die Gesamtkosten in Höhe von 900 Mio. DM sollen nach der GEW aufgebracht werden durch die nicht ausgeschöpften BAFöG-Mittel (150 Mio.) und die Streichung des Steuerfreibetrages (770 Mio.). An das Kindergeld trauen sie sich nicht mehr ran. Angeblich soll dies eine Umverteilung der reichen auf die armen Familien bewirken. Die Kritik der GEW am Steuerfreibetrag: „Sozialpolitische Grundsätze, wie der der kostendeckenden familienabhängigen Ausbildung für diejenigen, die ohne staatliche Hilfe ihr Recht auf Ausbildung nicht verwirklichen können, wurden aufgegeben zugunsten der mittelbaren Subventionierung der Kinder wohlhabender Familien." Tatsächlich läuft die Spaltung genau durch die Lohnabhängigen und liegt etwa bei Lehrern, mittleren Angestellten etc.

Doch das ist nicht alles. Der „Bedarfssatz" des BAFöG legt zunächst nur fest, daß a) die Eltern, der Student und sein Ehepartner die Ausbildung zahlen müssen, b) wieviel sie zahlen müssen.

Jede Anhebung dieses Satzes bedeutet verschärften Zugriff auf den Lohn. Um diesen Zugriff durchzusetzen, gibt es den §36 (Vorausleistung) und den §37 (Überleitung). Damit sollen die Studenten gezwungen werden, ihre Eltern durch den Staatsapparat ausplündern zu lassen. Gibt man an, daß die Eltern *nicht zahlen* (formlos), so zahlt das Amt, aber nur, wenn gleichzeitig ein Formblatt unterschrieben wird, daß die Unterhaltsansprüche des Studenten gegenüber den Eltern an den Staat abgetreten werden. Bei den Zwangsvollstreckungen dieser Plünderungen hat es einige Pannen gegeben. Alle Bourgeois jammern über die „uneinheitliche Rechtssprechung". Sie soll vereinheitlicht werden – und zwar so, daß die Lohnabhängigen immer zahlen müssen!

„Die Schaukelpolitik (des ausgezahlten Geldes) ist den Geförderten nicht zumutbar ... Es gilt sorgfältig zu prüfen, welche Möglichkeiten für die Koppelung der Dynamisierung (des BAFöG) an die Entwicklung der Allgemeinen Bemessungskriterien der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen. Auf jeden Fall muß die Anpassung jährlich erfolgen." (GEW)

Die Erfahrung der Rentner mit der „Dynamisierung" ist die vollständige Abhängigkeit von der Regierung und daß nach unten „dynamisiert" wird. Solches ist auch für die Studenten geplant. Die jährliche Anpassung zementiert ein für allemal das reaktionäre BAFöG-Gesetz. Die Anpassung soll an der Preissteigerungsrate orientiert werden. Für die Lohnabhängigen insgesamt haben wir schon nachgewiesen, daß die Rate gefälscht ist und eine solche Anpassung schon nach wenigen Monaten auf eine faktische Senkung der Bezahlung hinausläuft. Bei den Studenten ist dies noch viel extremer, weil deren individuelle Preissteigerungsrate noch mehr über der offiziellen liegt, da insbesondere Grundnahrungsmittel und Mieten überproportional steigen.

Der Streik 1977 hat erreicht, daß das Darlehensmodell zunächst in der Versenkung verschwunden ist. Die Forderung nach *ausreichendem Ausbildungsentgelt* wurde nicht durchgesetzt wegen der Spaltung durch die Reformisten, Revisionisten und Opportunisten. Die Regierung ist jetzt zum Manövrieren gezwungen. Sie will die Lage der Studenten ausnutzen, um dem Kampf für die Bezahlung der Arbeitskraft einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Die Lage zur Durchsetzung der Bezahlung eines Ausbildungsentgeltes ist also einerseits gut, andererseits wird die Regierung nicht einmal das erwähnte Angebot machen und die Reproduktionsbedingungen eines Teils der Studenten werden völlig zusammenbrechen, wenn man sich jetzt nicht auf einer Forderung, die die Einheit ermöglicht, zusammenschließt. Die Forderung steht: 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und 1500 DM Elternfreibetrag sofort!

In Mark und Pfennig bedeutet diese Forderung für Bezieher des Höchstsatzes gegenwärtig 10 bis 20 DM weniger als die GEW-Forderung (680 DM gegenüber 690/700 DM). Für alle anderen aber bedeutet sie bis zu 45 DM mehr als die GEW-Forderung, wegen der stärkeren Anhebung der Freibeträge. Sie bewirkt außerdem, daß die Quote der BAFöG-Bezieher stärker steigt als bei der GEW-Forderung. Entscheidender ist der prinzipielle Charakter der Forderung. Während die GEW ausdrücklich an den Grundsätzen des BAFöG (Neigung, Eignung, Leistung) festhält, richtet sie sich gegen das Gesetz. Sie richtet sich auch gegen eine weitere Ausweitung des Dickichts der BAFöG-Paragraphen. Statt der „Dynamisierung" des BAFöG muß das volle Koalitions- und Streikrecht für die Studenten durchgesetzt werden. Notwendig ist jetzt, daß die Institutsgruppen und Vertretungsorgane das Gesetz und seine Wirkungen erneut genau untersuchen, um so durch den Zusammenschluß um die richtigen Forderungen für die nötigen Kämpfe des Wintersemesters gerüstet zu sein. Anders wird es auch nicht gelingen, eine Einberufung der MV der VDS zu erzwingen und dort die richtigen Beschlüsse durchzusetzen. – (KHG, Bezirk Unterer Neckar)

Imperialistische Meeresforschung gegen den Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt gerichtet

Verstärkte Suche nach Rohstoffen und neuen Fischfanggründen/Einsatz modernster Technologie



schluß über die imperialistischen Absichten:

„Betr.: 3. UN-Seerechtskonferenz ... 6. Mögliche Maßnahmen, mit denen negative Folgen der Seerechtskonferenz aufgefangen werden könnten.
a) Meeresbergbau:
- Intensivierung der Prospektion in der Zeitspanne vor Inkrafttreten der Konvention; frühzeitige Maßnahmen, um Entscheidungen der Meeresbergbaubehörde beeinflussen zu können (Besetzung leitender Stellen im zukünftigen Sekretariat der Behörde, Entsendung von Fachleuten in

gen Algen und künstlichen Seewassersystemen.

Die Forschungsreisen konzentrieren sich auf Westafrika und die Antarktis. Die letzte Reise Winter 77/78 in die Antarktis diente dazu, „insbesondere auf der Verarbeitungsseite zu marktgerechten Produkten zu kommen". (Meerestechnik 6/77) Es geht um den Krill. Das Problem ist die Ortung, der Fang, Verarbeitung, Gefrierung. Bis auf die automatische Schälung sind all diese Dinge praktisch gelöst, wobei die Bundesanstalt für Fischerei in Hamburg führend ist. In Kiel laufen Unter-

densammlung durchzuführen.

Physikklausur: Durchfallquote 48,6% – Spitze der Aussieberei

Köln. Von 174 Studenten, die an der Physik-II-Vorlesung teilnehmen, haben am letzten Donnerstag 146 an der Klausur teilgenommen, davon fielen 71 Studenten durch. Das entspricht einer Durchfallquote von 48,6%. Da man diejenigen, die nicht an der Klausur teilgenommen haben, weil sie offensichtlich schon vorher aufgegeben haben, ebenso als durchgefallen rechnen muß, denn sie haben keine Aussicht mehr auf Scheinerwerb, kommt man auf eine Durchfallquote von 67,8%. Das ist seit langem die Spitze der Aussieberei in den Physik-Klausuren der unteren Semester. Im Wintersemester 1975/76 wurden mit zwei Klausuren 38% aus der Physik I selektiert. Im Sommersemester 1976 aus der Physik II 40%, im Wintersemester 1976/77 ca. 30%, im Sommersemester 1977 durch die erste Klausur 40%, im Wintersemester 1977/78 waren es in der Physik I nach der 1. Klausur 31%.

Propaganda des Jura-Professors für den §218 angegriffen

Heidelberg. Universität. Strafrechtsprofessor Lackner – Verfasser des gleichnamigen Strafrechtskommentars, der sich zur Zeit mit zwei Strafverfahren gegen M. Staab, Sekretär der Kommunistischen Hochschulgruppe Unterer Neckar, wegen „Vorlesungsstörung" hervortut, stößt auf großen Widerstand der Studenten seiner Vorlesung bei der Behandlung des §218. Seine Bemühungen, die täglichen Erfah-rungen der Studenten mit der Vernutzung ihrer Arbeitskraft zu BAFöG-Hungerlohn, der es nicht zuläßt, während des Studiums Kinder großzuziehen, umzubiegen in die reaktionäre Ideologie der Volksgemeinschaft, ist gescheitert. Nicht bereit sind die besitzlosen Studenten, einzutreten für die Opferbereitschaft und die „Solidarität der Gemeinschaft", die das Volk aufbringen soll, um es abzuhalten vom Kampf gegen das wachsende Elend und den Kampf gegen den §218, der zur elenden Lage noch die strafrechtliche Verfolgung hinzufügt. Lackner verglich die „notwendige Opferbereitschaft" der werdenden Mutter mit dem noch größeren „Opfer", einen kranken Rentner zu pflegen. Aufgezeigt wurde, daß das Ehrenbergsche Rentnerbeseitigungsprogramm den Schutz des „höchsten Rechtsguts" Leben Lügen straft. Sieben Studenten haben es spontan begrüßt, die nächste Vorlesung gemeinsam vorzubereiten, um so besser seine reaktionären Absichten angreifen und enthüllen zu können.

Fachschaftsgruppe Medizin unterstützt Schulstreik

Kiel. Die Fachschaftsgruppe Medizin hat auf ihrer Sitzung am 13.6. den Beschluß des Kongresses der Landesschülervertretung und der Landesschülerkonferenzen, in der Woche vom 26.6. bis 1.7. eine Aktionswoche, am 30.6. einen landesweiten Schulstreik und am 1.7. eine landesweite Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung durchzuführen, begrüßt und die aufgestellten Forderungen unterstützt. Zusammen mit anderen Fachschaftsgruppen soll eine Veranstaltung vorbereitet werden, auf der die Schülervertreter sprechen sollen.

Wie zu Beginn der siebziger Jahre hat die Bourgeoisie große Schwierigkeiten, die Überzufuhr zur Hochschule, die sie zur Herstellung der freien Konkurrenz und somit zur Niederhaltung der Studenten benötigt, zuwege zu bringen. Durch die Durchsetzung der Regelstudienzeit soll die Arbeit ungeheuer intensiviert werden. Die Studienzeit wird gekürzt bei gleichzeitiger Stoffausweitung. So sieht z.B. ein neuer Studienplan für Chemiestudenten in Heidelberg 51 Wochenstunden Pflichtanwesenheit im zweiten Semester vor. Es ist klar, daß dies in Widerspruch dazu gerät, noch zusätzlich zu

Doch das ist nicht alles. Der „Bedarfssatz" des BAFöG legt zunächst nur fest, daß a) die Eltern, der Student und sein Ehepartner die Ausbildung zahlen müssen, b) wieviel sie zahlen müssen.

Jede Anhebung dieses Satzes bedeutet verschärften Zugriff auf den Lohn. Um diesen Zugriff durchzusetzen, gibt es den §36 (Vorausleistung) und den §37 (Überleitung). Damit sollen die Studenten gezwungen werden, ihre Eltern durch den Staatsapparat ausplündern zu lassen. Gibt man an, daß die Eltern nicht zahlen (formlos), so zahlt das Amt, aber nur, wenn gleichzeitig

der Bezahlung hinausläuft. Bei den Studenten ist dies noch viel extremer, weil deren individuelle Preissteigerungsrate noch mehr über der offiziellen liegt, da insbesondere Grundnahrungsmittel und Mieten überproportional steigen.

Der Streik 1977 hat erreicht, daß das Darlehensmodell zunächst in der Versenkung verschwunden ist. Die Forderung nach ausreichendem Ausbildungsentgelt wurde nicht durchgesetzt wegen der Spaltung durch die Reformisten, Revisionisten und Opportunisten. Die Regierung ist jetzt zum Manövrieren gezwungen. Sie will die Lage

Dickichts der BAFöG-Paragraphen. Statt der „Dynamisierung" des BAFöG muß das volle Koalitions- und Streikrecht für die Studenten durchgesetzt werden. Notwendig ist jetzt, daß die Institutsgruppen und Vertretungsorgane das Gesetz und seine Wirkungen erneut genau untersuchen, um so durch den Zusammenschluß um die richtigen Forderungen für die nötigen Kämpfe des Wintersemesters gerüstet zu sein. Anders wird es auch nicht gelingen, eine Einberufung der MV der VDS zu erzwingen und dort die richtigen Beschlüsse durchzusetzen. – (KHG, Bezirk Unterer Neckar)

Imperialistische Meeresforschung gegen den Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt gerichtet

Verstärkte Suche nach Rohstoffen und neuen Fischfanggründen/Einsatz modernster Technologie



Die Tatsache, daß es den Ländern der Dritten Welt gelungen ist, in der Frage der Hoheitsgewässer, der 200 Seemeilen-Wirtschaftszone und dem Abbau von Tiefseemineralien der Expansion der imperialistischen Länder Grenzen zu setzen, läßt der westdeutschen Bourgeoisie keine Ruhe. „Angesichts der bevorstehenden, zum Teil schon vollzogenen Veränderungen im internationalen Seerecht in Richtung auf die Einführung der 200 SM-Wirtschaftszone ... wurde ... die Erschließung neuer Fangmöglichkeiten für die deutsche Hochseefischerei in verstärktem Maße fortgesetzt. Dabei bewährte sich die enge Zusammenarbeit mit der Fischereipraxis, insbesondere dem Verband der Deutschen Hochseefischerei e.V." (Jahresbericht der Bundesforschungsanstalt für Fischerei, Hamburg, 1976)

Die Forschungsprojekte werden entsprechend beschleunigt. Ein Brief des Oberregierungsrates Dr. v. Welck, Bundesminsterium für Forschung und Technologie (BMFT), datiert vom 28.5.76, an die Institute, gibt Auf-



schluß über die imperialistischen Absichten:

„Betr.: 3. UN-Seerechtskonferenz ... 6. Mögliche Maßnahmen, mit denen negative Folgen der Seerechtskonferenz aufgefangen werden könnten.
a) Meeresbergbau:
- Intensivierung der Prospektion in der Zeitspanne vor Inkrafttreten der Konvention; frühzeitige Maßnahmen, um Entscheidungen der Meeresbergbaubehörde beeinflussen zu können (Besetzung leitender Stellen im zukünftigen Sekretariat der Behörde, Entsendung von Fachleuten in
Entwicklungsländer), Koordination (und nicht Konkurrenz) mit anderen Industriestaaten.
b) Meeresforschung:
- Intensivierung bilateraler Zusammenarbeit;
- Konzentration auf bestimmte Regionen des Meeres;
- stärkere finanzielle Förderung ...;
- organisatorische Straffung ...;
- Stärkeres politisches Engagement der BR Deutschland in der internationalen Meeresforschung ..."

Die Maßnahmen folgten auf dem Fuße: Bundesanstalt für Fischerei, Hamburg: Untersuchung der Tintenfischbestände vor Mexiko, Untersuchung der Fischereibestände nordöstlich der Faröer, Bestandsaufnahmen des pazifischen Seehechtes vor Mexiko, intensive Forschung auf dem Patagonienschelf vor Argentinien. Aufnahme der Bodenfischbestände im Sunda-Schelf (Philippinen), Ertragsuntersuchung der Fischerei vor Togo. Forschungen über den maximalen Öffnungswinkel von Schwimm-Schleppnetzen, Belastbarkeit des Tauwerks.

Institut für Meereskunde, Kiel: Grundlegende Untersuchung zur Stellung der Fische im tropischen Ökosystem. Entsendung von Doktoranden nach Peru, Philippinen, Galapagos. Ausbildung von Wissenschaftlern aus Chile, Thailand, Südkorea. Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau (GKSS) zur Entwicklung von Massenkulturen von einzelli-

gen Algen und künstlichen Seewassersystemen.

Die Forschungsreisen konzentrieren sich auf Westafrika und die Antarktis. Die letzte Reise Winter 77/78 in die Antarktis diente dazu, „insbesondere auf der Verarbeitungsseite zu marktgerechten Produkten zu kommen". (Meerestechnik 6/77) Es geht um den Krill. Das Problem ist die Ortung, der Fang, Verarbeitung, Gefrierung. Bis auf die automatische Schälung sind all diese Dinge praktisch gelöst, wobei die Bundesanstalt für Fischerei in Hamburg führend ist. In Kiel laufen Unter-suchungen über die Häutungshormone – es geht den Krillprofitjägern dabei zuviel Energie durch die Häutung verloren.

Die BRD ist 1976 der Internationalen Kommission für die Fischerei im Südostatlantik (ICSEAF) beigetreten, im „Scientific Commitee on Antarctic Research" sitzt der ehemalige Chef des Kieler Institutes, Hempel. Für den Krill hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie 1977 10 Mio. DM ausgeschüttet; zwei Mio. DM für die Erforschung der Entstehung von Rohstofflagern im Rahmen der Beteiligung am „Deep Sea Drilling Project". Da paßt es gut, daß gerade die GKSS, BMFT, ERNO-Raumfahrttechnik Bremen, Siegholdt-Werft Bremerhaven und weitere Firmen die Entwicklung eines Explorationshalbtauchers abgeschlossen haben, die Firmen Bilfinger & Boyer, Blohm & Voss, Dyckerhoff & Widmann, Kabelmetall, Linde, Preussag, Technigaz eine Anlage zur Verflüssigung von Erdgas auf einer künstlichen Plattform entwickelten, einzusetzen in Gebieten mit „größerer Entfernung zum Verbraucher". Krupp-Atlas hat gerade einen Tiefseefischfinder auf den Markt gebracht, mit dem sich noch in 1000 m Tiefe ein einzelner Fisch orten läßt.

Die Imperialisten hoffen, die Erfolge des Zusammenschlusses der Völker der Dritten Welt auf der 3. Seerechtskonferenz zunichte machen zu können. Sie werden eines Besseren belehrt werden. – (Bezirk Holstein)

Neues Zivildienstgesetz in Vorbereitung

24 Monate Zwangskasernierung

Die FDP-Bundestagsfraktion hat „Thesen zur Neuregelung des Zivildienstes" veröffentlicht, die SPD hat die Grundzüge ihres Gesetzentwurfes ebenfalls bereits in der Presse veröffentlichen lassen (Frankfurter Allgemeine, 15.6.78). Das neue Gesetz soll den Anforderungen des Urteils, welches das Bundesverfassungsgericht im April über die „Wehrdienstnovelle" gefällt hat, genügen.

Übereinstimmung herrscht zwischen den Parteien in der Absicht, die Verpflichtung zum Zivildienst weiter auszudehnen als die Wehrdienstzeit. Dabei ist die FDP für 18 Monate Dienstzeit, die SPD für 20. Einigkeit besteht wiederum darin, daß bei „Krisen und Notfällen" jederzeit die Verlängerung der Dienstpflicht auf 24 Monate möglich sein soll. Weiter soll eine Art „Grundausbildung" für Zivildienstpflichtige eingeführt werden, „grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften" (sprich Kasernen). Der geplante allgemeine Arbeitsdienst nimmt deutlichere Gestalt an. Die FDP-Bundestagsfraktion spricht es offen aus: „Der Dienstablauf ist, soweit möglich, an den der Bundeswehr anzugleichen. Dazu gehören heimatferner Einsatz und Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, wenn dies den Belangen des Zivildienstes entspricht." Jeder soll zukünftig zum Zwangseinsatz gezogen werden, der den Dienst in der Armee verweigert. Dieser Arbeitsdienst soll dem Arbeitsministerium unterstellt bleiben.

Das Manöver ist das gleiche wie bei der Verschärfung des §218. Ein reaktionäres Gesetz (hier die Wehrdienstnovelle), fortschrittlich drapiert, wird von der SPD gegen die Angriffe der Reaktion in Gestalt der CDU verteidigt. Schließlich greift das Verfassungsgericht ein, urteilt im Namen ewiger Prinzipien (hier gar der „Gerechtigkeit", nämlich der „Wehr"-Gerechtigkeit, selber). Das Gesetz muß verschärft werden, die Regierung beugt sich. Im Namen der Gerechtigkeit also müssen die Zivildienstpflichtigen mindestens der gleichen Schikane und Unterdrückung unterworfen werden wie die Wehrpflichtigen. Im Urteil heißt das: „den Zivildienst als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung ausgestalten". Die „Gewissensprüfung" vor der „Zulassung" zum Zivildienst kann damit entfallen. Damit ist auch der andere Trick heraus, der hier verwandt worden ist.

Die Zivildienstpflichtigen und alle Jugendlichen, die für das Recht auf Verweigerung des Dienstes in der Armee kämpfen und für die Beseitigung der demütigenden und peinlichen Verhöre, die ihnen im „Anerkennungsverfahren" zugemutet worden sind, sollten mit dem Streit um dieses „Anerkennungsverfahren" geködert werden. In Wirklichkeit hat es sich niemals um dieses Verfahren gehandelt. Noch das Urteil des BVG als „Verschärfung der Gewissensschikane" zu kritisieren, sitzt dieser Täuschung auf. Was die ganze Zeit betrieben worden ist, ist der planmäßige Ausbau des Zivildienstes zu einem allgemeinen Arbeitsdienst, womit sich dann die „Gewissensprüfung" in der Tat erledigt hat.

Gegen diese Maßnahmen haben die Zivildienstpflichtigen stets gekämpft. In ihren Streiks und Demonstrationen haben sie sich gegen die Pläne zur Kasernierung, zur Verlängerung der Dienstzeit usw. gewandt.

Jedoch hat dieser Kampf bisher eine grundsätzliche Schwäche. Wenn nicht davon ausgegangen wird, daß der Zivildienst gar nichts anderes sein kann als Zwangsarbeit für den bürgerlichen Staat und daß deshalb zusammen mit dem Recht auf jederzeitige Verweigerung die Abschaffung des „zivilen" Arbeitsdienstes erkämpft werden muß, und wenn die Zivildienstpflichtigen diese Forderung nach Beseitigung des „Ersatzdienstes" nicht vertreten in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung im Zivildienst, dann werden sie es schwer haben, sich der Zwangsmaßnahmen zu erwehren, die ihnen vom bürgerlichen Staat stets unter dem Vorwand des Dienstes an der Allgemeinheit, womöglich des Dienstes am Frieden, zugemutet werden. Sie können aber sicher sein, daß sie für diese Forderung Unterstützung bei der Arbeiterklasse finden werden, die versteht, daß jede Form der Zwangsarbeit sie in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten schwächt. – (Sprecherrat Mitte der Soldaten- und Reservistenkomitees)

100-Stunden-Übungen für Reservisten

Sicherungskompanien als Teil der Heimatschutzkommandos bestehen nur aus Reservisten, die überwiegend in der Nähe ihres Wohnortes eingesetzt werden zur Sicherung wichtiger Objekte wie Brücken gegen im rückwärtigen Kampfgebiet aus der Luft landende feindliche Truppen und Untergrundkämpfer und alle 18 Monate eingezogen werden. Einberufen werden immer über 130% der Einsatzstärken, weil 30 bis 50% „verhindert" sind. Bei einer Mob-Alarmübung der PzGrenBrig 7, zu der die Reservisten in der Nacht von Sonntag auf Montag bzw. Montag früh ihren Einberufungsbescheid erhielten, kamen in das PzArtBtl 75 Hamburg von 100 Einberufenen knapp 40.



Reservisten im Manöver „Großer Bär" im Weser-Aller-Dreieck

Amerikanische Soldatengruppe fordert Friedensvertrag

Heidelberg. In der Ausgabe Nr. 44, Sommer 1978, der amerikanischen Soldatenzeitschrift „Fight Back" findet sich ein Artikel, überschrieben: „Bring US home" „Ost- und Westdeutschland wurden zum militärischen Spielfeld der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion", heißt es. Im Artikel wird festgehalten, daß heute, mehr als 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, immer noch fremde Truppen in der BRD stationiert sind. Die US-Imperialisten hätten zusammen mit den britischen und französischen Imperialisten den Wiederaufbau des Kapitalismus in Westdeutschland betrieben und die Herrschaft der Kapitalisten in den Fabriken mit Waffengewalt gestützt. Die Sowjetunion hätte nach 45 versucht, einen Friedensvertrag durchzusetzen und ihre Truppen abzuziehen. Diese Politik sei später revidiert worden, heute stünden in der DDR sowjetische Panzer. Der Artikel endet: „Unterstützt den Kampf für einen Friedensvertrag! Denk daran, das ist der erste Schritt, um jemals die US-Soldaten hier rauszubekommen!" Ein weiterer Artikel in der Zeitung „Fight Back" ist überschrieben: „USA raus aus den Philippinen!"

BRD-Imperialisten quartieren sich auf Sardinien ein

Wittmund. Unter der NATO-Flagge hat sich die westdeutsche Bourgeoisie auf Sardinien eingenistet. Die Besatzung des Luftwaffenstützpunkts Decimomannu, von wo aus Starfighter, Fiat G 91 und Phantom-Jagdbomber starten, ist inzwischen auf eine 500-Mann-Truppe angewachsen. Bei der Abhängigkeit der italienischen Bourgeoisie vom internationalen Finanzkapital können die westdeutschen und die britischen Militärs diesen Stützpunkt errichten. Sie sind dadurch in der Lage, Lufthoheit über diesen Teil des Mittelmeers und Nordafrika zu erreichen. In einem Sonderbericht der „Ostfriesenzeitung" vom 14. Juni heißt es, daß die Bewohner Sardiniens kaum gestört werden. Nur hin und wieder werden von den Piloten ein paar Kühe abgeknallt, aber das „Risiko sind die Bewohner bewußt eingegangen". Die Sarden, so lügt die Bourgeoisie weiter, sehen es ein, wenn dadurch die Einsatzbereitschaft der NATO-Kampfflugzeuge bestehen bleibe.

Der Stadtrat hält es mit den Besatzertruppen

Hartnäckiger Kampf in Garlstedt gegen den Bau der Söldnerbehausungen

Gegenwärtig sind die Bauarbeiten für die Kasernen und Wohnungen der US-Brigade 75 in Garlstedt in vollem Gange. Ende Juli sollen 14 Kasernenblöcke bezugsfertig sein. Der technische Bereich mit 7 Werkhallen und 75000 qm Abstellfläche ist noch im Bau. Geplant ist ferner der Bau einer großen Tankstation mit drei Erdbehältern und einer Wagenwaschanlage.

Immer wieder aufs Neue unternimmt die bürgerliche Presse Versuche, den ansässigen Bauern und Volksmassen die Truppenstationierung schmackhaft zu machen. Arbeitsplätze würden geschaffen und die Soldaten, die da kommen würden, wären auch besonders nett, da es sich um ganz junge Amerikaner mit einem Durchschnittsalter zwischen 20 und 22 Jahren handeln würde, hieß es in der Lo-

den Bauern eine grausige Vorstellung.

Den Bauern wird wertvolles Ackerland genommen. Sie bekommen dafür keinen Ersatz. Es gibt ja auch kein geeignetes Ersatzland. Das Viehfutter müssen sie jetzt teuer vom Händler kaufen. Mit den Entschädigungen, die die Bauern für das an die Besatzer verschenkte Land erhalten, können sie sich nur noch eine gewisse Zeit über Wasser halten, sagen die Bauern. Ihren Ruin kann dieses Geld auf die Dauer nicht aufhalten. Deshalb sind die Bauern verbittert. Überall in Osterholz-Scharmbeck stehen jetzt die Baukräne, um die Söldnerbehausungen nebst ihren Schulen, Einkaufszentren, quasi eine eigene Stadt für die Besatzer, zügig zu errichten.

Der Osterholzer Stadtrat ist bei den Bauern unten durch. Jahrelang ope-

Staatsmacht schnurstracks erfüllt. Die Bauern haben diesen Maßnahmen ihren Widerstand entgegengesetzt. Der Kampf spitzte sich zu auf den Bau einer geplanten Panzertrasse nach Bremerhaven eigens für die neuen Besatzertruppen. „Nun ist aber Schluß", haben viele gesagt, „das ganze wird ja zu einer Kette ohne Ende." Der Osterholzer Stadtrat hat anfangs den Bau der Panzertrasse befürwortet. Doch bald war er in dieser Frage so isoliert, daß es nicht mehr ausgeschlossen schien, daß dem einen oder anderen Ratsherrn etwas „zustoßen" würde. „Die Entscheidung über den Bau wird der Verteidigungsminister fällen", gab der Stadtrat bekannt und wollte sich damit retten. Alle möglichen und unmöglichen Spaltungsversuche wendete der Stadtrat an, um die Bauern und Arbei-

jegliche Trassenführung. Nach einigem Hin und Her mußte der Stadtrat dem nachgeben und erklärte sich „plötzlich" auch gegen den Bau der Panzertrasse. Das „Osterholzer Kreisblatt" schrieb: „Überraschender Sinneswandel nach Bürgerprotesten". Bürgerliche Berufsbetrüger in der Bürgerinitiative feierten daraufhin „ihren Sieg" und sich selber und bekundeten, daß sie den Stadtrat in die Knie gezwungen hätten. Nun könne man alle zusammen weiterarbeiten. Die Bauern blieben mißtrauisch und behielten Recht. Das Verteidigungsministerium entschied jetzt für den Bau eines Gleisanschlusses. Der Bürgermeister protestierte, trieb sich aber gleichzeitig bei amerikanischen Chören und Frauenclubs herum zum Zweck der „Integrationsbemühun-

Studenten unterstützen Kampf um Dienstausgleich

Köln. Die Mitglieder der Institutsgruppe Germanistik an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen haben einen Brief an den Bataillonskommandeur Schlereth im Butzweilerhof, Köln-Ossendorf, geschrieben, in dem es heißt: „Da wir zum Teil selber den Wehrdienst ableisten mußten, wissen wir um die Schikanen, denen die Soldaten bei der Bundeswehr oft ausgesetzt werden. Wir unterstützen deshalb den unserer

zogen werden, der den Dienst in der Armee verweigert. Dieser Arbeitsdienst soll dem Arbeitsministerium unterstellt bleiben.

Das Manöver ist das gleiche wie bei der Verschärfung des §218. Ein reaktionäres Gesetz (hier die Wehrdienstnovelle), fortschrittlich drapiert, wird von der SPD gegen die Angriffe der Reaktion in Gestalt der CDU verteidigt.

gemeinen Arbeitsdienst, womit sich dann die „Gewissensprüfung" in der Tat erledigt hat.

Gegen diese Maßnahmen haben die Zivildienstpflichtigen stets gekämpft. In ihren Streiks und Demonstrationen haben sie sich gegen die Pläne zur Kasernierung, zur Verlängerung der Dienstzeit usw. gewandt.

Jedoch hat dieser Kampf bisher eine



Reservisten im Manöver „Großer Bär" im Weser-Aller-Dreieck

Der Stadtrat hält es mit den Besatzertruppen

Hartnäckiger Kampf in Garlstedt gegen den Bau der Söldnerbehausungen

Gegenwärtig sind die Bauarbeiten für die Kasernen und Wohnungen der US-Brigade 75 in Garlstedt in vollem Gange. Ende Juli sollen 14 Kasernenblöcke bezugsfertig sein. Der technische Bereich mit 7 Werkhallen und 75000 qm Abstellfläche ist noch im Bau. Geplant ist ferner der Bau einer großen Tankstation mit drei Erdbehältern und einer Wagenwaschanlage.

Immer wieder aufs Neue unternimmt die bürgerliche Presse Versuche, den ansässigen Bauern und Volksmassen die Truppenstationierung schmackhaft zu machen. Arbeitsplätze würden geschaffen und die Soldaten, die da kommen würden, wären auch besonders nett, da es sich um ganz junge Amerikaner mit einem Durchschnittsalter zwischen 20 und 22 Jahren handeln würde, hieß es in der Lokalpresse in der letzten Woche.

Insbesondere die Bauern in der näheren Umgebung sind gegen die Stationierung der Besatzertruppen. Sie führen einen hartnäckigen Kampf gegen die Besatzer, die sie hassen. Würden die Pläne durchgesetzt, würde ein Drittel der Osterholzer Bevölkerung aus US-Besatzern bestehen. Das ist den Bauern eine grausige Vorstellung.

Den Bauern wird wertvolles Ackerland genommen. Sie bekommen dafür keinen Ersatz. Es gibt ja auch kein geeignetes Ersatzland. Das Viehfutter müssen sie jetzt teuer vom Händler kaufen. Mit den Entschädigungen, die die Bauern für das an die Besatzer verschenkte Land erhalten, können sie sich nur noch eine gewisse Zeit über Wasser halten, sagen die Bauern. Ihren Ruin kann dieses Geld auf die Dauer nicht aufhalten. Deshalb sind die Bauern verbittert. Überall in Osterholz-Scharmbeck stehen jetzt die Baukräne, um die Söldnerbehausungen nebst ihren Schulen, Einkaufszentren, quasi eine eigene Stadt für die Besatzer, zügig zu errichten.

Der Osterholzer Stadtrat ist bei den Bauern unten durch. Jahrelang operierte dieser Stadtrat mit Enteignungsdrohungen gegen die Bauern. Viele besaßen gepachtetes Land auf den Garteler Weiden. Diese Ecke gilt in der Umgebung als besonders fruchtbares Weideland. Der Stadtrat hat den Bauern die Pachtverträge gekündigt. Jeder Wunsch der Besatzertruppen wird von den örtlichen Organen der Staatsmacht schnurstracks erfüllt. Die Bauern haben diesen Maßnahmen ihren Widerstand entgegengesetzt. Der Kampf spitzte sich zu auf den Bau einer geplanten Panzertrasse nach Bremerhaven eigens für die neuen Besatzertruppen. „Nun ist aber Schluß", haben viele gesagt, „das ganze wird ja zu einer Kette ohne Ende." Der Osterholzer Stadtrat hat anfangs den Bau der Panzertrasse befürwortet. Doch bald war er in dieser Frage so isoliert, daß es nicht mehr ausgeschlossen schien, daß dem einen oder anderen Ratsherrn etwas „zustoßen" würde. „Die Entscheidung über den Bau wird der Verteidigungsminister fällen", gab der Stadtrat bekannt und wollte sich damit retten. Alle möglichen und unmöglichen Spaltungsversuche wendete der Stadtrat an, um die Bauern und Arbeiter gegeneinander aufzuwiegeln.

Zum Streit über die Trassenführung erklärte er, daß bei dem einen Vorschlag die Land-, bei dem anderen die Forstwirtschaft Hauptbetroffene sei. Allen könne man es nicht recht machen. Da machten die Bauern nicht mit. Auf einer Versammlung verlangten die Bauern einen Beschluß gegen jegliche Trassenführung. Nach einigem Hin und Her mußte der Stadtrat dem nachgeben und erklärte sich „plötzlich" auch gegen den Bau der Panzertrasse. Das „Osterholzer Kreisblatt" schrieb: „Überraschender Sinneswandel nach Bürgerprotesten". Bürgerliche Berufsbetrüger in der Bürgerinitiative feierten daraufhin „ihren Sieg" und sich selber und bekundeten, daß sie den Stadtrat in die Knie gezwungen hätten. Nun könne man alle zusammen weiterarbeiten. Die Bauern blieben mißtrauisch und behielten Recht. Das Verteidigungsministerium entschied jetzt für den Bau eines Gleisanschlusses. Der Bürgermeister protestierte, trieb sich aber gleichzeitig bei amerikanischen Chören und Frauenclubs herum zum Zweck der „Integrationsbemühungen". Damit wollen die Bauern nichts zu tun haben. Mehr und mehr sind sie dafür, selber Hand anzulegen. Letzte Woche haben sie einen Landvermesser, der für die Besatzungstruppen auf den Feldern Messungen für die Entwässerung der US-Garnison durchführen sollte, aus dem Dorf gejagt.

(Zelle Osterholz-Scharmbeck)

Lob des Arbeitsdienstes

Militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr

Wenn die Bourgeoisie die Geschichte aufarbeitet, dann tut sie das auch, um zu prüfen, welche Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen sie erneut verbessert anwenden kann, um ihre Profitproduktion zu steigern. In Freiburg hat die Finanzbourgeoisie dazu ein militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr aufgebaut, dessen Auftrag es ist, die imperialistischen Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen, um den erneuten imperialistischen Weltkrieg besser vorzubereiten. Dieses Amt gibt die Zeitschrift „Militärgeschichtliche Mitteilungen" heraus, die sich in ihrer neuesten Nummer mit „Arbeitsbeschaffung und Rüstung im nationalsozialistischen Deutschland: 1933" befaßt. „Wurden Arbeitsbeschaffung und Rüstung im Jahr 1933 von den nationalsozialistischen Machthabern getrennt betrieben oder von Anfang an miteinander verknüpft?" Mit dieser Fragestellung will der Schreiber des Artikels, ein Herr Wolffsohn, beweisen, daß Arbeitsbeschaffung und Kriegsvorbereitung zweierlei Stiefel sind. Um gleich vorweg zu sagen, der imperialistische Geschichtsforscher kommt zu dem Schluß: „Weder für den Zeitraum von Februar bis November/Dezember 1933 noch für den Zeitraum danach sollte man ... die Politik der Arbeitsbeschaffung mit den ‚ehr'-geizigen Rüstungsplänen der Nationalsozialisten vermengen oder gar gleichsetzen."

Auf diesen Schluß kommt Wolffsohn auf Grund der Untersuchung von geheimen „Kommandosachen", wo es im Mai 1933 heißt: „Unmittelbare reine Rüstungsvorhaben rechnen nicht unter dieses Programm", oder durch die Aussage des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Schmitt, der erklärte: „Produktive Arbeit" sollte beschafft werden, „das heißt, es sollten nicht Kanonen gemacht werden, sondern Fabriken oder ... die Bewässerung der Rheinebene." Als weiteren „Beweis" dafür, daß es zwischen Arbeitsbeschaffung und Kriegsvorbereitung keinen Zusammenhang gibt, führt die Zeitschrift „Militärgeschichtliche Mitteilungen" die Vergabe von Geldern für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an, die allesamt für Straßen, Wasserstraßen, Brückenbauten und ähnliches aufgewandt worden wären. Da die imperialistischen Geschichtsforscher nicht umhin kommen, festzustellen, daß „den Autobahnen strategische Bedeutung nicht abgesprochen werden kann", wenden sie folgendes ein: „Wenig beachtet wird jedoch, daß der Autobahnbau überwiegend nicht aus Geldern rein staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme, sondern aus Mitteln der Arbeitsbeschaffungsprogramme der Reichsbahn finanziert wurde." Fazit des Artikels ist: Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von 33 waren gut und richtig – von Kriegsvorbereitung keine Spur.

Es wundert einen nicht, daß das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr gerade jetzt solche Studien betreibt, sagen doch ältere Arbeiter heute öfters, das ist wie vor 33, wenn sie über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesregierung reden. Letztes Jahr hat die SPD-FDP-Regierung das Fregattenprogramm als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme" verkauft. Jetzt geht sie zügig daran, den Arbeitsdienst einzuführen. Auf 20 Monate soll der Zivildienst ausgedehnt werden, verbunden mit „Vorbereitungskursen" und Kasernierung. Die CSU hatte auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende einen Antrag zur „Einrichtung von Arbeitshäusern" zur Verabschiedung vorliegen. Die geschichtliche Erfahrung der Volksmassen mit solchen Maßnahmen ist im Gegensatz zu den „wissenschaftlichen" Untersuchungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes die, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Brünings, die später von Hitler durch die Zwangsarbeit und die völlige Entrechtung der Arbeiter verfeinert wurde, aus der Arbeiterklasse die Milliarden gepreßt hat, die die Finanzbourgeoisie zur Finanzierung ihrer Schlacht um die Weltherrschaft gebraucht hat. Heute hat sie nichts anderes vor. – (S-Red.)

Sardinien eingenistet. Die Besatzung des Luftwaffenstützpunkts Decimomannu, von wo aus Starfighter, Fiat G 91 und Phantom-Jagdbomber starten, ist inzwischen auf eine 500-Mann-Truppe angewachsen. Bei der Abhängigkeit der italienischen Bourgeoisie vom internationalen Finanzkapital können die westdeutschen und die britischen Militärs diesen Stützpunkt errichten. Sie sind dadurch in der Lage, Lufthoheit über diesen Teil des Mittelmeers und Nordafrika zu erreichen. In einem Sonderbericht der „Ostfriesenzeitung" vom 14. Juni heißt es, daß die Bewohner Sardiniens kaum gestört werden. Nur hin und wieder werden von den Piloten ein paar Kühe abgeknallt, aber das „Risiko sind die Bewohner bewußt eingegangen". Die Sarden, so lügt die Bourgeoisie weiter, sehen es ein, wenn dadurch die Einsatzbereitschaft der NATO-Kampfflugzeuge bestehen bleibe.

Studenten unterstützen Kampf um Dienstausgleich

Köln. Die Mitglieder der Institutsgruppe Germanistik an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen haben einen Brief an den Bataillonskommandeur Schlereth im Butzweilerhof, Köln-Ossendorf, geschrieben, in dem es heißt: „Da wir zum Teil selber den Wehrdienst ableisten mußten, wissen wir um die Schikanen, denen die Soldaten bei der Bundeswehr oft ausgesetzt werden. Wir unterstützen deshalb den unserer Meinung nach berechtigten Kampf der Soldaten für einen Dienstausgleich gegenüber der Verlängerung des normalen Dienstes durch Bereitschaften, Überstunden bei Transporten usw ... Auch die Soldaten sollen einsatzbereit sein. Im Ernstfall dann im (Bürger-)Krieg für die Interessen des westdeutschen Kapitals – gegen die eigenen Interessen als Arbeiter und Angestellte. Wenn also die Forderung nach Dienstausgleich bzw. deren Durchsetzung eine derartige Einsatzbereitschaft untergräbt, dann begrüßen wir auch dies."

Veranstaltungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania

An den Veranstaltungen „Das Volk von Azania schließt sich für den bewaffneten Kampf zusammen", die bislang in München, Freiburg, Mannheim, Gießen, Mainz und Aachen stattfanden, nahmen insgesamt 927 teil. 8485 DM wurden bisher für die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania gesammelt. Auf den Veranstaltungen sprach Genosse Alfred Nqota Kgokong, Mitglied des Vorstands des Afrikanischen Nationalkongresses (Afrikanische Nationalisten).

Veranstaltungen mit der Delegation des Afrikanischen Nationalkongresses (Afrikanische Nationalisten) – ANC (AN)

Bremen 19.6.
Braunschweig 20.6.
Kiel 21.6.

Es spricht: Mzimkulu Makiwane
Mitglied des Vorstandes des ANC (AN) und Führer des Revolutionsrates

Rumänien für Auflösung von NATO und Warschauer Pakt

„Zum ersten Mal“ habe die UdSSR bei der neuen MFBR-Runde in Wien „eingeräumt, daß die Truppen des Warschauer Pakts in Mitteleuropa den NATO-Verbänden zahlenmäßig überlegen seien“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Auf einer Pressekonferenz am 15. Juni in Wien hat der sowjetische Sprecher dies gleich dementiert und erklärt, die Truppenverbände seien gleich stark. Gegen den Entspannungsschwindel erklärte der rumänische Ministerpräsident Manescu: „Solange es Imperialismus gibt, solange die Gefahr eines Krieges bestehen bleibt, hat jeder sozialistische Staat, wie übrigens jede Nation, das Recht, Maßnahmen zu treffen, um bewaffnet zu sein, seine Unabhängigkeit, seine revolutionären Errungenschaften zu verteidigen.“ Deshalb fordert Rumänien „die Verringerung und die Einstellung der Militärmanöver, jedwelcher Kräftedemonstrationen an den Grenzen anderer Staaten“, „die Auflösung der fremden Militärbasen ... und den Abzug aller Truppen hinter die nationalen Grenzen, die Aufnahme von Verhandlungen für die gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes unter Bedingung von Maßnahmen, die die Sicherheit und Souveränität aller Völker Europas gewährleisten und die Möglichkeit von Überraschungsangriffen gegen irgendein Land ausschließen“, „den Abschluß eines Vertrages, durch den die kernwaffenbesitzenden Staaten die Verpflichtung übernehmen, keine solchen Waffen gegen die nichtnuklearen Staaten einzusetzen“, und „völliges Verbot von Kernwaffen“.

Irak: Überflug- und Hafenrechte der UdSSR aufgehoben

Einen Tag nach Meldungen über die Drohung des Irak, seine Beziehungen zur UdSSR abzubrechen, haben die Sozialimperialisten ihren auf „außerordentliche Missionen“ spezialisierten Sonderbotschafter Mendelewitsch in den Irak geschickt. Nach der kuwaitischen Zeitung „Al Anbaa“ haben die irakischen Behörden die Überflugrechte den Sozialimperialisten entzogen und die Hafenrechte für die sowjetische Flotte in Umm-Quasa suspendiert. Ebenso meldet die kuwaitische Zeitung „As-Siassa“, daß der Irak die Beziehungen zur UdSSR abbrechen werde, falls diese ihre Unterstützung des äthiopischen Militärregimes nicht einstelle. Der syrische Außenminister Khaddam erklärte vor der syrischen Nationalversammlung, daß „der Irak an dem Punkt (ist), den Vertrag für Freundschaft und Zusammenarbeit, den er 1972 mit der UdSSR geschlossen hat, zu lösen und die sowjetischen Experten, die auf seinem Territorium arbeiten, hinauszuwerfen“. Der Irak bricht zunehmend die Fesseln der Ausplünderung durch die UdSSR und unterstützt den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes für die Zerschlagung des Zionistenstaates Israel, dessen Existenzrecht die UdSSR lauthals verficht. Schon immer hat der Irak den Kampf des eritreischen Volkes für nationale Selbstbestimmung unterstützt, den die sozialimperialistische Supermacht

einzusetzen“, und „völliges Verbot von Kernwaffen“.

Irak: Überflug- und Hafenrechte der UdSSR aufgehoben

Einen Tag nach Meldungen über die Drohung des Irak, seine Beziehungen zur UdSSR abzubrechen, haben die Sozialimperialisten ihren auf „außerordentliche Missionen“ spezialisierten Sonderbotschafter Mendelewitsch in den Irak geschickt. Nach der kuwaitischen Zeitung „Al Anbaa“ haben die irakischen Behörden die Überflugrechte den Sozialimperialisten entzogen und die Hafenrechte für die sowjetische Flotte in Umm-Quasa suspendiert. Ebenso meldet die kuwaitische Zeitung „As-Siassa“, daß der Irak die Beziehungen zur UdSSR abbrechen werde, falls diese ihre Unterstützung des äthiopischen Militärregimes nicht einstelle. Der syrische Außenminister Khaddam erklärte vor der syrischen Nationalversammlung, daß „der Irak an dem Punkt (ist), den Vertrag für Freundschaft und Zusammenarbeit, den er 1972 mit der UdSSR geschlossen hat, zu lösen und die sowjetischen Experten, die auf seinem Territorium arbeiten, hinauszuwerfen“. Der Irak bricht zunehmend die Fesseln der Ausplünderung durch die UdSSR und unterstützt den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes für die Zerschlagung des Zionistenstaates Israel, dessen Existenzrecht die UdSSR lauthals verficht. Schon immer hat der Irak den Kampf des eritreischen Volkes für nationale Selbstbestimmung unterstützt, den die sozialimperialistische Supermacht
durch die von ihr angezettelte Offensive zerschlagen will.

Jugoslawien / Griechenland: Militärische Zusammenarbeit

Anfang Juni war der jugoslawische Verteidigungsminister N. Ljubicic zu Gesprächen über die militärische Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Jugoslawien mit dem griechischen Verteidigungsminister Averoff in Athen. Beim Empfang erklärte Averoff: „Es freut mich, in Ihnen den Vertreter des befreundeten und unabhängigen Jugoslawien begrüßen zu können, das eine große Garantie des Friedens in der ganzen Balkanregion darstellt.“ (Tanjug, 6.6.78) Im Rahmen ihres Besuches beteiligte sich die jugoslawische Delegation an einer Übung der griechischen Luftwaffe auf dem Stützpunkt Tanagra in der Nähe von Athen. Seit 1976 haben die beiden Staaten mehrmals Militärdelegationen ausgetauscht und Beratungen über die Koordinierung ihrer Verteidigungsmaßnahmen durchgeführt. Gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte USA und UdSSR im Mittelmeerraum und auf dem Balkan vertreten Griechenland und Jugoslawien „ungeachtet der verschiedenen internationalen Positionen“ gemeinsam den Standpunkt der „Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ (Kommuniqué 1977). Auch zwischen Rumänien und Griechenland sind Vereinbarungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung getroffen worden: Rumänien lieferte 2000 Jeeps „Arko 240“ für die griechischen Streitkräfte, deren Bezahlung durch die Lieferung griechischer Waren erfolgte.

Ein Milliardenraubzug gegen die belgischen Volksmassen

Die Arbeiterbewegung bereitet sich auf einen großen Kampf gegen das „Anti-Krisen-Gesetz“ vor

Am Donnerstag vergangener Woche bot der belgische Premierminister Tindemans dem König Baudouin seinen Rücktritt an. Der erbat sich Bedenkzeit; das war so abgemacht. Widerspenstige „sozialistische“ Regierungsmitglieder, die nach der Enthüllung des lange vorbereiteten „Anti-Krisen-Gesetzes“ unter dem Druck der Gewerkschaften plötzlich einige „Bedenken“ bekommen hatten, sollten die Gelegenheit bekommen, über die Wärme von Kabinettsesseln nachzudenken. Tags darauf beauftragte Baudouin Tindemans mit der Regierungsneubildung. Es ist anzunehmen, daß die „sozialistischen“ „Bedenken“ angesichts dieses Druckes wieder verfliegen und die Belgische Sozialistische Partei, mit einigen personellen Veränderungen vielleicht, erneut in die Regierung einzieht, die bisher von vier Parteien gebildet wurde und über 172 der 220 Parlamentssitze verfügte. Es ist vor allem *nicht* anzunehmen, daß die belgischen Finanzbourgeois eine knappe Verabschiedung ihres Gesetzes dulden, dessen Durchsetzung gegen eine kampfbereite Arbeiterbewegung keine „Schwachstellen“ auf seiten des bürgerlichen Staatsapparates zuläßt.

Es geht um mindestens 65 Mrd. bfr (ca. 4,2 Mrd. DM), die den Volksmassen in diesem Jahr und auf den *ersten* Schlag des „Anti-Krisen-Gesetzes“ geraubt werden sollen. Weiter verlangt die Finanzbourgeoisie absolute Vollmachten für die Regierung, jede nur erdenkliche Maßnahme zur „Sanierung der Staatsfinanzen“, zur weiteren Ausplünderung der Volksmassen, ohne Parlamentsbeschluß treffen zu können. Mit umgerechnet 80 Mrd. DM ist die Staatsschuld die vergleichsweise mit Abstand höchste in Europa. 5,5 Mrd. DM verlangt die Finanzbourgeoisie allein in diesem Jahr an Zinszahlungen. Dafür sollen die Volksmassen bluten, sollen wesentliche Errungenschaften, die sich die belgische Arbeiterbewegung hat erkämpfen können – z.B. einigermaßen zum Leben reichende Renten, Schutzrechte der arbeitslosen Lohnabhängigen – hinweggefegt werden.

Seit Monaten entfalten die Bourgeoisblätter eine wütende Propaganda, mindestens 80000 der rund 280000 amtlichen Arbeitslosen kämen unverdient in den Genuß des Arbeitslosengeldes. Arbeitsminister Spitaels droht fast täglich mit der baldigen Zahlungsunfähigkeit der Arbeitslosenkassen. Das Gesetz sieht vor, alle Arbeitslosen, die eine angebotene Arbeit ablehnen, für ein halbes Jahr aus der Zahlung von Arbeitslosengeld zu streichen, Arbeiter, die bei sogenannter „Schwarzarbeit“ erwischt werden, völlig. Die Zahlungssperre für Lohnabhängige, die „freiwillig“ kündigen oder „selbstverschuldet“ gekündigt werden, soll bis auf ein Vierteljahr verlängert werden.

Gleichzeitig hat Tindemans aus anderen imperialistischen Ländern eine Vielzahl von Anregungen für den Ausbau der staatlichen Zwangsarbeit und Arbeitsbeschaffungsprogramme gewonnen: Alle Kapitalisten, die 50 oder mehr Arbeiter ausbeuten, werden „verpflichtet“, für eine Prämie von umgerechnet 2000 DM pro Kopf arbeitslose Jugendliche 6 Monate oder ein Jahr lang für 90% des Lohns einzustellen, insgesamt 2% ihrer Belegschaft. 28000 Jugendliche sollen so noch in diesem Jahr daran gewöhnt werden, für einen Elendslohn zu schaffen. Für die, die nicht in den Genuß dieser „Hilfsmaßnahme“ kommen, erwägt man die Wehrpflicht vorzuverlegen. Auf insgesamt 35000 soll die Zahl der staatlichen Zwangsarbeiter erhöht werden. Sie behalten ihren rechtlosen Arbeitslosenstatus bei und erhalten ein auf 850 bis 900 DM „erhöhtes Arbeitslosengeld“. Im Rahmen eines Sonderprogrammes sollen weitere 24000 bis zu 12 Monate lang Stadtkerne erneuern, Spielplätze anlegen oder Alte und Kranke pflegen.

Durch eine bis zu 80prozentige Erhöhung der Gelder, die von den Krankenkassen nicht zurückerstattet werden, müssen die Lohnabhängigen zukünftig 25% der Arztkosten selbst zahlen. Der Verband der Hausärzte hat gegen diesen Plan gleich nach Bekanntwerden heftig protestiert. Wer länger als 40 Tage im Krankenhaus zu liegen gezwungen ist, muß pro Tag rund 5 DM, bisher 3 DM, selbst zahlen. Für alleinstehende Rentner werden die „Hotelkosten“, wie die Bourgeoisie diese Art der Ausplünderung zynisch bezeichnet, nach 90 Tagen von drei auf zehn DM erhöht.

Einen Hauptangriff führen die Finanzbourgeois gegen die Renten. Zwei der wichtigsten Maßnahmen, die das Gesetz vorsieht: die Einführung eines Krankenkassenbeitrages für Rentner und die Abschaffung des sogenannten De-Paepe-Gesetzes. Hier enthüllt sich die ganze Niedertracht der Ausbeuterklasse: Mit diesem Gesetz hatte sie 1972 die Rentner gespalten in solche, die schon verrentet waren und solche, die laufend in Rente gehen, und die Renten der ersteren im Verhältnis gesenkt. Jetzt tönt sie von einem „unverantwortlichen Geschenk“ für die neu hinzukommenden Rentner, das ihnen aus Gründen der Gerechtigkeit gestrichen werden müsse – eine Rentenkürzung von 18 Mrd. bfr (1,2 Mrd. DM) innerhalb von vier Jahren. Die alten Kohlebergarbeiter der Limburgischen Kohlenreviere haben gegen die Angriffe auf ihre Renten Anfang Juni eine erste Demonstration durchgeführt und rufen zu einer nationalen Demonstra-



„Wie der Vater, so der Sohn“ lautet die Inschrift der Tafel

tion am 23. Juni auf. Der Beamtenbund und der Pilotenverband der belgischen Luftwaffe haben gegen verschiedene Rentenstreichungsabsichten im öffentlichen Dienst ihren Einspruch eingelegt.

Die Kette der weiteren Maßnahmen, die mit dem „Anti-Krisen-Gesetz“ Ende Juni verabschiedet oder damit vorbereitet werden, ist endlos und umfangreich. So sollen die Gelder für den Aus- und Neubau von Schulen gekürzt, die Klassen vergrößert und weitere Lehrer „freigesetzt“ werden. U.a. haben die Lehrergewerkschaften ihren Widerstand schon angekündigt. Post-, Bahn- und Nahverkehrstarife sollen erhöht werden, ebenso die Zigarettenpreise. Erst vor gut einem Jahr hatte die Staatsmacht mit dem Egmont-Plan die Mehrwertsteuer für viele lebensnotwendige Waren bis auf 25% angehoben. Nicht zuletzt will man die Einreise für die Familien der ausländischen Arbeiter in Belgien drastisch erschweren.

Das „Anti-Krisen-Gesetz“, das die Finanzbourgeoisie bei dem für Wirtschaft und Finanzen verantwortlichen Staatssekretär *Marc Eyskens* in Auftrag gegeben hatte, erweckt in der Arbeiterbewegung Erinnerungen an das sogenannte „Einheitsgesetz“ vom Winter 1960/61. Damals, zu Beginn der „Kongo-Krise“, hatte die belgische Regierung unter Führung von Vater Gaston Eyskens ein umfassendes Ausplünderungsprogramm von Erhöhung der indirekten Steuern bis zur Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst ausgearbeitet. Damals wie heute sollte mit einem Milliarden-Steuererleichterungsprogramm für die Ausbeuter die kapitalistische Rationalisierung und die imperialistische Expansion in einem großen Sprung vorangetrieben werden. Die Arbeiterbewegung hat den Kampf gegen das „Anti-Krisen-Gesetz“ aufgenommen.

Die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes machten Ende April den Anfang, als der Dienstherr ihnen das Urlaubsgeld per Tarifvertrag um 100 bis 200 DM kürzen wollte. Als vor rund 14 Tagen dank der Enthüllung eines sozialistischen Gewerkschaftsführers der ganze Umfang des Gesetzes bekannt wurde, traten die Arbeiter des Elektrobetriebes ACEC in Charleroi für 24 Stunden in den Streik. Die Stahlarbeiter bereiten sich für nächste Woche auf weitere Streiks gegen die kapitalistische Rationalisierung und Massenentlassungen in der Stahlindustrie vor und haben beschlossen, diesen Kampf mit dem Kampf gegen das „Anti-Krisen-Gesetz“ zu verbinden. Die Metallarbeiter von Charleroi und die christliche Metallarbeitergewerkschaft bereiten ebenfalls Streikaktionen gegen das „Anti-Krisen-Gesetz“ vor. Angesichts dessen werden auch in der Bourgeoisie die Erinnerungen an den Winter 1960/61 wach. Ihre Erinnerungen sind düster. Am 20.12.61 waren rund 1 Million Arbeiter und Angestellte, unterstützt von Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten, in einen drei, teilweise vier Wochen andauernden Streik getreten, der in seinem Verlauf aufstandsähnlichen Charakter annahm. Nur mit dem Einsatz von Militär hatte die belgische Finanzbourgeoisie damals den Kampf der Arbeiterklasse brechen und ihr „Einheitsgesetz“ durchsetzen können. Die Regierung Eyskens war darüber gestürzt, und die Bedingungen für die imperialistische Jagd nach Höchstprofiten waren schwer erschüttert. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

sen in diesem Jahr und auf den *ersten* Schlag des „Anti-Krisen-Gesetzes“ geraubt werden sollen. Weiter verlangt die Finanzbourgeoisie absolute Vollmachten für die Regierung, jede nur erdenkliche Maßnahme zur „Sanierung der Staatsfinanzen“, zur weiteren Ausplünderung der Volksmassen, ohne Parlamentsbeschluß treffen zu können. Mit umgerechnet 80 Mrd. DM ist die Staatsschuld die vergleichsweise mit Abstand höchste in Europa. 5,5 Mrd. DM verlangt die Finanzbourgeoisie allein in diesem Jahr an Zinszahlungen. Dafür sollen die Volksmassen bluten, sollen wesentliche Errungenschaften, die sich die belgische Arbeiterbewegung hat erkämpfen können – z.B. einigermaßen zum Leben reichende Renten, Schutzrechte der arbeitslosen Lohnabhängigen – hinweggefegt werden.

Seit Monaten entfalten die Bourgeoisblätter eine wütende Propaganda, mindestens 80000 der rund 280000 amtlichen Arbeitslosen kämen unverdient in den Genuß des Arbeitslosengeldes. Arbeitsminister Spitaels droht fast täglich mit der baldigen Zahlungsunfähigkeit der Arbeitslosenkassen. Das Gesetz sieht vor, alle Arbeitslosen, die eine angebotene Arbeit ablehnen, für ein halbes Jahr aus der Zahlung von Arbeitslosengeld zu streichen, Arbeiter, die bei sogenannter „Schwarzarbeit“ erwischt werden, völlig. Die Zahlungssperre für Lohnabhängige, die „freiwillig“ kündigen oder „selbstverschuldet“ gekündigt wer-

den, müssen die Lohnabhängigen zukünftig 25% der Arztkosten selbst zahlen. Der Verband der Hausärzte hat gegen diesen Plan gleich nach Bekanntwerden heftig protestiert. Wer länger als 40 Tage im Krankenhaus zu liegen gezwungen ist, muß pro Tag rund 5 DM, bisher 3 DM, selbst zahlen. Für alleinstehende Rentner werden die „Hotelkosten“, wie die Bourgeoisie diese Art der Ausplünderung zynisch bezeichnet, nach 90 Tagen von drei auf zehn DM erhöht.

Einen Hauptangriff führen die Finanzbourgeois gegen die Renten. Zwei der wichtigsten Maßnahmen, die das Gesetz vorsieht: die Einführung eines Krankenkassenbeitrages für Rentner und die Abschaffung des sogenannten De-Paepe-Gesetzes. Hier enthüllt sich die ganze Niedertracht der Ausbeuterklasse: Mit diesem Gesetz hatte sie 1972 die Rentner gespalten in solche, die schon verrentet waren und solche, die laufend in Rente gehen, und die Renten der ersteren im Verhältnis gesenkt. Jetzt tönt sie von einem „unverantwortlichen Geschenk“ für die neu hinzukommenden Rentner, das ihnen aus Gründen der Gerechtigkeit gestrichen werden müsse – eine Rentenkürzung von 18 Mrd. bfr (1,2 Mrd. DM) innerhalb von vier Jahren. Die alten Kohlebergarbeiter der Limburgischen Kohlenreviere haben gegen die Angriffe auf ihre Renten Anfang Juni eine erste Demonstration durchgeführt und rufen zu einer nationalen Demonstra-



„Wie der Vater, so der Sohn“ lautet die Inschrift der Tafel

tion am 23. Juni auf. Der Beamtenbund und der Pilotenverband der belgischen Luftwaffe haben gegen verschiedene Rentenstreichungsabsichten im öffentlichen Dienst ihren Einspruch eingelegt.

Die Kette der weiteren Maßnahmen, die mit dem „Anti-Krisen-Gesetz“ Ende Juni verabschiedet oder damit vorbereitet werden, ist endlos und umfangreich. So sollen die Gelder für den Aus- und Neubau von Schulen gekürzt, die Klassen vergrößert und weitere Lehrer „freigesetzt“ werden. U.a. haben die Lehrergewerkschaften ihren Widerstand schon angekündigt. Post-, Bahn- und Nahverkehrstarife sollen erhöht werden, ebenso die Zigarettenpreise. Erst vor gut einem Jahr

laubsgeld per Tarifvertrag um 100 bis 200 DM kürzen wollte. Als vor rund 14 Tagen dank der Enthüllung eines sozialistischen Gewerkschaftsführers der ganze Umfang des Gesetzes bekannt wurde, traten die Arbeiter des Elektrobetriebes ACEC in Charleroi für 24 Stunden in den Streik. Die Stahlarbeiter bereiten sich für nächste Woche auf weitere Streiks gegen die kapitalistische Rationalisierung und Massenentlassungen in der Stahlindustrie vor und haben beschlossen, diesen Kampf mit dem Kampf gegen das „Anti-Krisen-Gesetz“ zu verbinden. Die Metallarbeiter von Charleroi und die christliche Metallarbeitergewerkschaft bereiten ebenfalls Streikaktionen gegen das „Anti-Krisen-Gesetz“ vor. Angesichts dessen werden auch in der Bourgeoisie die Erinnerungen an den Winter 1960/61 wach. Ihre Erinnerungen sind düster. Am 20.12.61 waren rund 1 Million Arbeiter und Angestellte, unterstützt von Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten, in einen drei, teilweise vier Wochen andauernden Streik getreten, der in seinem Verlauf aufstandsähnlichen Charakter annahm. Nur mit dem Einsatz von Militär hatte die belgische Finanzbourgeoisie damals den Kampf der Arbeiterklasse brechen und ihr „Einheitsgesetz“ durchsetzen können. Die Regierung Eyskens war darüber gestürzt, und die Bedingungen für die imperialistische Jagd nach Höchstprofiten waren schwer erschüttert. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Österreich: „Blitzartiger“ Einzug von Reservisten durch Rundfunk

Die bürgerliche Presse meldet „Halbzeit“ bei der 1972 eingeleiteten österreichischen Heeresreform. Um die „Schlagkraft des Heeres“ zu überprüfen, bei der „jeder einzelne zu jeder Zeit einsatzbereit ist“, berief das Parlament eine Alarmübung einer Panzereinheit der Bereitschaftstruppe ein. Das Ergebnis der Alarmübung wurde letzten Mittwoch in einer langen Parlamentssitzung diskutiert: nur 50% der Panzer waren besetzt gewesen. Über alle Differenzen hinweg waren sich alle bürgerlichen Parteien einig: Panzer ohne Fahrer sind im Ernstfall nutzlos. Absicht der Aufregung ist, daß die österreichische Bourgeoisie die Heeresreform schneller durchpeitschen und das Bundesheer weiter ausbauen will. Dazu hatte sie 1977 die Wehrgesetznovelle verabschiedet, nach der zusätzlich 12% eines Jahrgangs über die gesetzlich festgelegte Dienstzeit hinaus zu Reserveübungen eingezogen werden können. Aus der Alarmübung folgert nun Armeekommandant Spannocchi: „Der nächste Schritt müsse zwangsläufig sein, auch die Reservisten via ORF (österreichischer Rundfunk) in die Kasernen zu rufen. Unruhe unter der Bevölkerung dürfe ein derartiger Probealarm nicht auslösen.“ Der Wehrsprecher der Volkspartei, Josseck, zollt seinen Beifall: „Man muß die Leute daran gewöhnen, daß eine probeweise Mobilisierung nicht ein Krisensymptom, sondern eine Alltäglichkeit ist.“ (Presse, 10.6.)

Kurz vor der Alarmübung wurde vom Bundesministerium der Landesverteidigung eine Broschüre über „Abhaltestrategie – Raumverteidigung – Landwehr“ veröffentlicht, in der „Mißverständnisse über die Raumverteidigung“ (KVZ 49/77) ausgeräumt werden. Eines davon war, daß bei einer Aggression der sozialimperialistischen Supermacht nur bestimmte Kernstücke des Landes verteidigt würden. „Der Abwehrkampf wird nicht irgendwo im Gebirge, sondern selbstverständlich an der Staatsgrenze aufgenommen.“ Städte wie Innsbruck und Wien sollen nicht aufgegeben, sondern durch vorgelagerte „Schlüsselzonen“ verteidigt werden.

In diesen Gebieten soll vor allem die Landwehr stationiert werden, die aus ortsansäßigen Reservisten gebildet wird, da damit ein „hoher Identifizierungsgrad ... und Sicherstellung einer echten ‚soldatischen Heimat‘ für alle Landwehr-Soldaten“ gegeben sei. Verlassen mag sich die Bourgeoisie darauf nicht, sie geht im Gegenteil von vornherein vom Kampf der Volksmassen gegen den imperialistischen Krieg aus: „Das Kriegsbild von heute läßt überhaupt erkennen, daß im Falle eines Krieges mit Feindeinwirkungen gegen die gesamte Tiefe des Staatsgebietes, gegen alle Bereiche des staatlichen Lebens gerechnet werden müßte. Österreich wappnet sich dagegen ... durch die Vorsorgen und Maßnahmen der umfassenden Landesverteidigung, welche die Teilbereiche der geistigen, militärischen, wirtschaftlichen und zivilen Landesverteidigung umfassen.“ In diesem Zusammenhang verwahrt sich Armeekommandant Spannocchi auch dagegen, die Verteidigung als Partisanenkampf zu begreifen: „Jedem abrüstenden Soldaten sein Sturmgewehr mitzugeben, will man doch nicht riskieren.“ (Presse, 24.5.)

Die österreichische imperialistische Bourgeoisie begründet die Aufrüstung des Bundesheeres mit der „Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit in der Bewahrung einer absoluten Neutralität“. In Wirklichkeit ist der Ausbau des Militärapparates Bestandteil ihrer imperialistischen Kriegsvorbereitung, die sie an der Seite der NATO betreibt. Das neue NATO-Langzeitprogramm war ihres Beifalls gewiß. Wenn die sozialimperialistische Supermacht – Mahnung und Drohung zugleich – über die „gefährliche Liebschaft BRD – Österreich“ („Sowjetunion heute“) herzieht und dabei auf den 1955 geschlossenen Neutralitätsvertrag Österreichs verweist, lächelt die österreichische Bourgeoisie erhaben über solche Vorwürfe: „Nun bietet aber einerseits der Staatsvertrag selbst die Möglichkeit, die betreffenden Artikel abzuändern, andererseits könnte eine den modernen Gegebenheiten entsprechende Interpretation Österreich aus dieser Zwangslage befreien.“ („Bundesheerzeitschrift“ des Verteidigungsministeriums)

Die österreichische Bourgeoisie hat noch nie ein Hehl daraus gemacht, auf wessen Seite sie steht. 1966 erklärte der österreichische Außenminister vor dem Europarat: „Ich erinnere daran, daß zwischen den beiden Weltkriegen die paneuropäische Bewegung von Österreich ausgegangen ist, aus der sich die europäische Aktivität entwickelt hat. Nach wie vor ist die engste Zusammenarbeit Europas unser letztes Ziel. Halten wir uns ständig vor Augen, daß, abgesehen von einigen anderen europäischen Staaten, vor allem unsere Brüder und Schwestern in den östlichen Ländern sich als Europäer fühlen ... Wenn uns Europa braucht, sind wir immer da. So war es, so ist es, so wird es auch in Zukunft bleiben.“ Dabei ist es geblieben. Mit Kapital- und Warenexport expandiert die österreichische Bourgeoisie kräftig in ihren „angestammten Besitzstand‘ auf den Balkan und Osteuropa und ist weiterhin „fasziniert von der Aufgabe, neue Handelsströme zu verfolgen und Märkte im Osten zu erschließen.“ (Österreichisches Ost- und Südosteuropäisches-Institut Wien zum Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1976) – (Korrespondentenbericht Wien)

Pläne der Imperialisten zur Spaltung der Bauernmassen Zimbabwes

Der britische Außenminister Dr. Owen hat erklärt, „daß das Vereinigte Königreich innerhalb weniger Tage Fallschirmjäger in ein afrikanisches Land schicken könnte, in der gleichen Stärke wie die französischen Truppen, die in die zairische Provinz Shaba geschickt wurden, um bei der Evakuierung zu helfen". Eine solche „humanitäre" Aktion werde zur Rettung von rund 150000 „schwarzen und weißen britischen Bürgern" in Zimbabwe erwogen (Financial Times, 16.6.78). Die französischen und belgischen Imperialisten haben die Aggression der russischen Sozialimperialisten auf Zaire benutzt, um in der ehemaligen Kolonie Zaire erneut militärisch zu intervenieren. Im Bündnis mit den US-Imperialisten konnten sie andere afrikanische Staaten zwingen, Soldaten für eine „panafrikanische Friedenstruppe" zu stellen, die diese Besetzung unter dem Deckmantel der Verteidigung der Unabhängigkeit unterstützen. Die zairische Notenbank und das Finanzministerium haben sie direkt unter das Kommando eigener Beauftragter gestellt. Die britischen Imperialisten wollen diesen vorübergehenden Erfolg über die Unabhängigkeit Zaires und über die Einheit der afrikanischen Staaten nutzen, um ihre bewaffnete Intervention in Zimbabwe zur Niederschlagung des Befreiungskampfes vorzubereiten. Die Mehrheit der afrikanischen Staaten hat die militärische Besetzung Shabas und den Einsatz afrikanischer Truppen für die Interessen der Imperialisten verurteilt. Die Präsidenten der ehemaligen französischen Kolonien Niger und Benin haben gegen die Bildung der „panafrikanischen Friedenstruppe" unter Führung der westlichen Imperialisten protestiert.

Der liberische Staatspräsident Tolbert hat erklärt: „Die Probleme, die die Einheit unseres Kontinents unterminieren, müssen durch die Afrikaner selbst gelöst werden." In einer Erklärung der Befreiungsorganisation des Volkes von Namibia SWAPO heißt es: „Allein die Organisation für Afrikanische Einheit OAU ist befugt, die Frage der afrikanischen Sicherheit zu diskutieren."

Bei einem Besuch des libyschen Präsidenten Ghadafi in Algier vom 30. Mai bis 6. Juni haben Algerien und Libyen ihre Entschlossenheit bekräftigt, noch enger im Kampf gegen den Imperialismus zusammenzuarbeiten. Im Kommuniqué zum Abschluß des Besuches erklären Präsident Ghadafi und Präsident Boumedienne:

„Die beiden Delegationen haben ... die heftige kolonialistische Offensive gegen Afrika geprüft. Sie sind überzeugt, daß die afrikanischen Völker in der Lage sind, sich gegen diese Offensive zu wehren, und daß die afrikanischen Probleme allein durch die Afrikaner ohne jede fremde Einmischung gelöst werden müssen."

In einer Erklärung, die in der Presse der Dritten Welt mit großer Zustimmung, in der imperialistischen Presse mit großer Beunruhigung zitiert wurde, sagte der tansanische Präsident Nyerere am 8. Juni:

„Tansania wünscht nicht, daß irgend jemand von außerhalb Afrikas Afrika regiert ... Wir in Tansania glauben, daß afrikanische Länder sich allein oder mit Hilfe der OAU gegen solche Aktionen schützen müssen. Die Gefahr für Afrika kommt nicht nur von Nationen im Ostblock. Der Westen meint immer noch, Afrika liege in seinem Einflußbereich, und handelt danach."

In beiden Erklärungen werden die imperialistischen Absichten und der neokolonialistische Betrug mit der „panafrikanischen Friedenstruppe" angegriffen. Präsident Nyerere:

„Westeuropa und die USA sind daran interessiert, fortgesetzten Zugang zu den Bodenschätzen Afrikas zum Nutzen ihrer eigenen Wirtschaft zu haben ... Von Paris ist dieses Gerede von einer panafrikanischen Sicherheitstruppe ausgegangen. In Paris und später in Brüssel finden Treffen statt, um diese und andere Fragen zu diskutieren, die mit der ‚Freiheit' Afrikas zusammenhängen. Die OAU tritt im Juli in Khartoum zusammen, aber uns wird gesagt, daß die Freiheit Afrikas und ihre Verteidigung in Paris und Brüssel diskutiert werden ... Was immer die offizielle Tagesordnung der Treffen in Paris und Brüssel ist, sicher diskutieren sie nicht die Freiheit Afrikas. Sie diskutieren die weitere Beherrschung Afrikas und den weiteren Mißbrauch Afrikas durch die westlichen Mächte. Die Treffen sollen zusammen eine zweite Berliner Konferenz werden ... Dieses Gerede in Europa über eine panafrikanische Sicherheitstruppe ist eine Beleidigung Afrikas ... Die Truppe ist ein Instrument des Neokolonialismus auf unserem Kontinent."

Der algerische und der libysche Staatspräsident

„erklären, daß sie die militärische Intervention des Neokolonialismus in der Westsahara, in Shaba und im Tschad vollständig verurteilen ... Die Politik, Fallschirmjäger und Flugzeuge einzusetzen, ist nichts als eine moderne Kanonenbootpolitik, die von der Geschichte verurteilt ist und deren Konsequenzen die Unruhestifter mit Sicherheit zu tragen haben. Denn die Völker werden sich durch die Argumente nicht täuschen lassen, mit denen der Kolonialismus versucht, sich ihre Reichtümer anzueignen und sie in ihrer Existenz zu bedrohen."

Der Kampf für die Einheit Afrikas, für eine neue Weltwirtschaftsordnung und gegen die imperialistischen Bündnisse ist die Antwort der afrikanischen Staaten auf die Spaltungen und Drohungen der Imperialisten.

„Es kann eine gute Sache sein, wenn die OAU sich darauf einigt, ein afrikanisches Oberkommando und eine panafrikanische Sicherheitstruppe aufzustellen ... Aber bis jetzt hat die OAU noch keine solche Entscheidung getroffen ... Solange aber Afrika durch die OAU eine solche Entscheidung nicht getroffen hat, wird es keine panafrikanische Sicherheitstruppe geben, die die Freiheit Afrikas verteidigt ... Wir haben die OAU, und trotz ihrer Mängel und Fehler ist sie die einzige bestehende panafrikanische Organisation, die die Freiheit Afrikas gewährleistet ... Früher oder später wird ganz Afrika, solange es nötig ist, gegen den Neokolonialismus kämpfen, wie es gegen den Kolonialismus gekämpft hat." (Präsident Nyerere)

„Die vollständige Befreiung des afrikanischen Kontinents wird ein entscheidender Faktor bei der Durchsetzung der neuen Weltwirtschaftsordnung sein ... Beide Seiten bekräftigen ihre Unterstützung für die Prinzipien der Bündnisfreiheit, die ein dynamisches und entscheidendes Instrument im weltweiten Konflikt ist für den Sieg der Völker, die Sicherung des Friedens und für die internationale Sicherheit." (Algerisch-libysche Erklärung) – (Z-Red.)

Erklärungen der Präsidenten von Tansania, Algerien und Libyen zur „panafrikanischen Sicherheitstruppe"

Am 6. Juni veröffentlichte die Londoner „Financial Times" den Bericht eines Sonderkorrespondenten unter der Überschrift „Ein Problem für Rhodesien – der Hunger der Afrikaner nach mehr Land". Der Bericht befaßt sich mit Überlegungen in der Siedlerregierung zur Landfrage. Man könnte der Ansicht sein, es handele sich um leeres Gerede. Denn die Kolonialisten und ihr Anhang debattieren über Land, das sie bereits zum Großteil nicht mehr haben. Die Befreiungsstreitkräfte des Landes kontrollieren drei Viertel des Gebietes Zimbabwes. Die Überlegungen zur „Landverteilung" sind aber mehr als Gerede.
Der Landraub am Volk von Zimbabwe durch die weißen Kolonialisten soll auf keinen Fall aufgehoben werden:
„Keines der Verteilungsschemata, die gegenwärtig vorgebracht werden, sieht größere Veränderungen in der
landlosen Bauern als Landarbeiter durch 6600 Siedler für die Profite der Imperialisten ändern.
„Zum Beispiel versichert Mr. Ernest Bulle, Vizepräsident des UANC (der Partei Muzorewas, Red.) und nun Mit-Minister für Finanzen, weißen Farmern, ‚kein vernünftiger Mensch werde sie stören wollen'. Er fügte hinzu, daß eine UANC-Regierung versuchen würde, Land aufzukaufen und zu verteilen, das abwesenden Grundbesitzern gehört oder das von ansässigen Farmern nicht produktiv genutzt wird."
„Sie (die Regierung) darf nicht einfach die ärmlichen Anbaumethoden der Subsistenz-Landwirtschaft exportieren ... Mehreren Planungen ist deshalb die Idee gemeinsam, daß verteiltes Land an die besten afrikanischen Farmer gehen sollte und daß es auf Grundeigentums-Basis gehalten werden sollte, um Kapitalinvestitionen zu
verteilen wäre. Deswegen betonen viele Planungen die Notwendigkeit intensiver Anbaumethoden auf einem Großteil des verteilten Landes, mit kleinen, gut bewässerten Landstücken, die hohe Erträge bringende Feldfrüchte produzieren."
Wie werden die „besten schwarzen Farmer" herausgefunden? Was den Siedlern in Salisbury vorschwebt, ist die Anwerbung von Spitzeln und Verrätern in den Reservaten, den Tribal Trust Lands (Stammesland), mit dem Versprechen auf Land. „Weiße Farmen" werden zunehmend verlassen, weil die Kolonialisten vor dem Befreiungskampf fliehen oder erschossen werden. Vergeblich hat das Kolonialregime in den letzten Jahren mit hohen Summen versucht, neue Siedler für diese Farmen zu finden, um sie als Bastionen gegen den Befreiungskampf halten zu können. Was mit weißen
nen, gut bewässerten Grundstücken" angesiedelt werden. Das heißt, sie müßten Kredite aufnehmen und wären von Anfang an fest in der Hand der Banken, was die Sache profitabel macht.
Die Versuche der Imperialisten, die Bauernmassen Zimbabwes zu spalten durch die Schaffung einer kleinen Schicht angeblich „reicher" schwarzer Bauern, sind nicht neu. 1930 wurden „African Purchase Areas" eingerichtet, wo „afrikanische Bauern mit erprobter Fähigkeit Land als Besitz kaufen können" (Financial Times). Ein Prozent der Bauern Zimbabwes produziert auf solchen Farmen. Auch dem Siedlerregime ist bekannt, daß sie sich großteils der Unterstützung des Befreiungskampfes angeschlossen haben, weswegen die Söldnertruppen vor wenigen Wochen eine Versammlung von ihnen überfielen und über 80 erschossen. Es handelt sich um imperialisti-
schen Staaten hat die militärische Besetzung Shabas und den Einsatz afrikanischer Truppen für die Interessen der Imperialisten verurteilt. Die Präsidenten der ehemaligen französischen Kolonien Niger und Benin haben gegen die Bildung der „panafrikanischen Friedenstruppe" unter Führung der westlichen Imperialisten protestiert.
„Tansania wünscht nicht, daß irgend jemand von außerhalb Afrikas Afrika regiert ... Wir in Tansania glauben, daß afrikanische Länder sich allein oder mit Hilfe der OAU gegen solche Aktionen schützen müssen. Die Gefahr für Afrika kommt nicht nur von Nationen im Ostblock. Der Westen meint immer noch, Afrika liege in seinem Ein-
„erklären, daß sie die militärische Intervention des Neokolonialismus in der Westsahara, in Shaba und im Tschad vollständig verurteilen ... Die Politik, Fallschirmjäger und Flugzeuge einzusetzen, ist nichts als eine moderne Kanonenbootpolitik, die von der Geschichte verurteilt ist und deren Konsequenzen die Unruhestifter mit Sicher-
zung der neuen Weltwirtschaftsordnung sein ... Beide Seiten bekräftigen ihre Unterstützung für die Prinzipien der Bündnisfreiheit, die ein dynamisches und entscheidendes Instrument im weltweiten Konflikt ist für den Sieg der Völker, die Sicherung des Friedens und für die internationale Sicherheit." (Algerisch-libysche Erklärung) – (Z-Red.)

Erklärungen der Präsidenten von Tansania, Algerien und Libyen zur „panafrikanischen Sicherheitstruppe"

Am 6. Juni veröffentlichte die Londoner „Financial Times" den Bericht eines Sonderkorrespondenten unter der Überschrift „Ein Problem für Rhodesien – der Hunger der Afrikaner nach mehr Land". Der Bericht befaßt sich mit Überlegungen in der Siedlerregierung zur Landfrage. Man könnte der Ansicht sein, es handele sich um leeres Gerede. Denn die Kolonialisten und ihr Anhang debattieren über Land, das sie bereits zum Großteil nicht mehr haben. Die Befreiungsstreitkräfte des Landes kontrollieren drei Viertel des Gebietes Zimbabwes. Die Überlegungen zur „Landverteilung" sind aber mehr als Gerede.

Der Landraub am Volk von Zimbabwe durch die weißen Kolonialisten soll auf keinen Fall aufgehoben werden:

„Keines der Verteilungsschemata, die gegenwärtig vorgebracht werden, sieht größere Veränderungen in der weißen Farmwirtschaft vor." Nichts soll sich nach dem Willen der „Übergangsregierung" Ian Smith's an der Ausplünderung des Landes und der Ausbeutung von mehr als 350000 landlosen Bauern als Landarbeiter durch 6600 Siedler für die Profite der Imperialisten ändern.

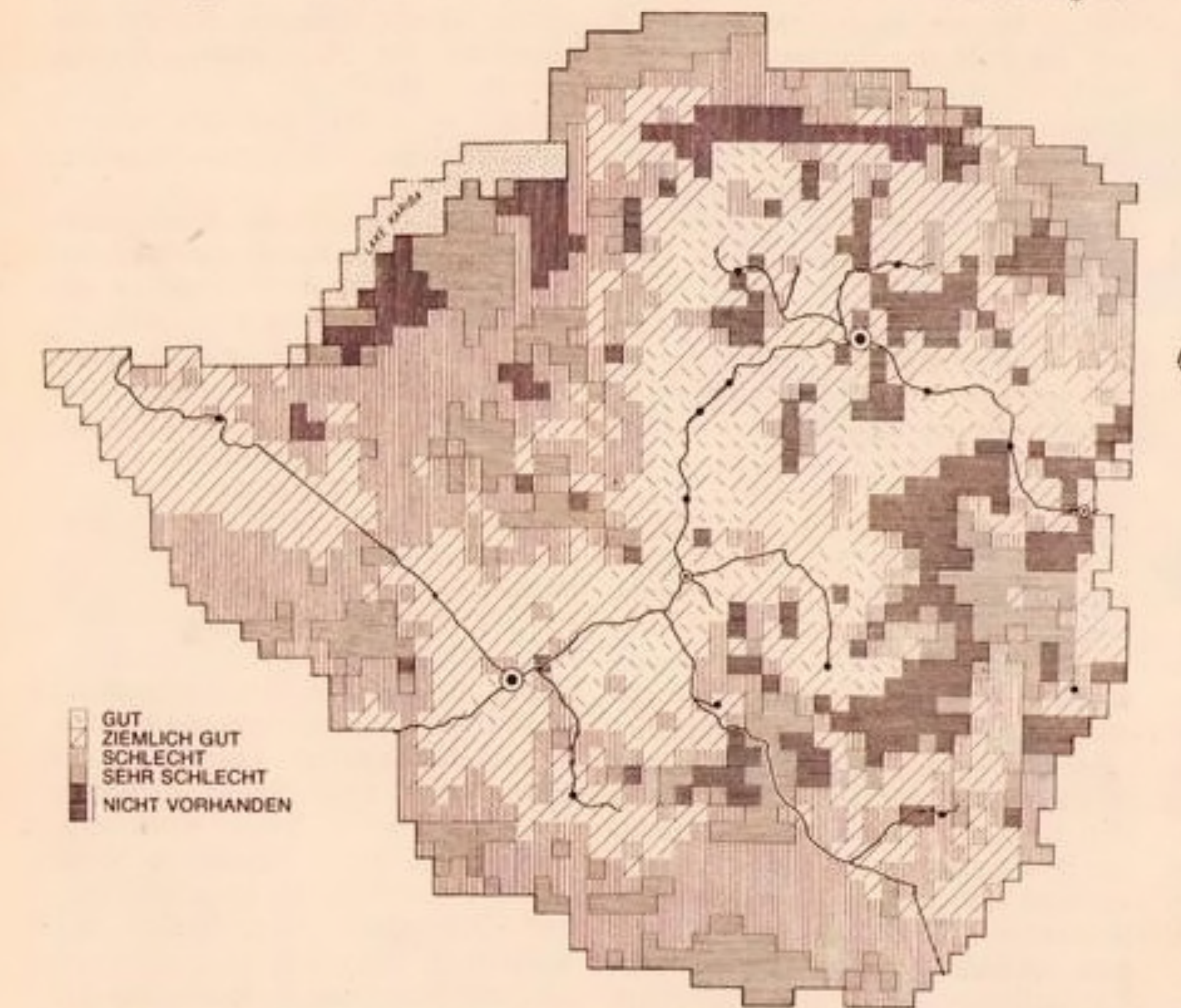
„Zum Beispiel versichert Mr. Ernest Bulle, Vizepräsident des UANC (der Partei Muzorewas, Red.) und nun Mit-Minister für Finanzen, weißen Farmern, ‚kein vernünftiger Mensch werde sie stören wollen'. Er fügte hinzu, daß eine UANC-Regierung versuchen würde, Land aufzukaufen und zu verteilen, das abwesenden Grundbesitzern gehört oder das von ansässigen Farmern nicht produktiv genutzt wird."

„Sie (die Regierung) darf nicht einfach die ärmlichen Anbaumethoden der Subsistenz-Landwirtschaft exportieren ... Mehreren Planungen ist deshalb die Idee gemeinsam, daß verteiltes Land an die besten afrikanischen Farmer gehen sollte und daß es auf Grundeigentums-Basis gehalten werden sollte, um Kapitalinvestitionen zu fördern."

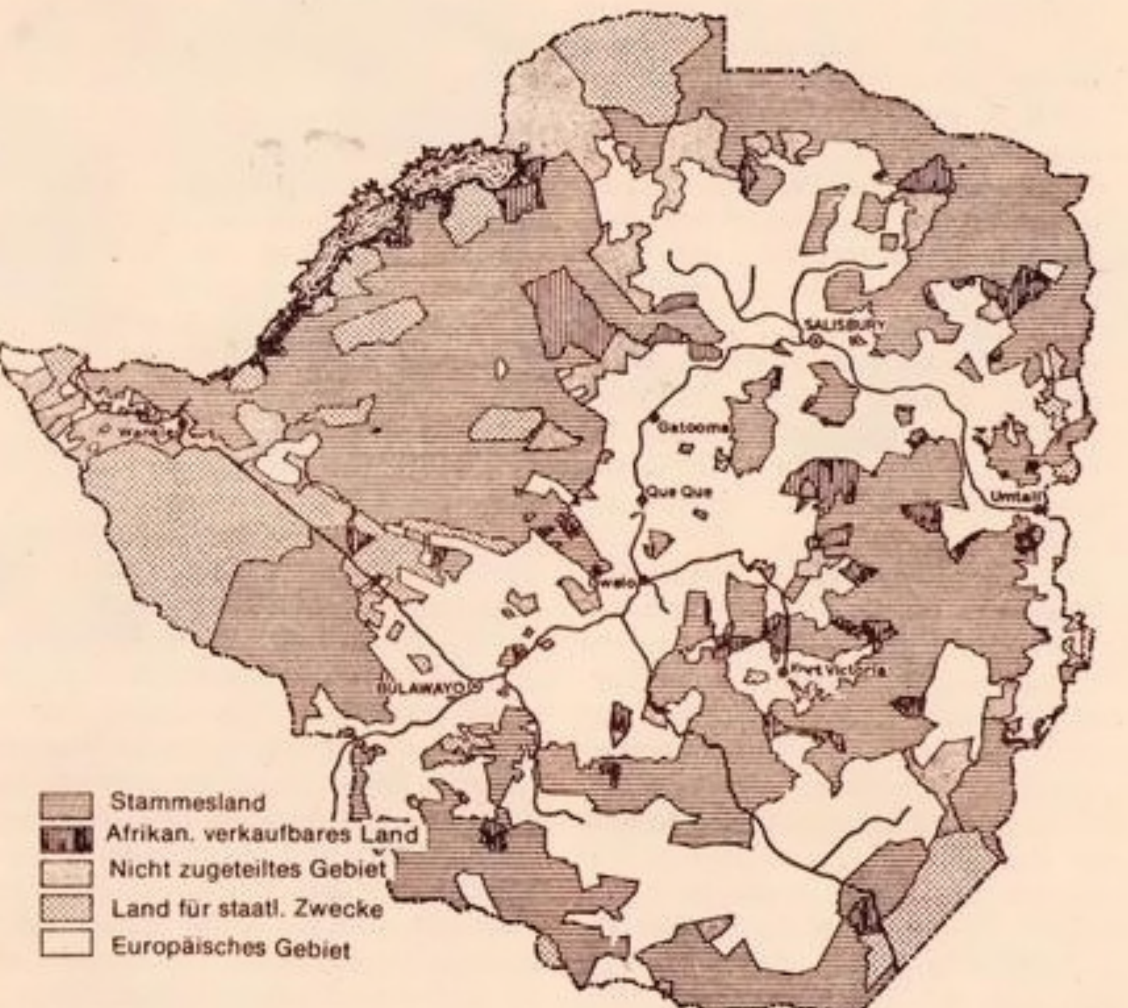
„Es gibt nicht annähernd genug schlecht genutztes weißes Farmland, das an die besseren afrikanischen Farmer für extensive Landbebauung zu verteilen wäre. Deswegen betonen viele Planungen die Notwendigkeit intensiver Anbaumethoden auf einem Großteil des verteilten Landes, mit kleinen, gut bewässerten Landstücken, die hohe Erträge bringende Feldfrüchte produzieren."

Wie werden die „besten schwarzen Farmer" herausgefunden? Was den Siedlern in Salisbury vorschwebt, ist die Anwerbung von Spitzeln und Verrätern in den Reservaten, den Tribal Trust Lands (Stammesland), mit dem Versprechen auf Land. „Weiße Farmen" werden zunehmend verlassen, weil die Kolonialisten vor dem Befreiungskampf fliehen oder erschossen werden. Vergeblich hat das Kolonialregime in den letzten Jahren mit hohen Summen versucht, neue Siedler für diese Farmen zu finden, um sie als Bastionen gegen den Befreiungskampf halten zu können. Was mit weißen Siedlern nicht gelang, soll mit schwarzen Bauern versucht werden – Stützpunkte der Konterrevolution in befreiten oder halbbefreiten Gebieten zu schaffen. Die Bauern sollen auf „kleinen, gut bewässerten Grundstücken" angesiedelt werden. Das heißt, sie müßten Kredite aufnehmen und wären von Anfang an fest in der Hand der Banken, was die Sache profitabel macht.

Die Versuche der Imperialisten, die Bauernmassen Zimbabwes zu spalten durch die Schaffung einer kleinen Schicht angeblich „reicher" schwarzer Bauern, sind nicht neu. 1930 wurden „African Purchase Areas" eingerichtet, wo „afrikanische Bauern mit erprobter Fähigkeit Land als Besitz kaufen können" (Financial Times). Ein Prozent der Bauern Zimbabwes produziert auf solchen Farmen. Auch dem Siedlerregime ist bekannt, daß sie sich großteils der Unterstützung des Befreiungskampfes angeschlossen haben, weswegen die Söldnertruppen vor wenigen Wochen eine Versammlung von ihnen überfielen und über 80 erschossen. Es handelt sich um imperialistische Wunschträume. Die Volksmassen Zimbabwes sind dabei, die Landfrage in ihrem Sinn zu lösen: durch Hinauswurf der Imperialisten und ihrer Siedler. – (Korrespondentenbericht London)



Die linke Karte zeigt die Landverteilung nach den Landgesetzen des Siedlerregimes. Mehr als die Hälfte ist Staatsland und „Europäisches Land", das bisher von 6600 schmarotzenden Farmern und verschiedenen imperialistischen Monopolen direkt ausgeplündert wird. In die Reservate („Tribal Trust Land", Stammesland) und die kleinen Gebiete mit Privatbesitz afrikanischer Bauern haben die Imperialisten 4,45 Millionen Zimbabwer, über 80% der Volksmassen, zusammengepfercht. Diesen Zustand wollen die Imperialisten um jeden Preis erhalten.



Die rechte Karte zeigt eine „Wertbestimmung des Landpotentials für landwirtschaftliche Zwecke", die von der geographischen Abteilung der Universität des Siedlerregimes 1974 angefertigt wurde. Die Kolonialforscher haben zur „Wertbestimmung" neben der Bodenqualität noch Werte über Infrastruktur und Bevölkerungsdichte herangezogen. Deutlich wird auf jeden Fall das System der Landaufteilung: die Massen Zimbabwes auf dem schlechtesten Boden zusammenzudrängen, um so mit Sicherheit eine stetige Zufuhr landloser Bauern zur Ausbeutung in Bergwerken, Farmen und Fabriken hervorzubringen.

Finnische Werft in Fünfjahresplan der UdSSR eingegliedert

Den Rekordwert von 2,5 Mrd. Finnmark (Fmk) hat 1977 der Export der finnischen Metallindustrie in die Sowjetunion erreicht. Das macht 30% des gesamten Exports der metallverarbeitenden Industrie Finnlands im vergangenen Jahr. Größter Posten hierbei sind Schiffe und Schiffsausrüstungen. Im Rahmen des 1974 abgeschlossenen 6. Handelsrahmenabkommens für den Zeitraum 1976 bis 1980 mußte sich Finnland verpflichten, Schiffe im Wert von 1,2 Mrd. Rubel (1 Rubel: 5,2 Fmk) an die Sowjetunion zu liefern. Das ist eine gewaltige Zunahme gegenüber dem Fünfjahreszeitraum 1971 bis 1975, in dem Finnland bereits für 350 Mio. Rubel hauptsächlich Tankschiffe liefern mußte. Bereits 1965 schloß die Sowjetunion mit Finnland ein Schiffslieferungsabkommen für den Zeitraum 1966 bis 1970, nach dem Finnland u.a. Tanker im Wert von 40 Mio. Rubel für die Sowjetunion liefern sollte. 1969 mußte die finnische Regierung ihre Unterschrift unter einen Vertrag setzen, der u.a. die zusätzliche Lieferung von 26 Schiffseinheiten festlegte, darunter Eisbrecher, ein Kabelschiff sowie Tanker und Frachtschiffe unterschiedlicher Größe. Die fast vollständige Abhängigkeit Finnlands von sowjetischen Öl- und Erdgaslieferungen, die 1977 drei Viertel der Gesamteinfuhren aus der Sowjetunion ausmachten, nutzen die Sozialimperialisten, um sich über steigende Ölpreise einen immer größeren Anteil an der finnischen Schiffsproduktion unter den Nagel zu reißen. Auf der „Wärtsilä-Werft", mit 8000 Arbeitern die größte Werft Finnlands, sind zur Zeit von insgesamt 20 Schiffsaufträgen neun aus der Sowjetunion, darunter fünf 7600-PS-Bergungsschiffe mit 4200 Tonnen Verdrängung. Nach Angaben dieser Werft „komme es ... z.Z. darauf an, den Anschluß an den nächsten Fünfjahresplan der UdSSR ab 1981 mit sicher neuen Schiffsaufträgen zu gewinnen" (Nordseezeitung, 3.6.78). Das heißt nichts anderes, als daß die finnische Werft bis 1981 die jetzt laufenden sowjetischen Aufträge erledigt haben muß, um die entsprechenden Kapazitäten für die Schiffsaufträge des neuen Fünfjahresplans der Sowjetunion zu schaffen.

Professor Dahrendorf: an Malta Zähne ausgebissen

Professor Ralf Dahrendorf, Direktor der London School of Economics, ist aus Maltas Kommission für höhere Erziehung zurückgetreten. „Ich kann nicht fortfahren, mit der Politik in der höheren Erziehung identifiziert zu werden, die meine Wertvorstellungen verletzt, gegen meine Erfahrungen ist und völlig den Empfehlungen widerspricht, die ich in der Vergangenheit gegeben habe", schrieb Dahrendorf in seinem Rücktrittsbrief. Die maltesische Regierung beginnt sich des kolonialen Erbes im Bildungswesen zu entledigen. Die Universität, 1769 unter der Herrschaft des Johanniter-Ordens gegründet, wurde bald nach der Besetzung der Insel im Jahr 1800 von den Briten übernommen. Sie benutzten sie als Indoktrinations- und Zuchtanstalt für die kleine Zahl von Kompradoren, die für ihre Geschäfte und die Unterdrückungstätigkeit nützlich waren. Bis heute sind die Fakultäten Jura und Medizin beherrschend, naturwissenschaftliche Fächer gibt es überhaupt nicht. Malta verfolgt seit der Unabhängigkeit 1964 zunehmend eine Politik der Selbständigkeit von den Imperialisten. Die britische Flotte, die ebenso wie die NATO ihr Mittelmeer-Hauptquartier auf der Insel hatte, muß bis zum nächsten Jahr völlig abgezogen sein. Die Universität ist immer noch von ausländischen, vor allem britischen Professoren beherrscht und ein Sumpf reaktionärer Ideologien. Jetzt wurde sie von der Regierung unter enge Kontrolle genommen. Gelder werden nur noch monatlich bewilligt, die Einstellung neuer Professoren ist untersagt. Die Fakultäten Medizin, Architektur und Ingenieurwesen werden zu der neuen Universität verlagert, in der vor allem Naturwissenschaften gelehrt werden sollen. Die Studenten sollen in Zukunft im Wechsel sechs Monate arbeiten, sechs Monate studieren. Der erfahrene Imperialist Dahrendorf, früher Reform-Universitätsdirektor in Konstanz, danach Staatssekretär im Außenministerium, schließlich EG-Kommissar, hatte sich eingeschlichen, um jeden wirklichen Fortschritt zu größerer Selbständigkeit zu verhindern. Sein Rücktritt ist das Eingeständnis der Niederlage.

Anteil an der finnischen Schiffsproduktion unter den Nagel zu reißen. Auf der „Wärtsilä-Werft", mit 8000 Arbeitern die größte Werft Finnlands, sind zur Zeit von insgesamt 20 Schiffsaufträgen neun aus der Sowjetunion, darunter fünf 7600-PS-Bergungsschiffe mit 4200 Tonnen Verdrängung. Nach Angaben dieser Werft „komme es ... z.Z. darauf an, den Anschluß an den nächsten Fünfjahresplan der UdSSR ab 1981 mit sicher neuen Schiffsaufträgen zu gewinnen" (Nordseezeitung, 3.6.78). Das heißt nichts anderes, als daß die finnische Werft bis 1981 die jetzt laufenden sowjetischen Aufträge erledigt haben muß, um die entsprechenden Kapazitäten für die Schiffsaufträge des neuen Fünfjahresplans der Sowjetunion zu schaffen.
Professor Dahrendorf: an Malta Zähne ausgebissen
Professor Ralf Dahrendorf, Direktor der London School of Economics, ist aus Maltas Kommission für höhere Erziehung zurückgetreten. „Ich kann nicht fortfahren, mit der Politik in der höheren Erziehung identifiziert zu werden, die meine Wertvorstellungen verletzt, gegen meine Erfahrungen ist und völlig den Empfehlungen widerspricht, die ich in der Vergangenheit gegeben habe", schrieb Dahrendorf in seinem Rücktrittsbrief. Die maltesische Regierung beginnt sich des kolonialen Erbes im Bildungswesen zu

US-Textilarbeiter gegen Ruinierung ihrer Gesundheit

„Präsident Carter . . . hat angeordnet, daß vorgeschlagene Regulierungen zum Schutz von Arbeitern vor Erkrankung durch Baumwollstaub wesentlich abgeschwächt werden müssen, da sie inflationär seien." (New York Times, 7.6.78)

Seit Jahrzehnten kämpfen die Textilarbeiter in den USA darum, daß die „Braune Lunge" (Bysinossis), die durch jahrelanges Einatmen von Baumwollstaub entsteht und zu einem Absterben von Teilen der Lunge, bis zur Lähmung und zum möglichen Tod führt, überhaupt von den Kapitalisten und dem Staat als Berufskrankheit anerkannt wird. Man schätzt, daß von den 1 Mio. Textilarbeitern und ihren Rentnern in den USA etwa 100000 an der Krankheit leiden.

„Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetz von Staats wegen die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?", fragte Marx im 1. Band des „Kapital" (S. 505) bei der Untersuchung der Lage der Arbeiter im entstehenden kapitalistischen Fabriksystem in England. Immerhin war den englischen Kapitalisten die Bysinossis seit 1831 offiziell „bekannt", und 1941 wurde sie endlich als Berufskrankheit anerkannt. Aber die Kapitalisten in den USA leugnen ihre *Existenz* bis heute. Als sie Anfang 1977 schließlich von einer drohend anwachsenden politischen Bewegung unter den Textilarbeitern – die sich im Süden, wo die Gewerkschaften bis heute von den Kapitalisten aus den Fabriken und Arbeiterdörfern herausgehalten worden sind, in Komitees organisiert haben, vor allem der „Karolina Brown Lung Association" –, schließlich vor einen Untersuchungsausschuß in Washington gezwungen wurden, erklärten sie, man müsse den Zusammenhang zwischen der Arbeit in ihren Fabriken und den Lungenbeschwerden der Arbeiter erst mal beweisen. Eine Erhöhung des „Staubstandards" und die Zahlung von Renten an die erkrankten Arbeiter werde die Textilindustrie ruinieren. Auf 6 Mrd. Dollar bezifferten sie allein die Kosten von Entstaubungsanlagen – allerdings ein Beweis für ihre verbrecherische Gleichgültigkeit gegenüber den „einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen" in den Fabriken bisher. Überdies steht das ganze System der Unfall- und Berufskrankheiten-Versicherungen bei Privatgesellschaften für sie auf dem Spiel, wonach die Beträge der Kapitalisten umso geringer sind, je weniger anerkannte Versicherungsfälle es gibt. In Süd-Karolina war 1977 z.B. *ein* Fall von Bysinossis anerkannt! –

Nach den Hearings beschuldigten die Kapitalisten die wenigen Zeitungen, die überhaupt berichtet hatten, den Textilarbeitern unnötige Publizität zu geben. R. Armstrong vom Arbeitgeberverband: „Sie machen die Zeitung mit einem Blickfänger, was für lie Tränendrüse, auf. Ungefähr: ‚Hier sehen Sie die arme Emmi Grau, die einst glücklich und gesund war. Jetzt kann sie kaum noch gehen. Jeder Atemzug ein Kampf. Der Grund? Emmi arbeitete dreißig Jahre in einer Baumwollfabrik. Sie hat Bysinossis, eine lähmende und oft tödliche Krankheit, die von eingeatmetem Baumwollstaub verursacht wird'." (Columbia Journalism Review März/April 1978) – Der Haß dieser



Textilarbeiter demonstrieren für die Anerkennung der „Braunen Lunge" als Berufskrankheit.

Bourgeois galt konkret einer Gruppe von alten Textilarbeitern, Männer und Frauen, die zu den Hearings gekommen waren und eine politische Demonstration daraus gemacht hatten. Sie hatten selbstgemalte Schilder dabei, auf denen stand: „Baumwollstaub ist tödlich . . . er tötet *mich*". Und : „Wir haben euren Staub geschluckt, eure Lügen werden wir nicht schlucken!" – (Z-Red.)

Carter – ein Ehrenberg von Weltformat

Selig sind, die da Leid tragen . . . denn Carter nimmt sich ihrer an

Im Mai fand in Genf die 31. Jahrestagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen statt. Dem Amerika-Dienst, der von den Kennedy-Häusern in der BRD herausgegeben wird, ist es zu danken, daß auch in der Bundesrepublik bekannt wird, wer – zusammen mit der WHO – die Welt vor Not und Krankheit bewahren wird: Missionar Carter und sein Magier Califano. „Als Leiter der amerikanischen Delegation gab Califano im Auftrag Präsident Carters neue amerikanische Initiativen auf dem Gebiet des internationalen Gesundheitswesens bekannt", schreibt der „Amerika-Dienst".

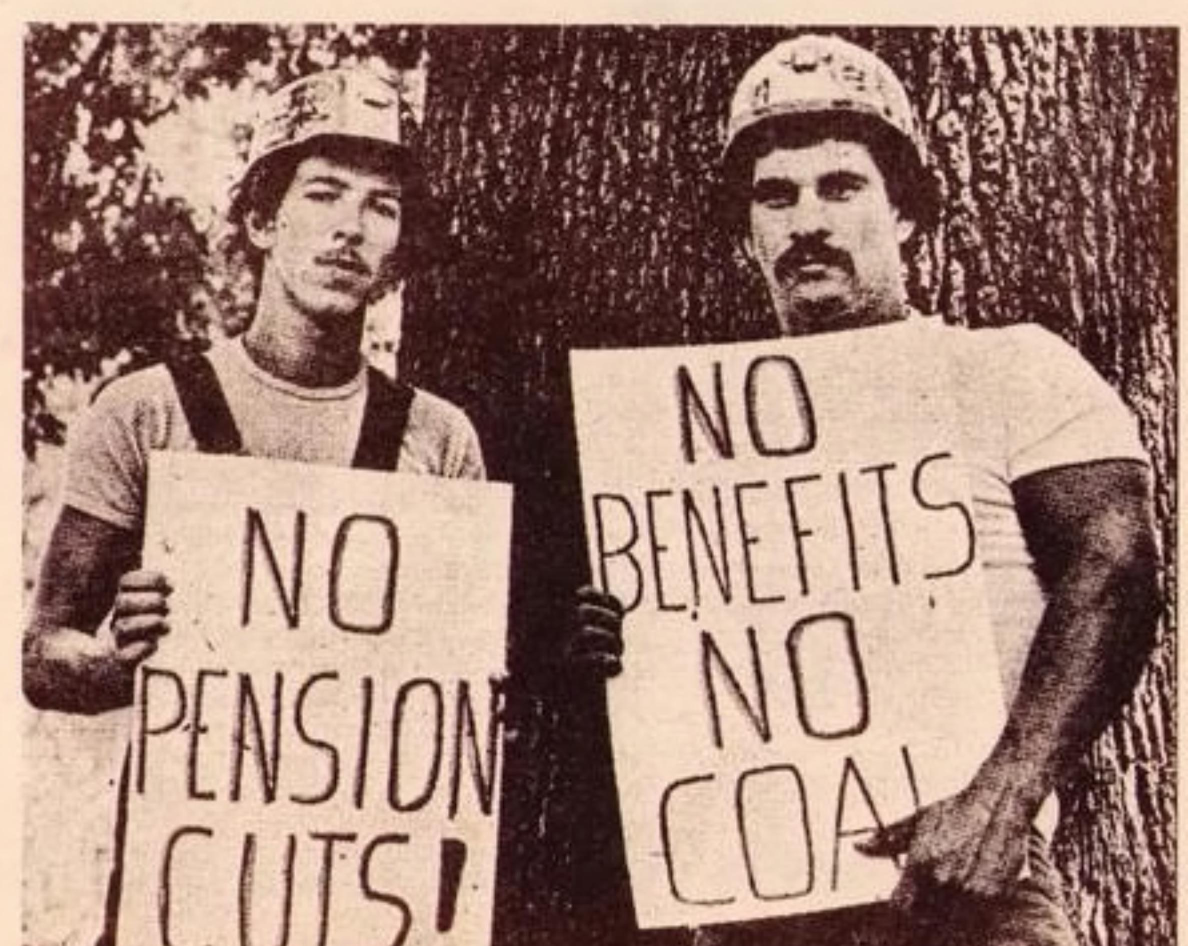
Carter war vor der Präsidentschaftswahl angetreten mit einem milliardenschweren Plan zu einer nationalen Gesundheitsversicherung. Bis heute gibt es noch nichts davon. Verschiedene Komitees haben sich damit beschäftigt, den Plan zu strecken und zu beschneiden, bevor er überhaupt ins Abgeordnetenhaus kommt. Gleichzeitig ist der bestehende Haushaltstitel Gesundheit, Ausbildung und Wohlfahrt um eine Milliarde Dollar gekürzt worden. Langwierige Krankenhausbehandlung für Rentner wurde aus Kostengründen abgeschafft. Wer nicht schnell gesund wird, wird abgeschoben, in ein privates Sterbehospiz, sofern er zahlen kann, wenn nicht, nach Hause. Die Zahl der Personen, die unter der offiziellen Armutsgrenze leben, ist seit 1968 ununterbrochen gestiegen und betrug schon 1973 über 44 Millionen. Durch das staatliche Armenprogramm werden sie systematisch gespalten und unter staatlicher Aufsicht gehalten. Über 180 verschiedene Ausgabenposten weist der „Haushalt gegen die Armut" auf, von der Ausgabe von Lebensmittelkarten über die Hilfe für landwirtschaftliche Wanderarbeiter bis zum Mietzuschuß für behinderte Kriegsveteranen. Helmut Schmidt hätte seine helle Freude daran.

Den Imperialisten, die dafür verantwortlich sind, sollen die Völker der Welt sich also jetzt anvertrauen. „Rasches Bevölkerungswachstum verzögert in vielen Nationen den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und belastet Familien und Gemeinwesen" warnt Califano die WHO-Konferenz und bietet die Mitarbeit der USA bei Programmen für Familienplanung an.

Von den Krankenhäusern des kennedyanischen Friedenskorps in Kolumbien, wo Männer wie Frauen kostenlos und ohne ihr Wissen sterilisiert wurden, bis zum Zwangssterilisationsprogramm auf der US-Kolonie Puerto Rico, wo über ein Drittel aller Frauen im gebährfähigen Alter inzwischen zwangssterilisiert worden sind, haben die USA in den Ländern der Dritten Welt nicht nur für angemessene Gesundheit sondern auch für angemessene Bevölkerung gesorgt. Präsident Johnson blieb es vorbehalten, dafür den Leitspruch zu prägen: „Besser einen Guerillero im Uterus getötet als auf der Straße."

„Auch sollten nach amerikanischer Ansicht die Impfprogramme in den Entwicklungsländern ausgebaut und verbessert werden. Denn obgleich es wirksame Impfstoffe gibt, erhalten dort weniger als 10% der Kinder Schutzimpfungen gegen Krankheiten, die vermeidbar wären. Fünf Millionen sterben jedes Jahr nur aus diesem Grunde." Man spürt die Krokodilstränen, die dem Reptil übers Gesicht laufen, während es sich die Profite ausrechnet, die die Pharmaindustrie hier aus den Ländern der Dritten Welt holen kann. Von der Entwicklung einer eigenen Impfstoffproduktion in diesen Ländern ist in seinen Vorschlägen nicht die Rede. Stattdessen fühlt sich der Stellvertreter des obersten Predigers berufen, den Ländern die Geschichte ihrer eigenen Erbsünde zu erzählen: Wenn fünf Millionen sterben, weil die Regierungen der Dritten Welt die vorhandenen wirksamen Impfstoffe nicht einsetzen, haben sie diese Millionen nicht auf dem Gewissen? „Stünde überall sauberes Trinkwasser zur Verfügung, brauchten schätzungsweise jährlich 50 Millionen Menschen nicht zu sterben" sagt Califano. Ist das nicht unverantwortlich von den Regierungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas? Doch das wird ins reine gebracht, denn „die Vereinigten Staaten sind bestrebt, mehr Menschen in den Genuß von sicherem Trinkwasser und den wichtigsten hygienischen Einrichtungen zu bringen."

Die Bergarbeiter der US-Kohlegruben haben im vergangenen Winter einen 14wöchigen Streik äußerst entschlossen durchgestanden, um den



In ihrem Streik haben die US-Bergarbeiter die Forderung nach Zahlung der Gesundheitsversorgung durch die Kapitalisten erhoben.

Angriff der Kapitalisten auf die Kranken- und Rentenversicherung zurückzuschlagen. Die Kohlemonopole wollten Carters Armenprogramm mit dem Abbau der Versicherungszahlungen bereichern. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Versuche der US-Imperialisten, den Völkern der Welt Geburtenbeschränkung und Familienprogramme aufzuzwingen, sind schon auf der Weltbevölkerungskonferenz 1974 kläglich gescheitert. Die Regierungen der Dritten Welt hielten daran fest, daß der Reichtum jedes Landes aus der Arbeit seiner Menschen geschaffen wird, und daß jedes neue Paar Arme den Reichtum vermehrt, sobald es die Produktionsmittel in die Hände bekommt, die die Imperialisten im Besitz haben.

Welche Hoffnungen machen sich die Vertreter des faulenden US-Imperialismus noch, angesichts der Fortschritte der Dritten Welt und des wachsenden Kampfes der Arbeiterklasse, ihr Ehrenbergprogramm im Weltformat durchsetzen zu können? Sie fressen Kreide, ölen ihre Stimme und taktieren: „Die Vereinigten Staaten haben im eigenen Lande wiederentdeckt, welche Bedeutung die Ernährung für die Gesundheit besitzt" sagt Califano der WHO. Man muß das zweimal lesen. Offenbar ist experimentell im Großversuch des Armenprogramms festgestellt worden, daß Menschen, deren Lohn nur für Hundefutter reicht, krank werden. Auch Imperialisten sind nicht unfehlbar, will er damit sagen.

„Den neuen Bestrebungen der WHO, in erster Linie die mittellose Bevölkerung in den Genuß einer allgemeinen Gesundheitsfürsorge zu bringen, lassen die USA jede erdenkliche Unterstützung zukommen." So neu sind diese Bestrebungen überhaupt nicht. Seit es die Vereinten Nationen gibt, gab es Kampf in ihnen gegen die Imperialisten, gegen die Verelendung der Völker und die Ruinierung ihrer Gesundheit als Folge imperialistischer Plünderung. Neu ist, daß dieser Kampf zur Grundlage des Programms der WHO geworden ist, nachdem zahlreiche Länder ihre Unabhängigkeit erreicht haben und die Länder der Dritten Welt jetzt in den Vereinten Nationen in der Mehrheit sind. Ihm wollen die USA „jede erdenkliche Unterstützung zukommen lassen"? Die praktischen Vorschläge Califanos machen deutlich, wohin es gehen soll:

„Es wird erwogen, ob durch ein internationales Gesundheits-Korps die Tätigkeit des US-Friedenskorps im Gesundheitsbereich . . . ausgeweitet werden könnte." Davon träumen die Imperialisten: Ein internationaler Gesundheitsdienst im US-Stil, dem einen Volk ‚angemessene' Sterilisation, dem anderen Abtreibungsverbot, allen zusammen die US-amerikanischen Impfstoffe, verabreicht von Offizieren des ausgeweiteten Friedenskorps.

Wenn die Zeit der Imperialisten auch abgelaufen ist, bleiben sie doch gefährlich. Mit ihrem Kreuzzug für Menschen- und andere Grundrechte sind sie erst am Anfang. Man wird noch einiges von ihnen erwarten können. – (Z-Red.)

ihre *Existenz* bis heute. Als sie Anfang 1977 schließlich von einer drohend anwachsenden politischen Bewegung unter den Textilarbeitern – die sich im Süden, wo die Gewerkschaften bis heute von den Kapitalisten aus den Fabriken und Arbeiterdörfern herausgehalten worden sind, in Komitees organisiert haben, vor allem der „Karolina Brown Lung Association" –, schließlich vor einen Untersuchungsausschuß in Washington gezwungen wurden, erklärten sie, man müsse den Zusammenhang zwischen der Arbeit in ihren Fabriken und den Lungenbeschwerden der Arbeiter erst mal beweisen. Eine Erhöhung des „Staubstandards" und die Zahlung von Renten an die erkrankten Arbeiter werde die Textilindustrie ruinieren. Auf 6 Mrd. Dollar bezifferten sie allein die Kosten von Entstaubungsanlagen – allerdings ein Beweis für ihre verbrecherische Gleichgültigkeit gegenüber den „einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen" in den Fabriken bisher. Überdies steht das ganze System der Unfall- und Berufskrankheiten-Versicherungen bei Privatgesellschaften für sie auf dem Spiel, wonach die Beträge der Kapitalisten umso geringer sind, je weniger anerkannte Versicherungsfälle es gibt. In Süd-Karolina war 1977 z.B. *ein* Fall von Bysinossis anerkannt! –

Nach den Hearings beschuldigten die Kapitalisten die wenigen Zeitungen, die überhaupt berichtet hatten, den

schnell gesund wird, wird abgeschoben, in ein privates Sterbehospiz, sofern er zahlen kann, wenn nicht, nach Hause. Die Zahl der Personen, die unter der offiziellen Armutsgrenze leben, ist seit 1968 ununterbrochen gestiegen und betrug schon 1973 über 44 Millionen. Durch das staatliche Armenprogramm werden sie systematisch gespalten und unter staatlicher Aufsicht gehalten. Über 180 verschiedene Ausgabenposten weist der „Haushalt gegen die Armut" auf, von der Ausgabe von Lebensmittelkarten über die Hilfe für landwirtschaftliche Wanderarbeiter bis zum Mietzuschuß für behinderte Kriegsveteranen. Helmut Schmidt hätte seine helle Freude daran.

Den Imperialisten, die dafür verantwortlich sind, sollen die Völker der Welt sich also jetzt anvertrauen. „Rasches Bevölkerungswachstum verzögert in vielen Nationen den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und belastet Familien und Gemeinwesen" warnt Califano die WHO-Konferenz und bietet die Mitarbeit der USA bei Programmen für Familienplanung an.

Von den Krankenhäusern des kennedyanischen Friedenskorps in Kolumbien, wo Männer wie Frauen kostenlos



In ihrem Streik haben die US-Bergarbeiter die Forderung nach Zahlung der Gesundheitsversorgung durch die Kapitalisten erhoben.

dort weniger als 10% der Kinder Schutzimpfungen gegen Krankheiten, die vermeidbar wären. Fünf Millionen sterben jedes Jahr nur aus diesem Grunde." Man spürt die Krokodilstränen, die dem Reptil übers Gesicht laufen, während es sich die Profite ausrechnet, die die Pharmaindustrie hier aus den Ländern der Dritten Welt holen kann. Von der Entwicklung einer eigenen Impfstoffproduktion in diesen Ländern ist in seinen Vorschlägen nicht die Rede. Stattdessen fühlt sich der Stellvertreter des obersten Predigers berufen, den Ländern die Geschichte ihrer eigenen Erbsünde zu erzählen: Wenn fünf Millionen sterben, weil die Regierungen der Dritten Welt

Angriff der Kapitalisten auf die Kranken- und Rentenversicherung zurückzuschlagen. Die Kohlemonopole wollten Carters Armenprogramm mit dem Abbau der Versicherungszahlungen bereichern. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Versuche der US-Imperialisten, den Völkern der Welt Geburtenbeschränkung und Familienprogramme aufzuzwingen, sind schon auf der Weltbevölkerungskonferenz 1974 kläglich gescheitert. Die Regierungen der Dritten Welt hielten daran fest, daß der Reichtum jedes Landes aus der Arbeit seiner Menschen geschaffen wird, und daß jedes neue Paar Arme den Reichtum vermehrt, sobald es die Produktionsmittel in die Hände be-

gen die Imperialisten, gegen die Verelendung der Völker und die Ruinierung ihrer Gesundheit als Folge imperialistischer Plünderung. Neu ist, daß dieser Kampf zur Grundlage des Programms der WHO geworden ist, nachdem zahlreiche Länder ihre Unabhängigkeit erreicht haben und die Länder der Dritten Welt jetzt in den Vereinten Nationen in der Mehrheit sind. Ihm wollen die USA „jede erdenkliche Unterstützung zukommen lassen"? Die praktischen Vorschläge Califanos machen deutlich, wohin es gehen soll:

„Es wird erwogen, ob durch ein internationales Gesundheits-Korps die Tätigkeit des US-Friedenskorps im Gesundheitsbereich . . . ausgeweitet werden könnte." Davon träumen die Imperialisten: Ein internationaler Gesundheitsdienst im US-Stil, dem einen Volk ‚angemessene' Sterilisation, dem anderen Abtreibungsverbot, allen zusammen die US-amerikanischen Impfstoffe, verabreicht von Offizieren des ausgeweiteten Friedenskorps.

Wenn die Zeit der Imperialisten auch abgelaufen ist, bleiben sie doch gefährlich. Mit ihrem Kreuzzug für Menschen- und andere Grundrechte sind sie erst am Anfang. Man wird noch einiges von ihnen erwarten können. – (Z-Red.)

Die neuen Zaren ernten die Früchte ihrer Bildungsreform

Lehrerkongresse zur Durchsetzung des Rechts auf Kinderarbeit

Während der Frühjahrsaussaat wie der bevorstehenden Ernte setzt die sozialimperialistische Bourgeoisie in der UdSSR in großem Maßstab die Arbeitskraft der Kinder der Volksmassen ein. Im Mai wurden Lehrerkongresse abgehalten, um das Lehrerkorps darauf auszurichten, „weil auf dem Dorf die Fragen der Organisation von Zwischenschul-, Lehr- und Produktionsbrigaden zu langsam gelöst" werden und „die Lehrkörper der Schulen und die Mitarbeiter der Volksbildung auf diesem Gebiet Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel ergreifen". (Freundschaft, 25.5.78)

Die „Probleme der Organisation" bestehen für die neue Bourgeoisie darin, wie sie noch mehr Kinder der Volksmassen insbesondere in der Saat- und Erntezeit in die „Stoßarbeit zum Finish" pressen kann. Ein lohnendes Geschäft ist das für sie, denn die Arbeitskraft wird unentgeltlich vernutzt. Auf dem V. Lehrerkongress in Kasachstan Ende Mai wurde berichtet, daß seit 1970 die Zahl der Schüler, die in „Schülerbrigaden" eingesetzt werden, sich mit 150000, die in 2315 Schülerbrigaden arbeiten, mehr als verdoppelt hat: „Zu einer guten Tradition ist die aktive Teilnahme der Schüler an der gemeinnützigen Arbeit in der Produktion im Laufe des Lehrjahres, so auch während der Sommerferien, geworden." Betrieben wird dies als „Erziehung im Geist der wahren Achtung der Landarbeit". (Freundschaft, 25.5.78) Als neues Programm wurde vom ersten Parteisekretär Kasachstans auf dem Lehrerkongreß verkündet, daß die Lehrer darauf achten sollen, die Jugendlichen rasch in die Berufe zu drängen, in denen der Lohn niedrig, die Verausgabung der Arbeitskraft groß ist: Sie sollen auf den „Feldern und Farmen wirken", und es „muß der große Wunsch der Dorf- und Schuljugend stimuliert werden, in der Schafzucht zu arbeiten".

Die Klage der Funktionäre auf den Kongressen über „Sitzenbleiben" und die Tatsache, daß „viele Schüler immer noch nicht rechtzeitig die achte Klasse beenden", war eher beiläufig. Ein großes Kontingent an jungen Hilfsarbeitern, die per Arbeitsplatzzuweisung im Land herumgeschickt werden, ist ihnen gerade recht. Sowjetische Wissenschaftler haben eine Untersuchung bei Sowchos-Arbeitern in Belo-Rußland durchgeführt und unbekümmert festgestellt, daß drei Viertel der Arbeiter vielleicht vier bis sechs Schulklassen besucht hatten. Löhne von weniger als 60 Rubel sind an der Tagesordnung: Diese sind auch nach den offiziellen sowjetischen Angaben absolut unzureichend, die minimale physische Reproduktion der Arbeitskraft zu sichern.

Damit ernten die Neuen Zaren die Früchte ihrer Reform des Volksbildungswesens, die sie 1966 eingeleitet hatten. Binnen eines Jahrzehnts hat sich die Zahl der Sonderschüler vervierfacht, ebenso stieg die Zahl der Schüler, „die aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage waren, die achtklassige Schule zu beenden, und die dann einen Arbeitsberuf erwerben, der nicht unbedingt Kenntnisse im Umfang der Mittelschule erfordert" (Sowjetskaja Pädagogika), die also von vornherein in die untersten Lohngruppen gedrückt werden. In der Reform drückt sich der imperialistische Charakter des Volksbildungswesens der UdSSR aus: rasche Zurichtung billiger Arbeitskraft auf der einen Seite, Aufzucht von Kadern der herrschenden Bourgeoisie auf der anderen Seite. Gegenüber dem früheren Lehrplan wurde der Pflichtunterricht eingeschränkt und ein Werkunterricht für die Klassen eins bis acht eingeführt. „Entsprechend ihren Kräften und Möglichkeiten meistern die Schüler in den Klassen eins bis acht Methoden der Bearbeitung von Holz, Metall und anderen Stoffen mit einfachstem Werkzeug auf einfachsten Werkbänken, auf dem Lande kommen einfache Landarbeiten dazu." (M. Prokofjew, Minister für Bildungswesen der UdSSR). Gleichzeitig wurde ein „fakultativer Unterricht" eingeführt, „so daß sich die Schüler zum Beispiel mit Pflanzenzucht, Malerei, Musik und Bühnenkunst, Ästhetik oder internationalen Beziehungen eingehender befassen können. Falls die Kinder eine Begabung für Mathematik, Fremdsprachen, Musik oder Sport zeigen, werden sie in entsprechende Schulen aufgenommen." (Sowjetunion heute, Nr. 4/1978)

Unzufrieden sind die Funktionäre der herrschenden Klasse allerdings mit der Durchsetzung des Programms gegen die sowjetische Arbeiterklasse. Es gebe ein „gewisses Zurückbleiben", Werkunterricht und Berufsorientierung müßten weiter „vervollkommnet" werden. Das heimtückische Betrugsmanöver, mit dem die neue Bourgeoisie das Recht auf Kinderarbeit in die 1977 in Kraft getretene Verfassung eingeschmuggelt hat, zeigt ihre Furcht vor den Massen. Während im Verfassungsentwurf, der überall publiziert wurde, das Verbot der Kinderarbeit ausdrücklich angeführt wurde, heißt es im verabschiedeten Verfassungstext im Artikel 42 zum „Recht auf Schutz der Gesundheit": „Dieses Recht wird gesichert . . . durch besondere Sorge um die Gesundheit der heranwachsenden Generation, einschließlich des Verbots der Kinderarbeit, die nicht mit der Ausbildung und Erziehung zur Arbeit verbunden ist." In diesem Zusammenhang rühmt die „Freundschaft" aus Kasachstan den Einsatz von Jugendlichen als „junge Schäfer . . ., die als Jäter und Treiber bei den Pflügen dienen und häufig nur Kost und Kleidung erhalten." – (Z-Red.)

Die neuen Gesetze zur „Inneren Sicherheit“

Allein beim Strafprozeßrecht 18 Änderungen

Am 26.4.1977 bringt die CDU/CSU einen Entwurf zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des inneren Friedens im Bundestag ein:

„Dem geltenden wirkungslosen Tatbestand des Landfriedensbruchs soll seine, den öffentlichen Frieden sichernde Funktion wieder verschafft werden. Im Versammlungsgesetz soll unter der ausdrücklichen Betonung des Friedensgebotes die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung wieder mit Strafe bedroht werden. Die Möglichkeiten zum Verbot von politischen Ausländerversammlungen sollen erweitert werden ...“

Das „Problem“, dem obige „Lösung“ zu Leibe rücken soll, ist

„der Mißbrauch des Demonstrationsrechts zu gewalttätigen Ausschreitungen. Radikale Gruppen und subversive Kräfte mißbrauchen das Demonstrationsrecht mit sich steigernder Gewalt zu organisiertem Widerstand.“

Weitere „Lösungen“ des Gesetzentwurfes sind die Anordnung der Sicherungsverwahrung, der Ausschluß und die Überwachung von Verteidigern.

Der Gesetzentwurf geht an einen der Rechtsausschüsse. Im Sommer tritt der ehemalige Bahlsenkeksfabrikant Albrecht mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML hervor.

Im Oktober zieht die CDU/CSU mit einem zweiten Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus nach.

Die „Lösungen“: Ein Neun-Punkte-Katalog zur Änderung des Straf- und Strafprozeßrechts:

„1) wirksamere Strafbestimmungen gegen die Propagierung von Gewalt
2) Einführung des Kronzeugen
3) Einrichtung von Kontrollstellen
4) Der Bundesgerichtshof soll zuständig sein für die Aburteilung von Straftaten nach § 129 a (Mitgliedschaft, Unterstützung einer terroristischen Vereinigung)
5) Neuregelung der Bestimmungen über die Zwangsernährung
6) Änderung des Versammlungsgesetzes: Verbot aktiver und passiver Bewaffnung
7) Änderung des Waffengesetzes
8) Ausweiskontrolle in Hotels
9) Neues Meldewesen, jeder ist verpflichtet, den Personalausweis immer bei sich zu haben und auf Verlangen vorzuzeigen.“

Die Bundesregierung und ihr Kanzler Schmidt lassen zu diesen Vorschlägen gelegentlich was von „rechtsstaatlich zu weitgehend“ oder „rechtsstaatlich bedenklich“ verlauten. Dabei werden eigene Vorschläge der Bundesregierung angekündigt.

Der Bundesrat entfaltet im Mai 1977 rege Tätigkeit in Richtung auf einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren, um das Problem zu lösen, „umfangreiche Strafverfahren rascher und wirksamer durchzuführen und abzuschließen.“

Zuvor hatte im April 1977 wiederum die CDU/CSU den entspre-

gen KBW, KPD und KPD/ML hervor.

Im Oktober zieht die CDU/CSU mit einem zweiten Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus nach.

Die „Lösungen“: Ein Neun-Punkte-Katalog zur Änderung des Straf- und Strafprozeßrechts:

„1) wirksamere Strafbestimmungen gegen die Propagierung von Gewalt
2) Einführung des Kronzeugen
3) Einrichtung von Kontrollstellen
4) Der Bundesgerichtshof soll zuständig sein für die Aburteilung von Straftaten nach § 129 a (Mitgliedschaft, Unterstützung einer terroristischen Vereinigung)
5) Neuregelung der Bestimmungen über die Zwangsernährung
6) Änderung des Versammlungsgesetzes: Verbot aktiver und passiver Bewaffnung
7) Änderung des Waffengesetzes
8) Ausweiskontrolle in Hotels
9) Neues Meldewesen, jeder ist verpflichtet, den Personalausweis immer bei sich zu haben und auf Verlangen vorzuzeigen.“

Die Bundesregierung und ihr Kanzler Schmidt lassen zu diesen Vorschlägen gelegentlich was von „rechtsstaatlich zu weitgehend“ oder „rechtsstaatlich bedenklich“ verlauten. Dabei werden eigene Vorschläge der Bundesregierung angekündigt.

Der Bundesrat entfaltet im Mai 1977 rege Tätigkeit in Richtung auf einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren, um das Problem zu lösen, „umfangreiche Strafverfahren rascher und wirksamer durchzuführen und abzuschließen.“

Zuvor hatte im April 1977 wiederum die CDU/CSU den entspre-chenden Entwurf in den Bundestag eingebracht.

Im Herbst bereits, am 29.9.77 in der Bundestagsdebatte, in der das Kontaktsperregesetz verabschiedet wurde, verspürte man begeisterte Einigkeit.

Auf der SPD-Fraktionssitzung erklärt Willy Brandt:

„Wir sind Leute, die die Lehren der Vergangenheit zu beherzigen versuchen, wir sind zum anderen Leute, die die Kunst des Dankeschönsagens nicht verlernt haben. Dies ist nicht die Zeit für kleinkarierten Streit, sondern dies ist eine Situation, in der man manches beiseiteschieben muß. Worauf es uns ankommt, ist, den Nachweis erbracht zu haben: Wir tragen hier eine Regierung, die bereit und fähig ist zum Handeln, ohne der demokratischen Rechtsstaatlichkeit Gewalt anzutun, und so soll es bleiben.“

In der Debatte am 29.9.77 hatte Hartmann (CDU/CSU) erklärt:

„Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht Rechtsvorschriften vor, mit denen die Voraussetzungen konkretisiert werden, unter denen die Unterbrechung des Kontakts von Inhaftierten untereinander und mit der Außenwelt zulässig ist – bis hin zur Unterbrechung jedweder Verbindung ... Damit keine Mißverständnisse auftreten: Die Möglichkeit der Kontaktunterbrechung ist in besonderen Gefahrenlagen kein Ausnahmerecht ... Sie ist vielmehr eines der gebotenen rechtsstaatlichen Instrumente zur Abwehr schwerster Gefahr und zum Schutz höchster Rechtsgüter, gewiß weitgehend und außergewöhnlich, aber verfassungskonform!“

Weber von der SPD sekundiert:

„Wir Sozialdemokraten sind bereit, freiheitliche Rechte einiger weniger auf Zeit einzuengen, wenn dies notwendig ist ... Dieses Gesetz soll helfen, unsere Politik zu stützen. Meine Damen und Herren, wer nicht bereit ist, dies mitzuvollziehen, kann sich nicht dem Vorwurf entziehen, ein Säumnis begangen zu haben.“

Kanzler Schmidt faßt sodann in seiner Regierungserklärung am 20.10.77 zusammen:

„Wir haben also nicht – ich sage das, um jedes Mißverständnis auszuschließen – nicht die Absicht, für die Zukunft auf allen Gebieten große Gesetzgebungskoalitionen zu verabreden ... Allerdings würde ich es begrüßen, wenn der schon eingeleitete Versuch, einzelne Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Terrorismus nach sorgfältiger Prüfung in einer gemeinsamen Gesetzesinitiative der drei Fraktionen zusammenzufassen, fortgesetzt und zu einem konstruktiven Ende geführt würde.“

durch Panzerglas getrennt statt. Das Panzerglas ist in einen perforierten Rahmen eingelassen. Jeder muß hindurchschreien, um die Verständigung überhaupt zu ermöglichen.

Und auch von dieser Schreierei und aus dem gesamten Verfahren ist der Verteidiger endgültig auszuschließen, wenn zu befürchten ist, daß es sich um die gleiche revolutionäre Gesinnung handelt, für die Verteidiger und Angeklagter eintreten, im saloppen Stil der Bourgeois, wenn er, der Verteidiger, „den Verkehr mit dem Beschuldigten mißbraucht, um Straftaten zu begehen oder die Sicherheit der Anstalt zu gefährden.“

... im übrigen reicht die Trennscheibe nicht aus ... doch ermöglicht die Trennscheibe auch weiterhin die mündliche Konspiration und das Zeigen von Schriftstücken und Plänen und anderen Informationsträgern durch die Trennscheibe hindurch ...



... aber die gesetzliche Regelung bleibt weiterhin der unüberwachte Verteidigerverkehr! ... (Bundestagsdebatte vom 16. Februar 1978)

Die Früchte bleiben nicht aus. Am 16. Februar 1978 tritt der Bundestag zusammen und verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Strafvollzugsgesetzes, dem sich auch die SPD-Abgeordneten Coppik usw. nicht verschließen können, um „Schlimmeres zu verhüten für den Rechtsstaat.“

Die Verteidigung der Bastille „Rechtsstaat“



sind die Trennscheibe und die Errichtung der Kontrollstellen und Maßnahmen sind die jetzigen Beschlußempfehlungen des Rechtsausschusses für die Gerichtsverhandlungen:

Beweisanträge des Angeklagten können ohne großes Federlesen zurückgewiesen werden; ein Richter, der abgelehnt wird, kann dennoch weiterverhandeln; Sonderrichter können eingesetzt werden, weil die falsche Besetzung des Gerichts nicht mehr als Grund für die Aufhebung eines Urteils, das dieses Gericht gefällt hat, gilt.

Zeugen werden in Ordnungsstrafe – Geldstrafe oder Haft – genommen, wenn sie sich nicht *rechtzeitig* entschuldigen; andererseits brauchen „gefährdete Zeugen“ in der Hauptverhand-

... aber die gesetzliche Regelung bleibt weiterhin der unüberwachte Verteidigerverkehr! ... (Bundestagsdebatte vom 16. Februar 1978)

Die Früchte bleiben nicht aus. Am 16. Februar 1978 tritt der Bundestag zusammen und verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Strafvollzugsgesetzes, dem sich auch die SPD-Abgeordneten Coppik usw. nicht verschließen können, um „Schlimmeres zu verhüten für den Rechtsstaat.“

Nebenbei wird zum 3. Juni 78 das Waffenrecht geändert und verschärft, und rechtzeitig haben die Rechtsausschüsse des Bundestags sich nun mit dem noch nicht Beschlossenen befaßt und als Beschlußempfehlung zur Verabschiedung im Bundestag die offenen Punkte aus dem „Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Terrorismus und

Die Verteidigung der Bastille „Rechtsstaat“



Dieses Gesetz ist seit dem 19. April 78 in Kraft und in Erprobung: In Westberlin war die Gelegenheit günstig, angesichts der Tatsache, daß Till Meyer die Haftanstalt Moabit verlassen hatte, die ersten Kontrollstellen zu errichten: Eine ganze Straße wird abgesperrt, jede Person einer Kontrolle und Durchsuchung unterzogen, die Häuser werden abgekämmt und zur „Identitätsfeststellung“ ist die Inhaftierung für 12 Stunden vorgesehen.

In Stuttgart-Stammheim wird seit dem 1.6.1978 die neu beschlossene Trennscheibe erprobt: Das Verteidigergespräch oder das Gespräch mit Freunden und Angehörigen findet

Nebenbei wird zum 3. Juni 78 das Waffenrecht geändert und verschärft, und rechtzeitig haben die Rechtsausschüsse des Bundestags sich nun mit dem noch nicht Beschlossenen befaßt und als Beschlußempfehlung zur Verabschiedung im Bundestag die offenen Punkte aus dem „Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität und zum Schutz des inneren Friedens“ geregelt, sowie erneut den „Gesetzentwurf zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren“ zur Beschlußfassung der Großen Gesetzgebungs-Koalition vorbereitet. Die offenen Punkte sind: Tatsächliche Änderung des Versammlungsgesetzes und des Melderechtes. Im Bereich des Versammlungsgesetzes werden die Verbotsgründe erweitert, „niemand darf bei öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen Waffen oder sonstige Gegenstände, die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen oder zur Beschädigung von Sachen geeignet und bestimmt sind, mit sich führen, ohne dazu behördlich ermächtigt zu sein“, hinsichtlich der Übernachtung in Hotels wird die Meldepflicht, d.h., Meldevordrucke müssen ausgefüllt werden, eingeführt und zukünftig können Vermerke auf Personalausweise gedruckt werden, daß der Inhaber nicht berechtigt ist, das Gebiet der „Geltung des Grundgesetzes zu verlassen“, d.h. Ausreiseverbot.

Die andere Beschlußempfehlung betrifft das Strafverfahren vor Gericht. Der 18-Punkte-Vorschlag, über den Einheit im Rechtsausschuß erzielt wurde, „löst“ das folgende „Problem“:

„Strafverfahren, vor allem umfangreiche Verfahren, sollen gestrafft, der Verfahrensablauf konzentriert und von Ballast befreit werden. Der Mißbrauch prozessualer Rechte zu verfahrensfremden Zwecken soll verhindert werden ...“

Der freiheitlich demokratische Rechtsstaat sucht den Militärgerichtsprozeß. Isolation und Isolierung der Arbeiterbewegung ist die Hauptmethode der westdeutschen Bourgeoisie. Maßnahmen sind das Kontaktsperregesetz, das den Häftling sogar von Nachrichten abschneidet, um die Verbindung zum Klassenkampf zu kappen und die Verwandlung der Gefängnisse in eine Gruft bewirkt, Maßnahmen sind die Trennscheibe und die Errichtung der Kontrollstellen und Maßnahmen sind die jetzigen Beschlußempfehlungen des Rechtsausschusses für die Gerichtsverhandlungen:

Beweisanträge des Angeklagten können ohne großes Federlesen zurückgewiesen werden; ein Richter, der abgelehnt wird, kann dennoch weiterverhandeln; Sonderrichter können eingesetzt werden, weil die falsche Besetzung des Gerichts nicht mehr als Grund für die Aufhebung eines Urteils, das dieses Gericht gefällt hat, gilt.

Zeugen werden in Ordnungsstrafe – Geldstrafe oder Haft – genommen, wenn sie sich nicht *rechtzeitig* entschuldigen; andererseits brauchen „gefährdete Zeugen“ in der Hauptverhandlung nicht mehr ihren Wohnort anzugeben. Der Angeklagte kann aus Verhandlungsabschnitten der Gerichtsverhandlung entfernt werden.

Die Bosheit und Niedertracht, mit der sich die heute herrschende Kapitalistenklasse ihrem Untergang widersetzt, ist endlos, das System, mit dem sie es betreibt, ersichtlich gemein. Der Terror, den die Ausbeuterklasse betreibt, geht gegen die Vorbereitung der Revolution, für die das revolutionäre Proletariat kämpft. Unter welchen Bedingungen die Arbeiterklasse für ihre Revolution kämpft, darum geht es bei all diesen dem Bundestag vorgelegten Gesetzen. – (Z-Red.)

Sicherheit der Besatzer zum Verfassungsinteresse erklärt

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses“ vorgelegt. Das G 10-Gesetz, das damit verschärft werden soll, ist als Bestandteil der Notstandsgesetze am 24.6.1968 erlassen worden. Mit diesem Gesetz gingen Befugnisse zur Ausspionierung und Bespitzelung der Volksmassen von den Besatzermächten auf die westdeutsche Bourgeoisie über. Die Besatzer hatten sich im Deutschlandvertrag von 1952 diese Rechte vorbehalten, bis „die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben“ (Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages). Mit dem 8. Strafrechtsänderungsgesetz vom 25.6.1968 erweiterte und verschärfte die westdeutsche Bourgeoisie die Tatbestände des politischen Strafrechts und definierte in § 92 Strafgesetzbuch die Grundsätze ihres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates. Mit dem G 10-Gesetz verschaffte sie sich die Mittel zur Verfolgung ihrer Gegner:

„Zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Gundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Amt für Sicherheit der Bundeswehr und der Bundesnachrichtendienst berechtigt, dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis unterliegende Sendungen zu öffnen und einzusehen sowie den Fernschreibverkehr mitzulesen, den Fernmeldeverkehr abzuhören und auf Tonträger aufzunehmen“, formuliert das G 10-Gesetz. Diese Maßnahmen konnte die Bourgeoisie aufgrund des § 2 des G 10-Gesetzes ergreifen, wenn sie „tatsächliche Anhaltspunkte“ für: Friedensverrat, Hochverrat, Landesverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Gefährdung der äußeren Sicherheit, Gefährdung der Landesverteidigung oder der in der BRD stationierten Truppen der Besatzer und anderer NATO-Truppen hatte. Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf soll die „Schließung von Lücken in den Eingriffstatbeständen“ vorgenommen werden. Nicht nur im Falle von „Straftaten gegen die Sicherheit der in der BRD stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte“, sondern auch dann, wenn die Bourgeoisie den Verdacht hat, daß jemand „einen Auftrag einer Regierung, Vereini-

vertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Amt für Sicherheit der Bundeswehr und der Bundesnachrichtendienst berechtigt, dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis unterliegende Sendungen zu öffnen und einzusehen sowie den Fernschreibverkehr mitzulesen, den Fernmeldeverkehr abzuhören und auf Tonträger aufzunehmen“, formuliert das G 10-Gesetz. Diese Maßnahmen konnte die Bourgeoisie aufgrund des § 2 des G 10-Gesetzes ergreifen, wenn sie „tatsächliche Anhaltspunkte“ für: Friedensverrat, Hochverrat, Landesverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Gefährdung der äußeren Sicherheit, Gefährdung der Landesverteidigung oder der in der BRD stationierten Truppen der Besatzer und anderer NATO-Truppen hatte. Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf soll die „Schließung von Lücken in den Eingriffstatbeständen“ vorgenommen werden. Nicht nur im Falle von „Straftaten gegen die Sicherheit der in der BRD stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte“, sondern auch dann, wenn die Bourgeoisie den Verdacht hat, daß jemand „einen Auftrag einer Regierung, Vereini-gung oder Einrichtung ... zur Vorbereitung von Sabotagehandlungen (gegen die Besatzertruppen) befolgt“ (§ 87 StGB) oder daß jemand in verfassungsfeindlicher Absicht auf die Besatzertruppen und deren Sicherheitsorgane einwirkt (§ 89 StGB), auch in diesen Fällen soll nach dem Gesetzentwurf der Brief-, Post- und Fernmeldeverkehr überwacht werden. Dasselbe soll gelten bei Verdacht der Bildung terroristischer krimineller Vereinigungen (§ 139 a StGB) und bei „überwiegend aus Ausländern bestehenden Verbindungen ..., deren Bestehen, Zielsetzung oder Tätigkeit vor den Behörden geheimgehalten wird.“

Die westdeutsche Bourgeoisie betreibt ihre Expansion im Kielwasser des US-Imperialismus. Daher erklärt sie den Schutz seiner Truppen zum Verfassungsinteresse, schützt sie vor Sabotage und Zersetzung und versichert sich selbst dieser Rückendekkung gegen den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse.

Die Notstandsgesetze enthalten Regelungen über die Übertragung der parlamentarischen Tätigkeiten auf einen Haufen ausgesuchter Bourgeois. Für die Überwachung des Post-, Brief- und Fernmeldeverkehrs sieht der Beschluß des Rechtsausschusses bereits jetzt vor, daß die „Parlamentarische Kontrollkommission“ aus drei Abgeordneten bestehen soll, die der Verpflichtung zu vollständiger Geheimhaltung unterliegen. Das hat der Bundestag mit seinem „Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes“ vom 11. April 1978 beschlossen. – (Z-Red.)

Gewinn mit Fisch

Die Hochseefischerei ist mit der Gesamtleistung ihrer Flotte im Geschäftsjahr 1977 zufrieden. Die Umsatzerlöse sind von 14,32 auf 20,26 Mio. DM gestiegen. Diese Umsatzerlössteigerung kommt nicht allein aus den gestiegenen Fischpreisen. Mit der Einführung der 200 Seemeilenzone, die die EG für alle EG-Länder gemeinsam eingeführt hat, hat sich die BRD in der Nordsee eine Fangquote von achtmal mehr als früher zugeschanzt. Denn mit der Einführung der 200 Seemeilenzone hat die EG ruckartig alle fremden Fischer aus ihrem Gebiet hinausgeschmissen und sich bis jetzt noch nicht entschließen können, konkrete Angebote über mögliche Fänge in der EG an Drittländer zu machen. Mit der Einführung des EG-Meeres sind aber die Kompetenzen für die externe Fischereipolitik an die EG in Brüssel übertragen worden. Rechtzeitig zum 1. Juli, an dem die BRD für sechs Monate den Vorsitz in der EG übernimmt, hat sie „notwendige" Zwänge geschaffen, um aus dieser Bindung ausbrechen zu können und über den Vorsitz läßt sich auch einiges regeln, was sonst mehr Ärger machte. Die Fischer in der Ostsee haben nichts von der Proklamation der BRD-eigenen Fischereizone, es geht den Imperialisten um die Ausweitung ihrer hoheitlichen Rechte. Die Fischereiflotte schrumpft weiter – um 52 Schiffe, um 52 Kutterfischer: Anfang 1977 715 Kutter, Anfang 1978 lediglich noch 663.

Forschung über Panzerstahl MPG-Jahrestagung

„Sorge um die Qualität der Forschung" hat die Max-Planck-Gesellschaft auf ihrer Jahrestagung in Kiel letzte Woche angemeldet.

Auf ihrem Kongreß haben die versammelten Bourgeois-Honoratioren dagegen vierhundert neue Stellen für wissenschaftliches Personal gefordert. Damit und mit mehr Geld soll dann u.a. die Forschung „im Bereich der medizinischen Molekularbiologie" vorangetrieben werden, wie auch die Beteiligung am Teilchenbeschleunigerprojekt JET in Culham, um die imperialistische Energieforschung voranzutreiben.

Die Themengebiete der „Medizinischen Molekularbiologie" werden in einem Heft der Gesellschaft vom März diesen Jahres vorgestellt: „Molekularbiologie der Muskelkraft" wird da untersucht oder „Die Grundlagen der Muskelarbeit".

Aber nicht nur in der maximalen Anspannung und in der Ruinierung der menschlichen Arbeitskraft will die Gesellschaft den Kapitalisten bessere Ergebnisse liefern. Der Direktor ihres „Instituts für Eisenforschung", Engel, hat sich auf dem Kongreß über die Fortschritte in der Stahlproduktion ausgelassen. Nachdem 1932 der passende Stahl für die Panzerschiffe entwickelt worden sei und sodann für die Produktion der U-Boote, sei damit die Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen.

Am Schluß der Konferenz hat ihr der neue Forschungsminister Hauff noch einmal Dampf gemacht: Wissenschaft sei nicht wertfrei und müsse sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen. In der

Neues Baugesetz für bessere Profite

Kämpfe der Volksmassen gegen Zerstörung der Reproduktionsbasis

„Eine Zersplitterung wirtschaftlich relevanter Entscheidungsprozesse läßt sich mit Schlagworten wie Demokratisierung oder Bürgernähe um jeden Preis nicht rechtfertigen. Welche Erfolge kann man von einer an sich bitter notwendigen Verstärkung der Wirtschaftswerbung und Akquisition erwarten, wenn gleichzeitig betriebliche Ansiedlungs- und Erweiterungsabsichten in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen und langwierigen Bebauungsplanverfahren mit häufig sachfremden Argumenten zerredet werden?", so äußerte sich Rudolf Schlenker in einem Artikel in der „Welt", der sich scheinheilig mit „Arbeitsplätze sind die größte Sorge unserer Wirtschaft" befaßte. Rudolf Schlenker ist Vorsitzender der Handelskammer Hamburg und weiß daher, was den Kapitalisten am Herzen liegt und wo der Profitschuh drückt.

Im Bundesbauministerium ist in diesen Tagen ein Referentenentwurf eines „Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionen im Städtebaurecht" vorgelegt worden, der dem Drängen der Kapitalisten auf Beschleunigung bei Baugenehmigungen nachkommt. Die Kapitalisten wollen keine umständlichen Verfahren sehen, sondern ihr Kapital soll sich ungehindert vermehren können.

Das Bundesbaugesetz, das über diesen Entwurf novelliert werden soll, ist erst 1977 in Kraft getreten. Einige Paragrafen dienen der Garnitur. So das Ziel der Bauplanung. Es soll dem „Wohl der Allgemeinheit entsprechende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten und dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern." Dabei sei allein zu berücksichtigen: die „Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung" und die „Eigentumsbildung weiter Kreise der Bevölkerung." Solche Illusionen sind gleich gar nicht unter den Arbeitern und Bauern aufgekommen, weswegen jetzt auch die Änderungen durch den Referentenentwurf vorgenommen werden.

Hauptsächlich ist bei dem Bundesbaugesetz das Vorkaufsrecht des Staates erweitert und sind Enteignungen erleichtert worden. Das Vorkaufsrecht wurde auf alle Grundstücke ausgedehnt, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen und es tritt schon in Kraft, wenn über die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen worden ist. Damit hat sich das Finanzkapital die Regelungen geschaffen, um größere Bauvorhaben erst zu ermöglichen.

Der Referentenentwurf beseitigt verschiedene Hemmnisse für das Kapital. Ein Bebauungsplan ist eine schwierige Angelegenheit. Die Gemeinden, die ihn aufstellen, müssen die verschiedenen Interessen der Kapitalisten in Einklang bringen und gegenüber dem Volk manövrieren. Dies kostet Zeit. Ist ein Bebauungsplan beschlossen, ist er schwer zu ändern. Sollen nur einzelne Baumaßnahmen geändert werden, so muß nach dem bestehenden Gesetz meistens der ganze Bebauungsplan geändert werden. Zügig geht daher der Referentenentwurf daran, dies abzuschaffen. Die Möglichkeit für einen „vorzeitigen" Bebauungsplan wird erweitert. Dazu sind „dringende Gründe für die Aufstellung, Änderung oder Ergänzung eines Bebauungsplanes" erforderlich. Solche Gründe gibt es immer und solche Bauvorhaben, die die Bourgeoisie auf Grund der Kämpfe des Volkes nicht hat verwirklichen lassen, sind solche Gründe. Bisher war festgelegt, daß ein Bebauungsplan aus einem Flächennutzungsplan und Bebauungsplan entwickelt werden muß. Das wird jetzt eingeschränkt. Flächennutzungsplan und Bebauungsplan können parallel aufgestellt werden. Das Baugenehmigungsverfahren wird beschleunigt. Der Zustimmung der Gemeinde wird Grenzen gesetzt. Hat sie innerhalb einer Frist die Beschwichtigungsmanöver nicht durchführen können, ist das Einvernehmen der Gemeinde automatisch erteilt.

Die Regierung führt diese Gesetzesänderung durch, damit die Kapitalisten ihre Konkurrenzbedingungen gegenüber anderen imperialistischen Ländern verbessern können. Dies wird deutlich an den Projekten, die sie nicht hat verwirklichen können. Allein 15 Milliarden DM liegen brach in den Kernkraftwerken. Mehr noch zählen die Extraprofite, die die Kapitalisten darüber gewinnen wollten. In Hamburg liegen einige Projekte brach, weil die Bourgeoisie sie nicht gegen Arbeiter und Bauern durchsetzen konnte. Dazu gehört eine Eckverbindung zwischen der westlichen Umgehung Hamburgs und der Bremer Autobahn und die südliche Eisenbahnumgehung. In Maschen ist ein vollautomatischer Rangierbahnhof gebaut worden. Die Güterzüge nach Norden aber müssen weiter durch die Stadt Hamburg, wo sie umständlich rangiert werden für die Weiterfahrt. Die südliche Güterumgehungsbahn würde Vierlande durchschneiden, der Widerstand der Bauern hat den Bau verhindert.

In dieser Lage reichen gesetzliche Änderungen zur Baubeschleunigung nicht. Eine Woche lang übte die Stabshundertschaft der Bereitschaftspolizei Eutin in Karschau an der Schlei Verkehrsgroßkontrollen, -absperrungen und Sicherheitsabsperrungen und den Einsatz gegen Großangriffe der Massen gegen den Bau von Kernkraftwerken. Die Manöverlage war als Demonstrationslage ausgegeben. Die Bourgeoisie glaubt selbst nicht daran, ihre Gesetzesvorhaben gegen die Kämpfe der Massen in der Stadt wie auf dem Lande durchsetzen zu können. – (N-Red.)



14 000 Unterschriften haben die Bewohner im östlichen Westfalen-Lippe gesammelt gegen den Plan der nordrhein-westfälischen Landesregierung, einen regionalen Flugplatz in dem sogenannten Nadelholz zu bauen. Allein 700 Leute würden dadurch von Umsiedlungsmaßnahmen betroffen. Mit einer Protestversammlung antwortete die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Nadelholz e.V." auf das Vorgehen der Stadt Bielefeld, die untergeordneten Behörden zu überrumpeln.
Die 14 000 Unterschriften bedeuten nämlich gleichzeitig 14 000 Einzeleinsprüche gegen die von der Stadt Bielefeld aufgestellten Bebauungspläne. Die bürgerlichen Baugesetze werden mit den zunehmenden Einsprüchen einzelner Bürger in gemeinsamer Verabredung nicht mehr fertig. Dafür sind die Gesetze nicht gemacht, sondern das sind Gesetze, um Streitigkeiten unter den Bourgeois über die Verteilungen und Abgrenzung ihres Besitztums und ihrer Bauvorhaben zu regeln. Eine ganze Sendung widmete das regionale Fernsehen in der vergangenen Woche, um die Ausnutzung dieser Gesetze durch die Massen, die die Einspruchsrechte gegen Bebauungspläne für ihre berechtigten Interessen nutzen wollen, zu geißeln. Derlei Sendungen propagieren das von der Bundesregierung geplante Gesetzesvorhaben, diese Rechte abzuschaffen.

Erfolg im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung – Einführung der Stechuhren gescheitert

1977 stürzte der Regierende Bürgermeister Schütz über das Aufkommen einiger Korruptionsskandale. Unter anderem hatte der damalige Innensenator Neubauer einige zehntausend

schen Beamtentums" beizubiegen, hat Stobbe eine Stechuhr direkt in seinem Amt aufstellen lassen und hat eine Woche lang für die bürgerliche Presse Schau gestochen.

auch Sterbehäuser genannt werden, gibt es einen täglichen Kleinkrieg der Krankenschwestern und Sozialarbeiter. Im vergangenen Jahr haben 4 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

der Stechuhren erst einmal bis nach den Wahlen im März 1979 zurückstellt. Im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den

„Sorge um die Qualität der Forschung" hat die Max-Planck-Gesellschaft auf ihrer Jahrestagung in Kiel letzte Woche angemeldet.

Auf ihrem Kongreß haben die versammelten Bourgeois-Honoratioren dagegen vierhundert neue Stellen für wissenschaftliches Personal gefordert. Damit und mit mehr Geld soll dann u.a. die Forschung „im Bereich der medizinischen Molekularbiologie" vorangetrieben werden, wie auch die Beteiligung am Teilchenbeschleunigerprojekt JET in Culham, um die imperialistische Energieforschung voranzutreiben.

Die Themengebiete der „Medizinischen Molekularbiologie" werden in einem Heft der Gesellschaft vom März diesen Jahres vorgestellt: „Molekularbiologie der Muskelkraft" wird da untersucht oder „Die Grundlagen der Muskelarbeit".

Aber nicht nur in der maximalen Anspannung und in der Ruinierung der menschlichen Arbeitskraft will die Gesellschaft den Kapitalisten bessere Ergebnisse liefern. Der Direktor ihres „Instituts für Eisenforschung", Engel, hat sich auf dem Kongreß über die Fortschritte in der Stahlproduktion ausgelassen. Nachdem 1932 der passende Stahl für die Panzerschiffe entwickelt worden sei und sodann für die Produktion der U-Boote, sei damit die Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen.

Am Schluß der Konferenz hat ihr der neue Forschungsminister Hauff noch einmal Dampf gemacht: Wissenschaft sei nicht wertfrei und müsse sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen. In der

Das Bundesbaugesetz, das über diesen Entwurf novelliert werden soll, ist erst 1977 in Kraft getreten. Einige Paragrafen dienen der Garnitur. So das Ziel der Bauplanung. Es soll dem „Wohl der Allgemeinheit entsprechende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten und dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern." Dabei sei allein zu berücksichtigen: die „Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung" und die „Eigentumsbildung weiter Kreise der Bevölkerung." Solche Illusionen sind gleich gar nicht unter den Arbeitern und Bauern aufgekommen, weswegen jetzt auch die Änderungen durch den Referentenentwurf vorgenommen werden.

Hauptsächlich ist bei dem Bundesbaugesetz das Vorkaufsrecht des Staates erweitert und sind Enteignungen erleichtert worden. Das Vorkaufsrecht wurde auf alle Grundstücke ausgedehnt, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen und es tritt schon in Kraft, wenn über die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen worden ist. Damit hat sich das Fi-



14 000 Unterschriften haben die Bewohner im östlichen Westfalen-Lippe gesammelt gegen den Plan der nordrhein-westfälischen Landesregierung, einen regionalen Flugplatz in dem sogenannten Nadelholz zu bauen. Allein 700 Leute würden dadurch von Umsiedlungsmaßnahmen betroffen. Mit einer Protestversammlung antwortete die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Nadelholz e.V." auf das Vorgehen der Stadt Bielefeld, die untergeordneten Behörden zu überrumpeln.
Die 14 000 Unterschriften bedeuten nämlich gleichzeitig 14 000 Einzeleinsprüche gegen die von der Stadt Bielefeld aufgestellten Bebauungspläne. Die bürgerlichen Baugesetze werden mit den zunehmenden Einsprüchen einzelner Bürger in gemeinsamer Verabredung nicht mehr fertig. Dafür sind die Gesetze nicht gemacht, sondern das sind Gesetze, um Streitigkeiten unter den Bourgeois über die Verteilungen und Abgrenzung ihres Besitztums und ihrer Bauvorhaben zu regeln. Eine ganze Sendung widmete das regionale Fernsehen in der vergangenen Woche, um die Ausnutzung dieser Gesetze durch die Massen, die die Einspruchsrechte gegen Bebauungspläne für ihre berechtigten Interessen nutzen wollen, zu geißeln. Derlei Sendungen propagieren das von der Bundesregierung geplante Gesetzesvorhaben, diese Rechte abzuschaffen.

Erfolg im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung – Einführung der Stechuhren gescheitert

Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft hat das Tradition: Als die Faschisten ihren vergeblichen Anlauf zur Entwicklung von atomaren Waffen in den 30er Jahren einleiteten, errichteten sie als eine der ersten Maßnahmen 1936 eine kernphysikalische Forschungsstation und beauftragten damit die Max-Planck-Gesellschaft.

Keine Streichung der Buslinien

Mit über 2000 Unterschriften haben Bewohner des Braunschweiger Cyriaksrings und aus dem Stadtteil Broitzem protestiert gegen die Streichung der Buslinien 13 und 16 und der Verkürzung von 15 und 29, vorgenommen im Zuge der Einrichtung einer neuen Straßenbahnlinie in die Weststadt.

Seither verdoppelt bis verdreifacht sich die Zeit, um von Broitzem in die Innenstadt zu kommen. Kinder, die um 8 Uhr im Martino-Katharineum oder in der Hoffmann-von-Fallersleben-Schule sein müssen, können bloß noch pünktlich kommen, wenn sie um 6.15 Uhr losfahren. Die Frühschicht ist für die Arbeiter bei MAN nur noch mit Verspätung, d.h. mit einer halben Stunde Lohnabzug erreichbar. Nach Feierabend zurück ist das Chaos noch größer, kaum ein Anschluß paßt zum anderen. Zudem gab es seit Einrichtung der Linie in die Weststadt schon vier Unfälle.

Der Broitzemer Ortsrat war gezwungen, kurzfristig eine Bürgerversammlung einzuberufen, auf der sich der Betriebsdirektor der Verkehrs-AG zu den Protesten vor über 200 Braunschweigern stellen mußte. Sie verlangten, daß die alte Verbindung wieder hergestellt und die Wagenfolge enger werden muß.

1977 stürzte der Regierende Bürgermeister Schütz über das Aufkommen einiger Korruptionsskandale. Unter anderem hatte der damalige Innensenator Neubauer einige zehntausend Mark Aufsichtsratsgelder aus der Berliner Bank auf sein Privatkonto transferiert, in der Millionenspekulationspleite des Bauprojektes „Steglitzer Kreisel" war beinahe die gesamte höhere Beamtenschaft einschließlich der Senatoren vom Finanz- und Bausenat verstrickt, in der senatseigenen Porzellanmanufaktur (KPM) wurden Direktionsposten an politische Freunde verschoben.

Der neue Mann, Stobbe, wurde aufgebaut als „Saubermann". Er wolle mit hartem Besen gegen den „Schlendrian in den Verwaltungen" vorgehen. Vorgehen tut er seitdem gegen die Arbeiter, Angestellten und unteren und mittleren Beamten im öffentlichen Dienst. Die Einführung von Gleitzeituhren war eines seiner ersten Projekte, das mit großem Propagandaaufwand eingeleitet wurde. Am 26. September letzten Jahres erklärte er vor dem Abgeordnetenhaus: „Die Selbstkontrolle der Gleitzeitbögen durch die Vorgesetzten hat in der Öffentlichkeit zu einem weitverbreiteten, nicht berechtigten Mißtrauen gegenüber dem öffentlichen Dienst beigetragen. Aus diesem Grunde sollten im Interesse aller Beteiligten in einigen Personalwirtschaftsbereichen Versuche mit Zeiterfassungsgeräten unternommen werden, wobei der Senat davon ausgeht, daß sich alle Mitarbeiter – gleich welcher Dienststellung – dieser Kontrolle unterziehen."

Um zu dokumentieren, daß Stobbe die Einführung der Stechuhren sozusagen als Testfall betrachtet für seine Fähigkeit, den Bediensteten im Staatsapparat wieder „Tugenden preußischen Beamtentums" beizubiegen, hat Stobbe eine Stechuhr direkt in seinem Amt aufstellen lassen und hat eine Woche lang für die bürgerliche Presse Schau gestochen.

Die Personalräte haben der Kündigung der alten Gleitzeitvereinbarung, die keine Stechuhren vorsah, aber nicht zugestimmt. Somit mußte der Senat vor die Einigungsstelle. Diese hat der Einführung von Stechuhren Anfang Juni nicht zugestimmt.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat mit der Einsetzung des Stobbe-Senates in Westberlin ein umfassendes Programm der Sicherung und des Ausbaus des Brückenkopfes Westberlin, den sie sich zur Aggression gegen die DDR und die Staaten Osteuropas unter dem Schutzschirm der westlichen Besatzer hält, eingeleitet. Westberlin – „Forschungszentrum Europas", Westberlin – „Kulturmetropole Europas", wie soll das funktionieren ohne eine Kulturverwaltung zum Beispiel, die zügig und bedenkenlos den ganzen verkommenen bürgerlichen Kulturbetrieb in Schwung zu halten versucht wie kürzlich das Theatertreffen in Westberlin, auf dem Scheel und Schmidt „Bundespräsenz" demonstrierten. Für die weiteren Jahre ist die Abschaffung der Gewerbesteuer in Westberlin geplant. Dazu bedarf es einer treu ergebenen hohen Beamtenschaft und einer scharf unterdrückten niederen Beamtenschaft, solche Steuerpläne einen nach dem anderen vorzulegen und gleichzeitig die Plünderung der Volksmassen über immer höhere Gebühren und Steuern zu planen. 7000 Betten sollen laut Plan des Gesundheitssenators Pätzold in den Krankenhäusern gestrichen werden. Der Brückenkopf Westberlin ist „überaltert", sagt der Senat. Gegen die Überweisung der Alten aus den Krankenhäusern in die Hospitäler, die auch Sterbehäuser genannt werden, gibt es einen täglichen Kleinkrieg der Krankenschwestern und Sozialarbeiter. Im vergangenen Jahr haben 4 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegen die Bettenstreichungen und gegen die ständig steigende Schinderei in den Krankenhäusern demonstriert, auf den Maidemonstrationen der Einzelgewerkschaften des DGB demonstrierten im Zug der ÖTV 7 000.

Die Ablehnung der Stechuhren durch die Einigungsstelle drückt aus, daß die Bourgeoisie der Zersetzung innerhalb des Staatsapparates nicht Herr wird, daß sie den offenen Kampf der Bediensteten fürchtet und jetzt Manöver macht, z.B. die Einführung der Stechuhren erst einmal bis nach den Wahlen im März 1979 zurückstellt. Im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Dienstherren ein wichtiges Mittel aus der Hand geschlagen und den Sieg davongetragen.

Die Unruhe, die die Finanzbourgeoisie angesichts dieser Entwicklung befällt, zeigt sich in der wütenden Forderung der CDU nach Absetzung des Justizsenators Baumann, weil ein Justizvollzugsbeamter die Türen des Gefängnisses in Moabit geöffnet hat, weil sein Kollege sonst in Lebensgefahr gewesen wäre, und Till Meyer so das Gefängnis verlassen konnte. – (Bezirk Westberlin)

Von der Stechuhr zur Maschinenzeiterfassung

Die Kontrolle der Arbeitszeit und des zeitlichen Ablaufs der Arbeit wurde in den letzten Jahren gezielt ausgebaut und verfeinert. In doppelter Hinsicht wird dabei die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Profit der Kapitalistenklasse gesteigert: Mit der Zeiterfassung durch die *Stechuhren* werden die Arbeiter angetrieben, täglich pünktlich ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Hat man fünf Minuten zu spät gestochen, wird einem nämlich vielerorts gleich eine Viertelstunde vom Lohn abgezogen. So z.B. an der Husumer Werft, wo bei 10 Min. Verspätung gleich eine halbe Stunde vom Arbeitslohn abgezogen wird. In manchen Fabriken verliert man einen halben Stundenlohn sogar schon bei 5 Min. Verspätung.

Von diesem Punkt fängt dann die *Maschinenzeiterfassung*, dem neuesten Zweig der „elektronischen Betriebsdatenerfassung", an. Die Maschinenzeiterfassung muß man sich vorstellen als eine Art Fahrtenschreiber der Ausbeutung. Erfaßt wird der gesamte Zeitablauf an einer Maschine: Laufzeit, produktive Zeit, Einrichtzeit, Umrüstzeit, Stillstand und Gründe für den jeweiligen Stillstand, wobei der Arbeiter gezwungen ist, die jeweilige „Zustandstaste" selbst zu drücken



Die Kapitalisten haben damit nicht nur eine verfeinerte Kontrolle über die Arbeiter ersonnen. Sie wollen, daß der Arbeiter sein eigener Antreiber wird.

„Neue Wirtschaftspolitik" der SPD: Betrugsmanöver zur Spaltung und Fesselung der Arbeiterklasse

Die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins haben auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende in einem „Rahmenprogramm" die Grundpositionen für die Landtagswahl im nächsten Jahr abgesteckt.

Wahlen dienen den bürgerlichen Parteien, die politische Bilanzierung der Klassenkämpfe zu verhindern.

Diesem Zweck dient die „plattdeutsche" Ausgabe des Programms für die „bodenständige Bevölkerung" ebenso wie die Propagierung des Baustops in Brokdorf oder die Opposition gegen den Schulgesetzentwurf. Weiterbau in Brokdorf, wenn die Entsorgung sichergestellt wird, bei gleichzeitiger entschiedener Durchsetzung des Energieprogramms der Bundesregierung; wettern gegen den Schulgesetzentwurf, um sich in die Bewegung einzuschleichen und die verfeinerte Auslese und Unterdrückung durch die Gesamtschulen durchzusetzen, das ist sozialdemokratische Betrugspolitik a la Mathiessen.

Kern ihres Programms ist jedoch die „neue Struktur- und Arbeitsmarktpolitik". Ausgehend von der Analyse, daß das „Problem die unausgelasteten Kapazitäten, die eine wesentliche Ursache in mangelnder privater und öffentlicher Nachfrage haben,sind" (Mathiessen am 19.10.77 im Landtag), fordern sie eine „expansive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand" und die Erneuerung des „strukturpolitischen Instrumentenkastens" unter dem Stichwort der „regional differenzierten Strukturpolitik". („KN" v. 8.6.78) Dabei beabsichtigen sie über eine Verschärfung der Steuerausplünderung „neue Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit, Steuerverwaltung und soziale Dienste zu schaffen." Gleichzeitig sollen in den „industriellen Zentren arbeitsplatzschaffende Investitionen mit bis zu 30% gefördert" werden. Das einzig „neue" dieser „Konjunkturpolitik" ist wohl das Ausmaß der beabsichtigten staatlichen Plünderung der Volksmassen und Mästung der Kapitalisten.

Neu ist noch nicht einmal die theoretische Begründung. Der Sozialdemokrat Fritz Naphtali hatte schon in der Weimarer Republik die „anhaltende Arbeitslosigkeit zum sozialen Hauptproblem unserer Zeit" erkoren. Er und andere Wirtschaftswissenschaftler bis zu Keynes haben schon die „neuen strukturpolitsichen Maßnahmen" zur Mästung der Kapitalisten gepredigt, als Mathiessen noch nicht einmal das Licht der Welt erblickt hatte.

Das Wesen der kapitalistischen Krise ist die Überproduktuon von Kapital. Die kapitalistische Produktionsweise kann die von ihr erzeugten Produktionsmittel nicht mehr in Be-

19.10.77 im Landtag), fordern sie eine „expansive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand" und die Erneuerung des „strukturpolitischen Instrumentenkastens" unter dem Stichwort der „regional differenzierten Strukturpolitik". („KN" v. 8.6.78) Dabei beabsichtigen sie über eine Verschärfung der Steuerausplünderung „neue Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit, Steuerverwaltung und soziale Dienste zu schaffen." Gleichzeitig sollen in den „industriellen Zentren arbeitsplatzschaffende Investitionen mit bis zu 30% gefördert" werden. Das einzig „neue" dieser „Konjunkturpolitik" ist wohl das Ausmaß der beabsichtigten staatlichen Plünderung der Volksmassen und Mästung der Kapitalisten.

Neu ist noch nicht einmal die theoretische Begründung. Der Sozialdemokrat Fritz Naphtali hatte schon in der Weimarer Republik die „anhaltende Arbeitslosigkeit zum sozialen Hauptproblem unserer Zeit" erkoren. Er und andere Wirtschaftswissenschaftler bis zu Keynes haben schon die „neuen strukturpolitsichen Maßnahmen" zur Mästung der Kapitalisten gepredigt, als Mathiessen noch nicht einmal das Licht der Welt erblickt hatte.

Das Wesen der kapitalistischen Krise ist die Überproduktuon von Kapital. Die kapitalistische Produktionsweise kann die von ihr erzeugten Produktionsmittel nicht mehr in Be-wegung setzen, weil sie nur in Tätigkeit treten können, wenn sie sich vorher in Kapital verwandelt haben. „Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung reproduziert sich als Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der Fabrik und der Anarchie in der ganzen kapitalistischen Gesellschaft." (K. Marx) Für die Arbeiterklasse kann daraus nur folgen, daß sie das Privateigentum abschafft. Dazu muß sie die Herrschaft der Bourgeoisie zerschlagen und den Sozialismus aufbauen. Die Arbeiterklasse von dieser Erkenntnis abzuhalten, ist der Zweck sozialdemokratischer Ideologie.

Wenn sie jetzt die „konjunkturpolitische Flickschusterei von Anno Plisch und Pumm" als wirkungslos verurteilen, so deshalb, weil sie das wachsende Mißtrauen der Arbeiterklasse in die kapitalistische Produktionsweise auf alte Mühlen der Krisenbewältigung unter neuem Namen lenken wollen.

Sie tragen mit diesem Manöver dem Fortschritt der Arbeiterbewegung Rechnung. Die Arbeiterbewegung hat sich nicht durch Schiller und Strauß, durch Schmidt und Genscher vom Kampf um den Lohn und gegen die Verschärfung der Ausbeutung abhalten lassen. Sie wird es auch nicht durch diese „neue Strukturpolitik" der Sozialdemokraten.

Soll die Arbeiterbewegung aber bewußt voranschreiten zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, ist es unumgänglich, diese sozialdemokratischen Theorien zu widerlegen.

Kieler Woche – Propagierung der Einigung Westeuropas unter der Vorherrschaft des Westdeutschen Imperialismus

Europa gewinnt Gestalt, heißt dieses Jahr das Motto der Kieler Woche, welche Gestalt, darüber haben die westdeutschen Imperialisten schon länger bestimmte Vorstellungen. Deren Umsetzung zu debattieren und die Volksmassen für ihre chauvinistischen Pläne zu gewinnen, dafür sollen die „bewährten Pfeiler" Segeln, Kultur und Volksfest genutzt werden. Damit diese beiden Funktionen, die Verständigung der Imperialisten untereinander und die Propaganda für den Chauvinismus nicht durcheinandergehen, ist ausdrücklich unterschieden zwischen Veranstaltungen, die jedermann zugänglich sind und solchen, die mit geladenen Gästen durchgeführt werden: Angefangen von der Konferenz des Weltwirtschaftsinstitutes und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Sonderforschungsbereich 86 mit einem Workschop über internationale wirtschaftliche Entwicklung und Transfer der Rohstoffe über eine Veranstaltung der Fr. Ebert-Stiftung im Hotel Maritim über Entspannung und Zusammenarbeit in Europa bis zum „Euro-Treff", einer gemeinsamen Tagung des Deutschen Beamtenbundes, des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes und des Bundeswehrverbandes und zum Thema: „Der öffentliche Dienst im zusammenwachsenden Europa" mit Schwerpunkt auf dem deutschen öffentlichen Dienstrecht, das mit dem deutschen Wesen ins europäische Ausland exportiert werden soll, vielleicht sogar von der Bundeswehr getragen?

Damit ist das politische Programm weitgehend abgesteckt: Kampf des BRD-Imperialismus um Vorherrschaft in Europa, Zugriff auf die Rohstoffe der 3.Welt mit dem Mittel der wirtschaftlichen Erpressung, sonst auch mit militärischer „Hilfe" und Ausbau einer einheitlichen Unterdrückung der Volksmassen in Europa mittels „Verfassungstreue".

Abgerundet wird dieses Programm mit der Tagung des Außenwirtschafts- und Integrationsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Die Konferenz der Sonderbeauftragten der Landesregierungen für die Direktwahl zum Europäischen Parlament wird sich schon etwas ausdenken müssen, diesen Chauvinismus umzusetzen in Wahlbeteiligung! Für die Volksmassen wird dieses Programm „volkstümlicher wie je zuvor" (Holstenbote) verpackt, manchmal werden aber von tolpatschigen Journalisten Löcher in diese Verpackung gerissen, wie von einem gewissen WS in den KN: „Deutschlands heißester Schlager- und Popsender, Radio Luxemburg, . . ."

Europa gewinnt Gestalt. Kernpunkt der imperialistischen Propagandakampagne ist die Tagung der Europa-Union Deutschland, die mit öffentlichen Sitzungen über die Themen „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa", Verfassungsprobleme der Europäischen Union" und „Voraussetzung und Chancen der Wirtschafts- und Währungsunion" eingeleitet wird, sich dann über die Stadtteile ausbreiten soll, um die Massen für reaktionäre Schulpolitik zu gewinnen, für die Kernenergie zu werben und unter den Titel „Die BRD – Zahlmeister Europas" die Berechtigung für die Vorherrschaftsansprüche der BRD-Imperialisten abzuleiten. Weil klar ist, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen nicht begeistert sind von diesen imperialistischen Plänen, was hätten sie auch davon, wird ein großer Rummel veranstaltet von den „Kieler Stadtvätern" in den alle Teile des Volkes eingespannt werden sollen. Die Arbeiterklasse muß diesem Programm entgegentreten und Propaganda machen für ihre Forderungen, denn ihr Europa sieht anders aus, als das der Bourgeoisie. Sie tritt ein für die Aufhebung der imperialistischen Militärbündnisse, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, für den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Westberlin, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges. Sie tritt dafür ein, daß die Bundesregierung sich an die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung halten muß und die Anträge der Länder der 3.Welt in der UNO unterstützen muß. Dafür werden der KBW und das Soldaten-und Reservistenkomitee die Kieler Woche nutzen.

des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes und des Bundeswehrverbandes und zum Thema: „Der öffentliche Dienst im zusammenwachsenden Europa" mit Schwerpunkt auf dem deutschen öffentlichen Dienstrecht, das mit dem deutschen Wesen ins europäische Ausland exportiert werden soll, vielleicht sogar von der Bundeswehr getragen?

„Deutschlands heißester Schlager- und Popsender, Radio Luxemburg, . . ."

Europa gewinnt Gestalt. Kernpunkt der imperialistischen Propagandakampagne ist die Tagung der Europa-Union Deutschland, die mit öffentlichen Sitzungen über die Themen „Si-

Friedensvertrages mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges. Sie tritt dafür ein, daß die Bundesregierung sich an die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung halten muß und die Anträge der Länder der 3.Welt in der UNO unterstützen muß. Dafür werden der KBW und das Soldaten-und Reservistenkomitee die Kieler Woche nutzen.

Kampf gegen den Schulgesetzentwurf – über den landesweiten Schulstreik muß sich die Schülerbewegung erneut verständigen

In dieser Ausgabe der KVZ hätten wir gerne gemeldet, daß nach den Streikbeschlüssen auf Schülerkongressen und -vertreterversammlungen in der letzten Woche nun an den Schulen Beschlüsse zur Durchführung der Urabstimmung vorliegen oder diese schon läuft. Tatbestand aber ist, daß eine Stockung eingetreten ist in der Organisierung des Streiks und nur wenige Beschlüsse vorliegen. Woran liegt das?

Daran, daß die Landesschülervertretung für Gymnasien die Sache nur halbherzig unterstützt? Daß die letzen Landesschülerparlamentssitzungen nicht beschlußfähig waren und nun noch größere Anstengungen erforder-

Und seit Jahren hat sich das ganze Volk, haben sich Eltern, die Lehrer und Schüler in diesem Land in jeder Frage von den Fahrtkosten über die Unterrichtsmittelbezahlung bis zur Einstellung von Lehrern mit dieser Landesregierung anlegen müssen, wenn sie was erreichen wollten.

Die Frage ist doch, wollen sie jetzt, wo die Landesregierung darangeht, ihren Kurs zusammenzufassen, entsprechend den Bedürfnissen der BRD-Imperialisten neu auszurichten und aber auch wirklich alles in den letzten Jahren Erkämpfte auch noch abzuschaffen, ihrerseits selbst ihre Kräfte sammeln und der Landesregierung diesen Plan zunichtemachen, sowie am besten

Streik ausspricht, wozu jetzt unbedingt Vollversammlungen einberufen und angemeldet werden müssen. Darüber werden sich dann auch gegenüber den Schulrektoren, von denen einige noch nicht so recht Farbe bekennen wollen, genauer klären. Was diese staatlichen Schulpolizisten angeht, ist es gut, wenn man sich darauf einigt, daß sie überhaupt gar keinen Schülervertreter zu sich zu zitieren haben, sondern dann schon selbst auf den Schulhof kommen sollen. Sowieso kann man gleich zu Anfang der Woche ziemlich zur Klärung der Lage beitragen, wenn auf den Schulhöfen Aktionen stattfinden, z.B. mit großen Wandzeitungen mit den Ergebnissen der Schülerparlamentssit-

Kampf gegen den Schulgesetzentwurf – über den landesweiten Schulstreik muß sich die Schülerbewegung erneut verständigen

In dieser Ausgabe der KVZ hätten wir gerne gemeldet, daß nach den Streikbeschlüssen auf Schülerkongressen und -vertreterversammlungen in der letzten Woche nun an den Schulen Beschlüsse zur Durchführung der Urabstimmung vorliegen oder diese schon läuft. Tatbestand aber ist, daß eine Stockung eingetreten ist in der Organisierung des Streiks und nur wenige Beschlüsse vorliegen. Woran liegt das?

Daran, daß die Landesschülervertretung für Gymnasien die Sache nur halbherzig unterstützt? Daß die letzen Landesschülerparlamentssitzungen nicht beschlußfähig waren und nun noch größere Anstengungen erforder-lich sind, auf allen Ebenen demokratisch gefaßte Streikbeschlüsse zu Stande zu bringen? Daran, daß die bürgerlichen Parteien und opportunistischen Kräfte, die angeblich den Kampf der Schüler unterstützen und z.T. noch zur Demonstration am 4.2. mobilisiert hatten, sich jetzt zurückhalten, und noch deutlicher wird, daß sich diese Bewegung auf ihre eigene Kraft verlassen muß, während gleichzeitig die Drohungen gegen die Durchführung des Streiks massiver werden?

Das alles sind Schwierigkeiten und sie haben ihre Auswirkung. Es sind aber auch wichtige Erfahrungen, z.B. die, daß keine politische Parteienorganisation im Lande außer dem KBW diesen Streik untersützt, und die genannten Schwierigkeiten können bewältigt werden.

Worüber in diesem Moment die Verständigung fehlt, und weshalb vielerorts gezögert wird, das ist die Frage, ob die Bewegung trotz dieser Hindernisse darangehen will, der Landesregierung einen Kampf zu liefern, der im Grunde schon länger ansteht.

Seit Jahren kämpfen die Schüler gegen die Zurechtstutzung ihrer Vertretungsorgane auf reine Befehlsempfänger der Schuldirektion, seit Jahren kämpfen sie gegen die Aufsplitterung der Jugend durch das mehrgliedrige Schulsystem. Immer breiter wird die Forderung „Weg mit dem Zensurensystem" erhoben, weil die Schüler es satt haben, sich durch Notendruck die Unterwerfung unter den bürgerlichen Schulbetrieb aufzwingen zu lassen.

Und seit Jahren hat sich das ganze Volk, haben sich Eltern, die Lehrer und Schüler in diesem Land in jeder Frage von den Fahrtkosten über die Unterrichtsmittelbezahlung bis zur Einstellung von Lehrern mit dieser Landesregierung anlegen müssen, wenn sie was erreichen wollten.

Die Frage ist doch, wollen sie jetzt, wo die Landesregierung darangeht, ihren Kurs zusammenzufassen, entsprechend den Bedürfnissen der BRD-Imperialisten neu auszurichten und aber auch wirklich alles in den letzten Jahren Erkämpfte auch noch abzuschaffen, ihrerseits selbst ihre Kräfte sammeln und der Landesregierung diesen Plan zunichtemachen, sowie am besten gleich einige Rechnungen zu begleichen, die aus den letzten Jahren noch offen geblieben sind?

Wir wären schon dafür, die dafür erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen. Zumal die Landesregierung auf die bisherigen Schritte im Aufbau des Streiks deutliche Wirkung zeigt. Nach der kürzlichen Ankündigung von allerlei angeblichen „Verbesserungen" läßt nun die Landesregierung ein Faltblatt verteilen, in dem sie sich nicht traut, auch nur einen Paragraphen dieses neuen Gesetzes zu zitieren, und in dem dieser als eine Anhäufung von „Kompromissen", die nun mal das Bundesverfassungsgericht „verlange", darstellt. Noch kann man ihr weitere Schläge versetzen.

Ist man aber jetzt dafür, daß es was wird mit diesem Streik, dann muß man sich auch einig sein, daß nicht noch mehr Zeit verschaukelt werden darf. Dann muß die Taktik für diese Woche so sein, daß man sich als allererstes *verständigt* über die Lage, sofort zusammensetzt in und mit den SVen, in den Klassen, in den örtlichen Schülerinitiativen und nicht auseinandergeht, bis man die nächsten Schritte geklärt hat.

Dabei wird man die Frage, wer nun zum Streik aufruft trotz Androhungen von Schulstrafen usw. am besten so klären, daß dies die SVen und zwar möglichst als Ganze sein müssen, um so jedweder Verfolgung von Einzelnen gegenüber eine günstige Ausgangsposition zu haben.

Das beste ist ohnehin, wenn sich die ganze Schülerschaft für einen solchen

Streik ausspricht, wozu jetzt unbedingt Vollversammlungen einberufen und angemeldet werden müssen. Darüber werden sich dann auch gegenüber den Schulrektoren, von denen einige noch nicht so recht Farbe bekennen wollen, genauer klären. Was diese staatlichen Schulpolizisten angeht, ist es gut, wenn man sich darauf einigt, daß sie überhaupt gar keinen Schülervertreter zu sich zu zitieren haben, sondern dann schon selbst auf den Schulhof kommen sollen. Sowieso kann man gleich zu Anfang der Woche ziemlich zur Klärung der Lage beitragen, wenn auf den Schulhöfen Aktionen stattfinden, z.B. mit großen Wandzeitungen mit den Ergebnissen der Schülerparlamentssit-zungen und praktischen Vorschlägen zur Durchführung des Streiks.

Was die Maßnahmen der Schulaufsicht betrifft, den Streik durch verschiedene Maßnahmen u.a. durch das Anordnen möglichst vieler Arbeiten am Streiktage zu sprengen, kann es nicht schaden, dies durch entsprechende Kennzeichnung der entsprechenden Amtssitze dieser Beamten zu quittieren. Vor allem aber kommt es diesbezüglich darauf an, gleich zu Beginn der Woche mit den Lehrern zu klären, daß am 30.6. keine Arbeiten geschrieben werden, und sich auf diese Weise von der Seite her den Rücken frei zu halten, sowie unter den Lehrern den Ansatz für weitergehendere Zusammenarbeit zu legen.

Wenn man sich hieran für die nächste Woche hält und zugleich die Bedingungen dafür schafft, die Erfahrungen dieser Woche zu zentralisieren und für die Aktions- und Streikwoche nutzbar zu machen, dann dürfte es schon sehr viel eher möglich sein, gegen die Landesregierung und die Spaltungsmanöver der DKP und SPD mit dem „Tag der Jugend", den Schulstreik und die Demonstration am 1.7. zu organisieren, wie man damit auch die Position schlagen kann, noch mal eine gute Demonstration am 1.7. wäre doch auch schon ganz gut. Ohne die Organisierung des Schulstreiks ist der politische Fortschritt, der jetzt möglich und auch notwendig ist, nicht zu erreichen. Daran muß man festhalten. (B-Red.)

Termine und Veranstaltungen

Mittwoch, 21.6.78, 20 Uhr
Veranstaltung mit Vertretern des African National Congress/African Nationalists (ANC/AN)
Kiel. „Waidmannsruh", Eckernförder Str./Kopperpahler Allee

Donnerstag, 22.6.78, 9 Uhr
Prozeß wegen Hausfriedensbruch im Landesjugendheim Selent
Lütjenburg. Amtsgericht.

Sonnabend, 24.6.78, 21 Uhr
Öffentlicher Diavortrag über den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe
Kiel. Holstentraße, bei der Hertie-Rolltreppe.

Sonnabend, 24.6.78, 15 bis 19 Uhr
Sonntag, 25.6.78, 10 bis 13 Uhr und 14.30 Uhr bis 18 Uhr
Seminar des SRK zur Vorbereitung des Rekruteneinzuges am 3.7.78
Themen:
– Die NATO, ein aggressives Bündnis
– Der Kampf um einen Friedensvertrag
– Die Besatzungstruppen auf westdeutschem Boden und in Berlin
Kiel. „Waidmannsruh", Eckernförder Str./Kopperpahler Allee
Essen am Sonntag kann in der Gaststätte eingenommen werden.

Sonntag, 25.6.78, 10 Uhr
Veranstaltungsreihe zum Kampf gegen den Schulgesetzentwurf
„Unter der Fahne der ‚christlichen und humanitären Überlieferung': imperialistische Expansion und Abrichtung der Jugend"
Kiel. Ernst-Barlach-Gymnasium, Charles-Ross-Ring
Segeberg. „Zur Börse", Oldesloerstr.
Lübeck. „Leuschner's, Kronsforder Allee 49 a
Neumünster. Jugendzentrum, Friedrichsstr. 24
Itzehoe. „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg
Rendsburg. bei O. Schröder unter 04331/26675 zu erfragen
Preetz. „Kathrin's Stuben", Kirchstraße
Eutin. „Voss-Eck", Voss-Platz 9
Ratzeburg. „Hotel Fürst Bismarck", Große-Kreuz-Straße 10
Pinneberg. „Holstenquelle", Elmshorner Str. 33

Mittwoch, 28.6.78, 16 Uhr
Kundgebung und Verpackung von Kleidung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe
Kiel. Innenstadt. Holstenstraße, am Holstentörn
Gaarden. Elisabethstr.

Mittwoch, den 21.6.78 19 Uhr
Aktionseinheitsverhandlungen zur Durchführung der Aktionswoche und des Schulstreiks zu denen die Landesschülervertretungen aufrufen
Kiel. DAB-Krug, gegenüber von der Ostseehalle

„Unter der Fahne der ‚christlichen und humanitären Überlieferung': imperialistische Expansion und Abrichtung der Jugend"
Kiel. Ernst-Barlach-Gymnasium, Charles-Ross-Ring
Segeberg. „Zur Börse", Oldesloerstr.
Lübeck. „Leuschner's, Kronsforder Allee 49 a
Neumünster. Jugendzentrum, Friedrichsstr. 24
Itzehoe. „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg
Rendsburg. bei O. Schröder unter 04331/26675 zu erfragen
Preetz. „Kathrin's Stuben", Kirchstraße
Eutin. „Voss-Eck", Voss-Platz 9
Ratzeburg. „Hotel Fürst Bismarck", Große-Kreuz-Straße 10
Pinneberg. „Holstenquelle", Elmshorner Str. 33

Mittwoch, 28.6.78, 16 Uhr
Kundgebung und Verpackung von Kleidung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe
Kiel. Innenstadt. Holstenstraße, am Holstentörn
Gaarden. Elisabethstr.

Mittwoch, den 21.6.78 19 Uhr
Aktionseinheitsverhandlungen zur Durchführung der Aktionswoche und des Schulstreiks zu denen die Landesschülervertretungen aufrufen
Kiel. DAB-Krug, gegenüber von der Ostseehalle

Mittwoch,den 21.6.78 20 Uhr
Treffen der Erzieherfachschüler zur Beratung über den Kampf gegen die neue Ausbildungsordnung
Kiel. „Patzenhofer", Dreiecksplatz

Donnerstag, 29.6.78, 17 Uhr.
Kundgebung von KBW und SRK Holstein gegen die Expansionspläne und Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten und der beiden Supermächte.
„Raus aus der NATO! Abzug aller fremden Truppen! Friedensvertrag!"
Kiel. Platz vor der Landwirtschaftskammer, Holstentraße.

Freitag, 30.6.78, 16.30 Uhr
Kundgebung des KBW gegen den Schulgesetzentwurf
Kiel. Holstenstr. – Hertierolltreppe

Samstag, 1.7.78 15 Uhr
Landesweite Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf
Kiel. Abmarsch Wilhelmsplatz, dann Landeshaus, durch die Innenstadt zurück zum Holstenplatz.

Sonntag, 2.7.78, 16 Uhr.
Theaterstück: „Zimbabwe – Schule der Revolution"
Kiel. Auf der Krusenkoppel

Streik beschlossen

Am Hans Geiger Gymnasium Kiel ist auf einer Vollversammlung in der letzten Woche der Schulstreik mit 80% Ja-Stimmen beschlossen worden.

HDW: Mit „neuer Technologie" die Rationalisierung vorantreiben

Bundesforschungsminister Hauff hat am Donnerstag HDW besucht. „Fragen neuer Technologien und Forschungen im Schiffbau" hat er mit der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat erörtert.

Er wollte erkunden, wie die Werftkapitalisten mittels des Werfthilfeprogramms der Bundesregierung voranschreiten bei der Verschärfung der Ausbeutung der HDW-Arbeiter.

HDW hat 500 Millionen für weitere Rationalisierungsvorhaben aufgehäuft. Die sind nicht für kleinliche Rationalisierungsvorhaben gedacht, sondern für die Steigerung der Ausbeutung im großen Stil.

Wie sehr es den HDW-Kapitalisten dabei ernst ist, zeigt, daß sie für zwei Neubauten die Ablieferungsfrist um vier Wochen vorverlegt haben. Einhalten wollen sie dies nun durch die Abkommandierung von Arbeitern in die zweite Schicht.

Im Werk Süd ist die Nacht- und Schichtarbeit die Regel, und die meisten Kollegen werden in sie reingepreßt. In Gaarden wurden in letzter Zeit nur hin und wieder die Schichten voll besetzt. Indem jetzt die Kapitalisten die Arbeiter einzeln in den regelmäßigen Schichtdienst von 15 bis 23 Uhr pressen, wollen sie den Widerstand dagegen brechen, um rasch den Schichtbetrieb für alle Arbeiter zum Normalzustand werden zu lassen.

Zuerst Massenentlassungen und nun allgemeine Einführung der Schichtarbeit, so wollen sie zu neuen Rekorden der Profitmacherei kommen. Die HDW-Arbeiter, die die Forderungen für die 35-Stunden-Woche schon auf mehreren Betriebsversammlungen bekräftigt haben und gegen das Programmlohnsystem seit Jahren heftigen Widerstand leisten, werden eine weitere Verschärfung der Ausbeutung nicht hinnehmen. Nicht umsonst handeln die HDW-Kapitalisten vorsichtig und scheibchenweise.

Opportunisten propagieren die „Menschenrechte in Ost und West"– Der Flankenschutz für die imperialistische Expansion kam nicht durch

Unter dem Motto „Solidarität mit Bahro" führten die Trotzkisten und das „Sozialistische Büro" am Freitag eine Veranstaltung mit Rudi Dutschke durch. Ca. 600 Studenten waren gekommen, größtenteils, um den ehemaligen Führer der Studentenbewegung mal kennenzulernen. Was sie erlebten war ein abgehalfteter Professor, der nach langen Ausführungen über die trotzkistische ‚permamente Revolution', die Durchsetzung der „Menschenrechte in Ost und West" propagierte. „In der Kontinuität des Kampfes um Demokratie geht es darum, dem weiteren Abbau der Menschenrechte hier entgegenzutreten, in der DDR geht es erst einmal darum, sie wieder zu erkämpfen".

fitmacherei kommen. Die HDW-Arbeiter, die die Forderungen für die 35-Stunden-Woche schon auf mehreren Betriebsversammlungen bekräftigt haben und gegen das Programmlohnsystem seit Jahren heftigen Widerstand leisten, werden eine weitere Verschärfung der Ausbeutung nicht hinnehmen. Nicht umsonst handeln die HDW-Kapitalisten vorsichtig und scheibchenweise.

Opportunisten propagieren die „Menschenrechte in Ost und West"– Der Flankenschutz für die imperialistische Expansion kam nicht durch

Unter dem Motto „Solidarität mit Bahro" führten die Trotzkisten und das „Sozialistische Büro" am Freitag eine Veranstaltung mit Rudi Dutschke durch. Ca. 600 Studenten waren gekommen, größtenteils, um den ehemaligen Führer der Studentenbewegung mal kennenzulernen. Was sie erlebten war ein abgehalfteter Professor, der nach langen Ausführungen über die trotzkistische ‚permamente Revolution', die Durchsetzung der „Menschenrechte in Ost und West" propagierte. „In der Kontinuität des Kampfes um Demokratie geht es darum, dem weiteren Abbau der Menschenrechte hier entgegenzutreten, in der DDR geht es erst einmal darum, sie wieder zu erkämpfen".
Gegen die Erkämpfung der Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, gegen die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats durch die deutsche Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin und in der DDR wetterte er, indem er dem KBW die „Kontinuität der Gewalt vorwarf."

Rudi Dutschke hat seine Aufgabe nicht erfüllen können. Nur wenn er gegen die Revisionisten auftrat erhielt er Beifall.

Die Revolutionäre erhielten in einem Redebeitrag über die Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse der DDR im Kampf um den Sozialismus ebenfalls Beifall.

Gezeigt hat die Veranstaltung, daß die opportunistische Kampagne für „Menschenrechte" in der DDR nicht von allein untergeht. Die Propaganda für den Austritt aus den imperialistischen Militärbündnissen und für den Abschluß eines Friedensvertrages ist nötig, um die Opportunisten zu schlagen.

Kaserne Bootstedt: Weitere Verschärfung des Wachdienstes

Boostedt. In der Boostedter Rantzau-Kaserne ist nach Einführung der neuen Wachregelung in der Division (nur noch vier Mann Torwache, dafür 12 Mann Streifendienst von 18.00-8.00 Uhr ohne früheren Dienstausgleich) eine weitere Verschärfung des Wachdienstes befohlen worden: die Streifen sind mit Funkgeräten ausgerüstet worden und haben sich auf den festgelegten Streifengängen regelmäßig bei der Torwache zu melden gehabt. Die Funkgeräte sind allerdings sehr schnell nach ihrer Einführung kaputtgegangen, so daß diese Maßnahme vom Kasernenkommandanten derzeit nicht durchgehalten werden kann.

Halligsanierung: Erst noch in der weißen Industrie Profite scheffeln, dann absaufen



Haus auf der Hallig Gröde nach der Sturmflut 1962

„Eine weitere Halligsanierung würde nach den Schätzungen etwa 20 Millionen Mark erfordern", schreiben die Husumer Nachrichten (HN) am 20.1.76. Kurz nach der Sturmflut vom 3.-4.1.76. „Wenn man von 300000 DM pro Haus ausgeht, sind zehn bis zwölf Millionen Mark erforderlich, hinzu kämen die Mittel für die Warftsicherung. Erhöhung und Abflachung der Böschungen." Im 2. Halligsanierungsprogramm des Kreises Nordfriesland vom Dezember 1976 sind 2,2 Millionen DM veranschlagt für Verschottung der Türen und Fenster, dem Schließen und Abdichten der Kellerlichtschächte und Einbau einer Kellerlüftung sowie der Einbau von Rückstausicherungsanlagen und Sicherung der Elektroinstallationen. Langfristig waren 8,4 Millionen DM geplant, unter anderem 1,5 Millionen für Fethinge (ehemals Sammelbecken für Regenwasser), 1,3 Millionen für Wegeseitengräben, 1,05 Millionen für die innere Erschließung. Ganze 700000 DM für die Sanierung von Gebäuden.

Weiter heißt es unter dem Stichwort „langfristig": „Im baulichen Bereich sind der rationellen Entwicklung durch hohe Baukosten Grenzen gesetzt. (...) Bauerweiterungen schließen sich in der Regel aus, da dies mit Warftvergrößerungen verbunden wäre, deren zusätzliche Kosten bei 80-100 DM/qm liegen, (...) zur Sicherung des Lebensraumes auf den Halligen sind weitere Warftabflachungen an gefährdeten Böschungen notwendig. (...) Voraussichtliche Kosten für Warftsicherungen sind in diesem Programm

sodaß bei schweren Sturmfluten die Warft vollständig überflutet wird. Wenn auf dieser Warft ein neues Wirtschaftsgebäude errichtet werden soll, muß zuerst eine Warfterhöhung und

Abflachung der Warftböschungen erfolgen. Die Kosten hierfür werden nach überschläglicher Rechnung 190000 bis 200000 DM betragen. Aus der Sicht des Küstenschutzes sind die hohen Aufwendungen nicht zu vertreten." (Amt für Land- und Wasserwirtschaft Husum 2/21 vom 11.11.76).

Mit der „Sicht des Küstenschutzes" ist nichts anderes gemeint, als die Sicht der Bourgeoisklasse, der die Sicherung der Halligbewohner vor Sturmfluten zu teuer ist und die mit Sanierung der Halligen etwas anderes meint, nur nicht Schutz vor Sturmfluten. Zehn bis zwölf mal pro Jahr meldet Langeneß „landunter", Gröde und Nordstrandischmoor sogar bis zu 30 mal. Es scheint das langfristige Sanierungsziel des bürgerlichen Staates zu sein, die Halligen im Meer versaufen zu lassen. Wir werden sehen, was daran ist.

Für die geplanten 2,2 Millionen DM verweigerte das Land, Stoltenberg und ein von Rainersdorf in Verhandlungen mit dem Kreis die „Finanzhilfe". „So kam es zu dem Halligsanierungssofortprogramm, welches nach einer Kostenzusammenstellung vom 20.12.76 Ausgaben von insgesamt 439000 DM umfaßte." (Bericht des Rechnungs-

116.100 DM verlangt er von den Halligbewohnern als „Eigenleistung". 348300 DM sollen aus dem Dorferneuerungsprogramm tropfen. Sicher vor Sturmfluten sind die Halligen dadurch nicht. Das ist auch nicht das „kurzfristige" Ziel. Was dann?

Von 1960-1976 ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf den Halligen Hooge, Langeneß, Oland, Gröde und Nordstrandischmoor von insgesamt 99 auf 54 zurückgegangen. Der stärkste Rückgang dabei auf Langeneß von 44 auf 22 und dann auf

Hooge von 36 auf 18. In Zeiten von 1956-1976 ist die Zahl der Bevölkerung von 441 auf 320 gesunken. Allein auf Langeneß dabei von 252 auf 160. Der Vergleich des Betriebseinkommens zwischen Hallig und Festland zeigt die tiefe Verelendung der Halligbauern:

Betriebseinkommen

	Hallig	Festland
pro ha	400 DM	1350 DM
pro Arb.kraft	10000 DM	26000 DM

„Die geringe Leistungsfähigkeit der Halliglandwirtschaft führt zu folgenden Konsequenzen. 1. Nur bei geringem Einkommensbedarf der bäuerlichen Familie, bei ausreichenden Gebäuden, Milchviehhaltung und einem Eigentum von mindestens 50 ha ist eine rein landwirtschaftliche Existenz denkbar. Da diese Voraussetzungen auf keinem Halligbetrieb vorhanden sind, ist ein neuer Zuerwerb für fast alle Landwirtschafter eine Lebensnotwendigkeit," heißt es dazu im Halligsanierungsprogramm. 1970 sind auf Langeneß und Hooge je zwei Betriebe, die Landwirtschaft betreiben. Sprunghaft steigt die Lohnarbeit und der „Zuerwerb Fremdenverkehr". Auf Langeneß, einschließlich Oland beträgt der Anteil der Landwirtschaft nur noch 42% gegenüber 48% für Dienstleistungen. Der Kreis Nordfriesland brüstet sich damit, auf Langeneß, Oland und Hooge für mehr als eine Millionen DM neue Einrichtungen für den Fremdenverkehr geschaffen zu haben. (HN, 21.6.77).

Umwandlung der Halligen in Aufenthaltsorte des Fremdenverkehrs, Umwandlung der Bauern in Zimmervermieter und Pensionsinhaber bei Vertreibung des größten Teils der Bauern und ihren Familien. Ganz auf Landwirtschaft verzichten geht nicht, denn „durch die Bewirtschaftung der Hallig wird die vorhandene Grasnarbe als Schutz vor Zerstörung durch Auswaschen und Auskolkungen bei Überflutungen erhalten" und „„durch Beweidung mit Vieh wird die Halliglandschaft gepflegt und in Ordnung gehalten. Sie dient damit dem zukunftsträchtigen Fremdenverkehr." (2. Halligsanierungsprogramm). Der materielle Stachel, den „zukunftsträchtigen Fremdenverkehr", die Halligwelt, zu erschließen, ist die elendige Lage der Halligbauern für die „der Zuerwerb zu einer Lebensnotwendigkeit" geworden ist.

Interview mit einem leitenden Ingenieur des Kreises Nordfriesland für das Halligsofortprogramm: Mit billigem und schlechtem Material sollen die Halligbewohner selber die Halligen sichern

KVZ: Wie sind die Lebensbedingungen auf den Halligen?

H.: Ohne Nebenerwerb, nur von der Landwirtschaft, kann dort keiner existieren. Viehhaltung alleine geht nicht. Viele sind zur Lohnarbeit gezwungen und auf den Tourismus angewiesen.

KVZ: Welche Auswirkungen hat das Halligsofortprogramm des Kreises Nordfriesland?

H.: Kurz gesagt, mach eine Faust, wenn du keine Finger hast. Die vom Kreisausschuß bewilligten Gelder reichten doch hinten und vorne nicht. Da mußte von vornherein damit gerechnet werden, daß minderwertiges Material geliefert und Pfusch gemacht wird. Der Kreis hat sich das so gedacht: die Halligbewohner haben sich dagegen gewehrt, daß ihre Arbeitskraft

schottung der Häuser bei Sturmfluten?

H.: Ich würde sagen, kaum einen. Erstmal, ehe die Häuser verschottet werden, ist die Sanierung sämtlicher Gebäude in Bezug auf Mauerwerkabschichtung, Abschichten der Kellerwände, die alle nicht isoliert sind, außerdem die Warftabflachung wichtig. Dann die Fethinge. Bei einer Sturmflut sind durch die Fethinge die Häuser gefährdet. Alles Maßnahmen, die nicht gemacht werden. Die Rede ist oft vom erfolgreichen Halligsanierungsprogramm 62. Dabei wurde 62 nicht viel gemacht. Schutzräume sind angelegt worden, aber diese Maßnahme reicht nicht. Damals war Gelegenheit, die Häuser höher zu legen, gleich so hoch, daß sie gar nicht mehr im gefährdeten Bereich sind. Auf Langeneß liegt die

zwölf Millionen Mark erforderlich, hinzu kämen die Mittel für die Warftsicherung. Erhöhung und Abflachung der Böschungen." Im 2. Halligsanierungsprogramm des Kreises Nordfriesland vom Dezember 1976 sind 2,2 Millionen DM veranschlagt für Verschottung der Türen und Fenster, dem Schließen und Abdichten der Kellerlichtschächte und Einbau einer Kellerlüftung sowie der Einbau von Rückstausicherungsanlagen und Sicherung der Elektroinstallationen. Langfristig waren 8,4 Millionen DM geplant, unter anderem 1,5 Millionen für Fethinge (ehemals Sammelbecken für Regenwasser), 1,3 Millionen für Wegeseitengräben, 1,05 Millionen für die innere Erschließung. Ganze 700000 DM für die Sanierung von Gebäuden.

Weiter heißt es unter dem Stichwort „langfristig": „Im baulichen Bereich sind der rationellen Entwicklung durch hohe Baukosten Grenzen gesetzt. (...) Bauerweiterungen schließen sich in der Regel aus, da dies mit Warftvergrößerungen verbunden wäre, deren zusätzliche Kosten bei 80-100 DM/qm liegen, (...) zur Sicherung des Lebensraumes auf den Halligen sind weitere Warftabflachungen an gefährdeten Böschungen notwendig. (...) Voraussichtliche Kosten für Warftsicherungen sind in diesem Programm
nicht erfaßt. (...) Die Höhe der Warftoberfläche schwankt zwischen plus 4 m und 4,40 m über Normal Null,

folgen. Die Kosten hierfür werden nach überschläglicher Rechnung 190000 bis 200000 DM betragen. Aus der Sicht des Küstenschutzes sind die hohen Aufwendungen nicht zu vertreten." (Amt für Land- und Wasserwirtschaft Husum 2/21 vom 11.11.76).

Mit der „Sicht des Küstenschutzes" ist nichts anderes gemeint, als die Sicht der Bourgeoisklasse, der die Sicherung der Halligbewohner vor Sturmfluten zu teuer ist und die mit Sanierung der Halligen etwas anderes meint, nur nicht Schutz vor Sturmfluten. Zehn bis zwölf mal pro Jahr meldet Langeneß „landunter", Gröde und Nordstrandischmoor sogar bis zu 30 mal. Es scheint das langfristige Sanierungsziel des bürgerlichen Staates zu sein, die Halligen im Meer versaufen zu lassen. Wir werden sehen, was daran ist.

Für die geplanten 2,2 Millionen DM verweigerte das Land, Stoltenberg und ein von Rainersdorf in Verhandlungen mit dem Kreis die „Finanzhilfe". „So kam es zu dem Halligsanierungssofortprogramm, welches nach einer Kostenzusammenstellung vom 20.12.76 Ausgaben von insgesamt 439000 DM umfaßte." (Bericht des Rechnungs-
prüfungsamtes). Aus den 439000 DM sind hernach durch Schiebereien noch 701.000 DM geworden. Weitere 696.000 DM will der Kreis zuschießen.

„Die geringe Leistungsfähigkeit der Halliglandwirtschaft führt zu folgenden Konsequenzen. 1. Nur bei geringem Einkommensbedarf der bäuerlichen Familie, bei ausreichenden Gebäuden, Milchviehhaltung und einem Eigentum von mindestens 50 ha ist

trächtigen Fremdenverkehr." (2. Halligsanierungsprogramm). Der materielle Stachel, den „zukunftsträchtigen Fremdenverkehr", die Halligwelt, zu erschließen, ist die elendige Lage der Halligbauern für die „der Zuerwerb zu einer Lebensnotwendigkeit" geworden ist.

Interview mit einem leitenden Ingenieur des Kreises Nordfriesland für das Halligsofortprogramm: Mit billigem und schlechtem Material sollen die Halligbewohner selber die Halligen sichern

KVZ: Wie sind die Lebensbedingungen auf den Halligen?

H.: Ohne Nebenerwerb, nur von der Landwirtschaft, kann dort keiner existieren. Viehhaltung alleine geht nicht. Viele sind zur Lohnarbeit gezwungen und auf den Tourismus angewiesen.

KVZ: Welche Auswirkungen hat das Halligsofortprogramm des Kreises Nordfriesland?

H.: Kurz gesagt, mach eine Faust, wenn du keine Finger hast. Die vom Kreisausschuß bewilligten Gelder reichten doch hinten und vorne nicht. Da mußte von vornherein damit gerechnet werden, daß minderwertiges Material geliefert und Pfusch gemacht wird. Der Kreis hat sich das so gedacht: die Halligbewohner haben sich dagegen gewehrt, daß ihre Arbeitskraft
ohne Bezahlung vernutzt wird. Sie haben verlangt, daß die Verschottungen von Fachfirmen gemacht werden.

KVZ: Welchen Schutz bietet die Ver-

schottung der Häuser bei Sturmfluten?

H.: Ich würde sagen, kaum einen. Erstmal, ehe die Häuser verschottet werden, ist die Sanierung sämtlicher Gebäude in Bezug auf Mauerwerkabschichtung, Abschichten der Kellerwände, die alle nicht isoliert sind, außerdem die Warftabflachung wichtig. Dann die Fethinge. Bei einer Sturmflut sind durch die Fethinge die Häuser gefährdet. Alles Maßnahmen, die nicht gemacht werden. Die Rede ist oft vom erfolgreichen Halligsanierungsprogramm 62. Dabei wurde 62 nicht viel gemacht. Schutzräume sind angelegt worden, aber diese Maßnahme reicht nicht. Damals war Gelegenheit, die Häuser höher zu legen, gleich so hoch, daß sie gar nicht mehr im gefährdeten Bereich sind. Auf Langeneß liegt die
Höhe der Türschwellen zwischen 3,68 m und 4,94 m, während die Sturmflut vom 3. bis 4.1.76 eine Höhe von 5,16 bis 5,36 m hatte.

Mit Nacht- und Schichtarbeit das Letzte aus den Arbeitern herausholen

Durch die Ausbeutung der Arbeiter rund um die Uhr, durch die Nacht- und Schichtarbeit wollen die Kapitalisten die Maschinen 24 Stunden am Tag laufen lassen. Das schafft ihnen die größtmögliche Verwertung des Kapitals. Für die Arbeiterklasse bedeutet das: frühzeitiger Verschleiß der Arbeitskraft. Durch Nacht- und Schichtarbeit wird der natürliche gesellschaftliche Lebensrhythmus zerstört. Das Leben des Arbeiters wird bestimmt durch die Laufzeit der Maschine. Nur durch die Durchsetzung des Verbots der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit wird die Arbeiterklasse hier unbedingt nötige Schranken setzen können.

Der folgende Bericht über die Ausbeutungsmethoden der Hellermann-Kapitalisten in Pinneberg zeigt die Dringlichkeit dieser Aufgabe.

Vor fünf Jahren wurde nur im Einschicht-Betrieb gearbeitet. Nach und nach sind dann Schichten eingeführt worden. Erst in einer Abteilung ein Zwei-Schichtbetrieb, dann in zwei Abteilungen, und jetzt wird gearbeitet: in einer Abteilung im Drei-Schicht-Betrieb, Produktion von Kabelbändern; in einer zweiten Abteilung im Zwei-Schicht-Betrieb, die Herstellung von elektronischen Artikeln sowie Kabelbefestigung und Halterung für Telefon. In vier Abteilungen wird noch im Ein-Schicht-Betrieb gearbeitet. Die Herstellung von Gummiringen, Kabelbandkontrollen, Gummischläuchen sowie Schlosserei und Werkzeugbau.

Rund um die Uhr wird an den Maschinen bei der Kabelbandproduktion gearbeitet. Von 6 bis 24 Uhr ist Frühschicht, 14 bis 22 Uhr Spätschicht, von 22 bis 6 Uhr Nachtschicht. Während der Schicht gibt es eine halbe Stunde Arbeitspause, zusätzlich dann noch 10 Minuten. Im Drei-Schicht-Betrieb beträgt das Durchschnittsalter in der Frühschicht 35 Jahre, in der Spätschicht 22 Jahre und in der Nachtschicht 30 Jahre. Im Zwei-Schicht-Betrieb in der Frühschicht 35 und in der Spätschicht 30 Jahre. Der Altersunterschied entsteht dadurch, daß Kollegen, die schon länger bei Hellermann sind, nur in der Frühschicht arbeiten, während immer mehr junge Arbeiterinnen und Arbeiter für die Spät- und Nachtschicht eingestellt werden.

Die Arbeiter arbeiten immer in der gleichen Schicht. Zur Zeit sind es 300 im Betrieb, 50 davon in der Verwaltung. Die Fluktuation der Männer, und in der Nachtschicht arbeiten nur Männer, ist hoch. Oft kündigen Kollegen, weil sie die Nachtschicht nicht mehr durchhalten. Die Bezahlung der Arbeiter im Drei-Schicht-Betrieb beträgt 7,78 DM die Stunde für die Frauen, und für einige wenige besser gestellte als Spaltung 8,10 DM. Dazu kommt dann noch der Schichtzuschlag von 0,25 DM und der Nachtzuschlag von 25% für die Zeit von 20 bis 22 Uhr. In der Nachtschicht, in der nur Männer arbeiten, wird 11 DM gezahlt. Die Einrichter erhalten, wenn sie gelernt haben, 12,50 DM, sonst 9 DM; und die Schichtführer 16 DM.

Für die Arbeiter in der Nachtschicht bedeutet das, daß sie auf 1400 bis 1500 DM netto kommen.

Im Akkord wird nicht gearbeitet, sondern nur im Zeitlohn. Hellermann zahlt aber nur diesen und keinen Leistungszuschlag von 16%, wie er im Tarif festgelegt ist. Ohne daß es die Kollegen merken sollten, sind die Kapitalisten weiter daran gegangen, die Arbeit weiter zu intensivieren. In der neuen Halle, in der im Drei-Schicht-Betrieb gearbeitet wird, werden Kabelbänder hergestellt. Die Masse, PVC, wird unter Druck in eine Form gespritzt, bleibt für 13 Sekunden in dieser Form und wird dann von einem Auswerfer aus der Form geworfen. Die Hellermann-Kapitalisten sind daran gegangen, langsam den Druck zu erhöhen, und dabei die Spritzzeiten zu verkürzen. Das ausgeworfene Produkt muß dann von den Frauen gegen das Licht geprüft werden. Das sind 35000 Kabelbänder am Tag. An der T18R hat sich der Ausstoß dadurch innerhalb eines Jahres von 3300 auf 3800 am Tag erhöht. Für die Frauen ist das ein Karton Kabelbänder mehr am Tag. Hauptabnehmer ist die Deutsche Bundespost, sowie Siemens und Raab-Karcher. Die Produkte werden in alle Welt geliefert. Für den Flottenauftrag werden sie auch gebraucht.

Die weitere Intensivierung der Arbeit und der Schichtbetrieb hat für die Kollegen bereits schon im frühen Alter Folgen. Der Krankenstand im Drei-Schicht-Betrieb ist hoch. So fehlten letzte Woche fast die Hälfte der Kollegen. Ständig sind 20% krank. In den anderen Abteilungen ist der Krankenstand lange nicht so hoch.

Verschärfung der Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit, Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, das sind die Methoden der Hellermann-Kapitalisten in ihrer unersättlichen Gier nach Höchstprofiten gegenüber den Konkurrenten. In der BRD haben sie nur noch drei. Expansion auf dem Weltmarkt und Kapitalexport sind die andere Seite. Hellermann gehört zu 96% der Bauford Holding Ltd. in Crauley/Sussex. Betriebe gibt es bereits überall in der Welt, in Crauley/Sussex, dem Hauptsitz, in Pinneberg, Brasilien, Frankreich, Südafrika, Holland, USA, Australien und Neuseeland. (B.-Red.)

Überbetriebliche Lehrwerkstätten – Senkung der Ausbildungskosten für die Kapitalisten - Abrichtung zu billigen Lohnsklaven

„. . .ist es unsere wichtigste Zukunftsaufgabe – wie ich bereits eingangs betonte – allen jugendlichen Menschen eine Chance zur Berufsausbildung oder Berufsbefähigung zu geben", schreibt Stoltenberg in seinem Bericht zur Halbzeit im Mai 1977.

Eine Menge hat die Landesregierung bereits getan, um die Chancen „zur Berufsbefähigung" zu erhöhen. Die schwungvolle Einführung des Berufsgrundbildungsjahres und des berufsbefähigenden Jahres haben dazu geführt, daß eine immer größer werdende Anzahl von 16-jährigen, die die Berufsschulpflicht bereits absolviert haben, den Kapitalisten ganz zur Verfügung stehen.

Doch auch bei der Berufsausbildung hat sich dieses Politikerpack einiges einfallen lassen.

Der größte Teil der 1,34 Mio. Lehrlinge in der BRD wird in Betrieben ausgebildet, die nicht mehr als 50 Arbeiter beschäftigen. Immer weniger werden in den großen Industrien an den modernen Machinen ausgebildet. Denn gerade dort werden immer weniger gut ausgebildete Facharbeiter benötigt und immer mehr Hilfsarbeiter. Z.B. hat die Sektionsbauweise in der Werftindustrie dazu geführt, daß eine immer stärkere Teilung der Arbeit möglich wird, und immer mehr Tätigkeiten als einfache Arbeiten auch von Hilfsarbeitern erledigt werden können, während in kleinen Betrieben noch eine ganze Reihe von Schiffbauern und Elektrikern nötig sind.

Doch die Ausbildung in den kleinen Betrieben kann den Lehrlingen nicht mehr die notwendigen Kenntnisse vermitteln, um überall einsetzbar zu sein. Kultusminister Braun schreibt in seinem Aufsatz „Berufsbildungspolitik": „Jede berufliche Bildung muß zu einem Beruf hinführen und dabei gleichzeitig Nebenbedingungen erfüllen, wie Flexibilität und Mobilität." Diese Fähigkeiten sollen durch die überbetrieblichen Ausblidungswerkstätten erreicht werden.

In den 35 Werkstätten in Schleswig-Holstein stehen für den Bereich der Industrie und des Handwerks über 3000 und für den Bereich des Handels, der Landwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung über 1000 Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Schwungvoll ist dieses Netz in den letzten Jahren ausgebaut worden. Während 1974 nur 12000 Lehrlinge in den Genuß dieser Ausbildung kamen, waren es 1976 allein für den Bereich des Handwerks 18000. Ausgebildet werden die Lehrlinge in den 2-3 Wochen pro Jahr, in denen sie in den Internaten dieser Zentren kaserniert sind, vor allem an neuen Maschinen, die es in den kleinen Betrieben nicht gibt, die aber bereits in der großen Industrie angewandt werden.

Allein praktische Fähigkeiten werden dort in geringem Umfang vermittelt. Grundlagen des Produktionszweiges werden nicht vermittelt. Verbunden ist das oft noch mit einem theoretischen Blockunterricht in den Landesberufsschulen, die es für viele Ausbildungsberufe gibt.

Was dabei herauskommt, ist eine Ausbildung, die nur die notwendigsten Handgriffe und Fähigkeiten ausbildet, die notwendig sind, um überall schnell einsetzbar zu sein. Die Fähigkeiten der Jugend werden nicht entwickelt. Gekoppelt ist das in den Betrieben meist mit dem Einsatz der Jugendlichen als normale Facharbeiter. Die übrigen Arbeiter der Betriebe sind weiterhin gezwungen, die Lehrlinge praktisch in der Produktion auszubilden. Nur Zeit wird ihnen von den Kapitalisten mit dem Verweis auf die Lehrwerkstätten nicht zur Verfügung gestellt. Träger dieser Werstätten sind Trägerverbände der Kapitalisten, bezahlt werden sie aus den Steuern der Arbeiterklasse.

In Elmshorn soll ein neues Zentrum in diesem Jahr eingeweiht werden. Die Kosten haben zu 80% das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (6 Mio. DM) übernommen, 0,3 Mio. DM sind vom Arbeitsamt, 0.3 Mio. vom Land aufgebracht worden. Die restlichen 0.6 Mio. DM haben sich der Kreis Pinneberg und Steinburg, die Stadt Elmshorn und 29 Betriebe, der Unternehmensverband Südholstein und der Einzelhandelsverband geteilt.

Die Industrie- und Handelskammer Kiel schreibt in ihrem Jahresbericht dazu: „Dadurch wird es möglich, in Form ergänzender Unterweisung . . .zu einer praxisnahen und qualitativ hochwertigen und quantitativ ausreichenden Ausbildung . . .beizutragen . . .das wird zu einer optimalen Ausnutzung der Kapazität und zu einem kostengünstigen Lehrlingsangebot führen."

Aller Jubel der Sozialdemokraten und Revisionisten über die überbetriebliche Ausbildung beruft sich darauf, daß diese zu einer umfassenden Ausbildung führen würden, die von den Interessen der Kapitalisten unabhängig seien. Weit gefehlt. Keine umfassende Ausbildung wird vermittelt, sondern eine Ausbildung, die die Fähigkeiten der Jugend in ungeheurem Maße verstümmelt und sie von den Arbeitern in den Betrieben isoliert und so die Kampfkraft der ganzen Klasse schwächen kann. Die Grundlagen der wichtigsten Zweige der Produktion und zwar sowohl praktisch wie auch theoretisch muß die Arbeiterklasse beherrschen, will sie die Produktion leiten. Die Trennung der Ausbildung der Arbeiterklasse in Sondereinrichtungen der Bourgeoisie führt zu dem genauen Gegenteil. Die Arbeiterklasse muß den Kampf gegen all diese Manöver und Maßnahmen der Bourgeoisie aufnehmen und darum kämpfen, daß allein sie die Kontrolle über die Ausbildung ihrer Jugend erhält.



Dieses weitverzweigte Netz von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, ist auf Kosten der Arbeiterklasse und des Volkes von der Landesregierung eingerichtet worden. Ca. 360 Mio. DM im Jahr will die CDU im ganzen Bundesgebiet zur Verfügung stellen zum Aufbau weiterer Zentren, um den Kapitalisten Ausbildungskosten abzunehmen.

Sonderschüler bei MAK: Abrichtung zu billigen Lohnsklaven

Vom Arbeitsamt wird die „Eignung" durch psychologische Tests festgestellt. Danach kommen jeweils sechs Sonderschüler oder Hauptschüler ohne Abschluß für ein Jahr zur „Arbeitserprobung" zur MAK. Das Arbeitsamt „fördert" die Jugendlichen dabei mit höchstens 350 DM. Keinen Lohn und keinerlei Rechte erhalten sie von den MAK-Kapitalisten. Dafür werden sie in einem „ausbildungsähnlichen Grundlehrgang" an Dreh-, Fräs-, Bohr- und Hobelmaschinen „ausprobiert". Einmal die Woche gehen sie zur Berufsschule in „Arbeitserproberklassen".

Bei „Eignung" und Wohlverhalten werden sie übernommen in die zweijährige Ausbildung. Die Werker lernen hier ähnliches wie die speziell ausgebildeten Dreher und Fräser (drei Jahre Lehrzeit), ein „erhöhtes Grundwissen" wurde von der IHK als Ausbildungsziel festgelegt: Sie sollen „Arbeitsanweisungen lesen und verstehen, sachbezogenes technisches Wissen besitzen, einfache Werkzeugmaschinen bedienen, automatisierte Arbeitsvorgänge überwachen, einfache Messungen und Kontrollen durchführen, Handwerkszeuge ansetzen können, den Nutzen einer sauberen, sorgfältig ausgeführten Zeichnung erkennen und Geduld für länger dauernde Arbeiten aufbringen." (aus: Vorschriften für die Durchführung der Ausbildung im Modellversuch Werkzeugmaschinenwerker)

Das „Arbeitsverhalten" der Sonderschüler ist „besser" als das der Lehrlinge, weil die „froh seien, was lernen zu können". Die Werker machen keine Abschlußprüfung, denn da würden sie sowieso durchfallen, weil alles so geballt kommt. Stattdessen müssen sie alle 1/4-Jahr eine Zwischenprüfung machen, im ganzen also acht. Die Ergebnisse werden gemittelt, ausschlaggebend ist das letzte halbe Jahr.

Später sind die Sonderschüler durch ihr „höheres Grundwissen" „flexibel und mobil" einsetzbar in der mechanischen Produktion, so auch an den neuen NC-Maschinen. Diese NC-Maschinen haben einen Fahrtenschreiber, der genau kontrolliert, wie lange die Maschine in Arbeit bzw. Stillstand war. Bezahlt wird danach in Prämienlohn. Die Werker erhalten dann in der Ausbildung 429 bzw. 484 DM und 50 DM Prämie. Danach kommen sie in Lohngruppe 5 1/2, nach einem halben Jahr in die unterste Lohngruppe 6. Das sind 8,39 DM Grundlohn und Akkordzuschlag („oft schon 120%"), so daß sie auf ca 10 DM brutto kommen.

Studenten unterstützen den Schulstreik der Schüler

Kiel. Die Fachschaftsgruppe Medizin hat auf ihrer Sitzung am 11.6. den Beschluß des Kongresses der Landesschülervertretung und der Vertretung der Landesschülerkonferenzen für landesweiten Schulstreik und Aktionen unterstützt.

Sie unterstützt die Forderungen und Kampfmaßnahmen und bereitet mit anderen Fachschaftsgruppen eine Veran-

Die Ausbildung zum Werkzeugmacher bei Danfoss ist Abrichtung für Höchstprofitproduktion

Das Danfoss-Werk Flensburg ist mit 1700 Arbeitern der größte Industriebetrieb im Landesteil Schleswig. Danfoss-Flensburg stellt ca. 60000 Kühlkompressoren pro Woche her, ca. 15% der Weltproduktion.

Die Danfoss-Kapitalisten versuchen durch Rationalisierung, Akkord-

keiten als einfache Arbeiten auch von Hilfsarbeitern erledigt werden können, während in kleinen Betrieben noch eine ganze Reihe von Schiffbauern und Elektrikern nötig sind.

Doch die Ausbildung in den kleinen Betrieben kann den Lehrlingen nicht mehr die notwendigen Kenntnisse vermitteln, um überall einsetzbar zu sein. Kultusminister Braun schreibt in seinem Aufsatz „Berufsbildungspolitik": „Jede berufliche Bildung muß zu einem Beruf hinführen und dabei gleichzeitig Nebenbedingungen erfüllen, wie Flexibilität und Mobilität." Diese Fähigkeiten sollen durch die überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten erreicht werden.

In den 35 Werkstätten in Schleswig-Holstein stehen für den Bereich der Industrie und des Handwerks über 3000 und für den Bereich des Handels, der Landwirtschaft und der öffentli-

Bearbeitung bearbeiteter Teile und wenn erforderlich eines einwandfreien Ersatzteildienstes zu erwirken und nicht zuletzt 4. den Einsatz fachfremder und ungelernter Arbeiter zu ermöglichen. . . .der Werkzeugmacher ist im Betrieb mit jener Arbeit beauftragt, von der der Erfolg der gesamten

Um Lehrlinge zu „flexiblen" Arbeitern zu machen, werden sie im innerbetrieblichen Unterricht ständig auf die Anforderungen der Produktion ausgerichtet. Er findet fast wöchentlich eineinhalb Stunden statt. Es werden dort einige theoretische Kenntnisse vermittelt, die notwendig sind, sich schnell an

dafür sorgen, daß die Ausbeutung der Hilfsarbeiter am Fließband nicht ins Stocken kommt. Für ein lächerliches Bischen mehr Lohn. Dazu abgerichtet zu werden, macht den Inhalt des zweiten Lehrjahres aus.

Im dritten Lehrjahr wird der Lehrling noch in einigen wichtigen Abteilungen eingesetzt, um jederzeit und

Ausbildung führen würden, die von den Interessen der Kapitalisten unabhängig seien. Weit gefehlt. Keine umfassende Ausbildung wird vermittelt, sondern eine Ausbildung, die die Fähigkeiten der Jugend in ungeheurem Maße verstümmelt und sie von den Arbeitern in den Betrieben isoliert und so die Kampfkraft der ganzen Klasse schwächen kann. Die Grundlagen der wichtigsten Zweige der Produktion und zwar sowohl praktisch wie auch theoretisch muß die Arbeiterklasse beherrschen, will sie die Produktion leiten. Die Trennung der Ausbildung der Arbeiterklasse in Sondereinrichtungen der Bourgeoisie führt zu dem genauen Gegenteil. Die Arbeiterklasse muß den Kampf gegen all diese Manöver und Maßnahmen der Bourgeoisie aufnehmen und darum kämpfen, daß allein sie die Kontrolle über die Ausbildung ihrer Jugend erhält.

weil die „froh seien, was lernen zu können". Die Werker machen keine Abschlußprüfung, denn da würden sie sowieso durchfallen, weil alles so geballt kommt. Stattdessen müssen sie alle 1/4-Jahr eine Zwischenprüfung machen, im ganzen also acht. Die Ergebnisse werden gemittelt, ausschlaggebend ist das letzte halbe Jahr.

Später sind die Sonderschüler durch ihr „höheres Grundwissen" „flexibel und mobil" einsetzbar in der mechanischen Produktion, so auch an den neuen NC-Maschinen. Diese NC-Maschinen haben einen Fahrtenschreiber, der genau kontrolliert, wie lange die Maschine in Arbeit bzw. Stillstand war. Bezahlt wird danach in Prämienlohn. Die Werker erhalten dann in der Ausbildung 429 bzw. 484 DM und 50 DM Prämie. Danach kommen sie in Lohngruppe 5 1/2, nach einem halben Jahr in die unterste Lohngruppe 6. Das sind 8,39 DM Grundlohn und Akkordzuschlag („oft schon 120%"), so daß sie auf ca 10 DM brutto kommen.



Dieses weitverzweigte Netz von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, ist auf Kosten der Arbeiterklasse und des Volkes von der Landesregierung eingerichtet worden. Ca. 360 Mio. DM im Jahr will die CDU im ganzen Bundesgebiet zur Verfügung stellen zum Aufbau weiterer Zentren, um den Kapitalisten Ausbildungskosten abzunehmen.

Die Ausbildung zum Werkzeugmacher bei Danfoss ist Abrichtung für Höchstprofitproduktion

Das Danfoss-Werk Flensburg ist mit 1700 Arbeitern der größte Industriebetrieb im Landesteil Schleswig. Danfoss-Flensburg stellt ca. 60000 Kühlkompressoren pro Woche her, ca. 15% der Weltproduktion.

Die Danfoss-Kapitalisten versuchen durch Rationalisierung, Akkordschinderei und Nacht- und Schichtarbeit Höchstprofite aus den Knochen der Arbeiter zu schinden. Einen Extraprofit wollen sie sich jetzt mit einem kleineren Kompressor mit höherer Leistung verschaffen.

Eine Masse von Fließbandarbeitern, ein verhältnismäßig geringer Teil von ca. 200 Facharbeitern für die Instandsetzung, für den Auf-, Ab- und Umbau und die Wartung der Maschinen sind das Material von Arbeitskräften, dessen Auspressung für diesen Zweck verschärft werden soll.

Der im Vergleich zu den Hilfsarbeitern geringe Anteil an Facharbeitern bedinge, so Danfoss, daß nur etwa 40 gewerbliche Lehrlinge in den Ausbildungsberufen des Elektrikers, Betriebsschlossers und als Werkzeugmacher ausgebildet werden.

Wir wollen im folgenden untersuchen, was es mit dem Gerücht der „vorbildlichen Ausbildung" im Großbetrieb Danfoss auf sich hat. Wir tun das an Hand der Ausbildung zum Werkzeugmacher.

Eingangs ein Zitat aus der Glanzbroschüre des Arbeitsamtes zum Ausbildungsgang Werkzeugmacher: „In den Aufgabenbereich des Werkzeugmachers gehört es . . . 1. die Herstellungszeit eines Werkstückes zu verkürzen und somit die Gestehungskosten des Erzeugnisses zu senken. 2. Die Herstellungsgenauigkeit und dadurch die Güte des Erzeugnisses zu heben. 3. Einen hohen Grad an Gleichheit und dadurch die Austauschbarkeit der Werkstücke als Voraussetzung eines störungsfreien Zusammenbaus, einer Bearbeitung bearbeiteter Teile und wenn erforderlich eines einwandfreien Ersatzteildienstes zu erwirken und nicht zuletzt 4. den Einsatz fachfremder und ungelernter Arbeiter zu ermöglichen. . . .der Werkzeugmacher ist im Betrieb mit jener Arbeit beauftragt, von der der Erfolg der gesamten Fertigung weitgehend abhängt. Er nimmt als hochqualifizierter Facharbeiter eine Schlüsselstellung ein. Die fortschreitende Entwicklung auf dem Gebiet der Rationalisierung und Automation wird ihm seine Aufgaben eher erweitern als einengen."

In kürzerer Zeit mehr Mehrwertproduktion bei reibungslosem Produktionsablauf, das ist, kurz gesagt, das Ausbildungsziel. Die Ausbildung ist Unterwerfung unter dieses Ziel, d.h. ständiger Drill, Schikane und Kontrolle. Anfangen tut das gleich in der Probezeit, wo geprüft wird, ob der jugendliche Arbeiter bereit ist, sich diesem zu unterwerfen. In der dreimonatigen Probezeit, in der man völlig rechtlos ist, und jederzeit gefeuert werden kann, wird dies über das ständige Herumfeilen exerziert. Wird das „Lernziel" Anpassungsfähigkeit nicht erreicht, wird aussortiert. Ein Lehrling ist geflogen, weil er das nicht mitgemacht hat. Er wollte Elektriker werden und hat es deshalb nicht eingesehen, warum er bis zur Vergasung feilen sollte. In der Bewertung seiner Werkstücke hat er dann die Fünfen serviert bekommen. Überhaupt ist der Zensurendruck in den Monaten der Probezeit scharf. Die zensierten Werkstücke werden in dieser Zeit ausschließlich für den Schrott produziert und dienen einzig der Aussiebung nach der Probezeit. Nach der Probezeit werden alle halbe Jahre Zwischenprüfungen durchgeführt, um die Lehrlinge die ganze Zeit in Schach zu halten und sie auf das Ausbildungsziel hinzutrimmen. So sieht es aus mit der „guten" Ausbildung im Großbetrieb Danfoss.

Um Lehrlinge zu „flexiblen" Arbeitern zu machen, werden sie im innerbetrieblichen Unterricht ständig auf die Anforderungen der Produktion ausgerichtet. Er findet fast wöchentlich eineinhalb Stunden statt. Es werden dort einige theoretische Kenntnisse vermittelt, die notwendig sind, sich schnell an die Maschinen anzupassen und sie optimal, was die Leistungen angeht, auszunutzen. So wird die Formel über die Berechnung der Drehzahl einer Maschine ständig von den Aufsehern abgefragt. Die Drehzahl muß man berechnen, um die optimale Schnittleistung, z.B. beim Bohren oder Drehen zu erreichen.

Nachdem in der Ausbildungswerkstatt grundlegende Fertigkeiten wie Bohren, Hobeln, Drehen, Fräsen, Schleifen, Weich- und Hartlöten und Warmbehandlung von Werkstücken und Werkzeugen geübt werden, wird man dann nach rund elf Monaten in die Produktion geschickt, um sich als Lohnarbeiter zu bewähren.

Nach dem ersten Lehrjahr folgen elf Monate Werkzeugbau. Die Tätigkeiten sind: „Fertigen, Zusammenbau und Instandsetzen von Werkzeugen und Vorrichtungen (Spannvorrichtungen, Bohrvorrichtungen, Schweißvorrichtungen, Schnittwerkzeuge und Prägewerkzeuge) Pflege und Instandhalten der Arbeitsgeräte, Maschinen und Einrichtungen." (Ausbildungsplan Danfoss -Flensburg)

In der Glanzbroschüre stand was von Rationalisierung und der daraus folgenden „Erweiterung der Aufgaben des Werkzeugmachers". Stellt Danfoss sich auf schnellere profitablere Produktion um, verdichtet den Arbeitstag, wird man dann als Lehrling in der Produktion eingesetzt, bekommt man gleich mit, was das bedeutet. Man sieht am oben zitierten Ausbildungsplan schon, worauf es hinausläuft. Du sollst für einen schnellen und reibungslosen Ablauf der Produktion sorgen, dafür sorgen, daß die Ausbeutung der Hilfsarbeiter am Fließband nicht ins Stocken kommt. Für ein lächerliches Bischen mehr Lohn. Dazu abgerichtet zu werden, macht den Inhalt des zweiten Lehrjahres aus.

Im dritten Lehrjahr wird der Lehrling noch in einigen wichtigen Abteilungen eingesetzt, um jederzeit und überall zur Profitmaximierung einsetzbar zu sein. Ein Monat Werkzeugausgabe, um alle Werkzeuge kennenzulernen. Dann einen Monat Instandhaltung von allen Werkzeugen und Spezialmaschinen. Dann jeweils einen Monat Schleiferei, Automatendreherei und Kunststoffspritzerei.

Zum Schluß noch mal sieben Monate in die Ausbildungswerkstatt. Einführung in die Pneumatik, vor allem aber Zusammenbau von Vorrichtungen und Werkzeugen. In den letzten Monaten läuft die Vorbereitung auf die Prüfung. Dann wird man nochmal direkt von den Ausbildern bearbeitet. Sozusagen der letzte Schliff, um dann nach den Prüfungen der Profitproduktion zur Verfügung zu stehen. Das heißt, als Inhaber einer „Schlüsselstellung" den Kapitalisten zur ständigen Verfeinerung und Verschärfung der Profitpresse zur Verfügung zu stehen, direkt vom Kapitalisten zur Verschärfung der Arbeitshetze eingesetzt zu werden, selbst aber auch als Instandsetzungs- und Umbaufeuerwehr verschärfter Arbeitshetze unterworfen. Aber das wäre nur die eine Seite. Drei Jahre wird man während der Ausbildung in der Produktion eingesetzt. Da lernst du nicht nur, dich zu unterwerfen. Es sind oft drei Jahre lernen bei den alten Arbeitern,was den Kampf gegen den Kapitalisten angeht. Bei der letzten Betriebsratswahl hat ein Werkzeugmacherlehrling bei Danfoss auf dem Programm des Kampfes gegen die Verschärfung der Ausbeutung kandidiert. Über 60 Arbeiter, nicht nur Lehrlinge, haben dafür gestimmt.

Studenten unterstützen den Schulstreik der Schüler

Kiel. Die Fachschaftsgruppe Medizin hat auf ihrer Sitzung am 11.6. den Beschluß des Kongresses der Landesschülervertretung und der Vertretung der Landesschülerkonferenzen für landesweiten Schulstreik und Aktionen unterstützt.

Sie unterstützt die Forderungen und Kampfmaßnahmen und bereitet mit anderen Fachschaftsgruppen eine Veranstaltung mit Vertretern der Schüler vor.

Die Fachschaftsgruppe Sozialwesen unterstützt den Aufruf der Schülervertretungen. Sie wendet sich gegen die Spaltungsmanöver der Revisionisten mit Holger Kühl an der Spitze, die eine Spalterdemonstration und „Aktionswoche der Schüler, Studenten und Lehrlinge" zusammen mit dem Landesjugendring „beschlossen" hat.

In imperialistischer Tradition: Fachhochschulpräsidium verhängt Ordnungsverfahren wegen Aufruf zur Sammlung für die ZANLA

Kiel. Das Präsidium der Fachhochschule Kiel hat gegen ein Mitglied der Basisgruppe Technik ein Ordnungsverfahren eingeleitet, nachdem es bei der Jubiläumsfeier der Fachhochschule zu Auseinandersetzungen um eine Wandzeitung der Basisgruppe gegeben hatte, auf der der imperialistische Charakter der Ausbildung der Ingenieurstudenten angegriffen und die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA propagiert worden war.

Der Dekan Halupka hatte versucht, die Wandzeitung abzureißen, war aber von zahlreichen Studenten daran gehindert worden. Obwohl auf zahlreichen Vollversammlungen der Fachhochschulstudenten das Recht der Studenten, auf Wandzeitungen ungehindert zu informieren bekräftigt worden war, haben sich der AStA der Fachhochschule und die Fachschaftsleitung Technik, die von den Revisionisten und Sozialdemokraten besetzt werden, von dem Studenten distanziert.

„Die Imperialisten sind unzufrieden, daß kleine Länder ihre eigenen Herren werden"

Interview mit dem Botschafter des Demokratischen Kampuchea in Peking, Pich Theang

In einem Interview mit der KVZ nahm der Botschafter des Demokratischen Kampuchea in Peking, Pich Theang, Stellung zu der gegenwärtigen imperialistischen Propaganda gegen sein Land. Hier der Wortlaut des Interviews:

KVZ: *Die Imperialisten betreiben eine organisierte Hetze und Verleumdungskampagne gegen das Demokratische Kampuchea zur angeblichen Verteidigung der „Menschenrechte". Herr Botschafter, wie ist die wirkliche Lage in Ihrem Land?*

PICH THEANG: In unseren offiziellen Dokumenten haben wir bereits auf die Verleumdungen der Imperialisten geantwortet. Beispielsweise haben wir der UNO eine Erklärung übergeben, in der die Lügen von seiten Großbritanniens gegen Kampuchea zurückgewiesen werden.

Die Imperialisten behaupten, unsere Politik sei die Ermordung von Menschen. Das ist nicht unsere Politik. Unsere Politik ist die Stärkung der nationalen Einheitsfront, die große Einheit aller Klassen des Volkes. Es gibt eine kleine Gruppe von Verrätern wie Lon Nol. Über sie entscheidet das Volk, um im Land die Ordnung zu festigen.

Früher versuchten diese Verräter, uns zu töten. Die Verräter, die Imperialisten und nun die Vietnamesen versuchen, unsere Regierung zu stürzen. Wir wollen die Befreiung, die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität unseres Landes erhalten. Zu diesem Zweck vereinigen wir das Volk.

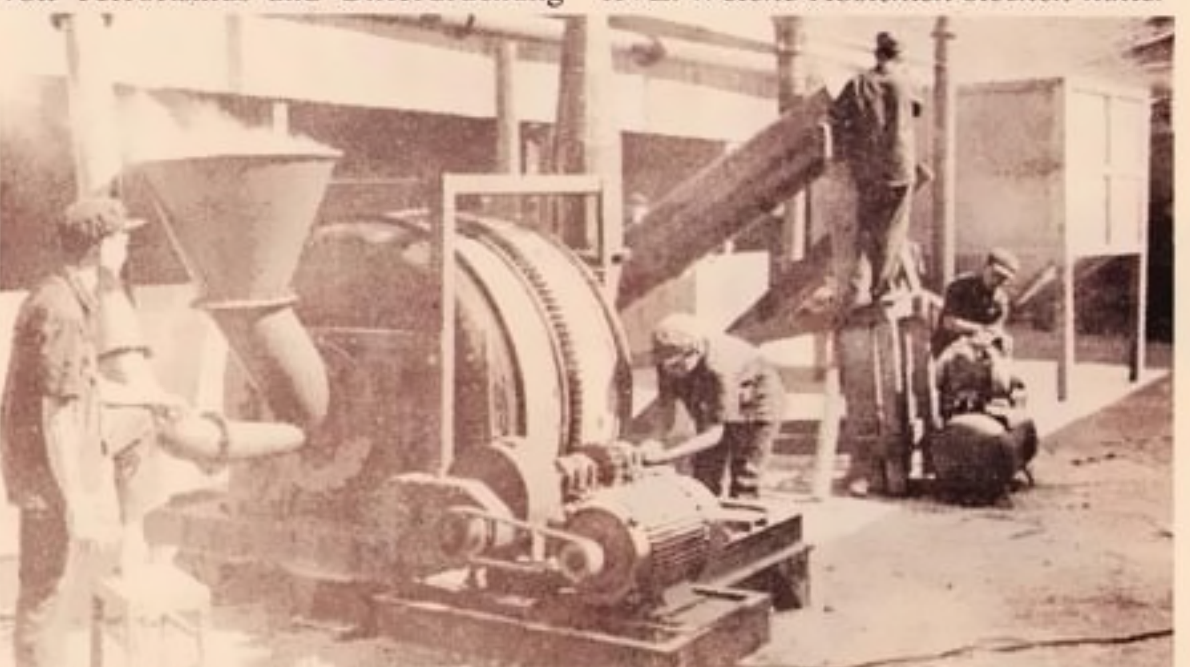
Die Imperialisten behaupten, die Führer von Kampuchea töten das Volk. Wenn das wahr wäre, würde sich das Volk gegen die Führer und die Partei erheben, und sie existierten nicht mehr. Wenn wir das Volk unterdrückten, könnten wir das Land nicht aufbauen. Wir töten nicht unser Volk, sondern die Mörder sind die Imperialisten und ihre Agenten.

So ist es überall in der Welt. Das ist gesetzmäßig. In eurem Land gibt es viele Streiks. Die Menschen kämpfen, um sich am Leben zu erhalten, und die Imperialisten bekämpfen sie.

Die Wahrheit ist: Die Imperialisten sind unzufrieden, daß kleine Länder wie Kampuchea über sich selbst bestimmen können und ihre eigenen Herren werden.

Während des fünfjährigen Krieges nannten sie uns Rebellen. Sie und die Lon-Nol-Verräterclique nannten uns Rebellen. Lon Nol war ihr Held. Aber wer hat gesiegt? Lon Nol oder das Volk und die Revolutionäre? Dank der richtigen politischen Linie und Führung durch die Partei schufen wir die Einheitsfront und beseitigten die Herrschaft der Imperialisten und Reaktionäre.

Wenn sich Länder befreien, wie früher China und Korea und andere Länder, haben die Imperialisten immer von Terrorismus und Unterdrückung gesprochen. So zetern sie heute auch gegen Kampuchea. Das ist keine neue Erscheinung in der Geschichte.



Gestützt auf die eigene Kraft, baut das Volk von Kampuchea sein Land auf – mit der Landwirtschaft als Grundlage und der Industrie als führender Kraft. Das Bild zeigt einen Phosphat-Pulverisator.

Wie unsere Regierung in ihrer Erklärung an die UNO gegen die Verleumdungen seitens Großbritanniens festgestellt hat, entscheidet das Volk über das Schicksal der kleinen Gruppe von Verrätern. Das Dokument unserer Regierung ist sehr klar und ausführlich, und ich brauche deshalb hier auf viele Fragen der gegenwärtigen Kampagne der Imperialisten gegen Kampuchea nicht einzugehen.

Genosse Pol Pot, der Führer unserer Partei, hat darauf hingewiesen, daß wir große Anstrengungen unternehmen müssen, um unser Land aufzubauen. Im Krieg wurde viel zerstört. Unser Volk ist klein, es hat nur acht Millionen Menschen. In 15 bis 20 Jahren wollen wir 20 Millionen Einwohner haben. Selbstverständlich betreiben wir keine Politik der Ermordung von Menschen. Unser Ziel und unsere Aufgabe ist, in unserem Land eine blühende Wirtschaft aufzubauen.

Wir haben für die Demokratie des Volkes gekämpft, und wir verteidigen die Demokratie. In Europa, zum Beispiel in Großbritannien, hat das Volk allein die Freiheit, für die Ausbeuter zu arbeiten. Ist das etwa Freiheit? Dort sind die Imperialisten und die Bourgeoisie die Diktatoren. Bei uns herrscht das Volk. In vielen Dokumenten haben wir ausgeführt, wer Freund und wer Feind unserer Nation ist.

KVZ: *Welche Absichten stecken hinter der Verleumdungskampagne gegen Kampuchea?*

PICH THEANG: Es ist bekannt, daß die amerikanischen Imperialisten den Plan hatten, sechs Monate nach der Befreiung Phnom Penhs vom 17. April erneut eine kriegerische Aggression gegen unser Land und unser Volk zu führen.

Aber wir waren wachsam, und wir sind wachsam, denn wir verstehen sehr gut die Politik der US-Imperialisten. Da unser Volk unter der Führung der Partei geeint ist, können die Imperialisten jedoch nicht so vorgehen, wie sie gerne möchten, zum Beispiel einen neuen Krieg gegen Kampuchea beginnen.

Die Imperialisten versuchen beispielsweise, die Beziehungen zwischen Kampuchea und Thailand zu stören. Sie behaupten, Kampuchea wolle seine Nachbarn angreifen usw. Sie betreiben eine organisierte internationale Diplomatie gegen uns und lassen Spione infiltrieren. Natürlich sind das alles Maßnahmen zur Vorbereitung auf einen Krieg, um Kampuchea wieder in eine Kolonie zu verwandeln. Aber die Imperialisten können jetzt nicht, wie sie wollen, denn wir sind stark und gewappnet.

Sie behaupten, es gäbe Widerstand, Partisanenkampf gegen unsere Partei im Land. Auch Vietnam behauptet das. Aber wenn es solche Kräfte gibt, dann weil Vietnam sie eingeschleust hat. Vietnam will wie die Imperialisten Kampuchea verschlingen.

KVZ: *Wie ist die Politik der Sowjetunion gegenüber Kampuchea zu beurteilen?*

PICH THEANG: Während des fünfjährigen Krieges machte die Sowjetunion gemeinsame Sache mit der Lon-Nol-Verräterclique, und sie unterhielt mit dem Lon-Nol-Regime diplomatische Beziehungen bis zur Befreiung. Die Sowjetunion stellte sich gegen unsere Revolution.

Die Sowjetunion will die Politik in Südostasien beeinflussen. Aber das ist schwierig, und Kampuchea ist ein großes Hindernis.

Ebenso wie die Sowjetunion will auch Vietnam in Südostasien seine Politik durchsetzen und eine indochinesische Föderation von einem Volk, einem Land, einer Armee aufbauen, natürlich unter der Führung Vietnams.

International wühlt die Sowjetunion gegen Kampuchea, und wenn Vietnam uns verleumdet, dann unterstützt die Sowjetunion Vietnam.

Während des Krieges waren die USA die Hauptfeinde Kampucheas. Gleichzeitig aber mußten wir die ganze Zeit wachsam sein gegenüber Vietnam.

Nach der Befreiung Kampucheas versuchte Vietnam im April 1976 unser Regime durch einen Staatsstreich zu stürzen. Im September 1977 unternahm Vietnam einen erneuten Staatsstreichversuch. Im Dezember 1977 startete Vietnam eine großangelegte kriegerische Aggression gegen unser Land. Am Jahresende haben wir unsere Haltung gegenüber Vietnam in Dokumenten veröffentlicht.

Wir müssen entsprechend der jeweiligen konkreten Lage handeln. Wenn wir in unserer Propaganda Vietnam angreifen, dann gilt das ebenso der Sowjetunion. Denn Vietnam könnte seine Polik gegen uns nicht ohne die Sowjetunion machen.

KVZ: *Auf welche Weise können die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Westdeutschland das Demokratische Kampuchea noch besser unterstützen?*

PICH THEANG: Wir danken allen fortschrittlichen Vereinigungen, revolutionären Organisationen und demokratischen Persönlichkeiten, die unser Volk in seinem Kampf unterstützen. Ihre Unterstützung in der Diplomatie, in der praktischen Politik usw. ist für unsere Revolution und unseren Kampf zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität eine wichtige politische Hilfe.

Was materielle Hilfe betrifft, so sind wir nicht in Not. Wir wollen lieber, daß den Völkern geholfen wird, die noch im Kampf für ihre Befreiung stehen wie im südlichen Afrika, in Palästina usw.

Wir können auf die eigene Kraft vertrauen und unsere wirtschaftlichen Probleme selbst lösen. Wir wollen nicht, daß die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte, die sich in anderen Ländern im Kampf befinden, zusätzlich noch für uns Anstrengungen unternehmen müssen. Tatsächlich geben wir selber den kämpfenden Völkern materielle Unterstützung.

Beim Aufbau unserer Volkswirtschaft haben wir noch nicht genug erreicht, aber es geht voran. Um ein Beispiel zu nennen: Eine Person erhält jetzt im Durchschnitt 312 kg Getreide pro Jahr. Wir exportieren mehr und mehr Reis.

1977 ernteten wir pro Hektar 3 Tonnen Reis, im Jahr 6 Tonnen, denn gewöhnlich ernten wir zweimal. 1978 haben wir schon 3,5 Tonnen pro Hektar geerntet, also 7 Tonnen im Jahr, und zwar auf insgesamt 400000 Hektar.

Jeder hat genügend anzuziehen, Medikamente sind vorhanden usw. Dies ist die Lage, weil wir die drei Prinzipien einhalten, nämlich Wahrung der Unabhängigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft und Selbstbestimmung. Seit der Befreiung können wir die Wirtschaft für die Bedürfnisse des Volkes organisieren. Dafür haben wir gekämpft. – (Korrespondentenbericht aus Peking)

Großbritannien hat kein Recht, von Menschenrechten zu sprechen

Das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea beantwortet die imperialistischen Verleumdungen

Am 22. April 1978 hat das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea in einer Stellungnahme an die ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten der UNO die imperialistischen Verleumdungen von angeblichen „Verletzungen der Menschenrechte in Kampuchea" zurückgewie-

geändert, sie sind immer noch äußerst barbarisch und grausam. Sie treten gegenwärtig bloß anders auf, weil sie nicht mehr die Kraft haben, der ungeheuren Kraft der Völker zu widerstehen. Über mehrere Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte haben die britischen Imperialisten und Kolonialisten

sten sind chronisch, die Vereinten Nationen können sie nicht heilen.

In Zimbabwe, Azania und Namibia setzt das niederträchtige Rassistenregime von Ian Smith und Vorster den britischen Kolonialismus fort und beutet die Völker dieser Länder aus, un-

chen hinzu, in die sie sich über mehr als fünf Jahre, zwischen 1970 und 1975 verwickelten, als die amerikanischen Imperialisten ihren äußerst verbrecherischen und grausamen Aggressionskrieg gegen Kampuchea führten. Gegenwärtig stellt sich die englische Regierung in der ganzen Welt an die Seite

rialisten und nun die Vietnamesen versuchen, unsere Regierung zu stürzen. Wir wollen die Befreiung, die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität unseres Landes erhalten. Zu diesem Zweck vereinigen wir das Volk.

Die Imperialisten behaupten, die Führer von Kampuchea töten das Volk. Wenn das wahr wäre, würde sich das Volk gegen die Führer und die Partei erheben, und sie existierten nicht mehr. Wenn wir das Volk unterdrückten, könnten wir das Land nicht aufbauen. Wir töten nicht unser Volk, sondern die Mörder sind die Imperialisten und ihre Agenten.

So ist es überall in der Welt. Das ist gesetzmäßig. In eurem Land gibt es viele Streiks. Die Menschen kämpfen, um sich am Leben zu erhalten, und die Imperialisten bekämpfen sie.

Die Wahrheit ist: Die Imperialisten sind unzufrieden, daß kleine Länder wie Kampuchea über sich selbst bestimmen können und ihre eigenen Herren werden.

wirtschaft als Grundlage und der Industrie als führender Kraft. Das Bild zeigt einen Phosphat-Pulverisator.

gesprochen. So zetern sie heute auch gegen Kampuchea. Das ist keine neue Erscheinung in der Geschichte.

Wie unsere Regierung in ihrer Erklärung an die UNO gegen die Verleumdungen seitens Großbritanniens festgestellt hat, entscheidet das Volk über das Schicksal der kleinen Gruppe von Verrätern. Das Dokument unserer Regierung ist sehr klar und ausführlich, und ich brauche deshalb hier auf viele Fragen der gegenwärtigen Kampagne der Imperialisten gegen Kampuchea nicht einzugehen.

Genosse Pol Pot, der Führer unserer Partei, hat darauf hingewiesen, daß wir große Anstrengungen unternehmen müssen, um unser Land aufzubauen. Im Krieg wurde viel zerstört. Unser Volk ist klein, es hat nur acht Millionen Menschen. In 15 bis 20 Jahren wollen wir 20 Millionen Einwohner haben. Selbstverständlich betreiben wir keine Politik der Ermordung von Menschen. Unser Ziel und unsere Aufgabe ist, in

der Verleumdungskampagne gegen Kampuchea?

PICH THEANG: Es ist bekannt, daß die amerikanischen Imperialisten den Plan hatten, sechs Monate nach der Befreiung Phnom Penhs vom 17. April erneut eine kriegerische Aggression gegen unser Land und unser Volk zu führen.

Aber wir waren wachsam, und wir sind wachsam, denn wir verstehen sehr gut die Politik der US-Imperialisten. Da unser Volk unter der Führung der Partei geeint ist, können die Imperialisten jedoch nicht so vorgehen, wie sie gerne möchten, zum Beispiel einen neuen Krieg gegen Kampuchea beginnen.

Die Imperialisten versuchen beispielsweise, die Beziehungen zwischen Kampuchea und Thailand zu stören. Sie behaupten, Kampuchea wolle seine Nachbarn angreifen usw. Sie betreiben eine organisierte internationale Di-

sche Föderation von einem Volk, einem Land, einer Armee aufbauen, natürlich unter der Führung Vietnams.

International wühlt die Sowjetunion gegen Kampuchea, und wenn Vietnam uns verleumdet, dann unterstützt die Sowjetunion Vietnam.

Während des Krieges waren die USA die Hauptfeinde Kampucheas. Gleichzeitig aber mußten wir die ganze Zeit wachsam sein gegenüber Vietnam.

Nach der Befreiung Kampucheas versuchte Vietnam im April 1976 unser Regime durch einen Staatsstreich zu stürzen. Im September 1977 unternahm Vietnam einen erneuten Staatsstreichversuch. Im Dezember 1977 startete Vietnam eine großangelegte kriegerische Aggression gegen unser Land. Am Jahresende haben wir unsere Haltung gegenüber Vietnam in Dokumenten veröffentlicht.

Wir müssen entsprechend der jeweiligen konkreten Lage handeln. Wenn wir in unserer Propaganda Vietnam angreifen, dann gilt das ebenso der

wir selber den kämpfenden Völkern materielle Unterstützung.

Beim Aufbau unserer Volkswirtschaft haben wir noch nicht genug erreicht, aber es geht voran. Um ein Beispiel zu nennen: Eine Person erhält jetzt im Durchschnitt 312 kg Getreide pro Jahr. Wir exportieren mehr und mehr Reis.

1977 ernteten wir pro Hektar 3 Tonnen Reis, im Jahr 6 Tonnen, denn gewöhnlich ernten wir zweimal. 1978 haben wir schon 3,5 Tonnen pro Hektar geerntet, also 7 Tonnen im Jahr, und zwar auf insgesamt 400000 Hektar.

Jeder hat genügend anzuziehen, Medikamente sind vorhanden usw. Dies ist die Lage, weil wir die drei Prinzipien einhalten, nämlich Wahrung der Unabhängigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft und Selbstbestimmung. Seit der Befreiung können wir die Wirtschaft für die Bedürfnisse des Volkes organisieren. Dafür haben wir gekämpft. – (Korrespondentenbericht aus Peking)

Großbritannien hat kein Recht, von Menschenrechten zu sprechen

Das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea beantwortet die imperialistischen Verleumdungen

Am 22. April 1978 hat das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea in einer Stellungnahme an die ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten der UNO die imperialistischen Verleumdungen von angeblichen „Verletzungen der Menschenrechte in Kampuchea" zurückgewiesen. In dieser imperialistischen Kampagne gegen das Demokratische Kampuchea hat Großbritannien eine besondere Rolle gespielt, deswegen richtet sich diese Stellungnahme vor allem gegen den britischen Imperialismus. In der Note heißt es unter anderem:

„Welche Qualitäten glaubt die britische Regierung zu besitzen, die es ihr erlauben, sich in die Pose des Menschenrechtsapostels zu werfen? Tatsächlich repräsentiert die britische Regierung die Herrschaft der britischen Kolonialisten und Imperialisten, die für die größte Gemeinheit und Niedertracht in der Geschichte der Menschheit bekannt sind. Die britischen Imperialisten und Kolonialisten waren in der Vergangenheit äußerst barbarisch und grausam. Ihre Natur hat sich nicht geändert, sie sind immer noch äußerst barbarisch und grausam. Sie treten gegenwärtig bloß anders auf, weil sie nicht mehr die Kraft haben, der ungeheuren Kraft der Völker zu widerstehen. Über mehrere Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte haben die britischen Imperialisten und Kolonialisten Millionen Asiaten, Afrikaner und Lateinamerikaner ausgebeutet, unterdrückt, massakriert und bis aufs Blut ausgeplündert. Noch heute sind die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unaussprechlichem Elend und Leiden unterworfen. Einige Länder haben bereits das Joch des englischen Imperialismus und Kolonialismus abgeschüttelt, aber verbleiben weiter in Armut und Hunger wegen der Ausbeutung, Unterdrückung und Ausplünderung, die sie erlitten haben. Andere Länder haben die Dezimierung ihrer Bevölkerung erlebt, weil die britischen Imperialisten und Kolonialisten mehrere Millionen als Sklaven abtransportierten. Die schrecklichen Nachwirkungen der Aktionen der britischen Imperialisten und Kolonialisten sind chronisch, die Vereinten Nationen können sie nicht heilen.

In Zimbabwe, Azania und Namibia setzt das niederträchtige Rassistenregime von Ian Smith und Vorster den britischen Kolonialismus fort und beutet die Völker dieser Länder aus, unterdrückt und massakriert sie. Die britische Regierung bedient sich jeder erdenklichen, heimtückischen Taktik, um diese rassistischen Regimes zu stützen, damit mit deren Hilfe die englischen Imperialisten die Völker dieser Länder ausbeuten, unterdrücken und ausplündern können. Im Mittleren Osten haben die britischen Imperialisten und Kolonialisten seinerzeit Pate gestanden, als das palästinensische Volk seines Territoriums und seiner Rechte beraubt wurde. Gegenwärtig ist Großbritannien Spießgeselle jener imperialistischen und annexionistischen Mächte, die für das israelische Zionistenregime Partei ergreifen, das palästinensische Volk daran hindern, seine nationalen Rechte auszuüben und die die arabischen Völker daran hindern, ihre Territorien wiederzugewinnen. Das kommt zu den Verbrechen hinzu, in die sie sich über mehr als fünf Jahre, zwischen 1970 und 1975 verwickelten, als die amerikanischen Imperialisten ihren äußerst verbrecherischen und grausamen Aggressionskrieg gegen Kampuchea führten. Gegenwärtig stellt sich die englische Regierung in der ganzen Welt an die Seite der Imperialisten, Expansionisten, Annexionisten und Rassisten, die sich der gerechten Sache der Völker der Welt entgegenstemmen. In den Vereinten Nationen stellt sie sich ständig gegen das Recht der Länder auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung. Die englischen Imperialisten haben unzählige Verbrechen gegen die Nationen und Völker der Welt begangen, sie haben die grundlegenden und heiligen Rechte der Völker und Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit Füßen getreten. Infolgedessen haben sie kein Recht, von Menschenrechten zu sprechen. In Wirklichkeit sitzen sie auf der Anklagebank. Die Welt ist sich im klaren über ihre barbarische und hinterhältige Natur."



Die revolutionäre Volksarmee verteidigt wachsam die bestehenden Grenzen des Landes

Kommunistische Volkszeitung